Bolko Frhr. v. Richthofen

KRIEGS-SCHULD

1939-1941

Der Schuldanteil der anderen

ARNDT



Bolko Frhr. v. Richthofen

Der Schuldanteil der anderen

ARNDT

Titelseite: Jirka Buder

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Richthofen, Bolko Freiherr von:
Kriegsschuld 1939-1941 /Der Schuldanteil der anderen
Bolko Freiherr von Richthofen. - Kiel: Arndt, 2001
ISBN 3-88741-103-X

ISBN 3-88741-103-X

ARNDT-Verlag
D-24035 Kiel, Postfach 3603

Gedruckt in Österreich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Bolko Freiherr von Richthofen hat sein Werk „Kriegsschuld 1939-1941 - Der Schuldanteil der anderen" 1975 abgeschlossen. Seitdem sind zahlreiche Bücher von gleichfalls nicht geringer Bedeutung über Ursachen und Anlässe des Zweiten Weltkriegs erschienen. Sie belegen auf der Grundlage inzwischen neu zur Verfügung stehender Dokumente, daß Richthofens Thesen auch ein Vierteljahrhundert nach ihrer Veröffentlichung noch ihre volle Bedeutung behalten haben. Um sein Buch jedoch zu aktualisieren, werden hier ergänzend Forschungsergebnisse aus den letzten 25 Jahren zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 und zum Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges 1941 zusammengefaßt.

Als erster ausländischer Politiker erklärte der britische Premierminister Neville Chamberlain am 3. September 1939 im Namen seines Landes dem Deutschen Reich den Krieg. Er ging damit von seinen bis dahin unternommenen Bemühungen, Deutschland die friedliche Revision des Versailler Diktats mit diplomatischen Mitteln zu erschweren oder unmöglich zu machen, zum offenen Kampf über.

Großbritannien hatte jahrhundertelang durch Bündnispolitik oder Kriege jedes Land in Europa bekämpft, das politisch, wirtschaftlich und militärisch erstarkt war oder zu erstarken drohte. Das Ziel der Londoner Politik war ein sogenanntes Gleichgewicht der Kräfte auf dem Festland, das andere Staaten schwach oder in Schach halten sollte. Dadurch wollte man von vornherein verhindern, daß irgendein europäisches Land Großbritannien gefährlich werden und dessen weltweite Bestrebungen beeinträchtigen konnte. Aus diesem Grund hat England in zum Teil langdauernden Kriegen Spanien und Frankreich bekämpft, und seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erschien dann das 1871 neugegründete, wirtschaftlich expandierende und militärisch mächtiger werdende Deutsche Reich als wichtigster Gegner des Inselreichs. Um dessen Potential zu vernichten oder zu verringern, beteiligte sich Großbritannien nach der Jahrhundertwende an der Einkreisung Deutschlands durch Vereinbarungen mit Frankreich und Rußland und dann durch Eintritt in den Ersten Weltkrieg.

Durch das Versailler Diktat von 1919 erreichte London seine wichtigsten Kriegsziele: die fast vollständige Vernichtung von Deutschlands Hochsee- und Handelsflotte, die weitgehende Reduzierung seiner Landstreitkräfte, die Wegnahme seiner Kolonien, die starke Belastung seiner Wirtschaft durch den Verlust wichtiger Industrien und Rohstoffvorkommen sowie horrende Zahlungen an die Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs.

Als daher nach 1933 das Deutsche Reich schrittweise die Bestimmungen des Versailler Diktats beseitigte, seine Streitkräfte vermehrte und wirtschaftlich wieder zu florieren begann, wurden in Großbritannien bald Stimmen laut, die erneut zum Krieg und zur Ausschaltung dieses potentiellen Konkurrenten aufriefen. Den Verfechtern dieser traditionellen britischen Politik schien das Erstarken Deutschlands erneut eine Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa zu bedeuten, die von London nicht hingenommen werden dürfe.

Aber gegen solche Forderungen wurden von englischer Seite auch erhebliche Bedenken geäußert. Großbritannien hatte den Ersten Weltkrieg nur zusammen mit starken Verbündeten gewinnen können. Gegen Ende der dreißiger Jahre konnte das Inselreich

in einem erneuten Krieg aber nicht noch einmal mit der Unterstützung Italiens, Japans und des inzwischen kommunistisch gewordenen Rußland rechnen. Frankreich erlebte fortgesetzt innenpolitische Krisen, war militärisch schwach und hatte in Osteuropa lediglich solche Verbündete, die die deutsche Wehrmacht nicht zu schlagen vermochten. Außerdem galten seit 1935 für die Vereinigten Staaten Neutralitätsgesetze, die nicht nur die Teilnahme an bewaffneten Konflikten, sondern auch die Unterstützung kriegführender Staaten sehr erschwerten. Nicht zuletzt hatte sich Großbritannien im Ersten Weltkrieg in den USA durch Waffen- und Materialkäufe hoch verschuldet und danach auch seine Kolonien mehr und mehr für amerikanische Waren öffnen müssen. Somit sprach alles dafür, daß ein erneutes Eingreifen der Vereinigten Staaten in einen Krieg an der Seite Englands dessen finanzielle und politische Abhängigkeit von Washington noch mehr verstärken sowie zum Ende des britischen Weltreichs in seiner bisherigen Form fuhren würde. Und dieses Ziel strebte der amerikanische Präsident Roosevelt auch unverhüllt an. So war eine Kriegsteilnahme der USA in Europa zunächst ungewiß und, wenn es doch dazu kommen sollte, mit höchst nachteiligen Folgen für Großbritannien verbunden.

Der Reichsverteidigungsrat Großbritanniens beurteilte dementsprechend die Lage am 19. Juli 1937 so: „Vom Standpunkt der Reichssicherheit aus gesehen sind unsere auswärtigen Beziehungen noch unbefriedigend. Es ist uns nicht gelungen, in der Verbesserung unserer Beziehungen zu Deutschland oder Japan große Fortschritte zu erzielen. Unsere Beziehungen zu Italien sind unbefriedigend. Wir haben daher fast den Punkt erreicht, vor dem uns der Generalstab so oft gewarnt hat, an dem wir potentielle Feinde im Westen, im Fernen Osten und mitten im Hauptstrang der Reichsverbindungen zwischen Ost und West haben. Unsere potentiellen Feinde sind die am besten bewaffneten Nationen der Welt, und Frankreich, unserer einziger .verläßlicher Freund', ist sehr schwach... Unsere Außenpolitik und unsere Verteidigung sind aus dem Tritt geraten. Die kollektive Sicherheit hat sich als unzuverlässig erwiesen, und wir brauchen einige Jahre, um sie durch eine wesentliche Abschreckung zu ersetzen."[1]

Denn Großbritanniens Streitkräfte sind in der Mitte der dreißiger Jahre kein ernstzunehmender Gegner der deutschen Wehrmacht gewesen. Zwar verfügte das Inselreich über die stärkste Kriegsflotte der Welt, aber sein Heimatheer umfaßte lediglich zwei schlecht ausgerüstete Divisionen, und seine Luftwaffe besaß nur wenige und zumeist veraltete Maschinen. Eine für den Krieg gegen Deutschland erforderliche Wiederaufrüstung hätte Wirtschaft und Finanzen Großbritanniens aber sehr stark belastet. Denn während Deutschland nach 1933 seine Produktion erheblich steigern und die Folgen der Weltwirtschaftskrise schnell überwinden konnte, galt das für das Inselreich nicht:,Anders sah es dagegen in Großbritannien aus. Die Briten hatten sich im Unterschied zu den Deutschen sowohl binnen- als auch außenwirtschaftlich von den Folgen der großen Rezession noch nicht erholt. Binnenwirtschaftlich blieb die Erholung auch deswegen aus, weil es die Briten versäumt hatten, ihre Industrie zu modernisieren. Während die Arbeitslosenzahlen in Deutschland seit 1933 kontinuierlich gesunken und 1938 praktisch gleich Null waren, begann das Jahr 1938 in Großbritannien mit einer auf 1,828 Millionen angestiegenen Arbeitslosenzahl."[2]

Somit hatte Großbritannien schon von der Vorbereitung eines Krieges nur nachteilige Folgen für Wirtschaftsleben und Staatsfinanzen und selbst von einem gewonnenen Krieg lediglich neue Schulden und Abhängigkeiten zu erwarten. Dieses absehbare Ergebnis schien nicht wenigen britischen Politikern ein zu hoher Preis selbst für einen Sieg über Deutschland zu sein, dessen Regierung zudem fortgesetzt fiir eine Verständigung

mit London eintrat. Ein Übereinkommen mit dem Deutschen Reich hätte zudem eine angeblich von diesem ausgehende Kriegsgefahr für Großbritannien beseitigt. Aber andererseits hätte die vollständige Revision des Versailler Diktats Deutschland weiter gestärkt und damit den traditionellen Grundsatz der britischen Außenpolitik berührt, „den der britische Historiker Charmley in der bekannten Aussage verkörpert sieht, ‚that it was a primary interest of this country to prevent any single power dominating Europe' (...daß ein elementares Interesse dieses Landes darin besteht, jede einzelne Macht an der Beherrschung Europas zu hindern). Und nach dem deutschfeindlichen Politiker und Tagebuchschreiber Duff Cooper, dessen Urteil sich Charmley anschloß, war ‚Nazi Germany ... the most formidable power that has ever dominated Europe' (war Nazi-Deutschland die schrecklichste Macht, die jemals Europa beherrscht hatte)."[3]

Neville Chamberlain, seit dem 28. Mai 1937 britischer Premierminister, beurteilte das Dritte Reich ebenfalls äußerst kritisch: „Als Liberaler, wenn auch der konservativen Partei angehörend, war ihm jedes autoritäre System verhaßt, und eines seiner Hauptziele war ‚to pull down the bully' (den Tyrannen niederzureißen), wie er es einmal ausdrückte. Und auch dadurch war er zum unerbittlichen Gegner Deutschlands geworden, der jede zum Ausgleich führende Verhandlung ablehnte."[4]

Als Anhänger der Doktrin vom Gleichgewicht der Kräfte mußte Chamberlain ebenfalls bestrebt sein, den Status quo in Europa aufrechtzuerhalten und dem Deutschen Reich keine ins Gewicht fallende Korrektur der Folgen des Ersten Weltkriegs zu erlauben. Streitkräfte, Bündnissituation und Wirtschaftslage des Inselreiches sowie die Erkenntnis, daß Großbritannien in einem Krieg nichts gewinnen konnte, ließen ihm bei seinem Amtsantritt jedoch nur wenig Möglichkeiten, diese Absicht zu verwirklichen. Er mußte seine Ziele deshalb weitgehend mit diplomatischen Mitteln verfolgen und konnte ihnen zunächst nur in geringem Maße mit der von ihm begonnenen Aufrüstung Großbritanniens Nachdruck verleihen. Schon Anthony Eden, zeitweilig Chamberlains Außenminister, hatte dies Ende Oktober 1937 so ausgedrückt: „Über unsere Haltung müssen wir Deutschland im unklaren halten. Mehr können wir nicht tun, solange wir nicht stark genug sind, um mit Deutschland Fraktur zu reden."[5]

Chamberlain hatte die gleiche Auffassung: „Er hoffe, daß die Briten sich der besorgniserregenden Lage bewußt seien, die für sie bis zur vollen Wiederaufrüstung bestünde. Und noch deutlicher äußerte er sich bei einer anderen Gelegenheit. Die britische Außenpolitik müsse sich den Möglichkeiten anpassen, bis die Rüstungen vollendet seien (‚...until our armaments are completed we must adjust our foreign policy to our circumstances')."[6]

Während Chamberlain die bis dahin von deutscher Seite vorgenommene schrittweise Revision des Versailler Diktats hinnehmen mußte, aber auch nach einer Aufrüstung seiner Streitkräfte militärische Maßnahmen gegen Deutschland nur dann ins Auge fassen wollte, wenn diplomatische Methoden zur Abwehr weiterer deutscher Veränderungsbestrebungen in Mitteleuropa versagen sollten, verlangte im Gegensatz dazu der Unterhausabgeordnete und ehemalige Minister Churchill von vornherein eine auch zum Krieg gegen Deutschland entschlossene Politik. Dazu wollte er sogar die Sowjetunion in ein Bündnis einbeziehen. In diesem Sinn äußerte er in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Maisky in London am 23. März 1938: „Vor zwanzig Jahren habe ich mit all meiner Kraft gegen den Kommunismus gekämpft. Ich betrachtete den Kommunismus mit seiner Doktrin der Weltrevolution als die größte Bedrohung für das britische Weltreich. Heute stellt der Kommunismus keine derartige Gefahr für das Empire dar. Auf der anderen Seite ist heute die größte Bedrohung für das britische

Weltreich der Nationalsozialismus mit seiner Doktrin, von Berlin aus die Welt zu beherrschen."[7]

Die Unterschiede zwischen der eher vorsichtigen Konzeption Chamberlains und der aggressiven Churchills ergaben sich aus unterschiedlichen Einschätzungen der Stärke Großbritanniens: „Die seit langem bestehenden Differenzen zwischen Churchill und Chamberlain, die auf den ersten Blick nur Fragen der Taktik zu betreffen schienen, waren grundsätzlicher Natur... Für Churchill war England immer noch eine Großmacht, die fähig war, ein großes Bündnis zur Verteidigung der Zivilisation zu schmieden. Chamberlain dagegen sah, wie dürftig die Grundlagen waren, auf denen die britische Macht ruhte. Er nahm an, daß diese Macht selbst nach einem erfolgreichen Krieg nicht mehr intakt wäre, so daß England durch einen Krieg nichts gewinnen, sondern nur verlieren konnte. Wie recht er damit hatte, begann Churchill erst 1940 aufzugehen."[8]

Neben Churchill war es vor allem der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt, der massiv auf die britische Regierung einwirkte mit dem Ziel, ohne Rücksicht auf Kräfteverhältnisse und mögliche Kriegsfolgen eine Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich herbeizuführen: „Zur gleichen Zeit, als Franklin D. Roosevelt Präsident der Vereinigten Staaten wurde, erhielt Deutschland eine nationalsozialistisch geführte Regierung. Roosevelt lehnte eine Verständigung mit dem Dritten Reich von vornherein ab, da dessen Prinzipien seinem Verständnis von einem liberal-demokratischen Internationalismus widersprachen, die auf Autarkie ausgerichtete Wirtschaftspolitik Deutschlands sich gegen den Freihandel nach dem Modell der .offenen Tür' richtete und von Berlin auch keine Unterwerfung unter amerikanisch beeinflußte sogenannte Schiedssprüche zu erwarten war. Zudem mußte ein Erstarken Deutschlands die Stellung Englands und Frankreichs und damit von den USA stark abhängiger Staaten schwächen. Als potentielle Hegemonialmacht an der atlantischen Gegenküste und gekennzeichnet durch eine politische Konzeption, die Liberalismus und Internationalismus sowie das von einem Sendungsbewußtsein getragene amerikanische Streben nach einer weltweiten Demokratie in gleicher Weise ablehnte, war Deutschland aus der Sicht Roosevelts sowohl ein ideologischer als auch machtpolitischer Gegner. Schon 1933 kam Roosevelt deshalb zu der Überzeugung, daß mehr als alle anderen Länder das Deutsche Reich die Konzeption der .Einen Welt' gefährdete. Es war daher das Ziel seiner Politik, eine Stärkung Deutschlands zu verhindern oder, falls ihm das mißlang, es in einen Krieg zu verwickeln. Daher war er schon bald zum Kampf gegen Deutschland als wichtigstem Gegner seiner Pläne, zur sogenannten ,Germany first'-Strategie, entschlossen. Allerdings begründete er das nicht mit dem Widerstand eines europäischen Landes gegen sein Weltherrschaftsstreben, sondern mit der Behauptung, vom Deutschen Reich ginge eine Bedrohung Amerikas aus."'

Daneben eignete sich die Vorbereitung eines Krieges gegen Deutschland auch hervorragend dazu, über die Rüstungsindustrie die anhaltende Rezession der amerikanischen Wirtschaft und die unvermindert hohe Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Aus diesen Gründen schürten Roosevelt sowie internationalistisch eingestellte und deutschfeindliche Kräfte in den USA über ihre Medien in steigendem Maße den Haß auf das Dritte Reich, und sie übten damit auch einen wachsenden Druck auf Länder aus, die sich nicht in gleichem Maße gegen Deutschland wenden wollten. Somit wurde von diesen Kreisen auch als moralische Kapitulation Großbritanniens vor dem Nationalsozialismus angeprangert, was aus Chamberlains Sicht nur als Appeasement oder Beschwichtigung Deutschlands während der militärischen Unterlegenheit des Inselreichs gedacht war.

Chamberlain stand also vor dem Dilemma, einerseits einen Krieg mit Deutschland vermeiden zu wollen, andererseits einem Konflikt mit Roosevelt aus dem Weg gehen zu

müssen, auf dessen Unterstützung er im Fall eines immerhin denkbaren Krieges mit dem Deutschen Reich angewiesen war. Bavendamm sprach deshalb von Chamberlains Doppelziel: „Eine zumindest zeitweise Verständigung mit Hitler und Mussolini *und* eine Sicherung der amerikanischen Hilfeleistungen für den Fall, daß diese Verständigung mißlang."[10]

Da die amerikanischen Neutralitätsgesetze Roosevelt eine Kriegserklärung an Deutschland sehr erschwerten, hatte er Großbritannien dazu ausersehen, den von ihm gewünschten Konflikt herbeizuführen und damit die Voraussetzung für ein späteres Eingreifen der USA in diese Auseinandersetzung zu schaffen. Das zeigte sich zum erstenmal, als Chamberlain im Frühjahr 1937 versuchte, eine Entspannung in Europa herbeizuführen. Danach sollte das Deutsche Reich, wie vorher schon mit Frankreich und Belgien, bilaterale Nichtangriffspakte mit seinen osteuropäischen Nachbarstaaten abschließen, wodurch das französische Ostpaktsystem entwertet und Deutschland aus einer Zweifronten-Bedrohung befreit worden wäre. Das hätte auch die Voraussetzung für eine noch weitergehende Entspannung sein können, die von Roosevelt aber strikt abgelehnt wurde. Um Chamberlains Bemühungen zu sabotieren, schlug der amerikanische Präsident deshalb einen sogenannten „Weltfriedensplan" vor, der sich in Wirklichkeit gegen das Deutsche Reich richtete und dessen Widerstand herausfordern mußte. Bavendamm hat dieses Vorgehen so geschildert: „Aus diesen früheren Überlegungen entwickelte Roosevelt in den dreißiger Jahren seinen ebenso grandiosen wie dubiosen Weltfriedensplan...

Die Vertreter Englands, Frankreichs, Rußlands, Italiens, Belgiens, Hollands und Polens sollten unter amerikanischer Schirmherrschaft in Washington zusammenkommen, um sich auf ein Abrüstungsprogramm für die nächsten zehn Jahre zu verständigen. Danach sollte das nationalsozialistische Deutschland vor die Alternative gestellt werden, sich dieser Vereinbarung entweder zu unterwerfen oder - bei Ablehnung - mit einem Blockadekrieg überzogen zu werden.

Dieses Verfahren hielt für Hitler nur noch die Wahl zwischen freiwilliger und erzwungener Kapitulation bereit. Sollte die unblutige Vollstreckung des Weltfriedens trotz Unterstützung durch die amerikanische Kriegsmarine nicht gelingen, bestand nach Worten des Präsidenten ‚Aussicht, daß wir den nächsten Weltkrieg bekommen'.

Der Blockadekrieg war von vornherein ebenso integraler Bestandteil von Roosevelts Weltfriedenskonzeption wie seine Bemühungen, für diese unerfreuliche Tatsache irgendeinen unverfänglichen Namen zu finden. Das hatte einen ebenso einfachen wie gewichtigen Grund. Im Gegensatz zu einer Kriegserklärung oder einem Wirtschaftsboykott, die der Zustimmung des Kongresses bedurften, fiel der Beitritt der Vereinigten Staaten zu einer *bereits bestehenden* Blockade in die alleinige Kompetenz des Präsidenten. Das heißt, es war ihm etwas erlaubt, was in aller Regel zum Krieg führen mußte... Hier lag auch der Grund dafür, daß der amerikanische Präsident einen so erbarmungslosen Druck auf England ausübte: Er brauchte die englische Flotte einfach, weil nur sie in der Lage war, eine Blockade gegen die Achsenmächte zu errichten, der die Vereinigten Staaten dann beitreten konnten.""

Chamberlain war 1937 jedoch nicht dazu bereit, sich widerstandslos zum Handlanger Roosevelts degradieren zu lassen: „Bei der Regierung in London bestand vor allem deshalb wenig Neigung, dem Plan des amerikanischen Präsidenten zu folgen, weil England die Last des erhöhten Kriegsrisikos auch dann bis auf weiteres hätte allein tragen müssen, wenn sich Chamberlain dem amerikanischen Führungsanspruch unterworfen hätte. Welche Verbündeten besaß England denn, die ihm helfen konnten, diese Last zu tragen? Nur Frankreich, dessen politische und militärische Leistungsfähigkeit indessen

höchst umstritten war. Amerika war neutral und blieb neutral und würde es bis auf weiteres bleiben. Die reichlich zwei Jahre, die zwischen Kriegsausbruch und dem Kriegseintritt Amerikas verstrichen, zeigten, wie recht Chamberlain hatte, sich dem amerikanischen Weltfriedensplan nicht anzuvertrauen.

Vor allem war Chamberlain klar, daß ein neuer Krieg das Ende des englischen Empires und der englischen Weltmachtstellung bedeuten würde. Umgekehrt gab es auch für die liberal-demokratische Allianz Amerikas keine bessere und wohlfeilere Gelegenheit, sich gleichzeitig als Anwalt des Weltfriedens zu profilieren, Hitler bis zur Raserei zu isolieren und den Ruin des englischen Empires zu betreiben als den Weltfriedensplan des Präsidenten. Aus der Art und Weise, wie Roosevelt diesen Plan betrieb, muß man schließen, daß er alle drei Ziele gleichzeitig im Auge hatte."[12]

Nach dem Fehlschlag dieser Bemühungen um Großbritannien versuchte der amerikanische Präsident, die französische Regierung verstärkt in seine gegen Deutschland gerichtete Politik einzubeziehen: „Nachdem er bei Chamberlain abgeblitzt war, konzentrierte Roosevelt seine Bemühungen nun auf Frankreich... Roosevelt drückte die Überzeugung aus, daß, um Deutschland, Italien und Japan wirkungsvoll eindämmen zu können, Frankreich, England und die Vereinigten Staaten ‚gezwungen sein werden, ihr Kräfte zu vereinen'. Er gab Paris das Versprechen, alles in seiner Macht Stehende zu tun, die französischen .Luftstreitkräfte in Zeiten des Friedens wie des Krieges zu verstärken'.""

Und um auch den Widerstand Chamberlains zu überwinden, ließ Roosevelt dem britischen Premierminister am 14. Dezember 1938 die Zusicherung übermitteln, England werde „im Falle eines Krieges gegen die Diktaturen die industriellen Ressourcen der amerikanischen Nation hinter sich haben".[14] Damit gaben die USA, vorerst noch geheim, ihre Neutralität auf, ohne das Neutralitätsgesetz auf dem vorgeschriebenen Weg revidiert zu haben. Chamberlains Absicht, ohne die Zusicherung amerikanischer Unterstützung einen Krieg gegen Deutschland nach Möglichkeit zu vermeiden, war damit zum Teil der Boden entzogen. Darüber hinaus diskreditierte eine „Erziehungsfeldzug" genannte öffentliche Kampagne in den USA sowie in Teilen der britischen Presse Chamberlain und die Anhänger seiner Appeasement-Politik nun in einem solchen Maße, daß ihnen die Fortsetzung dieser Beschwichtigung immer mehr erschwert wurde.

Als weiteren gegen Deutschland gerichteten Schritt ließ Roosevelt 1938 das Geheimabkommen Dokument Nr. 800.51 W 89 USSR/247 mit der Sowjetunion abschließen, das Stalin schon in Friedenszeiten kriegswichtige Güter aus den Vereinigten Staaten verschaffte: „Im Januar 1939 begann die Lieferung amerikanischer strategischer Güter auf Hochtouren zu laufen und hörte bis Kriegsende nicht mehr auf."[15]

Zu Beginn des Jahres 1939 steigerte Roosevelt seine Agitation gegen das Deutsche Reich noch mit der Behauptung, dessen Wehrmacht werde demnächst die Kampfhandlungen gegen seine Nachbarländer eröffnen: „Als die dramatisch inszenierte Krieg-in-Sicht-Panikmache im Januar und Februar 1939 die Gemüter in einen bisher nicht gekannten Spannungszustand versetzt hatte, aktivierte Roosevelt das Tempo seiner psychologischen Kriegsführung gegen das Reich. Die Gerüchte, daß Deutschland umfangreiche Aggressionsabsichten unmittelbar verwirklichen wollte, waren bar jeder Substanz. Aber der dadurch ausgelöste politische Erdrutsch sollte die Rest-Tschechoslowakei im März in den Abgrund reißen."[16]

Denn angesichts einer zunehmenden Kriegshetze, die als Vorbote eines militärischen Konflikts erscheinen mußte, schaltete Adolf Hitler mit der Tschecho-Slowakei einen möglichen Kriegsgegner aus. Als dieser Staat im März 1939 als Folge der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei zerfiel, errichtete er das Protektorat Böhmen und Mähren,

um dadurch Angriffe der gut ausgebildeten und bewaffneten tschechischen Armee an der Seite anderer Feinde Deutschlands zu verhindern.

Chamberlain reagierte auf diesen Machtzuwachs des Deutschen Reiches zunächst mit einer zurückhaltenden Erklärung, aber auf massiven Druck englischer und vor allem amerikanischer Medien verurteilte er das deutsche Vorgehen am 17. März 1939 in einer in Birmingham gehaltenen Rede sehr scharf. Darüber hinaus erklärte er am 31. März 1939 im Unterhaus, daß „für den Fall irgendeiner Aktion, die klarerweise die polnische Unabhängigkeit bedroht und die die Polnische Regierung daher für so lebenswichtig ansieht, daß sie ihr mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand leistet, Seiner Majestät Regierung sich verpflichtet fühlen würde, der Polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren". Er gab diese Erklärung zugleich im Namen der französischen Regierung ab.[17] Damit legte Chamberlain, und das geschah zum erstenmal in der Geschichte seines Landes, die Entscheidung über eine Kriegsteilnahme Großbritanniens in die Hände einer fremden - hier der Warschauer - Regierung. Das Außergewöhnliche dieser Maßnahme stellte er selbst am 3. April 1937 in einer Rede vor dem Unterhaus mit den Worten fest, dieser Schritt bilde „in der Tat einen so wichtigen Markstein in der britischen Politik, daß ich mit Sicherheit sagen zu können glaube, daß dieser Entschluß ein Kapitel für sich erhalten wird, wenn es zum Schreiben der Geschichtsbücher kommen wird".[18]

Aber schon vor der Abgabe dieser Garantieerklärung hatte sich die polnische Regierung dazu entschlossen, deutsche Vorschläge für eine Bereinigung der zwischen beiden Ländern noch ungelösten Probleme - die Rückkehr der Freien Stadt Danzig zum Deutschen Reich, der Schutz der seit 1919 unter polnischer Herrschaft lebenden Deutschen sowie die Errichtung einer exterritorialen Verkehrsverbindung durch den polnischen Korridor nach Ostpreußen — unbeachtet zu lassen. Sie war dazu insbesondere durch die Vereinigten Staaten ermutigt worden und verließ sich auf deren sowie Englands und Frankreichs Hilfe für den Fall eines Krieges mit Deutschland. Nach Chamberlains Unterhauserklärung vom 31. März 1939 tat sie das erst recht. Dirk Kunert hat diese Haltung Warschaus so beschrieben: „Der polnische Außenminister Beck war bereit, Vabanque zu spielen. Sobald die Vereinigten Staaten ihren Einfluß auf Paris und London merkbar verstärkt hatten und sich der Eindruck allgemein festgesetzt hatte, daß Roosevelt seinen Führungsanspruch wirkungsvoll demonstrierte, entschloß sich Polen, in das von Amerika bestimmte Marschtempo einzufallen. Um die Jahreswende 1938/39 waren in Warschau die Würfel gefallen. Becks Gespräche mit Hitler und Ribbentrop waren lediglich Verschleierungsmanöver, die Auseinandersetzung mit dem Reich auf einen Zeitpunkt hinauszuschieben, der es den Gegenmächten erlaubte, aus der Position relativer Stärke zu handeln. Chamberlains Garantie für Polen war nur ein Echo auf die Stimme Roosevelts, die sich längst in Warschau Gehör verschafft hatte. Die polnische Intransigenz, die sich von Oktober 1938 bis März 1939 immer mehr verhärtete, ging nicht so sehr auf das Konto des britischen Premierministers, der selbst im Windschatten Roosevelts segelte, als vielmehr auf das des amerikanischen Präsidenten."[19]

Die zunehmenden Lieferungen amerikanischer Waffen an Großbritannien und Frankreich vergrößerten die Abhängigkeit dieser Länder von Roosevelt noch mehr. Und London setzte auch nicht nur die eigenen Rüstungspläne verstärkt in die Tat um, sondern vereinbarte auch mit dem amerikanischen Flottenchef Leahy im Sommer 1939, daß im Kriegsfall die britische Flotte im Ostatlantik und im Mittelmeer eingesetzt werden sollte, während die amerikanischen Seestreitkräfte englische Nachschublinien im West- und Südatlantik sowie den Pazifik gegenüber Japan sichern würden.[20]

Am 25. August 1939 wurde ein „Britisch-Polnischer Vertrag über gegenseitigen Beistand" abgeschlossen, der die englische Beistandsgarantie für Polen vom 29. März 1939 „auf eine dauernde Grundlage" stellte und laut Artikel 1 folgendem Zweck zu dienen hatte: „Sollte eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt werden, und zwar infolge eines Angriffs der letzteren auf diese Vertragspartei, so wird die andere Vertragspartei der in Feindseligkeiten verwickelten Vertragspartei sofort jede Unterstützung und jeden Beistand gewähren, die in ihrer Macht stehen." Diese Vereinbarung stärkte die Warschauer Regierung noch mehr in ihrer Entschlossenheit, die offenen deutsch-polnischen Fragen nicht auf dem Verhandlungsweg zu lösen oder auch nur zu erörtern. Zusammen mit dem sich steigernden Terror gegen die seit 1919 unter polnischer Herrschaft lebenden Deutschen führte diese Haltung dann am 1. September 1939 zum Krieg zwischen Deutschland und Polen. Die britische und die französische Regierung erklärten darauf am 3. September 1939 dem Deutschen Reich den Krieg. Chamberlain mag dieser Schritt auch dadurch erleichtert worden sein, daß er den vertraulich abgegebenen Versicherungen deutscher Verschwörer glaubte und von ihnen bei Kriegsausbruch den Sturz der Reichsregierung und somit einen Feldzug von nur kurzer Dauer erwartete. Am 10. September 1939 notierte er in seinem Tagebuch: „Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg - ich zweifle sehr, ob er möglich ist -, aber ein Zusammenbruch der deutschen inneren Front."[21]

Auch die französische Regierung ließ sich bei ihrer Kriegserklärung an Deutschland von solchen Vorstellungen beeinflussen. Der Generalstabschef ihrer Armee, Maurice Gamelin, war davon überzeugt: „Ob die Wehrmacht über 20, über 100 oder über 200 Divisionen verfugt ist gleichgültig, denn wenn wir Hitler den Krieg erklären, so werde ich voraussichtlich niemals etwas mit der deutschen Armee zu tun haben... Am Tage unserer Kriegserklärung an Deutschland wird Hitler gestürzt! In Berlin werden Unruhen ausbrechen. Statt die Reichsgrenzen zu verteidigen, wird die deutsche Armee in die Hauptstadt zurückfluten, um dort die Ordnung wiederherzustellen. Die in den Westfestungen stationierten Truppen werden wenig Widerstand leisten. Dann werden wir in Deutschland leicht und schnell eindringen, wie ein Messer Butter durchschneidet."[22]

Roosevelt hatte im September 1939 also sein erstes Ziel, den Kriegsbeginn gegen Deutschland, erreicht. Der nun in die Regierung Chamberlain eingetretene Churchill war mit diesem Ergebnis auch seiner Bemühungen gleichfalls zufrieden. Er war zu dieser Zeit noch weit von seiner am 30. Juli 1952 im Unterhaus verkündeten Einsicht entfernt, mit Deutschland „haben wir das falsche Schwein geschlachtet".[23] Immerhin kann niemand seine Irrtümer und den Fehlschlag seiner Politik treffender zum Ausdruck bringen, als Churchill dies angesichts des Zusammenbruchs des britischen Weltreichs und des Vordringens der Sowjetunion in Europa mit diesen Worten getan hat.

Als am 1. September 1939 der deutsch-polnische Krieg ausgebrochen war, wartete man in Warschau aber vergeblich auf die versprochene britische und französische Unterstützung. Und als am 17. September 1939 die Rote Armee Polen von Osten her angriff, reagierte London auf diese erneuten „Feindseligkeiten einer europäischen Macht" gegen Polen gleichfalls nicht. Die 1939 vom Auswärtigen Amt herausgegebenen „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges" lieferten dafür folgende Erklärung: „Auf eine Anfrage des Unterhausmitgliedes Harvey, ob die Beistandsverpflichtungen des britisch-polnischen Vertrages vom 25- August 1939 auch den Fall des Angriffs durch nichtdeutsche Mächte, einschließlich Rußlands, decken sollten, gab der Britische Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Butler am 19. Oktober 1939 folgende schriftliche Antwort: ‚Nein. Während der Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Abkom-

mens führten, wurde zwischen der Polnischen Regierung und der Regierung Seiner Majestät vereinbart, daß das Abkommen nur den Fall eines Angriffs durch Deutschland decken sollte; die Polnische Regierung bestätigt, daß dies zutrifft."[24]

Die Ermutigung Polens zu einer gegen Deutschland gerichteten Politik, die öffentliche Verpflichtung der britischen Regierung zu einer militärischen Unterstützung Polens bei Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht, die sich in Wirklichkeit nur gegen das Deutsche Reich richtete, sowie das Ausbleiben der von London versprochenen Unterstützung Polens im Kampf gegen die Wehrmacht sprechen für die Vermutung, daß es Großbritannien 1939 nicht um eine Hilfe für Warschau, sondern nur noch um einen Kriegsanlaß gegen Deutschland ging.

Roosevelt setzte auch nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs seine schon vorher betriebene Politik fort. Er bereitete die amerikanische Öffentlichkeit weiter auf einen angeblich notwendigen Kampf gegen Deutschland vor und belieferte dessen Kriegsgegner, England, Frankreich und dann auch die Sowjetunion, in steigendem Maße mit Waffen und Kriegsmaterial. Da eine Kriegserklärung an das Deutsche Reich der Zustimmung des Kongresses bedurft hätte, wollte er statt dessen durch ständige Neutralitätsverletzungen und Angriffe seiner Flotte auf deutsche Schiffe eine Kriegserklärung Deutschlands an die Vereinigten Staaten bewirken. Und als ihm auch das nicht gelang, erzwang er den Eintritt seines Landes in den Zweiten Weltkrieg durch eine aggressive Politik gegen das mit dem Deutschen Reich verbündete Japan, die Bolko Freiherr von Richthofen beschrieben hat.

Der spätere amerikanische Außenminister Henry Kissinger schrieb über diese Maßnahmen Roosevelts: „Im September 1941 überschritten die Vereinigten Staaten die Schwelle zum Krieg. Roosevelts im April erteilter Befehl, den Briten die Position deutscher U-Boote mitzuteilen, mußte irgendwann zu einem Zusammenstoß führen. Am 4. September wurde der amerikanische Zerstörer ‚Greer' torpediert, während er britischen Flugzeugen die Koordinaten eines deutschen U-Bootes zufunkte. Am 11. September beschuldigte Roosevelt Deutschland der .Piraterie', ohne die Umstände näher zu erläutern. Er verglich die deutschen U-Boote mit Klapperschlangen, die nur darauf warteten zuzuschnappen, und befahl der US-Navy, alle deutschen oder italienischen U-Boote, die in der zuvor festgelegten, bis nach Island reichenden amerikanischen Verteidigungszone erspäht würden, sofort zu versenken. Praktisch hieß das nichts anderes, als daß die Vereinigten Staaten mit den Achsenmächten in einen Seekrieg eingetreten waren...

In weniger als drei Jahren war es Roosevelt gelungen, eine unverändert isolationistisch orientierte Nation von der Notwendigkeit zu überzeugen, am Zweiten Weltkrieg teilzunehmen ... Mit Geduld und Unerbittlichkeit hatte Roosevelt sein Ziel erreicht."[25]

Kissinger bewertet Roosevelts Handlungen wie folgt: „Viele seiner Maßnahmen bewegten sich am Rande der Verfassungsmäßigkeit; mit vergleichbaren Methoden könnte sich heute kein Präsident mehr im Amt halten."[26]

Auch der am 22. Juni 1941 begonnene Krieg zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion hatte eine lange Vorgeschichte.

1917 konnten die Kommunisten in Rußland die Macht in einem Putsch an sich reißen und in einem mehrjährigen Bürgerkrieg sichern, weil das Land im Ersten Weltkrieg schwere Niederlagen erlitten hatte, seine Wirtschaft und Versorgung weitgehend zusammengebrochen und die Autorität des zaristischen Regimes durch unzählige Fehlleistungen irreparabel beschädigt worden war. Auf die Beherrschung dieses nun Sowjetunion genannten Staates konnten sich die neuen Machthaber jedoch nicht beschränken, weil es nach ihrer Doktrin ein Nebeneinander von kommunistischer und sogenannter kapitalistischer Gesellschaftsordnung nicht geben konnte. Deshalb war für die Kommu-

nisten die Ausweitung ihres Machtbereichs bis hin zur Weltherrschaft ein Gebot ihrer Selbsterhaltung. Daß dies nur gewaltsam möglich war, ergab sich aus ihrer Überzeugung, daß der kapitalistische Gegner nicht freiwillig abtreten würde, seine Beseitigung jedoch der Errichtung einer besseren Ordnung diene und deshalb „gerecht" sei.

Stalin, seit 1922 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und nach Lenins Tod ihr einflußreichster Funktionär, drückte dies 1924 mit den Worten aus: „Der Sieg des Sozialismus in einem Lande ist keine für sich allein zu nehmende Aufgabe. Die Revolution des siegreichen Landes darf sich nicht als eine sich selbst genügende Größe, sondern muß sich als Stütze, als Mittel zur Beschleunigung des Sieges des Proletariats in allen Ländern, betrachten. Denn der Sieg der Revolution in einem Lande, im gegebenen Fall in Rußland, ist nicht nur das Produkt der ungleichmäßigen Entwicklung und des fortschreitenden Zerfalls des Imperialismus. Er ist zugleich der Beginn und die Voraussetzung der Weltrevolution."[27]

Als wichtige, wenngleich „indirekte" Reserve dieser Weltrevolution bezeichnete Stalin 1924 „die Gegensätze, Konflikte und Kriege (z.B. der imperialistische Krieg) zwischen den dem proletarischen Staat feindlichen bürgerlichen Staaten, die vom Proletariat ausgenutzt werden können bei seiner Offensive oder beim Manövrieren im Falle eines erzwungenen Rückzugs... Es ist anzunehmen, daß jetzt, wo sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Gruppen immer mehr vertiefen und ein neuer Krieg zwischen ihnen unvermeidlich wird, die Reserven dieser Art für das Proletariat immer größere Bedeutung haben werden."[28]

Nach ihrer Machteroberung in Rußland wollten die Kommunisten die Ausbreitung ihres Herrschaftsbereichs zunächst durch Aufstände in anderen Ländern erreichen. Als sich jedoch nach wenigen Jahren die Undurchführbarkeit dieses Programms herausstellte, entschloß sich Stalin, diese Aufgabe der Roten Armee der Sowjetunion zu übertragen. Den geeigneten Augenblick für deren Angriff auf sogenannte imperialistische Länder sah er gekommen, wenn diese sich in einem von ihm als unvermeidlich angesehenen Krieg gegenseitig geschwächt hatten. Auf einer Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands am 19. Januar 1925 sagte er dazu in einem Diskussionsbeitrag, den von Richthofen ausführlich zitiert: „Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können - wir werden auftreten müssen, aber wir werden als letzte auftreten. Und wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte."[29]

Unumwunden wird hier also zugegeben, daß ein militärisches .Auftreten" der Roten Armee nicht als Abwehr eines Angriffs auf die Sowjetunion erfolgen, sondern sich unprovoziert gegen Länder richten soll, die untereinander Krieg führen und deshalb zu einer Gegenwehr nur unzureichend in der Lage sind.

Ein solcher Konflikt war vor allem in Europa zu erwarten, da es hier jene vorgeblich imperialistischen Staaten gab, die sich bereits von 1914 bis 1918 mit äußerster Härte bekämpft hatten und dies äs Folge anhaltender Differenzen erneut tun sollten. Das „ausschlaggebende" Auftreten der Roten Armee in einem zwischen diesen Ländern ausgetragenen Krieg hätte also zu einer Eroberung des nichtkommunistischen Teils Europas fuhren und sich aufgrund der geographischen Lage zunächst gegen Deutschland richten müssen. Am zweckmäßigsten erfolgte dieser Angriff dann, wenn er von dem bedrohten Land nicht erwartet wurde. Boris M. Schaposchnikow, Stalins Vertrauter und zeitweilig Generalstabschef der Roten Armee, hatte das mit den Worten umrissen: „Daß ein Präventivkrieg vom militärischen Standpunkt aus gesehen unbestreitbar Vorteile der Überraschung und der Kräfteberechnung hat, unterliegt keinem Zweifel."[30]

Diese Form des Angriffs setzte eine unauffällige Vorbereitung, dabei aber die Mobilmachung so zahlreicher Streitkräfte voraus, daß der ungewarnte Gegner bei Kriegsbeginn schon von diesen Truppen mit Aussicht auf Erfolg überfallen werden konnte. Erst danach brauchte man die Masse der Soldaten einzuberufen: „Doch wie schrittweise und langwierig eine Mobilmachung auch sein mag, die erste Staffel muß auch heutzutage stark und schlagkräftig genug sein, um nicht sofort einen entscheidenden Mißerfolg zu erleiden.""

Die Vorbereitung eines Krieges durfte sich nach Schaposchnikow nicht auf militärische Anliegen beschränken: „Unter heutigen Bedingungen, da der Krieg vom Staat in seiner Gesamtheit geführt wird, muß man in den Begriff des Kriegsplans nicht mehr nur allein die strategische Entfaltung hineinlegen, sondern die gesamte Vorbereitung der Streitkräfte auf den Krieg, da der Krieg auch an der ökonomischen und der politischen Front vorbereitet wird."[32]

Nach diesem Konzept hat Stalin dann seine Politik gestaltet. Die langfristige Vorbereitung auf einen Krieg begann der sowjetische Diktator im Jahr 1927 mit der Industrialisierung der Sowjetunion, die in erster Linie der Aufrüstung der Roten Armee diente. Sie wurde in erheblichem Maße durch Zwangsarbeit geleistet und durch die Enteignung der Bauern finanziert, die nach dieser sogenannten Kollektivierung für ihre Erzeugnisse nur minimale Preise erhielten und dadurch auch millionenfach dem Hungertod ausgeliefert wurden. Die ständig vermehrte Rote Armee erhielt auf diese Weise schon vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Waffen, über die keine andere Truppe der Welt verfügte und die zu allen Offensivhandlungen befähigten.

Nach dieser langdauernden Vorbereitung setzte Stalin ab August 1939 seine Pläne für ein ausschlaggebendes Auftreten der Roten Armee dann in die Praxis um.

Zu dieser Zeit gab es keinen Krieg, in dem sich nichtkommunistische Staaten gegenseitig so schwächten, daß die sowjetischen Streitkräfte mit Aussicht auf Erfolg in die Kampfhandlungen eingreifen konnten. Stalin wollte jedoch nicht warten, ob und gegebenenfalls wann es zu „Verwicklungen in den uns umgebenden Ländern" kommen würde. Wenn er also im Interesse der Weltrevolution das Gewicht seiner Truppen in einem bewaffneten Konflikt in die Waagschale werfen wollte, dann mußte er daraufhinwirken, daß es zu einem solchen Konflikt kam.

Die größten Differenzen gab es zu dieser Zeit in Europa zwischen Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkriegs sowie anderen Nutznießern der deutschen Niederlage von 1918. Die Politik der Reichsregierung, die Belastungen Deutschlands durch das Versailler Diktat zu überwinden und somit auch die Lage der seit 1919 unter polnischer Herrschaft lebenden ostdeutschen Bevölkerung auf dem Verhandlungsweg zu bessern, hatte zu starken Spannungen mit diesen Staaten geführt. Stalin sah daher im Sommer 1939 zwei Möglichkeiten, in diesen sich zuspitzenden Konflikt politisch und militärisch einzugreifen. Er konnte entweder mit den Westmächten ein Bündnis eingehen und gemeinsam mit ihnen gegen Deutschland kämpfen, wenn es zu einem deutsch-polnischen Krieg kommen sollte. Die Verhandlungen in Moskau mit einer britischen und einer französischen Delegation führten jedoch nicht zu dem von Stalin angestrebten Ergebnis, weil Polen und Rumänien in Voraussicht dessen, was ihnen von einer kommunistischen Besetzung drohen würde, der Roten Armee kein Durchmarschrecht durch ihre Länder einräumen wollten und damit die Voraussetzung für deren Krieg gegen Deutschland entfiel. Oder Stalin konnte ein Übereinkommen mit dem Deutschen Reich anstreben, und das hat er auch getan, noch während er mit englischen und französischen Vertretern über eine Allianz gegen Deutschland verhandeln ließ.

Visionen nicht teil, die bereits dicht an die Grenze aufgerückt waren, sowie jene, die sich auf den Einmarsch im Iran vorbereiteten, und schließlich diejenigen, die im Fernen Osten geblieben waren. Der vollzählige Aufmarsch der sowjetischen Truppen an der deutschen Grenze war für den 10. Juli geplant."[37]

Durch diese Truppentransporte wurde das Eisenbahnwesen der UdSSR erheblich beansprucht und die sowjetische Volkswirtschaft schwer beeinträchtigt. Sie wäre aber völlig zusammengebrochen, hätte man die in den westlichen Grenzregionen konzentrierten Truppen wieder in das Landesinnere zurücktransportieren wollen. In ihren Zelten im westlichen Bereitstellungsraum konnten die Soldaten aber nicht überwintern, und schon daraus ergibt sich, daß Stalin 1941 einen Krieg beginnen wollte.

Das wurde der Roten Armee auch bald mitgeteilt. Am 5. Mai 1941 hielt Stalin anläßlich eines Empfangs zu Ehren der Absolventen der Militärakademien in Moskau eine Rede, deren Text höheren Stäben der Roten Armee auch schriftlich übermittelt, aber lange Zeit nicht veröffentlicht worden ist. Inzwischen hat man in Moskau jedoch eine Kurzfassung dieser Ansprache verbreitet, in der es heißt: „Die friedliche Politik ist eine gute Sache. Bis zu einer bestimmten Zeit haben wir die Linie der Verteidigung vertreten, bis zum Zeitpunkt, bis wir unsere Armee noch nicht umgerüstet haben, die Armee noch nicht mit modernen Kampfmitteln ausgerüstet haben. Jetzt aber, da wir unsere Armee umgestaltet haben, jetzt, da wir stark geworden sind, jetzt muß man von der Verteidigung zum Angriff übergehen. Bei der Verwirklichung der Verteidigung unseres Landes sind wir verpflichtet, offensiv zu handeln. Wir müssen von der Verteidigung zur Militärpolitik des offensiven Handelns übergehen. Wir müssen unsere Erziehung, unsere Propaganda, Agitation, unsere Presse im offensiven Geist umbauen. Die Rote Armee ist eine moderne Armee, eine moderne Armee ist aber eine offensive.Armee."[38]

Am 6. Mai 1941 trat Stalin an die Spitze der sowjetischen Regierung, vermutlich deshalb, weil er damit der Führung des bevorstehenden Krieges ein besonderes Gewicht verleihen wollte. Und kurz danach erhielt die Hauptverwaltung für Politische Propaganda der Roten Armee auf seine Anweisung den Auftrag, ihre Soldaten „auf einen gerechten, offensiven Krieg" vorzubereiten: „Die neuen Bedingungen, unter denen unser Land lebt, die jetzige internationale Lage, die voller unvorhersehbarer Möglichkeiten ist, fordern eine revolutionäre Entschlußkraft und eine ständige Bereitschaft, zu einem zerschmetternden Vormarsch gegen den Feind vorgehen zu können... Alle Formen der Propaganda sind auf ein Ziel zu richten - auf die politische, moralische und kämpferische Vorbereitung der Mannschaften und Offiziere, auf die richtige Führung eines offensiven und alles zerschmetternden Krieges... Die Soldaten sind im Geiste eines aktiven Hasses auf den Feind zu erziehen und zum Streben, den Kampf mit ihm aufzunehmen, zur Bereitschaft, unser Vaterland auf dem Territorium des Feindes zu verteidigen und ihm einen tödlichen Schlag zu versetzen,[39]

Im Mai 1941 übermittelten der Volkskommissar für die Verteidigung der UdSSR, Semjon K. Timoschenko, und der Chef des Generalstabs der Roten Armee, Georgij K. Schukow, Stalin einen Vorschlag für die Operationen gegen Deutschland, der zum erstenmal in der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift", Nr. 1/1993, veröffentlicht worden ist. Danach sollten durch eine Zangenbewegung von acht sowjetischen Armeen aus den Gebieten um Bialystok und Lemberg, die weit in das von Deutschland kontrollierte Territorium hineinragten, die im östlichen Polen stehenden deutschen Kräfte eingeschlossen werden. Gleichfalls im Raum Lemberg aufmarschierte Verbände der Roten Armee hatten bis Schlesien vorzustoßen, dort nach Norden zur Ostsee einzudrehen und damit die in Ostpreußen stehenden deutschen Kräfte abzuschneiden. Nach dem Plan

von Timoschenko und Schukow sollten ferner starke sowjetische Truppenkontingente das für die deutsche Kriegführung wichtige Erdölgebiet Rumäniens erobern, außerdem Gebirgstruppen der Roten Armee aus den Ostkarpaten in die Slowakei einmarschieren und damit deutschen Truppen den Weg zum Balkan versperren.

Der Aufmarsch der Roten Armee nach diesem Plan war jedoch sehr riskant, denn die in den Räumen Bialystok und Lemberg, in den Ostkarpaten und an der östlichen Grenze Rumäniens stehenden Truppen konnten dort, wie es dann größtenteils auch geschah, selbst leicht umfaßt und vernichtet werden. Sinnvoll war die Konzentration dieser Verbände nur, wenn man keinen Angriff der deutschen Wehrmacht und statt dessen den Krieg „auf dem Territorium des Feindes" erwartete.

Timoschenko und Schukow verlangten zur Durchführung ihres Planes ferner: „1. Unter dem Anschein von Übungen für Soldaten der Reserve ist eine geheime Mobilmachung der Truppe durchzuführen. 2. Unter dem Anschein, in Ausbildungslager auszurücken, sind in der Nähe der Westgrenze geheim Truppen zusammenzuziehen, und vorrangig sind alle Armeen für die Reserve des Oberkommandos zusammenzuziehen. 3. Aus den entlegenen Militärbezirken sind die Luftstreitkräfte geheim auf Feldflugplätzen zu konzentrieren, und mit dem Einbringen der Rückwärtigen Dienste der Luftstreitkräfte ist sogleich zu beginnen."[40]

Im Juni 1941 wurde auch der größte Teil der sowjetischen Ostseeflotte für den bevorstehenden Angriff in baltische Häfen verlegt, während gleichzeitig Einheiten der Schwarzmeerflotte auf der Krim Landeübungen für einen Einsatz an der rumänischen Küste vornahmen. Vor Ausbruch des Ostfeldzugs hatte man im westlichen Grenzbereich der Sowjetunion auch etwa 170.000 Mann der Eisenbahntruppe und Eisenbahnpioniere zusammengezogen, um in den neu zu erobernden Gebieten die Spurbreite der Eisenbahnen den sowjetischen Maßen anzupassen. Vor allem sind zur Vorbereitung der Offensive in die westlichen Grenzgebiete der Sowjetunion in großen Mengen Waffen, Panzer, Artillerie, Kraftwagen, Treibstoff, Brückenkonstruktionsteile, Schienen, Baumaterialien, Kohle und andere Nachschubgüter transportiert worden. Da ausreichender Raum für die Lagerung der Munition nicht vorhanden war, blieb nur folgende Möglichkeit: „Im April 1941 kam von der Hauptverwaltung der Artillerie in der Roten Amee die Anweisung, die Produktion des Volkskommissariats für die Munitionsindustrie an die westliche Staatsgrenze zu schaffen und dort *auf dem Boden* zu lagern."[41]

Weil hier die für die Aufbewahrung von Munition erforderliche Temperatur und Luftfeuchtigkeit nicht eingehalten werden konnten und die Granaten somit bald unbrauchbar werden mußten, deutete diese Art der Lagerung gleichfalls auf die geplante Verwendung in einem nahe bevorstehenden Krieg hin.

Da Stalin Deutschland angreifen wollte und andererseits nicht mit einer Offensive der Wehrmacht rechnete, gab es in den 1939 und 1940 zur Sowjetunion gekommenen Gebieten auch kaum Verteidigungsvorbereitungen. Statt dessen sind nach Westen führende Straßen und Eisenbahnlinien erheblich ausgebaut und gleichzeitig zahlreiche neue Flugplätze angelegt worden. Und im Juni 1941 haben sowjetische Truppen im Grenzbereich auch noch die Minenfelder und andere Hindernisse entfernt, die ihre Bewegungsfreiheit beim Vormarsch beeinträchtigen konnten.

Es waren auch Propagandaaktionen in neu zu erobernden Gebieten vorbereitet worden, da man in Moskau an eine Erhebung von Arbeitern und Bauern und deren Unterstützung der Roten Armee glaubte, sobald sowjetische Verbände dort einmarschierten. Josef Schabert, Professor für katholische Theologie, hat 1941 als Soldat in der von der Wehrmacht eroberten Stadt Poryck riesige Mengen von Flugblättern in deutscher und

polnischer Sprache mit folgendem Inhalt entdeckt: „Polnische/deutsche Arbeiter und Bauern, die Rote Armee kommt, um Euch vom faschistischen Joch zu befreien. Unterstützt sie im Kampf gegen die Hitlerfaschisten und beim Aufbau eines neuen sozialistischen Polens/Deutschlands!'"[42]

Im Mai und Juni 1941 und somit unmittelbar vor dem geplanten Beginn der sowjetischen Offensive wurde für die Rote Armee auch ein „Kleiner russisch-deutscher Sprachführer" in großer Auflage gedruckt, der die Orientierung in Deutschland ermöglichen sollte. Danach konnte man in deutscher Sprache nicht nur nach den Namen von Dörfern und Städten, Trink- und Eßbarem oder Heizmaterial fragen, sondern sich auch erkundigen: „Wo haben sich Parteimitglieder versteckt?" „Wo haben sich Polizisten versteckt?"[43]

Ein weiterer Anhaltspunkt für die Absicht Stalins, Deutschland anzugreifen und eine Verteidigung des eigenen Staatsgebiets nicht einmal in Erwägung zu ziehen, war die Ausstattung der sowjetischen Streitkräfte bei Kriegsbeginn mit Landkarten. Dazu schreibt Joachim Hoffmann: „Ein untrügliches Indiz für großangelegte Angriffsplanungen bildete fernerhin die Kartenausstattung der Truppen der Roten Armee. Den deutschen Truppen ist an verschiedenen Stellen im grenznahen Bereich, aber auch im tieferen Hinterland Kartenmaterial in die Hände gefallen, das weit nach Westen, in den deutschen Raum, hineinreichte, und ebenso reichhaltige Unterlagen, die über Deutschland aufklärten."[44]

100 bis 200 Millionen dieser Karten befanden sich in den westlichen Gebieten der UdSSR und fielen dort der Wehrmacht in die Hände oder wurden vernichtet.[45] Demgegenüber besaßen Stalins Streitkräfte vom eigenen Territorium, auf dem sie nun zu kämpfen hatten, so gut wie keine Landkarten.[46] Daher war die Führung der Roten Armee in den ersten Kriegsmonaten außerordentlich erschwert, und das hat erheblich zu ihren Niederlagen im Jahr 1941 beigetragen.

Ab dem 13. Juni 1941 schlossen alle Divisionen der Ersten Strategischen Staffel der sowjetischen Streitkräfte zur westlichen Grenze auf, die Masse einer Zweiten Strategischen Staffel wurde aus dem Hinterland in die Westregionen der UdSSR transportiert, und gleichzeitig wurden die Bewohner im Grenzstreifen des sowjetisch beherrschten Gebiets zwangsweise ausgesiedelt. Da diese Truppenbewegungen nicht verborgen bleiben konnten, veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 13. Juni 1941 ein Kommunique mit der Behauptung: „...es gibt keinerlei,Konzentration starker Kräfte' an den Westgrenzen der UdSSR, und eine solche ist auch nicht vorgesehen."[47]

Stalins Kriegsvorbereitungen waren trotzdem in Deutschland richtig erkannt worden. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, faßte die laufende Beobachtung dieses sowjetischen Aufmarsches in einem Schreiben an Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop vom 11. Mai 1941 so zusammen: „Das Oberkommando der Wehrmacht ist durch diese Tatsachen mit den dem Auswärtigen Amt laufend mitgeteilten Grenzverletzungen sowjetrussischer Flugzeuge und Soldaten zu der Überzeugung gekommen, das dieses, einer Mobilmachung praktisch gleichkommende Maß des sowjetischen Aufmarsches an der deutschen Ostgrenze nur noch als Vorbereitung für russische Offensivmaßnahmen größten Umfanges gedeutet werden kann. Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts rückt daher in bedrohliche Nähe.

Der annähernd abgeschlossene Aufmarsch ihrer Wehrmacht ermöglicht der sowjetischen Staatsführung dabei die freie Wahl des Angriffsbeginns. Entsprechende deutsche Gegenmaßnahmen werden nunmehr unumgänglich."[48]

Aber nicht nur die militärischen, sondern auch die außenpolitischen Maßnahmen Stalins führten ab 1940 in Berlin zu einer Neueinschätzung seiner Politik. Adolf Hitler

hatte nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages vom August 1939 zunächst eine langfristige Zusammenarbeit mit Moskau für möglich gehalten und darauf hingewirkt. Die Hoffnung auf friedliche Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurde zunächst auch durch die vertraglich vereinbarte Lieferung von kriegswichtigen Rohstoffen aus der UdSSR gefördert, die der Wehrmacht die Fortführung des Krieges im Westen ermöglichten. Dann häuften sich jedoch Handlungen, die den expansiven Charakter der sowjetischen Politik wieder deutlich werden und Zweifel an Stalins Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Deutschland aufkommen ließen.

Im Winter 1939/40 hatte die Rote Armee Finnland angegriffen und im März 1940 zu einem Waffenstillstand gezwungen, in dem das Land auf bestimmte Gebiete verzichten und der Sowjetunion weitgehende Zugeständnisse machen mußte. Damit waren auch die für Deutschland wichtigen Nickel- und Holzlieferungen aus Finnland gefährdet. Während des Frankreichfeldzugs, als an der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie nicht mehr als sechs Wehrmachtsdivisionen standen, konzentrierte Stalin an seiner Westgrenze etwa 100 Divisionen, obwohl er von Deutschland nicht bedroht werden konnte. Es läßt sich nicht sagen, ob er schon zu dieser Zeit einen überraschenden Angriff auf das Deutsche Reich begonnen hätte, wenn der Westfeldzug für die Wehrmacht verlustreich gewesen wäre und er deshalb „das entscheidende Gewicht in die Waagschale" werfen konnte.

Nach Beendigung des Frankreichfeldzugs wurden Estland, Lettland und Litauen von starken Kontingenten der Roten Armee besetzt und in das Staatsgebiet der UdSSR eingegliedert, und diese gewaltsame Eroberung von drei unabhängigen Staaten ging weit über das hinaus, was man in Berlin unter der Zugehörigkeit dieser Länder zur sowjetischen Interessensphäre verstanden hatte. Die anschließende Stationierung zahlreicher Divisionen der Roten Armee an der Grenze zu Ostpreußen mußte dann schon als direkte Bedrohung des Deutschen Reiches empfunden werden. Im Juni 1940 erzwang Stalin von Rumänien die Abtretung Bessarabiens und verlegte danach starke Truppenkontingente einschließlich eines Luftlandekorps in unmittelbare Nähe der für Deutschland kriegswichtigen rumänischen Erdölquellen. Gleichzeitig bemühte sich der im Juni 1940 akkreditierte britische Botschafter in Moskau, Stafford Cripps, um ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnis zwischen der Sowjetunion und Großbritannien. Adolf Hitler erklärte sich daher die Weigerung Churchills, nach dem Frankreichfeldzug wie vorgeschlagen den Krieg zu beenden, auch mit dessen Hoffnung auf ein militärisches Zusammengehen mit Stalin.

Immer weniger konnte deshalb die Sowjetunion als zuverlässiger Vertragspartner des Deutschen Reiches angesehen werden. Deshalb mußten Pläne für einen Erstschlag gegen die UdSSR entworfen werden, weil die Wehrmacht angesichts der Überlegenheit der Roten Armee deren Offensive nur schwer abwehren konnte. Hatte Adolf Hitler nach dem Sieg über Frankreich zunächst die Verkleinerung des Heeres auf 120 Divisionen befohlen, da er einen Krieg gegen die Sowjetunion nicht plante und mit einem Angriff Stalins nicht rechnete, so befahl er nun die Verstärkung der deutschen Truppen auf 180 Divisionen und ihre Vorbereitung auf einen Ostfeldzug. Dementsprechend produzierte die Rüstungsindustrie nun verstärkt für einen Landkrieg und konnte deshalb auch nur wenig Kriegsmaterial für die Luftwaffe und die Marine in ihrem Kampf gegen Großbritannien zur Verfügung stellen. Von dieser Umstellung der deutschen Rüstung und der Stationierung immer stärkerer Wehrmachtsverbände im Osten mußte Churchill also selbst dann profitieren, wenn Stalin nicht in den Krieg eingriff.

Andererseits mußte die Ausschaltung der Roten Armee durch die Wehrmacht nicht nur eine zunehmende Bedrohung Deutschlands beseitigen, sondern Großbritannien

auch die Hoffnung auf einen militärischen Verbündeten nehmen. Das Inselreich wäre dadurch vielleicht friedensbereiter geworden. Traf das nicht zu, dann hätte sich Deutschland nach einem Sieg über Stalin voll auf den Krieg gegen Großbritannien konzentrieren und dafür auch Rohstoffquellen und Industriekapazitäten der Sowjetunion einsetzen können.

Am 31. Juli 1940 befahl Adolf Hitler deshalb eine erste Studie für einen möglichen Angriff der Wehrmacht auf die UdSSR. Eine Entscheidung für einen Ostfeldzug hatte er damit aber noch nicht getroffen, denn den wollte er lediglich beginnen, wenn ihm die Angriffsvorbereitungen der Roten Armee keine andere Wahl mehr ließen. Er wollte auch eine weitere Zusammenarbeit mit Stalin nicht ausschließen.

Um dessen Absichten zu erkunden, wurde der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow zu Gesprächen nach Berlin im November 1940 eingeladen. Der Versuch Adolf Hitlers, bei diesen Verhandlungen die Sowjetunion für einen Kontinentalblock vom Atlantik bis zum Pazifik zu gewinnen und gleichzeitig Stalins Interesse auf britische Kolonien in Asien zu lenken, schlug jedoch fehl. Was Molotow statt dessen in ungewöhnlich schroffer Form verlangte, faßt Joachim Hoffmann so zusammen: „Die Sowjetunion beanspruchte mit anderen Worten jetzt eine beherrschende Stellung in ganz Osteuropa und im Ostseeraum, verlangte überdies die Errichtung von Stützpunkten an den Schwarzmeerausgängen und eine beliebige Passage durch die Ostseeausgänge (Großer Belt, Kleiner Belt, Sund, Kattegatt, Skagerrak), so daß das im Existenzkampf befindliche Reich gleichsam von Norden und Süden her umklammert werden mußte."[49]

Diese wenig später auch schriftlich wiederholten Forderungen machten deutlich, daß Moskau zu einer Verständigung mit dem Deutschen Reich nicht bereit war und blieben deshalb ohne Antwort. Es läßt sich bis heute nicht entscheiden, ob Stalin damit den Einflußbereich der Sowjetunion erweitern, eine bessere Ausgangsposition für einen geplanten Krieg gegen Deutschland gewinnen, eine Entlastung Englands durch die zwangsläufig verstärkte Stationierung von Wehrmachtsverbänden im Osten oder alles gleichzeitig erreichen wollte. Post äußert folgende Vermutung: „Für das Verhalten der sowjetischen Führung gibt es eigentlich nur eine logische Erklärung. Moskau mußte befürchten, daß England entweder durch ein deutsches Landungsunternehmen ausgeschaltet werden oder wegen seiner militärischen Schwäche und seiner miserablen finanziellen Lage sich zu einem Kompromißfrieden mit dem Reich bereit finden könnte. Die Sowjetunion würde dann allein gegen ein Deutschland stehen, das die Ressourcen des ganzen europäischen Kontinents kontrollierte."[50]

Falls Stalin im Herbst 1940 England entlasten wollte, dann hat er das erreicht. Aber damit hat er sich auch als künftiger Gegner Deutschlands schon zu einem Zeitpunkt entlarvt, an dem seine Kriegsvorbereitungen noch nicht vollendet waren. Denn als Reaktion auf Moskaus Forderungen vom November 1940 erließ Hitler am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21, „Fall Barbarossa", mit der er der Wehrmacht Vorbereitungen befahl, um auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen.

Ungeachtet des wachsenden sowjetischen Truppenaufmarsches an der deutschen Ostgrenze fiel Hitlers Entscheidung für den Angriff auf die UdSSR jedoch erst im Frühjahr 1941. Am 27. März 1941 wurde unter sowjetischer Mitwirkung die deutschfreundliche Regierung Jugoslawiens durch einen General gestürzt, der als neuer Ministerpräsident sofort Truppen gegen Deutschland mobilisierte und einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion abschloß. Bei seiner Vernehmung durch das Tribunal der Siegermächte in Nürnberg am 5. Juni 1946 schilderte der frühere Chef des Wehrmachtführungsstabes,

Generaloberst Alfred Jodl, wie diese Ereignisse die Entscheidung Adolf Hitlers für einen Angriff auf die Sowjetunion beeinflußten: „Sie gaben den letzten Ausschlag. Bis dahin waren immer noch Zweifel beim Führer vorhanden. Am 1. April und nicht früher, am 1. April stand sein Entschluß fest, den Angriff zu führen, und am 1. April hat er befohlen, ihn etwa für den 22. Juni vorzusehen. Der Angriffsbefehl selbst, also die wirkliche Auslösung des Feldzuges, die wurde erst am 17. Juni befohlen, was ebenfalls dokumentarisch festliegt... Es war zweifellos ein reiner Präventivkrieg. Das, was wir nachträglich noch feststellten, war aber jedenfalls die Gewißheit einer ungeheuren militärischen russischen Vorbereitung gegenüber unserer Grenze. Ich will auf Einzelheiten verzichten, aber ich kann nur sagen, es ist uns zwar die taktische Überraschung nach Tag und Stunde gelungen, die strategische Überraschung nicht. Rußland war in vollem Maße kriegsbereit."[51]

Und damit übereinstimmend sagte Generalfeldmarschall Keitel bei einer Vernehmung durch sowjetische Untersuchungsrichter am 17. Juni 1945 in Nürnberg: „Ich betone, daß alle von uns bis zum Frühjahr 1941 durchgeführten vorbereitenden Maßnahmen den Charakter reiner Verteidigungsvorkehrungen für den Fall eines Angriffs durch die Rote Armee trugen. Insofern kann man den ganzen Krieg im Osten gewissermaßen einen Präventivkrieg nennen... Wir beschlossen..., einem Angriff Sowjetrußlands zuvorzukommen und durch einen Überraschungsangriff dessen Streitkräfte zu zerschlagen."[52]

Der ehemalige Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Franz Halder, hat gleichfalls bestätigt: „Der Entschluß zum Angriff auf Rußland ist Hitler sehr schwer gefallen. Die Warnung seiner militärischen Berater beschäftigte ihn, der Schatten Napoleons, mit dem er sich gerne vergleichen hörte, lag über den rätselhaften Weiten dieses Landes. Auf der anderen Seite stand seine feste und nicht unbegründete Überzeugung, daß Rußland sich zum Angriff auf Deutschland rüste. Wir wissen heute aus guten Quellen, daß er damit recht hatte.[53]

Die deutsche Außenpolitik und Kriegführung der Jahre 1939 bis 1941 läßt sich somit nicht als konsequente Verwirklichung eines bestimmten Programms, sondern nur als eine Kette improvisierter Reaktionen auf Handlungen anderer Staaten, vor allem die systematische Vorbereitung eines sowjetischen Angriffs gegen Deutschland, erklären. Dem Präventivschlag der Wehrmacht vorangegangen war zeitweilig das ernsthafte Bestreben Adolf Hitlers, langfristig mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten. In einer Zeit, in der dies möglich zu sein schien, hat er dementsprechend auch keine Absichten über einen Krieg gegen die Sowjetunion im Anschluß an einen Sieg im Westen geäußert. Die politischen Gründe für seine spätere Einschätzung Stalins hat Hitler nach Beginn des Ostfeldzugs in einer Unterredung mit dem kroatischen Marschall Kvaternik dargelegt, wie es in einer Gesprächsaufzeichnung festgehalten worden ist: „Der Not gehorchend, habe er sich vor zwei Jahren entschlossen, mit Rußland zu gehen. Er, Hitler, habe zwar nie geglaubt, daß ein Zusammenleben mit der Sowjetunion möglich sei, doch habe er wenigstens ein Nebeneinanderleben versucht. Dies habe sich jedoch als unmöglich herausgestellt. Die Bolschewisten hätten jede Abrede gebrochen, schon die Art und Weise, wie sie die Baltenstaaten übernommen hätten, wie sie ganz Litauen plötzlich entgegen unserer Verabredung verlangt hätten, wie sie dann in dem Augenblick, als unsere Verbände im Westen waren und in Ostpreußen nur drei (deutsche) Divisionen standen, 22 Divisionen in den Baltenstaaten konzentrierten, wie sie mit den Finnen umgesprungen seien, dies alles sei ein Beweis für die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit.'"[54]

Der von Adolf Hitler für den 22. Juni 1941 befohlene Angriff stieß mitten in den sowjetischen Aufmarsch hinein. Für Stalin kam er überraschend, da er von Deutschland keinen Zweifrontenkrieg erwartete und England von der Wehrmacht noch nicht besiegt

war. Er deutete deshalb die von ihm längst erkannte Konzentration deutscher Truppen an seiner Westgrenze nur als Versuch, politische Forderungen der Reichsregierung mit militärischem Druck durchzusetzen. Dementsprechend und gegen die Bedenken nicht weniger seiner höchsten Offiziere warnte er auch die Rote Armee vor einem deutschen Angriff nicht. Sie sollte eine Offensive beginnen und war daher am 22. Juni 1941 nicht zur Verteidigung vorbereitet, hatte sich nicht eingegraben und keine Abwehrstellungen bezogen. Viele ihrer Einheiten befanden sich noch im Eisenbahntransport zum Bereitstellungsraum und waren somit auseinandergerissen, zahlreiche Verbände hatten noch nicht zur Grenze aufgeschlossen. Sowjetische Flugzeuge waren auf grenznahen Flugplätzen massiert und wurden dort durch die deutsche Luftwaffe vernichtet. Kampfmittel der Roten Armee fielen in unübersehbaren Mengen in die Hände der vorrückenden Wehrmacht. In der Anfangsphase des Ostfeldzugs wurden von ihr allein 500.000 Tonnen Granaten, zum Teil in 25.000 Waggons und massenhaft auch auf der Erde gelagert, große Mengen an Treibstoff, Ersatzteile aller Art und Pionierausrüstungen erbeutet. Die sowjetischen Streitkräfte erlitten schwere Verluste, und monatelang war ihre Führung nicht in der Lage, von der geplanten Offensive zu einer planvollen Verteidigung überzugehen.

1991 gestand der sowjetische Oberst Petrow im Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der „Prawda", in einem Rückblick auf den Ostfeldzug: „Infolge der Überschätzung eigener Möglichkeiten und der Unterschätzung des Gegners schuf man vor dem Krieg unrealistische Pläne offensiven Charakters. In ihrem Sinn begann man die Gruppierung der sowjetischen Streitkräfte an der Westgrenze zu formieren. Aber der Gegner kam uns zuvor.""

Hätte Stalin 1941 jedoch die von ihm vorbereitete Offensive wie beabsichtigt beginnen können, wäre angesichts der materiellen und personellen Überlegenheit der sowjetischen Truppen sein Sieg über die weitaus schwächere deutsche Wehrmacht sehr wahrscheinlich und die kommunistische Herrschaft über ganz Europa damit gesichert gewesen. So konnte er erst nach einem dreijährigen Kampf und dank der Unterstützung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zwar den Krieg gewinnen, aber nur Ost- und einen Teil Mitteleuropas unterwerfen und damit seine ursprünglichen Ziele nicht erreichen. Der deutsche Soldat des Zweiten Weltkriegs hat also Stalins Durchbruch bis zum Atlantik und damit auch verhindert, daß unermeßliche personelle und industrielle Ressourcen der Weltrevolution dienstbar gemacht werden konnten, so daß der Lebensstandard in Westeuropa ein Ansporn für die Menschen in den Ostblockländern war. Der spätere Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Europa hat hier eine entscheidende Ursache.

ARNDT-Verlag, Januar 2001

Nachweis der Belegstellen

' Joachim Nolywaika, Deutschland als Opfer der Geschichte, 1998, S. 72
2 Max Klüver, Zeitgeschichtliche Betrachtungen, 1994, S. 152
Max Klüver, Die Kriegstreiber. Englands Politik gegen Deutschland 1937 bis 1939, 1997, S. 135
4 Max Klüver, Es war nicht Hitlers Krieg, 1993, S. 192
5 Klüver, 1997, S. 40
6 Klüver, 1994, S. 114 f.
7 David Irving, Churchill, 1990, S. 87
8 John Charmley, Churchill. Das Ende einer Legende, 1995, S. 339
' Nolywaika, 1998, S. 91
10 Dirk Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, 1983, S.141
11 Bavendamm, 1983, S. 115 f.
12 Bavendamm, 1983, S. 117 f.
Dirk Kunert, Ein Weltkrieg wird programmiert, 1984, S. 274
14 Bavendamm, 1983, S. 393
" Viktor Suworow, Stalins verhinderter Erstschlag, 2000, S. 156
" Kunert, 1984, S. 292
17 Auswärtiges Amt, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, 1939, S. 187
" Auswärtiges Amt, 1939, S. 190
" Kunert, 1984, S. 291 f.
211 Bavendamm, 1983, S. 155
21 Nolywaika, 1998, S. 80
22 Nolywaika, 1998, S. 83
23 Hans Bernhardt, Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte, 1988, S. 349
24 Auswärtiges Amt, 1939, S. 295
Henry Kissinger, Die Vernunft der Nationen, o.J., S. 416 f.
26 Kissinger, o.J., S. 411
27 J. Stalin, Fragen des Leninismus, 1946, S. 130
28 Stalin, 1946, S. 75 f.
29 Stalin, Werke, Band 7, S. 11
30 Boris M. Schaposchnikow, Das Hirn der Armee, deutsche Ausgabe 1987, S. 483
Schaposchnikow, 1987, S. 521 f.
32 Schaposchnikow, 1987, S. 491
33 zitiert nach Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945, 1995, S. 18 f.
34 zitiert nach Fritz Becker, Im Kampf um Europa, 1991, S. 250 f.
Viktor Suworow, Der Tag M, 1995, S. 175
* Hoffmann, 1995, S. 21
37 S.P. Iwanow, Die Anfangsphase des Krieges, 1974, S. 211, zitiert nach Viktor Suworow, Der Eisbrecher, 1989, S. 249 f.
38 Walter Post, Unternehmen Barbarossa, 1995, S. 276
Post, 1995, S. 277 f.
40 Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 1/1993
41 Suworow, 1995, S. 120
42 Post, 1995, S. 14
43 Viktor Suworow, Stalins verhinderter Erstschlag, 2000, S. 244 f.
44 Hoffmann, 1995, S. 45
41 Suworow, 2000, S. 213 f.
46 Suworow, 2000, S. 204
47 Suworow, 1989, S. 229

48 zitiert nach Becker, 1991, S. 239

49 Hoffmann, 1995, S. 20

50 Post, 1995, S. 184

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948, Band 15, S. 432

52 Suworow, 1989, S. 406

53 Franz Halder, Hitler als Feldherr, 1949, S. 36

54 zitiert nach Becker, 1991, S. 86

" zitiert nach Hoffmann, 1995, S. 61

Auswahl wichtiger seit 1975 erschienener Bücher
zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939 und zur Präventivschlagfrage 1941

Bavendamm, Dirk, Roosevelts Weg zum Krieg, München/Berlin 1983
Bavendamm, Dirk, Roosevelts Krieg, München/Berlin 1998
Becker, Fritz, Im Kampf um Europa, Graz/Stuttgart 1991
Charmley, John, Churchill. Das Ende einer Legende, Berlin/Frankfurt am Main 1995
Colby, Benjamin, Roosevelts scheinheiliger Krieg, Leoni 1977
Ertl, Karl Hans, Das Unternehmen „Barbarossa", Rosenheim 1997
Fish, Hamilton, Der zerbrochene Mythos, Tübingen 1982
Franz-Willing, Georg, Der Zweite Weltkrieg, Leoni 1980
Helmdach, Erich, Überfall? Neckargemünd 1976
Helmdach, Erich, Täuschungen und Versäumnisse, Berg 1979
Hoffmann, Joachim, Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945, München 1995
Hoggan, David L., Das blinde Jahrhundert, Erster Teil: Amerika, Tübingen 1979
Hoggan, David L., Das blinde Jahrhundert, Zweiter Teil: Europa, Tübingen 1984
Hoggan, David L., Meine Anmerkungen zu Deutschland, Tübingen 1990
Irving, David, Churchill, München/Berlin 1990
Klüver, Max, Den Sieg verspielt, Leoni 1981
Klüver, Max, War es Hitlers Krieg? Leoni 1984
Klüver, Max, Präventivschlag 1941, Leoni 1986
Klüver Max, Es war nicht Hitlers Krieg, Essen 1993
Klüver, Max, Zeitgeschichtliche Betrachtungen, Essen 1994
Klüver Max, Die Kriegstreiber. Englands Politik gegen Deutschland 1937 bis 1939, Berg 1997
Kunert, Dirk, Ein Weltkrieg wird programmiert, Kiel 1984
Kunert, Dirk, Deutschland im Krieg der Kontinente, Kiel 1987
Kunert, Dirk, Hitlers kalter Krieg, Kiel 1992
Lukacs, John, Churchill und Hitler, München 1995
Maser, Werner, Der Wortbruch, München 1998
Post, Walter, Unternehmen Barbarossa, Hamburg/Berlin/Bonn 1995
Rubin, Berthold, War Deutschland allein schuld? München 1988
Schlee, Emil, Deutschland und die Kriegsschuldfrage, Rosenheim 1999
Schustereit, Hartmut, Vabanque, Selent 2000
Suworow, Viktor, Der Eisbrecher, Stuttgart 1989
Suworow, Viktor, Der Tag M, Stuttgart 1995
Suworow, Viktor, Stalins verhinderter Erstschlag. Hitler erstickt die Weltrevolution, Selent 2000
Thadden, Adolf von, Zwei Angreifer, Essen 1993
Thadden, Adolf von, Stalins Falle, Rosenheim 1996
Topitsch, Ernst, Stalins Krieg, Herford 1990
Vormann, Nikolaus von, So begann der Zweite Weltkrieg, Leoni 1988

Trägt Deutschland die Alleinschuld am Entstehen des Zweiten Weltkriegs?

Die Frage der Kriegsursachen zu klären, ist eine dringend notwendige Aufgabe unserer Zeit. Sie ist eine Frage für sich. Sie darf nicht mit irgendwelchen anderen verquickt werden, z. B. denjenigen, die durch die Kriegsverbrechen auf beiden Seiten der kriegführenden Mächte gegeben sind. In dieser Arbeit hat sich der Verfasser die Aufgabe gestellt, den Schuldanteil der deutschen Kriegsgegner des Zweiten Weltkriegs aufzuzeichnen, nachdem in den Jahren nach dem letzten Weltkrieg — jedenfalls von offizieller Seite — fast ausschließlich der deutsche Schuldanteil sowohl auf außerdeutscher wie auf deutscher Seite selbst dargelegt worden ist. Eine einseitige Schuld nur eines der im Kriege gegenüberstehenden Gegner gibt es aber nicht, ein solcher „Nachweis" wäre unwissenschaftlich. Die Feststellungen dieses Buches werden klar und unmißverständlich ergeben, daß jede der bedeutenderen Mächte, die am letzten Weltkrieg beteiligt waren, ihren Schuldanteil besitzt. Das ist der Sinn und Zweck dieser Schrift, daß mit Hilfe dieser Nachweise eine einseitige Schuldbelastung aufgegeben wird, um somit einem längst fälligen Frieden zwischen den Völkern zu dienen.

Dem Verfasser mag gestattet sein, zur ersten Beleuchtung der anstehenden Fragen auf einen Bericht zurückzukommen, der 1965 in der »Stimme der Freiheit« (1) erschienen ist und vom XII. Internationalen Historiker-Kongreß in Wien berichtet. Er ist in seiner verhältnismäßigen Ausführlichkeit von grundsätzlicher Bedeutung und führt in Fragen ein, denen sich diese Schrift widmet.

„Als Mitglied des Vorstands der Landsmannschaft Schlesien, Ehrenmitglied des außerdeutschen „Instituts zur Erforschung der UdSSR" und Kuratoriumsmitglied der Schweizerisch-Deutschen Gesellschaft für Ostforschung nahm Universitätsprofessor Dr. Bolko Freiherr *von Richthofen* daran teil. Er hatte mehrfach einen besonderen Anlaß, sich an den teilweise sehr lebhaften Diskussionen der Historiker zu beteiligen, so am 1. September 1965 in einer Plenarsitzung im Großen Festsaal der Wiener Universität, und zwar als Widerleger antideutscher Kollektiv- und Alleinschuldvorwurfe. Wörtlich sagte er in dem erwähnten Zusammenhang, ohne daß irgend einer der Zuhörer ihm sofort oder bei den weiteren Diskussionen zu widersprechen suchte, Tatsachen herausstellend, z. B. das folgende:

‚Wir sind uns gewiß als Historiker alle dessen bewußt, daß wir uns vor falschen Verallgemeinerungen hüten müssen und keine ‚terribles simplificateurs' sein sollten.*

‚Die als falsche Verallgemeinerung in der Diskussion zu findende These, Deutschland trage die Alleinschuld am Zustandekommen des Zweiten Weltkrieges — kein ver-

antwortungsbewußter Kritiker sudit seinen Schuldanteil zu bestreiten —, ist wissenschaftlich längst endgültig widerlegt!'

Richthofen wandte sich mit diesen und anderen gleichfalls nicht widerlegbaren Feststellungen unter der ritterlichen Diskussionsleitung seines Schweizer Kollegen Prof. Dr. ***Gruber,*** Basel, gegen vorangegangene leidenschaftliche, rein politisch bedingte Entgleisungen von vier fanatisch kommunistischen Professoren. Zwei davon kamen aus der Sowjetunion und je einer aus Polen und Rumänien. Richthofen erhielt den betonten Beifall der Mehrheit aller im Saal anwesenden Historiker ganz verschiedener politischer Einstellung und Volkszugehörigkeit, ohne bei seinen Ausführungen oder danach während der weiteren Diskussionen des Kongresses Widerspruch von irgendwem zu finden. Rühmenswerterweise beteiligten sich an der Beifallskundgebung auch einige Wissenschaftler aus dem Ostblock, darunter zwei Mitglieder der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften."*)

Es ist also heutzutage erfreulicherweise bereits möglich — ganz im Gegensatz zu der Linie nicht weniger Vertreter sogenannter Massenmedien in der Bundesrepublik —, auf einem großen, internationalen Kongreß von besonders kritisch zuhörenden Fachleuten die Anerkennung der Tatsache zu erreichen, daß Deutschland keineswegs die Alleinschuld am Entstehen des Zweiten Weltkriegs trägt! Auch diese unbestreitbare Tatsache sollte die bisherigen Vertreter verkrampfter Gegenmeinungen veranlassen endlich umzulernen. (2)

Es ist hohe Zeit, daß der jetzige, hierzu passende internationale Forschungsstand überall auch im Schulunterricht über die Geschichte unseres Jahrhunderts die gebührende Berücksichtigung findet sowie bei allen Abgeordneten und Regierungsvertretern.

Im Jahre 1951 erschien kurz nach dem Hinscheiden des namhaften Wiener Historikers Prof. Dr. Heinrich Ritter ***von Srbik*** in München und Salzburg sein nachgelassenes Werk „Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart". Treffend stellte auf Seite 369 von Srbik Worte eines der bedeutendsten Historiker des 19. Jahrhunderts, sie beispielhaft erläuternd, wie folgt heraus:

> „Leopold von Ranke hat einmal 1873 einem jungen Historiker eingeschärft ,Wir müssen uns merken, die Historie ist eine Gewissenssache' (Vgl. A. Fournier .Erinnerungen', München 1925, S. 106). Die ethischen Folgerungen, die diesem Wahrwort entsprechen, sind Reinheit und Unbedingtheit des strengsten Wahrheitsstrebens, Verantwortungsgefühl, Verzicht auf alles Unechte, Fällung von Werturteilen erst nach möglichst gerechtem und allseitigem Prüfen in unerbittlicher Selbstzucht,

*) In seinen Presseberichten vom Kongreß wies der mittlerweile verstorbene bekannte Publizist Dr. Paul Sethe nachdrücklich auf diese Einwendungen Richthofens hin. Er beglückwünschte darüber hinaus den Verfasser mit den Worten: „Gott sei Dank, daß endlich einmal einer aufstand, der das alles richtigstellte. Sie wissen vielleicht noch nicht, wie sehr Sie damit auch mich in meinen Bestrebungen unterstützen."

Mut zum Bekennen des — soweit als möglich — Erkannten, Mut auch im Bekenntnis eigenen Irrens."

Gerade in unserer Zeit ist beim Darstellen der wirklichen, sehr verschiedenen Ursachen des tragischen Zustandekommens des Zweiten Weltkrieges u. a. eine gewissenhafte Berücksichtigung dieser Grundsätze bitter notwendig. Das weiß besonders jeder, der mit dem reichen einschlägigen internationalen Schrifttum über die Frage der Kriegsursachen und den politischen Propagandabehauptungen über das Entstehen des Zweiten Weltkrieges vertraut ist sowie klar logisch zu urteilen vermag.

Bekanntlich wird politisch die längst international wissenschaftlich einwandfrei widerlegte These einer deutschen Alleinschuld an der Entstehung des Zweiten Weltkrieges als Grundlage für die ebenso völlig abwegige einer deutschen Kollektivschuld benutzt. Von unsachlicher Seite braucht man teils beide Fehlthesen zusammen, teils eine von ihnen als Scheinrechtfertigung einer rechtswidrigen deutschen Verzichtpolitik gegenüber dem sowjetisch geführten Ostblock. Das betrifft z. B. die in Moskau, Warschau und Prag zwischen den dortigen Diktaturregierungen und der westdeutschen Regierung abgeschlossenen Verträge mit ihren damit zur Wirkung gekommenen menschen- und völkerrechtsfeindlichen Forderungen.

Einer der hervorragendsten Ostfragenkenner im Rahmen der Zeitgeschichte sowie der politikkundlichen Wissenschaften ist im Weltmaßstab Prof. Dr. Stefan ***Possony,*** der Direktor des U.S.-„Hoover-Institutes zur Erforschnug von Kriegen und Friedensschlüssen" in Stanford/Cal., der früher u. a. einer der ostkundlichen Berater des ermordeten Präsidenten John F. Kennedy war. In seinem hoch bedeutsamen, um reine Sachlichkeit bemühten, auf deutsch 1968 in Köln und Opladen erschienenen Werk „Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage" unterstreicht Possony auf Seite 21 z.B.:

> „Selbst nach Ansicht des nordamerikanischen Anklägers bei den Nürnberger Prozessen H. ***Jackson*** habe es höchstens 1,5% schuldige Deutsche gegeben."

Auf Seite 23 betont Possony:

> „Der Ausdruck ‚Kollektivschuld' ist aber eine politische Phrase, die keine juristische Bedeutung besitzt. Die Kollektivschuld wird jeweils nur in der Propaganda verschämt angedeutet. Man will sie suggerieren, ohne sie zu behaupten, geschweige denn in ernsthaften politischen und Rechtsakten zu beweisen."

Selbst der evangelische Theologe Martin ***Niemöller,*** der später den Kommunismus sowjetischer Art ohne jede Rücksicht auf dessen Feindschaft gegen jede ehrliche religiöse Bindung verharmloste und dafür mit einem sowjetischen Leninpreis ausgezeichnet wurde, schrieb 1948 einen Brief mit Feststellungen, die in unserer Einleitung genannt zu werden lohnen. Die-

ser war gerichtet an den aus seiner schlesischen Heimat zur Hitlerzeit als politischer Flüchtling nach den U.S.A. gelangten früheren Kirchenrat und späteren New Yorker Pfarrer ***Forell,*** der immer durch christliches Verantwortungsbewußtsein mit aller Entschiedenheit in Wort und Schrift die von den Verbänden der deutschen Heimatvertriebenen vertretene Linie unterstützte. Der betreffende Brief des späteren hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller wurde 1948 in der Schrift über einen Briefwechsel zwischen zwei namhaften evangelischen Theologen, nämlich Prof. ***Thielicke*** aus Hamburg und Prof. D. ***Diem*** aus Göttingen berücksichtigt. Sie erschien 1948 in Göttingen mit dem Titel „Die Schuld der Anderen (Ein Briefwechsel zwischen Helmut Thielicke und Hermann Diem)". Nach einem Zitat in dieser Schrift erklärte Niemöller an Pfarrer Forell:

> „Aber heute sind die Menschen davon überzeugt, daß auch die gesamte Propaganda für die Demokratie nur eine Illusion gewesen ist, schlimmer noch als Hitlers Propaganda. Denn es wußte ja jedermann und lernte es bald kennen, daß Hitler persönlich keine Autorität über sich anerkannte. Aber die Westmächte haben Propaganda getrieben mit christlichen und menschlichen Grundsätzen und versichert, daß sie für die Gültigkeit dieser Grundsätze in den Krieg gegangen seien und kämpften. Dieser Glaube ist völlig erschüttert worden, und, was noch schlimmer ist, zugleich mit diesem Glauben ist der Glaube an die Wahrhaftigkeit und Menschlichkeit zerbrochen worden. Das Ergebnis ist der Nihilismus und die Menschen, die heute sterben müssen, sterben, indem sie Gott und Menschen fluchen."

Natürlich ist die letzte Formulierung Niemöllers eine falsche Verallgemeinerung, aber sonst zeigen seine Ausführungen, wie stark auch er damals die Abwegigkeit bestimmter wesentlicher antideutscher Thesen in der Kriegsursachenfrage durchschaute. Um so unentschuldbarer bleibt u. a. sein späteres Eintreten für die verzichtlerische Ost- und Deutschlandpolitik. Der inzwischen verstorbene nordamerikanische Hochschulhistoriker Prof. Dr. Elmer ***Barnes*** hat sich in einer ganzen Reihe von englischen und deutschen, in den U.S.A. bezw. in Deutschland erschienenen, Veröffentlichungen erfolgreich der Kriegsursachenforschung für beide Weltkriege angenommen. Der Versuch des an der Universität Bonn wirkenden Historikers Hans-Adolf ***Jacobsen***, Barnes und dessen Arbeiten, die sich mit den Ursachen des Zweiten Weltkriegs befassen, zusammen mit seinem Assistenten durch Leserbriefe im „Bonner Generalanzeiger" 1973 als widerlegt und nicht ernst zu nehmen hinzustellen, war sicherlich eine außerwissenschaftliche politische Entgleisung. Es fehlte ihr jeder Versuch, die angebliche Berechtigung nachzuweisen. Die Verfasser anderer Leserbriefe, darunter derjenige des Verfassers der vorliegenden Untersuchung, sind ihm daher die erforderliche Entgegnung in diesem Blatt nicht schul-

dig geblieben. Richthofen, dem es immer nur um Sachlichkeit geht, versäumte auch nicht, in seinem Leserbrief zu betonen, daß doch auch H.-A. Jacobsen selbst Beiträge zum Nachweis eines Nichtvorhandenseins einer deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg veröffentlicht hat. Breiteren deutschen Leserkreisen ist die Darstellungsart von Barnes aus seiner 1964 in den „Beiheften zur Deutschen Hochschullehrerzeitung" veröffentlichten Abhandlung „Die Kriegsschuldfrage" näher bekannt.

Der bekannte nordamerikanische Hochschulhistoriker Prof. Dr. Michael F. ***Connors*** besprach in „Voice of the Federation" (Flushing N.Y.), dem Organ der Vereinigung amerikanischer Staatsbürger deutscher Abstammung („Association of American Citizens of German Descent"), im Februar 1970 die durch Prof. Dr. Arthur ***Goddard*** in Colorado Springs 1968 herausgegebene Festschrift zur Ehrung von Elmer Barnes „Learned crusador: The new history in action". Darin trifft Connors u. a. die nachstehenden Feststellungen:

> „Der Rezensent war in ziemlich häufigem Briefwechsel mit Barnes 10 Jahre lang vor seinem Tode im Jahre 1968 und besonders beeindruckt durch das Kapitel von Professor Henry M. Adams über Barnes als ein ‚Zweiter Weltkriegs-Revisionist'. In diesem Zusammenhang wie mit seinen früheren Bemühungen, das Versailler Alleinschuldurteil zu revidieren, hat Barnes mannhaft für eine gerechtere, wissenschaftliche und objektive Betrachtung geschlagener Feinde sich eingesetzt. ‚Der Großmonarch der Lügnergegner des 20. Jahrhunderts', wie man Barnes treffend genannt hat, versucht in seinem revisionistischen Weltkrieg-zwei-Kreuzzug, die widersinnig ungeschichtlichen und ehrlosen Urteile der Sieger in Nürnberg zu revidieren. Dank der Beharrlichkeit dessen, was er persönlich die Verdunkelung der Geschichte genannt hat, ist sein Kreuzzug noch nicht erfolgreich darin gewesen, das allgemeine Publikum in Amerika und Europa zu erreichen. Der Rezensent ist indessen optimistisch genug, an das alte Sprichwort zu glauben, daß eines Tages ‚die Wahrheit an den Tag kommen wird*. Wenn es soweit ist, wird Barnes als einer ihrer größten Verteidiger angesehen werden."

Auf die Dauer werden hoffentlich weder unzureichend unterrichtete oder ideologisch verkrampft an Irrtümern hängende Massenmedienvertreter, Staatsmänner und Politiker noch oberflächlich verkehrt urteilende Wissenschaftler verhindern können, daß sich diese Zuversicht von Connors als berechtigt erweist.

Wie stark sich auch ***nach*** 1968 weiter gerecht denkende Kreise in den U.S.A. für eine sachliche Darstellung der Kriegsursachenfragen interessieren, beweist als Beispiel für erfreulich viele die Besprechung des schon 1947 durch das wissenschaftliche „Institut for American Economics" in Chicago herausgegebenen Buches von Ralph F. ***Keeling*** „Gruesome har-

vest — The costly attempt to exterminate the people of Germany — (»Grausame Ernte — der teure Versuch, das deutsche Volk auszulösdien") in der Novemberausgabe 1973 von „Der Deutschamerikaner" (Chicago) mit einigen deutsch übersetzt wiedergegebenen Tatsachenfeststellungen von Keeling. Der „Deutschamerikaner" ist das offizielle Organ des „Deutsch-Amerikanischen National-Kongresses" (= D.A.N.K.), des über 300 Vereinigungen zusammenfassenden überparteilichen Dachverbandes deutsch-amerikanischer Vereinigungen mit dem Vorstandsitz in Chicago. Der „D. A.N.K." betätigt sich in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen Erbpflege-Gruppen („heritage groups", auch „ethnic groups" genannt) von USA-Staatsbürgern. Die Tätigkeit des D.A.N.K. ist ebenso beispielhaft patriotisch nordamerikanisch wie vorbildlich in der Pflege guter deutsch-amerikanischer Beziehungen sowie der Kenntnis deutscher Kultur und Geschichte. In der genannten Wissenschaftlerbesprechung von Keelings Buch im „Deutschamerikaner" heißt es u. a.:

> „Ehrenhafte Historiker haben schon seit langem das Märchen abgelehnt, Deutschland sei allein oder urverantwortlich für den Weltkrieg I. Und sogar auch für den Ausbruch des Weltkrieges II müssen Deutschlands Gegner einen großen Teil der Verantwortung tragen. Keeling stellt die folgende Tatsache heraus: Großbritanniens Beweggründe, 1939 gegen Deutschland in den Krieg einzutreten, waren weniger als sauber, wie seine Weigerung bewies, der Sowjetunion den Krieg zu erklären, als diese Polen einen Monat später von Osten her angriff. Keeling vergibt keinerlei Übeltaten, an denen das Nazi-Regime die Schuld trug. Er vermerkt aber korrekt, daß Deutschland keinen Wunsch hegte, die Welt zu erobern. Er hebt hervor, daß der weit verbreitete Glaube, Hitler habe in ‚Mein Kampf' einen Welteroberungsplan skizziert, eine falsche Propaganda ist und in seinem Buch kein solcher Plan erscheint. Im Oktober 1945 war sogar General Marshall gezwungen zuzugeben, daß die Befragungen der Mitglieder des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht darin scheiterten, einen allgemeinen deutschen Welteroberungsplan zu enthüllen. Im Gegensatz dazu beabsichtigt der internationale Kommunismus die Welt zu erobern. Und jede der aufeinander folgenden Linksregierungen in USA, welche seit 1933 dieses Land regierten, tat alles in ihrer Macht stehende, dem Kommunismus zu helfen, dieses Ziel zu erreichen. Im Jahre 1941 schleifte Präsident Franklin Delano Roosevelt dieses Land in den Krieg gegen Deutschland allein zu dem Zweck, den internationalen Kommunismus zu retten."

Wenn dies auch nicht der einzige Grund für Roosevelts Kriegspolitik war, gehört er doch zweifellos, unter Mitwirkung in seine Verwaltung eingeschleuster nordamerikanischer Kommunisten, zu den verschiedenen unsachlichen Anlässen für sein verhängnisvolles Verhalten, wie sehr zahl-

reiche Arbeiten nordamerikanischer erstrangiger Sachkenner unwiderlegbar zeigen.

In den Mitteilungen des deutschen „Arbeitskreises Volkstreuer Verbände" (= „Working Committee of Patriotic Associations-" = Cercle d'Études des Associations Patriotiques") schrieb Bolko Frhr. von Richthofen am 1.9. 1971 einen kurzen Bericht über eine besonders wichtige Veröffentlichung unter dem Titel „Zur spanischen und englischen Ausgabe von Michael ***Prinz Sturdzas*** Buch ‚Der Selbstmord Europas'". Es heißt darin u. a.:

> „Prinz Sturdza war rumänischer Außenminister während des letzten Hauptabschnittes des Zweiten Weltkrieges. Sein genanntes Werk, von dem bisher leider noch keine deutsche Ausgabe vorliegt, erschien 1971 in Barcelona in einer spanischen Ubersetzung. Prinz Sturdza zeigt mit aller Deutlichkeit auf, in welchem Ausmaß und wie verhängnisvollerweise falsche Entscheide westlicher Regierungen den Weg eines großen Teiles Europas in die kommunistische Knechtschaft mitbedingt haben. Die englische Ausgabe seines bedeutenden Werkes erschien bereits 1968, und zwar in Boston und Los Angeles."

Der nordamerikanische Verlag bringt auf der zweiten Umschlagseite folgendes Urteil eines Sachkenners aus den USA über das Werk Prinz Sturdzas:

> „Dieses Buch ist ein außergewöhnlicher Beitrag zur Geschichte eines verhängnisvollen Komplotts, nämlich desjenigen für den Zweiten Weltkrieg. Es könnte ohne die geheimnisvolle Zustimmung zum kollektiven Selbstmord von Nationen und Reichen durch so viele Verantwortliche für die militärische, politische und soziale Sicherheit ihrer Länder keinen Erfolg gehabt haben. Dieses Komplott brachte ein machtvolles, beherrschendes, Kultur verbreitendes Europa in sein Grab, ein Europa, das nicht mehr sein wird. Das Komplott war nur ein Teil einer, noch heute gegen alles, was von der alten zivilisierten Ordnung in anderen Erdteilen übrig blieb, gerichteten, Jahrhunderte alten Verschwörung. Möchten diese Erinnerungen von Prinz Sturdza eine Warnung an die nächsten beabsichtigten Opfer dieser Krebskrankheit sein, die keinen Verdacht hegen und narkotisiert sind, eine Warnung vor dem Werk der heimtückischen Zerstörung aller Lebenskräfte und geistigen Werte, die soweit geht, daß sogar eine Wiedergeburt unvorstellbar sein würde."

Selbstverständlich kann die Bedeutung dieser Warnung und dessen, was Prinz Sturdza an Tatsachen gegen den wirklichkeitsfernen antideutschen Alleinschuldvorwurf in Bezug auf die Entstehung des Zweiten Weltkrieges unwiderlegbar vorführt, nicht etwa durch kommunistische oder ähnliche Beschimpfungen des früheren rumänischen Außenministers vermin-

dert werden. Besonders bedeutsame Bestätigungen und Ergänzungen von Tatbeständen der durch Prinz Sturdza quellenbelegt berücksichtigten Art bringt nach dem in Betracht kommenden internationalen Schrifttum z.B. auch Gerhard ***Müller*** (s. Lit.-verz.) unter Mitbenutzung von Veröffentlichungen französischer Sachkenner wie Prof. Dr. Henry ***Lehre*** und Maurice ***Bardeche;*** sowie das behutsam kritische Werk von Gerhard ***Krause*** (s. Lit.-verz.).

Gleichfalls 1973 erschien in Draguignan im französischen Departement Var ein 10 Seiten umfassender Sonderdrude aus „The Right Review" mit der Uberschrift „Our Verdict" (= Unser Urteil). Der ebendort lebende Verfasser ist der polnisch-britische Publizist und Dichter Graf ***Potocki of Montalk.*** Schon während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse trat er in der Londoner Presse mit einer mutigen, sehr entschiedenen Kritik der rechtsfeindlichen, düsteren Seiten dieser Prozesse hervor, über die näher z. B. der Verfasser der vorliegenden Untersuchung in seiner zeitgeschichtlichen und rechtskundlichen Arbeit „So war Nürnberg. Die Haupteinwände der deutschen Verteidigung dargelegt an ausgewählten Beispielen" (Seeshaupt 1948) berichtet; sowie 1970 Dr. Gerhard ***Brennecke*** (48). Graf Wladyslaw Potocki of Montalk wiederholt sie in seiner erwähnten Schrift von 1973 in gewandten Formulierungen unter Bezugnahme auf die Tatsachen, die seit den Nürnberger Prozessen und z. T. schon während ihres Verlaufes von vielen Sachkennern aller in Betracht kommenden Nationen herausgestellt wurden. Diese erweisen die Alleinschuldbelastung Deutschlands als widersinnig, geschichtsfälschend und endgültig widerlegt. Über sich selbst bemerkt Graf Potocki:

> „Wir sind dreifach eine Persönlichkeit der Alliierten, als ein polnischer Prinz, als in 3. Generation britischer Staatsbürger von Geburt und als Mitglied einer Familie, die seit Jahrhunderten Verbindung mit Frankreich hat. Wir hatten eine große Menge weniger als nichts zu gewinnen durch das Sagen, wie wir es schon immer gesagt haben, daß die Verbündeten keinerlei Rechtsgrundlage irgendwelcher Art hatten, und ihre Propaganda war in erdrückender Weise mit Lügen vollgestopft. Unser Urteil ist daher legal, moralisch und bindend. Wir verbreiten es, weil Propaganda in der Welt einen entscheidenden Einfluß hat. Indessen ist das eine Propaganda im wahren, entstehungsgeschichtlichen Sinne dieses Wortes."

Daß Graf Potocki sich einen polnischen Prinzen nennt, hängt mit familiengeschichtlichen Einzelheiten seiner Abstammung zusammen, in der auch ein polnischer König eine Rolle spielt. Zu den Kriegsursachenfragen unterstreicht der Graf noch:

> „Auf jeden Fall wäre der Krieg, so, wie er sich tatsächlich ereignete, ohne die Entfernung oder das Verschwinden zweier großer Staats-

männer, nämlich Pilsudskis und Seiner Majestät des Königs von England, ganz unmöglich gewesen. In Polen liefen zahlreiche unheimliche Gerüchte über Pilsudskis Tod und die ihm vorausgegangenen Jahre um. Zwei lange und Einzelheiten enthaltende Aufsätze von General Slawoj-Skladkowski, der polnischer Premierminister war, als Pilsudski starb, zeigt die ganze Angelegenheit milde gesagt, in einem finsteren Licht („Tydzen Polski" No. 30 und 31 von 1959)."

Graf Potocki rechnet also mit der Möglichkeit, daß Marschall Pilsudski auf Geheiß von maßgebenden Vertretern der polnischen antideutsch einen Krieg erstrebenden Politikern Polens ermordet wurde. Sein Bericht und der von ihm genannte Ministerpräsident und General a. D. Slawoj — Skladkowski erinnern den Verfasser der vorliegenden Arbeit an eine kurze polnische Ansprache, die er als leitender Dolmetscheroffizier im Stabe der 16. Armee 1939 vor kriegsgefangenen polnischen Offizieren hielt, um ihnen die tragische Tatsache des Überschreitens der polnischen Ostgrenzen durch sowjetische Streitkräfte als zweiten Kriegsgegner Polens mitzuteilen. Richthofen schloß sie mit den Worten: Würde Ihr großer Staatsmann und Soldat Marschall Pilsudski noch leben, dann gäbe es die heutige für Sie so tragische Lage nicht, und Deutsche und Polen würden sich nicht als Kriegsgegner gegenüberstehen — Ehre seinem Andenken!" Die so angesprochenen polnischen Offiziere zeigten, daß sie dadurch tief ergriffen waren.

Zum Thronverzicht König ***Eduard*** VIII. von England im Jahre 1936 betont Graf Potocki, dieser Verzicht sei durch die an ihm Schuldigen aus drei ***politischen*** Gründen erzwungen worden,

1. wegen seines sozialen Gerechtigkeitswillens, die Lage des unterernährten Teiles der britischen Bevölkerung von damals, die in dem „Boyd-Orr Report" beschrieben wurde, zu bessern;

2. wegen seiner Kenntnis vom Vorhandensein eines unsachlichen Egoismus in gewissen Kreisen der seinerzeitigen Oberschicht Großbritanniens und

3. „Er wußte, daß sie einen Krieg gegen Deutschland vorbereiteten und war entschlossen, ihn um jeden Preis zu verhindern."

1972 erschien in Tübingen eine deutsche Ausgabe des in Tulsa, Oklahoma veröffentlichten Buches von Curtis B. ***Dali,*** mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Austin J. ***App,*** unter dem Titel „Amerikas Kriegspolitik gegen Deutschland." App ist Anglist, Theologe und Zeitgeschichtlicher sowie ehrenhalber Mitglied der „Gallery of American Catholic Wrighters" und Ehrenpräsident der „Association of American Citizens of German Descent". Seit einigen Jahren hält er Vorlesungen an „The Catholic University" in Washington D.C. nach langem Wirken am La Salle College in Philadelphia. Seine Veröffentlichungen aus der Kriegszeit und seit 1945 zeigen, daß er immer, gleichgültig, wem das jeweils nicht gefiel, im Dien-

ste der Wahrheit und Menschlichkeit ein gerechtes Messen mit gleichen Maßstäben nach allen Seiten im Geiste bester christlicher Überlieferungen vertritt. Apps erwähntem Vorwort seien hier die folgenden Zeilen entnommen:

„Oberst Dali stammt aus einer alten amerikanischen Familie. Seine Eltern gehören den ersten Gesellschaftskreisen an. Dementsprechend wurde er erzogen und promovierte an der Ivy-League Princeton-Universität. Er war in beiden Kriegen Offizier, und ebenfalls war er Mitglied an der New Yorker Börse. 1926 heiratete er Anna Roosevelt und erlebte als Schwiegersohn, wie ihr Vater Gouverneur von New York und dann Präsident der Vereinigten Staaten wurde. Er mochte sowohl Roosevelt wie auch Frau Eleanor Roosevelt gern, am meisten aber schätzte er Roosevelts Mutter Sarah Delano. Er sprach Roosevelt einen ähnlichen Charme zu; wie andere Menschen ihn in gleicher Art Hitler zusprachen: ‚Roosevelt', sagt Oberst Dali, ‚besaß großen persönlichen Charme, und wenn er jemand gern hatte, so konnte er beinahe unwiderstehlich sein.'

Und obgleich es auf jede Sensationshascherei verzichtet, ist es doch ein ungewöhnlich sensationelles Buch. Wenn in einem solchen Buch Sachinteresse mit unantastbarer Echtheit und Glaubwürdigkeit verbunden ist, dann verdient es dieses Buch, nicht nur von Amerikanern sondern auch von Deutschen gelesen zu werden."

Ebenso treffend unterstreicht der Herausgeber Dr. habil. H. ***Graber f.***

„Ein wahrhaft sensationelles Buch, das in den USA bereits großes Aufsehen erregt hat. Kein Wunder, denn hier beschreibt der intimste Kenner Roosevelts und seiner Umgebung, wie gewisse im Hintergrund stehende Mächte kaltblütig, rücksichtslos und auf Kosten anderer ihre eigenen finanziellen und ideologischen Interessen wahrnehmen. Mit ihren lichtscheuen Machenschaften üben sie eine absolute Kontrolle auch über höchste Regierungsbeamte aus. Sie sind es auch, die die Kriege planen und mit ihrer ‚Außenpolitik' den Schauplatz für jene Ereignisse bestimmen, die die Feindseligkeiten einzuleiten haben. Sie geben .Frieden' vor, um irrezuführen und verbergen hinter einem Schleier seriöser Glaubwürdigkeiten ihre wirklichen Absichten."

Die Ablehner dieses Wissens, daß es solche internationale dunkle Hintergrundkräfte in der Weltpolitik gibt, hätten allen Grund, durch die Tatsachendarstellung Dalls gründlich umzulernen. Das Gleiche gilt in Verbindung mit den Erfahrungen und Arbeitsergebnissen zweier namhafter Hochschulwissenschaftler aus den USA, wie Prof. Dr. ***Quigley,*** Historiker einer Ausbildungsstätte für künftige Diplomaten „Foreign Service School" der angesehenen Georgetown-Universität in Washington D.C. und dessen Kollege Prof. Dr. Cleon ***Skotisen*** von der Brigham Young-

Universität in Provo im USA-Bundesstaat Utah. Quigley beweist das eindeutig in seinem 1966 in New York und London erschienenen zeitgeschichtlichem Buch „Tragedy and hope. A history of the world in our rime" (= Tragödie und Hoffnung. Eine Geschichte der Welt in unserer Zeit) und Skousens Arbeit, der dieses Werk ergänzte und z. T. auch berichtigte in „The naked capitalism (A review on Dr. Carrol Quigleys book ‚Tragedy and hope')", Salt Lake City 1971. Aus der letztgenannten Untersuchung geht auch noch weit ausführlicher als aus den beiden vorher erwähnten folgendes hervor: Einflußreiche kapitalistische Hintergrundgruppen waren zu Gunsten freiheitsfeindlicher und die Entstehung des Zweiten Weltkrieges sowie den Eintritt der USA in den Krieg fördernder Ziele tätig, ebenso bösartig wie hartnäckig und gewandt unter der Mitwirkung von Kommunisten. Eine Vermehrung entsprechender treffender Hinweise brachte das Buch von Emanuel M. ***Josephson*** „The truth about Rockefeiler" (= Die Wahrheit über Rockefeller). Wertvoll ist im Hinblick auf kommunistische Machenschaften der Kriegstreiber in den USA vor ihrem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg die packende Schrift von John A. ***Stormer*** „None dares call it treason" (= Niemand wagt es Verrat zu nennen), Florissant 1964, von der bereits im Erscheinungsjahr 6,4 Millionen Stück in den Vereinigten Staaten verbreitet wurden.

Was die Mitschuld antideutscher polnischer, russischer und tschechischer Chauvinisten an der Politik, die zum Zweiten Weltkrieg geführt hat, anbelangt, liegt z. B. eine unwiderlegbare Feststellung von Prof. Dr. Martin ***Wight*** vor. Er veröffentlichte sie als einer der keineswegs politisch rechts stehenden oder besonders deutschfreundlichen Hochschullehrer der Londoner wirtschaftswissenschaftlichen „School of Economics" 1952. Sein Beitrag erschien in dem Sammelband „The World in March 1939", die der weltbekannte britische Historiker Prof. Dr. Arnold ***Toynbee*** sowie dessen Landsmann und Kollege Prof. Dr. Frank T. ***Ashton-Gwatkin*** in Oxford herausgegeben hatte. Auf Seite 222 äußert er sich darin über fanatische Nationalisten und die Verwandtschaft der Ziele von Regierungen. Wörtlich hebt Wight dabei nachdrücklich die folgende Tatsache für die Zeit vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges hervor:

> „Die Außenpolitik osteuropäischer Staaten wurde durch geschichtliche Ansprüche und Erinnerungen in einem Ausmaße geleitet, dem im Westen nur entsprechen würde, wenn der grundlegende Zweck der britischen Politik die Wiedergewinnung der Normandie gewesen wäre!"

Im Band 22 (1974) des besonders von Angehörigen der westdeutschen Bundeswehr sowie Traditions-Verbänden deutscher Soldaten stark gelesenen „Deutschen Soldatenjahrbuchs" (München) veröffentlichte der Verfasser der vorliegenden Untersuchung Seite 39 ff. einen Tatsachenbericht

„Illusion und Wirklichkeit (Die UdSSR und ihre Westpolitik)". Es heißt darin u. a.:

„Aus den zahllosen Beispielen der Weltliteratur für den auch wissenschaftlichen Nachweis der brutalen imperialistisdien Härte der sowjetischen Westpolitik gegen Deutschland und überhaupt sei hier auch die auf gründlichen Studien in Paris, Berlin, Essen, Warschau und Prag beruhende Darstellung des Pariser Zeitgeschichtlers Dr. Gabriel ***Aranda*** ,La stratégie soviétique devoilée' (= Die sowjetische Strategie enthüllt) erwähnt. Sie erschien 1962 in Paris. Aranda beweist darin u. a., wie und warum seit 1918 die sowjetische Führung planmäßig auf das Entstehen eines Zweiten Weltkrieges hinarbeitete. Sein Buch zählt ferner unter die Nachweise, wieso auf sowjetische Zusicherungen an nicht kommunistische Regierungen, selbst wenn sie vertraglich festgelegt sind, grundsätzlich keinerlei Verlaß ist. Eine Bestätigung von Feststellungen Arandas gibt z. B. auch eine Äußerung des damaligen sowjetischen Botschafters Potemkin zu dem seinerzeitigen französischen Botschafter Coulondre ,Aus dem 1. Weltkrieg ist ein sowjetisches Rußland hervorgegangen und aus dem 2. wird ein sowjetisches Europa entstehen.' Sie ist u. a. in dem sonst z. T. leider recht einseitigen Buch des bekannten Pariser Historikers Prof. Dr. Maurice Baumont über Ursachen des 2. Weltkrieges „Les origines de la deuxième guerre mondiale", Paris 1969, enthalten. Weiter gibt aber auch Baumont zu: ,Die Ursprünge des 2. Weltkrieges gehen zum großen Teil auf den 1. Weltkrieg zurück'.

Die für das richtige Beurteilen des deutsch-sowjetischen Vertrages von 1939 im Rahmen der Kriegsursachenforschung und überhaupt stets besonders notwendige Kenntnis der grundsätzlichen sowjetischen Haltung zu Verträgen wird in klassischer Weise quellengestützt in einer in 10 Sprachen 1962 in Bern erschienenen Schrift des Gründers und Leiters des ausschließlich um reine Wahrheitsfindung bemühten Schweizerischen Ost-Institutes, Dr. Peter ***Sager,*** beleuchtet. Diese zeitlos gültige Veröffentlichung trägt die Uberschrift „Die Vertragstreue der Sowjetunion (Eine Studie über die Rechtsmoral der UdSSR)". Sager hebt darin z. B. folgendes hervor:"

,Versprechen sind', sagt Lenin, ,wie die Pastetenkruste dazu da, um gebrochen zu werden'. Stalin sagte: .Worte sind eines, Taten etwas anderes. Schöne Worte sind lediglich eine Maske, hinter der sich böse Taten verbergen. Ehrliche, aufrichtige Diplomatie gibt es ebensowenig wie trockenes Wasser oder hölzernes Eisen.' Chruschtschow erklärte bei seiner ersten Indienreise 1955: ,Wir haben nie und werden nie die politische Linie verlassen, wie sie Lenin für uns aufgezeichnet hat. Deshalb erklären wir den Leuten, die erwarten, daß die Sowjetunion ihr

politisches Programm abändere: Wartet solange bis die Schweine fliegen können!"

Solche Feststellungen der führenden sowjetischen Staatsmänner lassen erkennen, was von den wirklichkeitsfernen Propagandaschlagworten, die Sowjetunion habe vor Beginn des Zweiten Weltkrieges und auch nach dem Vertragsabschluß mit Deutschland vom August 1939 diesem Staat gegenüber eine Friedenspolitik betrieben, zu halten ist.

Was die Geschichtsverzerrungen sowjetischer und sowjetunionhöriger Herkunft betrifft, auch in Kriegsursachenfragen, sind z. B. unwiderlegbare einschlägige Feststellungen des in den USA als Hochschullehrer wirkenden, ukrainischen Osthistorikers Prof. Stefan ***Horak*** bezeichnend. Sie befinden sich in seiner behutsam kritischen, sachlichen Besprechung einer amtlichen polnisch-kommunistischen Veröffentlichung des Warschauer Kriegsgeschichtlidhen Institutes („Wojskowy Instytut Historycny"!) Sie trägt die Überschrift „Wojna wyzwolencza narodu polskiego" (= Der Befreiungskrieg des polnischen Volkes) und erschien unter der Schriftleitung von Ernest Wisniewski in zwei Bänden 1966 bereits in zweiter Auflage. Horak veröffentlichte seine Arbeit 1969 in der führenden deutschen „Historischen Zeitschrift" in Band 209. Er unterstreicht darin die nachstehenden Tatsachen:

> „Diejenigen, die durch ihren Beruf gezwungen sind, osteuropäische Publikationen zu lesen, sind sich wahrscheinlich darüber einig, daß die Art und Methode der unter dem Diktat des dogmatischen Marxismus praktizierten Forschung sehr viel zu wünschen übrig lassen. Trotz bedeutender Umwälzungen, die in den letzten Jahren in Osteuropa vor sich gingen, ist der marxistische Historiker noch immer an jenes Prinzip gebunden, das von ihm verlangt, für eine a priori aufgestellte These nachträglich den Beweis zu erbringen. An dem vorliegenden Werk wird das beispielhaft sichtbar."

Horak zeigt dann in seiner Besprechung der zwei Bände des Buches „Der Befreiungskrieg des polnischen Volkes" in ausgewählten Beispielen, die sich noch vermehren lassen, wie es zur sowjetischen Verknechtung Polens kam und wie damit ein Angriff der UdSSR auf das freie Polen verbunden gewesen ist.

Die sowjetische Historikerin Dr. A. A. ***Strakowa*** veröffentlichte 1964 ein mit vielen gehässigen Geschichtsverzerrungen belastetes Buch Uroki istorii neoprobeschdimy", d.h. „Die Urteile der Geschichte sind unerschütterlich". Sie stimmt darin auf Seite 25 dem Leninwort zu (S. 364 der gesammelten Werke Lenins), der Krieg sei nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln (was schließlich ein Plagiat von Clausewitz ist). Diese früher verbreitete Ansicht sollte für das Atomwaffenzeitalter niemand mehr vertreten! Auf Seite 31 behauptet Frau Strakowa in ihrer im sowjetischen

Schrifttum oft empfohlenen Darstellung, am Zweiten Weltkrieg seien „die Aggressionen Japans, Deutschlands und Italiens" schuld, „im Fernen Osten wie in Europa. Die regierenden Kreise Englands, der USA und Frankreichs verursachten die Erweiterung von deren Schritten und bildeten sie in einen Weltkrieg um."

Alle sowjetischen Schuldanteile, so auch gegenüber Polen, werden von Frau Strakowa völlig ausgeklammert.

Kennzeichnend sowjetisch ist z. B. auch die wahrheitsferne Begründung der angeblichen Notwendigkeit einer Schreibweise, die den sowjetischen tatsachenfernen Schilderungen der Ursachen des Zweiten Weltkrieges entspricht, durch den Leiter der „Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Armee und Kriegsmarine" Armeegeneral A. ***Jepischew*** vom April 1969 in seinem in der führenden sowjetrussischen Zeitschrift, „Kommunist", veröffentlichten Aufsatz „Der Leninismus — die Grundlage der Erziehung des sowjetischen Soldaten".

Gegenüber den ständigen Versuchen von sowjetischer und sowjetunionhöriger Seite, alle Kriegsursachenfragen im Sinne der wirklichkeitsfernen politischen Propaganda für den innen- und außenpolitischen Gebrauch als geklärt hinzustellen, sei hier eine Instruktion der sowjetisch geleiteten Komintern vom 25.11.1939 angeführt. Audi Gerhard Brennecke gab sie in seinem Werk (s. Lit. Verz.) auf den Seiten 313-314 wieder. Der Inhalt lautet wie folgt:

> „Die Einrichtung des Sowjetregimes in allen kapitalistischen Ländern durch die Weltrevolution verbleibt das einzige allgemeine Ziel der Außenpolitik Sowjetrußlands. Der europäische Krieg schafft allein die günstigen Umstände und Bedingungen zur Entfesselung der internationalen Revolution. Wir haben unser Ziel erreicht, nämlich den Ausbruch des allgemeinen Krieges, ohne dafür in den Augen der Welt die Verantwortung zu tragen und ohne daran teilzunehmen: Wir werden den Deutschen so beistehen, daß sie lange widerstehen können, aber nicht so weit, den Triumpf der deutschen Waffen zu erlauben. Auf diese Weise werden wir die Entscheidung in den Händen behalten."

Zu welch grotesken Formulierungen sich kommunistische Geschichtsfälscher versteigen, um die sowjetischen Schuldanteile wahrheitsfern auszuklammern, zeigt das Buch von W. ***Stern*** „Entstehung, Charakter und Periodizität des Zweiten Weltkriegs (Ost-Berlin 1961). Darin heißt es auf S. 54:

> „Die westdeutschen Geschichtsfälscher benutzen den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes als Anlaß, die deutschen Im-

> perialisten und ihre heutigen Verbündeten in der NATO rein zu waschen und der Sowjetunion die Schuld am Ausbruch des Krieges zuzuschieben. Der westdeutsche Historiker Freund (Michael d.V.) verstieg sich sogar zu der unverschämten Behauptung ‚Stalin machte Hitlers Krieg möglich*. Die bereits geschilderten historischen Tatsachen beweisen aber unwiderlegbar, daß die Westmächte den deutschen Imperialismus hochzüchteten und die deutschen Faschisten ermunterten, den Krieg vom Zaune zu brechen."

Solche Beschimpfungen und wirklichkeitsfernen Fehlbehauptungen ergeben aber keine Rechtfertigung der falschen Propagandaschlagworte sowjetischen Stiles in Fragen der Anläße des Kriegsbeginns von 1939 und der Ursachen des deutsch-sowjetischen Krieges von 1941-1945, Geschichtliche Tatsachen lassen sich nicht durch Propagandalügen aus der Welt schaffen. Wie die vorliegende Arbeit zeigt, kann man das sogar auch durch ***andersartige*** Quellen ***sowjetischer*** Herkunft beweisen, die der Wahrheit nicht widersprechen!

Im letzten Zeitabschnitt vor dem Zweiten Weltkrieg war der holländische Journalist und Rundfunkkommentator John ***Gunther,*** eine Hitler gegenüber durchaus kritische Persönlichkeit, in verschiedenen Ländern tätig, darunter in Warschau, und hielt auch Rundfunkvorträge in mehreren Staaten. 1940 veröffentlichte er in Haarlem den Inhalt eines Teiles dieser Vorträge unter der holländischen Uberschrift „De tragische Zomer van 39". Auf Seite 67 betont Gunther darin u.a.:

> „Es kann sein, daß der Russisch-Deutsche Pakt Hitler zu einem Krieg ansetzt."

Zu den besonders wertvollen Veröffentlichungen sachlicher außerdeutscher Ostfragenkenner gehört die in Tübingen 1971 erschienene Darstellung des 1973 verstorbenen finnlandschwedischen Wirtschaftswissenschaftlers und Historikers Prof. Dr. Axel ***von Gadolin*** „Von den Tataren zu den Sowjets". Ihr Verfasser war eine Reihe von Jahren Präsident der Handelskammer in Helsinki und gehörte als Professor zum Lehrkörper der dortigen Universität. Für die Beurteilung von Kriegsursachenfragen sind z. B. die folgenden Feststellungen dieses Gelehrten aus der genannten Arbeit besonders bedeutsam:

> „Der spanische Bürgerkrieg, der im Juli 1936 ausbrach, war weitgehend ein Ergebnis der doppelbödigen sowjetischen Außenpolitik. Nach republikanischen und roten Anfangserfolgen verlor jedoch Moskau die Kon-

trolle über die weitere Entwicklung, obgleich man nun auf breiter Front mit den internationalen bürgerlich-liberalen Kreisen zusammenarbeitete. Litwinows endgültige Niederlage war jedoch das Münchener Abkommen vom 29. 9.1938, mit dem das Selbstbestimmungsrecht einer unterdrückten deutschen Volksgruppe unerwarteter Weise — und wohl kaum aus moralischen Gründen — anerkannt wurde. Jetzt konnte man wieder die panslawistische Karte ausspielen, die Tschechen bedauern und die Polen ermuntern."

„Am 3. 5.1939 hatte Stalin den Juden Litwinow durch den Russen Molotow ersetzt. Es gelang diesem, die britisch-russischen Verhandlungen über ein Militärbündnis so lange hinauszuziehen, bis die gleichzeitig mit Berlin geführten Gespräche ein Ergebnis erzielten: den Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich vom 21. 8,1939. Molotow hatte unter Stalins geschickter Führung geerntet, was schon Litwinow gesät hatte: einen europäischen Binnenkrieg, wobei die UdSSR als der lachende Dritte die endgültige Entscheidung treffen sollte."

„Kein objektiver Geschichtsforscher bezweifelt, daß die UdSSR sich zum Kampf gegen Hitler-Deutschland rüstete. Daß die Mobilisierung 1939 ein besonders großes Ausmaß erreichte, weiß man auch, und das hat schon mit den Feldzügen in Polen und Finnland und mit dem Einmarsch ins Baltikum einen offensichtlichen Zusammenhang. Man zögerte in Moskau, weil Hitler im Westen zu leicht gesiegt hatte und seine Kraft zu wenig verschlissen erschien. Inwieweit Cianos Angriff auf Griechenland von den Sowjets mitbewirkt war, läßt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. In Jugoslawien waren aber sowjetische Agenten sehr tätig. So war die russische Mobilisation an der neuen Westgrenze fest abgeschlossen, als Hitler — verspätet — zum Präventivkrieg griff. Die damalige Lage Deutschlands ist auffallend vergleichbar mit der Lage Israels beim Ausbruch des Junikrieges 1967. Nach General Wlassow war Stalins Angriff für August/September 1941 vorgesehen."

Was demgegenüber die sowjetische Geschichtsverzerrung in den betreffenden Fragen zusammenlügt, kann besser verstehen, wer die Geistesverfassung und Denkrichtung der in sowjetischen Führungskreisen Beauftragten kennt. Dieses unbedingt erforderliche Wissen unterstützt in vorbildlicher Weise das dramatisch packende und dokumentarisch gestützte Erinnerungsbuch des einstigen hohen tschechisch-kommunistischen Geheimdienstoffiziers Ladislav ***Bittman.*** Die Erstveröffentlichung erfolgte in Nordamerika 1972 durch die „Syracuse University Research Corporation" unter der Überschrift „The game of deeeption", in Syracuse N.Y.,

sowie gleichfalls in besonders verdienstvoller Weise die deutsche Ausgabe „Geheimwaffe D" 1973 durch das schweizerische Ost-Institut in Bern.

In seinem von ihm als Deckname gewählten Namen Brandt — er hieß eigentlich Herbert Frahm — veröffentlichte Willy Brandt 1946 sein berüchtigtes Buch „Forbrytere og andre Tyskere" (= Verbrecher und andere Deutsche) in norwegischer Sprache. Schon die Überschrift war bezeichnend für den Geist eines leidenschaftlichen Feindes seines eigenen Vaterlandes. Dr. Peter Kleists Veröffentlichung „Wer ist Willy Brandt? Eine Antwort in Selbstzeugnissen" (Hannover 1971) hat als erster breitere Leserkreise mit dem Wesen von „Forbrytere og andre Tyskere" und demjenigen von Brandts nur schwedisch in Stockholm während des Krieges herausgekommenen Leitfaden für norwegische Partisanen „Guerillakrigen" bekannt gemacht. Dieser erschien ohne Namensnennung des Verfassers. Die Übersetzung aus dem Norwegischen besorgte der damals dem Kommunismus nahestehende Bruder des hoch zu schätzenden Ur- und Frühgeschichtsforschers Prof. Dr. Birger ***Nerman*** — eines der besten schwedischen Bekannten des Verfassers der vorliegenden Schrift. Dieser, 1972 verstorben, war Mitglied der Schwedischen Akademie der Wissenschaften, stand genau auf der entgegengesetzten Linie wie sein Bruder, und trat nach 1945 auch im Vorstand der internationalen „Vereinigung zum Schutze christlicher Kultur" in der Aufklärung über die wirkliche Art des Stalinismus rühmlich hervor. Brandt forderte in „Guerillakrigen" die norwegischen Partisanen auf, sich im Freischärlerkampf nicht an die Völker-, kriegs- und menschenrechtlichen Bestimmungen der Genfer Konventionen zu halten, d. h. mit anderen Worten gesagt zum Mord an deutschen Landsleuten. Zur Kriegsursachenfrage erklärte Brandt in „Verbrecher und andere Deutsche": „Die Nazis — in Deutschland und anderen Ländern — sind schuldig. Nürnberg hat einen Schuldkomplex aufgerollt, der die wildeste Phantasie übersteigt. Schuldig sind nicht nur die Parteiführung und Gestapoterroristen, sondern auch die Gruppen von Junkern, Großindustriellen, Generalen, Bürokraten und Professoren, die mit dabei waren, den Terror und den Krieg zu entfesseln."

Zur rein sachlichen Beurteilung von Willy Brandts falschen, einseitig antideutschen Behauptungen über die Kriegsursache und andere Schuldfragen vergleiche man das 1974 in Euskirchen erschienene Buch von Heinz Scholl „Der falsche Messias: Die Lebensgeschichte des Willy Brandt".

Der namhafte britische Kriegsgeschichtler Generalmajor a. D. J. F. C. ***Füller*** betont in seinem Buch „Der erste der Völkerbundskriege: Seine Zeichen für das Kommende" (deutsche Ausgabe, 1937) auf Seite 299 ff.:

> „Welches ist die Ursache dieser selbstmörderischen Mißstände? Sie ist darin zu suchen, daß das gegenwärtige Finanzsystem sich nicht auf die

Produktionskraft (Produktion von Reichtum) gründet, sondern, daß das Mittel der Verteilung (Geld) in eine Ware verwandelt wurde, die man kaufen und verkaufen kann. Mit einem Wort: die Krankheit, an der die Welt leidet, heißt ,Wucher*. Frankreich ist ein Reich, das auf Goldmacht aufgebaut ist, und England ist das Hauptquartier des internationalen Anleihekapitals, daher auch die Entente zwischen ihnen, weil beide unter der Herrschaft zentraler Banken stehen, die internationale Geldorgane sind. Das gleiche ist mit der UdSSR der Fall, obwohl hier die Zentralbank der Staat ist. Daher ist sowohl in den westlichen Demokratien wie auch in der östlichen Autokratie die Macht im Gelde verankert. Infolgedessen ist das Geld das Bindeglied zwischen Demokratie und Bolschewismus, den oligarchischen und den despotisch staatskapitalistischen Nationen", (besser wäre hier „Regierungen", B.v.Ri.). „Da Deutschland außerhalb dieses goldenen Ringes steht, ist es verdächtig. Deutschland beginnt bereits mehr mit den Begriffen der Arbeit zu operieren als mit den Begriffen des Geldes. Angenommen, Deutschland führt ein vernünftiges Finanzsystem ein, in welchem kein Geld aufgekauft werden kann, dann wird die Goldblase platzen, und die Grundlagen des Staatskapitalismus brechen zusammen. Daher muß es um jeden Preis daran gehindert werden. Daher auch die fieberhaften Vorbereitungen zu seiner Vernichtung."

Weil die sowjetische politische Propaganda für den innen- und außenpolitischen Gebrauch aus taktischen Gründen manchmal in groteskester Weise ihren Kurs in bestimmten Zusammenhängen um 180% dreht, erklärte der damalige sowjetische Außenminister ***Molotow*** noch nach dem Ende des sowjetischen Angriffskrieges gegen Finnland am 29. März 1940, wie H. C. ***Corona*** in seinem 1944 in Prag und Paris erschienenen Buch „England und USA: Schrittmacher des Bolschewismus" auf S. 35 hervorhebt:

„Deutschland ist offensichtlich zu einem gefährlichen Konkurrenten Englands und Frankreichs geworden, der imperialistischen Hauptmächte Europas. Darum haben diese unter dem Vorwand, ihre Verpflichtungen gegenüber Polen zu erfüllen, Deutschland den Krieg erklärt. Jetzt ist besonders klar erkennbar, wie weit die wirklichen Ziele der Regierungen dieser Mächte von den Interessen einer Verteidigung des zusammengebrochenen Polens und der Tschecho-Slowakei entfernt sind. Das ist schon daraus ersichtlich, daß die Regierungen Englands und Frankreichs als ihre Ziele in diesem Krieg die Zertrümmerung und Zerstückelung Deutschlands verkündet haben, wenn auch diese Ziele vor den Volksmassen immer noch bemäntelt werden durch die Losung einer Verteidigung der .demokratischen Länder* und der .Rechte* der kleinen Völker."

Obwohl die Sowjetunion damals nachgewiesenerweise bereits selbst einen Krieg gegen Deutschland mit dem später erreichten Ziel der Zertrümmerung und Zerstückelung Deutschlands vorbereitete, läßt sich bei nüchtern sachlicher Wertung der eben gebrachten Erklärung Molotows nicht bestreiten, daß er darin, freilich unter falschem Ausklammern des sowjetischen Schuldanteils am Entstehen des Zweiten Weltkrieges, den britischen und französischen betreffende Tatsachen richtig herausstellte, ganz im Gegensatz zu dem, was die nur Deutschland belastenden wirklichkeitsfernen Behauptungen sowjetischer und sowjetunionhöriger Geschichtsdarsteller lautstark zu verkünden belieben.

Ebenso lehrreich wie die erwähnte Feststellung von Molotow vom 29. 3. 1940 ist z. B. auch die in dem genannten Buch von H. C. Corona verwendete des Herausgebers der Londoner Zeitschrift „The Nineteenth Century and After" (Septemberausgabe von 1943):

> „England ging in den Krieg, um das Gleichgewicht der Mächte zu erhalten — aus diesem und keinem anderen Grund. Die allgemeine Annahme, Deutschland begann den Krieg, um eine Weltherrschaft zu errichten, ist falsch. Deutschland wollte eine Weltmacht sein, aber Weltmacht und Weltherrschaft ist nicht dasselbe."

Soll Europa in der Zukunft irgendwann echt friedlich zur Ruhe kommen, so müßten alle solchen Erkenntnisse auch in den Schulen und Hochschulen gelehrt sowie in der zeitgeschichts- und politikkundlichen Unterrichtung der Staatsbürger laufend ausgewertet werden.

*

Berichtigt wurde bei der Mitaufnahme des einstigen ersten Abschnittes des zweiten Teils der Name des Verfassers einer Kölner Rundfunkbesprechung des ersten Teils. Die Besprechung wurde nämlich von Dr. ***Fabry*** geschrieben, während Dr. Fiedler nur der verantwortliche Leiter der betreffenden Sendung war. Das Besprechungsstück war einem Vorschlag aus Bonn folgend unter der Anschrift von Dr. Fiedler mit der Zusatzangabe „Deutschlandsender" geschickt worden. Die Besprechung ging dem Verfasser der vorliegenden Untersuchung ohne einen Hinweis darauf zu, daß sie von Dr. Fabry stammt und nicht vom Deutschlandsender sondern im Deutschlandfunk gebracht worden war.

Am 6. 10. 1968 brachte der Deutschlandfunk unter der verantwortlichen Leitung Dr. ***Fiedlers*** eine Besprechung des 1. Teils dieser Arbeit. In Fabrys Kritik heißt es wie folgt:

„Nun gibt es ein schmales Bändchen .Kriegsschuld 1939 bis 1941: Der Schuldanteil der anderen', 1. Teil. Sein Autor Bolko Freiherr von Richthofen will nicht mehr und nicht weniger, als nachweisen, daß Deutschland eben nicht die Alleinschuld am Entstehen des Zweiten Weltkrieges trägt. Der Verfasser wird sich wohl darüber im klaren gewesen sein, daß er mit dieser These — falls man sie überhaupt zur Kenntnis nimmt — heftigen Widerspruch hervorrufen wird. Zu zahlreich sind die Zeugnisse, die Hitlers Kriegswillen im Sommer des Jahres 1939 belegen, als daß von Richthofens Ansicht in der zeithistorischen Forschung mit einer günstigen Aufnahme rechnen könnte."

Dr. Fabry setzt hier also irrig ***die*** zeithistorische Forschung mit dem durch den von Richthofen zitierten Verfasser Prof. Dr. K. Glaser aus USA überlegen widerlegten Dogmatismus einer bestimmten einseitigen Gruppe von Wissenschaftlern gleich. Er kümmert sich dabei gar nicht um Richthofens im Teil 1 der vorliegenden Arbeit beschriebenen Erfolg seiner Linie auf dem „XII. Internationalen Historiker-Kongreß" in Wien 1965 durch seine dortigen Diskussionsbeiträge. Diese wurden inzwischen mit UNESCO-Unterstützung im Band 5 der „Actes" über den bisher größten Historikerkongreß 1968 in Wien gedruckt. Die Herausgabe des Bandes erfolgte im Auftrag des „Internationalen Historiker-Komittees" durch den stellvertretenden Tagungspräsidenten des genannten Kongresses und Historikers an der Wiener Universität Prof. Dr. Hans ***Mikoletzky.*** Desgleichen ließ Dr. Fabry abwegig u. a. außer Betracht, welche außerdeutschen Schuldanteile schon ***vor*** dem Sommer 1939 bewiesenermaßen bestanden und welche sich in diesem Sommer noch hinzufügten, so u. a. durch den Fortgang der Deutschenverfolgungen in Polen.
In Dr. Fabrys Besprechung betonte er weiter:

„Der Verfasser läßt andere für seine Hypothese sprechen. Was er im Zusammenhang vorlegt, ist im Grunde ein Bericht über die nach dem Zweiten Weltkrieg erschienene Literatur, die man gern als »revisionistisch' bezeichnet."

Bei der Fülle des mitverwendeten Beweisstoffes völlig anderer Herkunft ist dies eine durchaus unangebrachte, nicht haltbare Übervereinfachung!

Fabry aber fuhr fort:

„Die Autoren dieser Richtung — Nicoll, Taylor, Hoggan, Rassinier, Lutz — haben in der Tat Einzelheiten herausgearbeitet, die der englischen, französischen, russischen und amerikanischen Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges kein allzu gutes Zeugnis ausstellen."

Fabry läßt also z. B. seine Hörer nicht ahnen, daß Richthofen im Anschluß an seinen amerikanischen Kollegen Kurt Glaser Hoggan, soweit das erforderlich ist, durchaus kritisch gegenübersteht, ohne wie viele hier ,das Kind mit dem Bade auszuschütten*. Noch wichtiger aber ist gegen Fabrys zuletzt genannte Formulierung ihre ungehörige Verharmlosung der unwiderlegbaren schweren Belastung der antideutschen Seite nicht nur durch die wenigen von ihm genannten Revisionisten, sondern noch sehr viel mehr durch weitere und durch das Ausklammern der anderen, den Revisionismus als notwendig und richtig erweisenden Quellen.

Fiedler ließ als Leiter der Sendung die eine seiner Sprecherinnen gemäß der Besprechung Fabrys nach der zuletzt erwähnten Stelle zunächst folgendes erklären:

„Richthofen — das muß klar gesagt werden, um Mißverständnisse auszuschließen — denkt nicht daran, Hitler zu entlasten. Hingegen hält er es für beunruhigend, daß jene Literatur, die sidi auch mit der Schuld der Gegenseite beschäftigt, in den Werken der deutschen zeitgeschichtlichen Forschung nur in Ausnahmefällen zu finden ist."

Ganz so selten, wie diese nicht bei Richthofen zu findende Formulierung vermuten läßt, ist dies erfreulicherweise nicht mehr der Fall, wie u. a. das Kriegsursachenheft der „Deutschen Studien" beweist. Als eines der Beispiele von 1968 sei hier Hans ***Hartls*** hervorragendes Werk über die sowjetische Deutschlandpolitik genannt, zu dem der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. ***Marx*** ein auch besonders lesenswertes Vorwort geschrieben hat. Die Darstellung von Hartl zeigt, daß die ohne Verfassernamen erschienenen und auszugsweise durch Richthofen zitierten treffenden Feststellungen von Hans Hartl stammen, der zu den Wissenschaftlern des Münchener Südost-Institutes gehört. (6)

In Fabrys Besprechung heißt es nach der zuletzt zitierten Stelle weiter:

„Wird hier etwas totgeschwiegen? Sind wir Deutschen die einzigen auf der Welt, die nichts erfahren dürfen, weil es gar nicht um wissenschaftliche sondern um politische Fragen geht? Richtig ist, daß die heute vorherrschende Auffassung oft für Zwecke herhalten muß, die mit der Sache nicht viel zu tun haben. Die kommunistische Propaganda bedient sich ihrer; sie wird zum Anlaß genommen, die Oder-Neiße-Linie zu rechtfertigen, sie dient zur Rechtfertigung der Spaltung Deutschlands und auch der Wiedergutmachung in finanzieller Hinsicht."

Sehr richtig! Die nächsten folgenden Worte sind zwar an sich auch zutreffend, doch dienen sie bei Fabry der Vorbereitung auf teils unzureichende, teils nachweisbar ganz verkehrte Schlüsse. In seiner Besprechung heißt es weiter:

„Das allein sagt aber noch nichts über ihren historischen Wahrheitsgehalt aus, und allein darum geht es."

Hiernach folgen die Worte:

„Worin besteht denn nun der Schuldanteil der andern? Polen, meint von Richthofen, habe eine chauvinistische Politik getrieben und seine Minderheiten drangsaliert. Die Sowjetunion habe Hitler erst durch den Hitler-Stalin-Pakt den Weg nach Warschau freigegeben. Großbritannien sei leichtfertig gewesen, als es Polen eine Garantie in Form eines Blankoschecks gegeben habe. Und Frankreich schließlich, so von Richthofen, habe mit der Drachensaat von Versailles Hitler und damit den Zweiten Weltkrieg erst möglich gemacht."

Vorher sagte Fabry:

„Der Verfasser (Richthofen) läßt andere für seine Hypothese sprechen."

Schon dabei verwechselte Fabry historisch erwiesene Tatsachen mit einer bloßen Hypothese Richthofens, aber die Formulierungen „Richthofen meint" und „so von Richthofen" sind aus dem gleichen Grunde noch viel unan-

gebrachter. Es geht in keiner Weise darum, was Richthofen meint und dergleichen, sondern daß alle seine Feststellungen durch Quellen bewiesen sind, die Fabry weder widerlegen kann noch auch nur zu widerlegen versucht. Er sagt vielmehr sogar nach seinen zuletzt gebrachten Sätzen zuerst folgendes:

„Rennt der Autor mit diesen Feststellungen nicht offene Türen ein? Kein vernünftiger Mensch wird diese Tatsachen bestreiten — sie sind längst bekannt."

Von Einrennen offener Türen kann aber schon daher nicht im Ernst die Rede sein, weil man in den zahllosen, sich langweilig häufenden, volkstümlichen, verkehrten Darstellungen über die Kriegsursachenfrage weder diese Tatsachen noch das Gewicht der sie zeigenden Beweismittel noch die aus ihnen notwendigerweise zu ziehenden Schlüsse findet.

Fabry aber fuhr fort:

„Entscheidend für die Schuldfrage ist und bleibt, ob Hitler den lokalen Krieg gegen Polen in Kenntnis aller Risiken, die er beinhalten mußte, ausgelöst hat oder nicht. Denn diplomatisches Ränkespiel, territoriale Wünsche und Großmachtinteresse hat es zu allen Zeiten gegeben. Ein verantwortungsbewußter Politiker hätte alles tun müssen, um diesen Fällen auszuweichen."

Fabry merkt also unlogischerweise nicht, daß man so zwar über den deutschen Schuldanteil sprechen kann, aber nie und nimmer die antideutschen Schuldanteile ‚vom Tisch fegen'.

Der Schluß von Fabrys Besprechung lautet wie folgt:

„Von Richthofens Verdienst liegt darin, daß er das, was oft unerwähnt bleibt oder mit einem Nebensatz abgetan wird, in den. Mittelpunkt seiner Arbeit gerückt hat. Ganz gewiß liegt in Versailles die Wurzel allen Übels, ganz gewiß hätte Hitler ohne die polnische Minderheitenpolitik und die ungeschickte Haltung Warschaus in der Danziger Frage keine Gelegenheit gefunden, die Probleme aufzurollen. Nur — das alles reicht nicht aus. Solange von Richthofen keine neuen Quellen beibringen kann, die London, Paris und Warschau stärker belasten als die, die uns zugänglich sind, solange bleibt Hitler der Alleinverantwortliche für die Katastrophe. Mit der Auswertung apologetischer Sekundärliteratur ist es nicht getan. Dazu kommt noch, daß der Verfasser nicht den neuesten Stand der Forschung berücksichtigt hat. So beruft er sich, um den Schuldanteil Moskaus nachzuweisen, auf eine deutsche Arbeit aus dem Jahre 1949, von der selbst der Autor heute nicht mehr viel wissen will, da sie, verständlicherweise, kaum auf Quellenmaterial zurückgreifen konnte. Dabei gibt es neuere Arbeiten, die von Richthofens These, daß Stalin Hitler bewußt in den Krieg gegen Polen getrieben habe, sehr viel schlüssiger belegen."

Dieser Schlußabschnitt ist wieder in seinen wesentlichen Behauptungen und Folgerungen ganz besonders abwegig. Wie kann jemand, der immerhin die Schuld von Versailles und Stalins Kriegsherbeiführpolitik sowie noch einiges andere richtig sieht, dennoch bei dem verkrampften, international längst widerlegten außerwissenschaftlichen Dogma der Alleinschuld Hitlers zu verbleiben suchen? Die Behauptung, daß Richthofens Arbeit nicht den neuesten Forschungsstand berücksichtigt habe, beweist gar nichts im Sinne Fabrys , zu-

mal die Arbeit Richthofens ein Ganzes bildet und überdies Vollständigkeit im Berücksichtigen von vorliegenden Veröffentlichungen bei einer Kurzdarstellung sowieso unmöglich ist. Weiter stützt sich Richthofen zum Erweis der klaren sowjetischen Mitschuld keineswegs nur auf die verdienstliche und in ihren wesentlichen Ergebnissen durch andere, neuere Quellen bestätigte Arbeit von Staatsarchivar Dozent Dr. ***Seraphim,*** ganz gleichgültig, wer das anerkennt oder nicht.

So zu tun, als hätte Richthofen nur ‚apologetische Sekundärliteratur' verwandt, ist völlig wirklichkeitsfremd. Was sollen z. B. die zitierten Äußerungen in den entscheidenden Abschnitten der Vorkriegszeit amtierender Staatsmänner und Diplomaten aus den Reihen der späteren Kriegsgegner Deutschlands und nachträgliche Eingeständnisse aus der gleichen Gruppe der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie Tatsachenbeobachtungen von Fachleuten völlig verschiedener und für die Kriegszeit z. T. gegnerischer Herkunft, wie sie Richthofen vorführt, unter dem abwerten wollenden Schlagwort „apologetische Sekundärliteratur"? Auch handelt es sich bei den die Regierungen in London, Paris und Warschau schwer belastenden Feststellungen doch nicht um „Vorwürfe Richthofens", sondern wie bei allen seinen Beweismitteln um historische Tatsachen, aus denen sich die Schlüsse jedem nicht an irgendeinem überholten, als irrig erwiesenen Dogma hängenden Kritiker von selbst aufdrängen. Das hat auch der ganz auf der gleichen Linie wie Richthofen als Historiker arbeitende Hofrat Dr. ***Hanel*** in Wien in seinem Gutachten über den 1968 erschienenen ersten Teil der vorliegenden Abhandlung unterstrichen.

Im Zusammenhang mit der Kritik der Besprechung Dr. Fabrys sei hier ferner aus einer 1959 in Tübingen erschienenen Broschüre über Neuerscheinungen die folgende durch den als Demokrat bewährten hitlergegnerischen Historiker Hermann ***Lutz*** in Stanford, Cal. in USA im Januar 1959 im „Hoover-Institute of War, Revolution and Peace" geschriebene Feststellung zitiert:
„Wie ‚Time' in ihrem Heft vom 12. 1. 1959, S. 31 berichtet, war es die britische Regierung, die am schärfsten auf die beleidigenden, implizite in Chruschtschows Berliner Note enthaltenen Geschichtsverdrehungen erwidert hat, indem sie die Frage aufwarf, warum die Russen unter anderen historischen Dokumenten nicht den Molotow-Ribbentrop-Pakt von 1939 erwähnt haben, der ‚den Ausbruch des Krieges unvermeidlich machte*. Dies ist zwar eine Tatsache, die jedem Einsichtigen schon seit mehr als 19 Jahren geläufig ist — siehe z. B. das Urteil Churchills —, hier liegt nun aber eine amtliche britische Feststellung vor, zudem gegenüber dem früheren Bundesgenossen. Ferner bestätigt die britische Erwiderung an Moskau, daß die Frage der Schuld am Weltkrieg in der laufenden und kommenden Politik von eminent praktischer Bedeutung ist. Mit ihrem Vorstoß hat die britische Regierung der uns so am Herzen liegenden Sache, die Völkerverständigung mittels geschichtlicher Aufklärung zu fördern, einen schönen Dienst erwiesen. Wir sind nun auf das deutsche Echo

gespannt. Werdet Ihr Euch raten oder gar ermahnen lassen, Euch nicht auch weiterhin der irrigen Behauptung von Eurer einseitigen ‚einwandfreien Schuld am Zweiten Weltkrieg' scheu und schweigend zu fügen?"

Einen Teil der Wurzeln falscher Alleinschuldthesen läßt auch ein Aufsatz „Deutschland, Europa und die Welt" deutlich erkennen. Als der namhafte Kölner Soziologe und Zeitgeschichtler Prof. Dr. Ferdinand A. ***Hermens*** noch als Anti-Hitler-Emigrant in USA Hochschullehrer war, schrieb er ihn um die Jahreswende 1944—1945. Die Veröffentlichung erfolgte zuerst 1945 in der angesehenen nordamerikanischen Zeitschrift „Review of Politics". Verdienstlicherweise brachte die Bonner Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte" zu der amtlichen Wochenzeitung „Das Parlament" am 17. 7. 1968 eine deutsche Fassung dieses Aufsatzes von Hermens heraus, der wir hier die folgenden Zeilen entnehmen:

„Die Frage muß natürlich gestellt werden, ob die Menschheit wirklich die Wiederholung der Fehler vermeiden will, die sie in der Vergangenheit gemacht hat. Hegel sagte, das einzige, was wir aus der Geschichte lernen könnten, sei, daß die Völker nichts aus der Geschichte lernen. Einer der Gründe, warum diese pessimistische Auffassung so weithin zutreffend ist, liegt im menschlichen Stolz. Wenn man jemandem sagt, daß der politische Kurs, den er im Begriff ist einzuschlagen, nur eine Wiederholung alter Irrtümer darstellt, um alte Katastrophen von neuem herbeizuführen, so wird es häufig unterlassen, die Grundlagen dieser Warnung zu untersuchen. Seine instinktive Reaktion ist ‚Das kann bei uns nicht geschehen (It can't happen here).' Der Nationalismus vermehrt die Schwierigkeiten. Er macht uns geneigt, das Problem des Bösen dadurch zu lösen, daß wir ihm eine geographische Lokation anweisen, besonders in den Ländern, die zu der betreffenden Zeit unsere Feinde sind; wir sind weniger wachsam gegenüber ähnlichen Tendenzen bei uns und bei unseren Alliierten. Schließlich bietet sich der Historismus als eine Waffe des Nationalismus an; er postuliert das, was charakteristisch für uns selbst ist, sowohl als einzigartig und auch als gut, und das, was charakteristisch für den Gegner ist, sowohl als einzigartig und auch als schlecht."

„Diese Gefahren sind offenbar, wann immer wir in unserer laufenden Diskussion unter der Überschrift ‚Das deutsche Problem' Deutschlands Vergangenheit und Zukunft untersuchen. Diese Überschrift ist ein Betrug. Sie impliziert, daß die Ereignisse, in deren Zentrum Deutschland in den jüngsten Jahren stand, ihrer Natur nach deutsch sind, statt eine Manifestation weiterer und allgemeinerer Probleme darzustellen, an deren Verursachung wir selbst unseren Anteil hatten. Aus der falschen Prämisse folgt der falsche Schluß: Wir brauchen nur Deutschland zu besiegen und ‚unten zu halten', und unsere Probleme sind gelöst. Eine solche Gedankenführung veranlaßt uns, unsere Augen gegenüber Gefahren zu schließen, die in anderen geographischen Regionen entstehen, und zu übersehen, daß — gleichgültig wie gut unsere Absichten sein

mögen — wir das Risiko eingehen, durch Handlungs- und Unterlassungsfehler bestehende Gefahren zu verstärken statt zu reduzieren."*)

*

Der britische Jurist und Zeitgeschichtler F. J. P. ***Veale*** (3) schrieb:

„Unter den ungelösten geschichtlichen Problemen, die jetzt noch der Klärung harren, ist... die Frage der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des 2. Weltkriegs von einzigartiger Bedeutung. Sie ist kein rein akademisches Problem. Keine Frage der Wahrheitsfindung für irgendein Ereignis der Vergangenheit. Ihre Klärung muß ganz unvermeidlich den künftigen Gang der Geschichte stark beeinflussen. ... Wäre die Verantwortung für den Kriegsausbruch lediglich ein akademisches Problem gewesen, so hätte man zweifellos sehr schnell eine für die meisten einsichtigen Historiker annehmbare Lösung gefunden. Jedoch die Kernpunkte, um die es ging, waren viel zu wichtig und von zu weittragender Bedeutung, um sie der reinen Geschichtswissenschaft zur Entscheidung zu überlassen. (Die Sieger vermochten es 1945 durchzusetzen, daß die Besiegten ohne Einschränkung die Version ihrer Eroberer von allen Vorgängen übernahmen, die zum 2. Weltkrieg geführt und sich in seinem Verlauf zugetragen hatten.) Den Politikern war es klar, daß es die Zweckmäßigkeit erfordert, die ein Vierteljahrhundert lang als einleuchtend hingenommene Auffassung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. ... Merkwürdig ist daran nur, daß (sie) solch enthusiastischen Zuspruch von so vielen professionellen, namhaften Geschichtswissenschaftlern erhielt. In England hat Professor *Trevor-Roper* alles Forschen scharf verurteilt, wodurch das öffentliche Vertrauen zu einer Lösung erschüttert werden könnte, die sich so lange schon so glaubhaft mit den Tatsachen zu decken schien In Deutschland hat der Rektor der Universität Tübingen, Professor *Eschenburg,* erklärt: ‚Wer die Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg bezweifelt, zerstört die Grundlage der Nachkriegspolitik'."

Kurt ***Glaser*** (4), ein amerikanischer Politologe und Historiker, fügte ergänzend hinzu:

„Bekanntlich ist die Zeitgeschichte Deutschlands, wie sie bisher öffentlich dargestellt wurde, durch die Voraussetzung der deutschen Kriegsschuld schwer belastet. Die Grundlage der herrschenden, hier .orthodox' genannten Auffassung von Geschichte und Politik wird in diesem viel zitierten Satz (s. oben Eschenburg) zusammengefaßt. Es handelt sich also um ein verbrieftes Interesse an der Aufrechterhaltung einer be-

*) Der US-amerikanische Hochschulprofessor Arthur Freud betonte (7) die folgenden, u. a. die Vorkriegspolitik Polens und der CSR. belastenden Tatsachen, die grundsätzlich als Bestätigung der in der vorliegenden Arbeit herausgestellten Wahrheiten gelten können: Auf S. 47 unterstreicht er, daß die Unterdrückung nationaler Minderheiten zu Kriegen führe. Auf S. 42 erklärt er wörtlich:
»Obwohl die Frage, eine .Kriegsschuld* festzulegen, ohne irgendwelche logische Bedeutung ist, weil bei irgendeinem Ereignis der Sieger, welches Land und welche Beute er auch immer nimmt, die er verlangt, ist seit dem Weltkrieg II die Frage der .Kriegsverbrechen' und der .Kriegsverbrecher' in die Erörterung einbezogen worden."
»Mit anderen Worten glaubten Roosevelt und Churchill oder wollten andere veranlassen zu glauben, daß es .Angreifernationen' und Nicht-Angriffslüsterne gäbe. Haben wir aber nicht gesehen, wie unser Urteil, welche Nation friedlich oder angriffslüstern ist, sich oft gewandelt hat?

stimmten Betrachtungsart, und zwar nicht nur ein akademisches, sondern zugleich ein politisches Interesse." *) **)

Was gewisse Hintergrundgruppen, die einen kommunistenfreundlichen Druck in den USA ausüben, für das Ermitteln der vollen Wahrheit über die Kriegsschuldfrage und überhaupt zeitgeschichtlich bedeuten, belegt zuverlässig, meist aus den Vereinigten Staaten gestützt, das erst während der Drucklegung der neuen Auflage des vorliegenden Tatsachenberichtes erschienene Buch „Ismerök Az Igozsagat: Kissinger (Persönlichkeit, Politik, Hintermänner)".

Aus der Reihe des internationalen Schrifttums gegen die verfehlten antideutschen Alleinschuldthesen sei hier auch das 1975 bereits in 2. Auflage erschienene Buch „Bevor Hitler kam" des Historikers Dr. Dietrich Bronder (s. Lit.-Verz.) genannt. Es zeigt u. a. einen Teil der bereits vor der Hitlerzeit angehäuften außerdeutschen Schuldanteile, die zum 2. Weltkrieg geführt haben.

Naturgemäß kann ein von politischen Leidenschaften freier Wissenschaftler mit entsprechendem Verantwortungsbewußtsein auf solche, gewissen Neigungen unserer Zeit zu einem gefühlsbetont totalitären Denken entgegenkommenden Urteilsverfahren, wie denen von Trevor-Roper und Eschenburg, nichts anfangen. Ihm geht es um das behutsam kritische Sammeln und Sichten der einschlägigen Quellen und das Bestreben, die volle Wahrheit zu ermitteln bzw. auch in bisher nicht endgültig geklärten Fällen ihr wenigstens so nah wie nur irgend möglich zu kommen. Was die Kriegsursachenforschung angeht, bemerkt Veale noch:

„Um mit einer autoritativen Meinung zum Thema Verantwortung für den Kriegsausbruch 1939 hervorzutreten, bedarf es eines langen Studiums und der Kenntnis von einem halben Dutzend Sprachen."

*) Dort lesen wir noch:
.In der Einleitung zu Hoggans ‚Der erzwungene Krieg' zitiert Dr. H. Grabert diesen Satz, der allgemein dem Tübinger Professor Dr. Theodor Eschenburg zugeschrieben wird. Einem diesem Verfasser zugänglich gemachten Brief EsAenburgs zufolge handelt es sich um ein ungenaues Zitat. Er weist auf folgenden Absatz hin, der in einem Kommentar über .Seebohms Geschichtsbild' ursprünglich in der ‚Zeit* (Hamburg) erschien und in seinem Sammelband .Institutionelle Sorgen in der Bundesrepublik' (Stuttgart 1961, S. lc.4) abgedruckt wurde:
‚Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich eindeutig beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa lediglich um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik. Man braucht nur an die Erklärungen Adenauers gelegentlich seines Besuches in Moskau 1955 und seine an Polen gerichtete offizielle Kundgebung im vergangenen Jahre zu denken." Als Wissenschaftler sollte Eschenburg wirklich über den internationalen Forschungsstand besser Bescheid wissen und nicht einseitige Irrtümer gewisser Verfasser wissenschaftlich für eindeutig gesicherte Wahrheiten halten.

) Dazu: Die Allgemeine Rechtsschutzstelle des deutschen Auswärtigen Amtes nahm in die Liste des von ihr international bundesamtlich empfohlenen Schrifttums über die Fragen der Kriegsverbrecherprozesse u. a. die folgenden Arbeiten B. v. Richthofens mit auf: „So war Nürnberg (Die Haupteinwände der deutschen Verteidigung, dargelegt an ausgewählten Beispielen)". Manuskriptveröffentlichung Seeshaupt-Würzburg 1949; »Angriffskriege, Briand-Kellogg-Pakt, Nürnberger Prozesse und die wirkliche Lage im Völkerrecht". Hamburg, Bonn, München 1951; .Kriegsverbredierprozesse gegen Angehörige der deutschen Wehrmacht und die Tatsachen in Ostasien (Unter Berücksichtigung neuer Literatur über den Korea-Krieg)* Seeshaupt, Hamburg, Bonn, München, **1948—1949 bzw. **1951.** Diese dokumentarisch quellenunterbauten Untersuchungen stehen im vollen Gegensatz zu der Richtung von Prof. Eschenburg.

Leider findet man aber in unserem, mit politischen Spannungen geladenen Zeitalter oft eine äußerst unsachliche Erörterung von Kriegsursachen betreffende Arbeiten. Statt sich damit zu befassen, ob und wie weit die kritisierten Äußerungen und Facharbeiten den oben genannten, für jede wahre Wissenschaft zu stellenden Forderungen entsprechen, ersetzen dabei manche Verfasser und Redner den Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung durch schroffe persönliche Angriffe auf die Vertreter ihnen politisch unerwünscht vorkommender zeitgeschichtlicher Feststellungen bzw. auf diese oder jene Zeitung, Zeitschrift oder Schriftenreihe, in der die von ihnen leidenschaftlich befehdeten Arbeitsergebnisse gedruckt wurden. Jedem Wissenschaftler, der wert auf seinen Ruf als Fachmann legt, sollten freilich solche Verhaltenswege immer als abschreckend unwissenschaftlich gelten.

Im englischen Sprachbereich begannen trotz aller leidenschaftlich unsachlichen Propaganda der Kriegszeit rühmenswerterweise schon während des 2. Weltkriegs nüchtern sachlich urteilende Verfasser öffentlich gegen die Fehlthese Stellung zu nehmen, Deutschland bzw. ***Hitler*** trage die Alleinschuld am Zustandekommen des 2. Weltkriegs. Ganz besonders hervorzuheben ist ein schon 1941 erschienenes Buch von Emery ***Reeves*** (5). Auf Grund der ihm zugänglichen zeitgeschichtlichen und sonstigen Quellen kam er im Inhalt zu dem dort von ihm sachlich begründeten Ergebnis, es würde verrückt sein (wörtlich: it would be mad), die Schuld am Entstehen des 2. Weltkriegs Hitler zuzuschreiben.

Und der bekannte amerikanische Politologe, Hochschulprofessor und einstige Diplomat George F. ***Kennan*** (6) kommt zu folgendem Arbeitsergebnis:

»So wurde die Saat der Ereignisse, die die westliche Welt in eine neue Katastrophe im Jahre 1939 stürzten, in ihrer Gesamtheit schon in den Jahren 1918—19 von den Alliierten gesät. Was wir von nun an in den Beziehungen zwischen Rußland, Deutschland und dem Westen beobachten, folgt einer Logik, die so unerbittlich ist wie die einer griechischen Tragödie." (S. 223/224)

»Im Jahre 1917 hatten die Westmächte in ihrer Entschlossenheit, ein ihnen viel ungefährlicheres Deutschland als das Hitlers völlig zu vernichten, so unklug auf die Fortsetzung der russischen Unterstützung gedrängt, daß sie Rußland den Kommunisten auslieferten. Nun, im Jahre 1939, mußten sie diese Torheit bezahlen." (S. 442/43)

Dazu hebt ***von Rauch*** (7) die nachstehenden Tatbestände hervor:

»Diese Konzeption spiegelt sich in sehr bezeichnender Weise in einem Gespräch, das Erich *Wollenberg,* ein führendes Mitglied der KPD, 1932 in Moskau mit *Stalin* geführt hat. Die deutsche Frage, sagte Stalin, dürfe nicht allein aus der deutschen Innenpolitik beurteilt werden, sondern nur im Zusammenhang der internationalen Interessen der kommunistischen Bewegung. Auf Wollenbergs Einwand, Hitlers Machtergreifung könne den militärischen Angriff auf die Sowjetunion bedeuten, erwiderte Stalin hintergründig: ein Krieg sei ohnehin unvermeidlich! Als Wollenberg darauf erwiderte, eine kommunistische Revolution in Deutschland könne doch einen derartigen Krieg verhindern, habe Stalin die Unterhaltung abgebrochen."

Possony (8) verweist zugleich auch noch auf ein weiteres Zeugnis, dessen Aussage heranzuziehen ist.

„Dr. Karl *Wittfogel*)* habe im Sommer 1932 in Moskau Gespräche mit ‚prominenten zweitrangigen' Kominternführern geführt, die ihm versichert hätten, Hitler werde und müsse an die Macht kommen, auch wenn 20 000 der besten Arbeiterführer in Deutschland dabei ums Leben kommen. Das war die große Linie der Komintern, Hitler an die Macht zu bringen, nicht weil sie ihn liebten; das taten sie nicht. Aber sie glaubten, daß durch ihn die große Sache ins Rollen kommen würde.... Ich glaubte zuerst, die russischen Kommunisten seien einfach dumm. Allmählich wurde mir aber klar, daß es sich um einen weitläufigen strategischen Plan handelte, der darauf abzielte, einen der größten Kriege der Neuzeit ins Rollen zu bringen. Es dauerte zwar einige Jahre, aber 1939 führte dieser Plan zum Erfolg." (S. 132/33 und 139)

Von Rauch vermerkt hierzu noch, daß „auch bei dieser Aussage die Funktion, die Hitlers Machtergreifung im Rahmen der weltrevolutionären Planung der Komintern zugewiesen wurde, sichtbar wird".

Den „großen Provokateur des Krieges in Europa" nennt der Pole ***Mackiewicz*** Stalin (9). Bei ihm heißt es:

„Stellen wir uns vor: Stalin hätte im März 1939 erklärt, daß er Polen im Falle eines deutsch-polnischen Krieges überfallen werde, dann hätten die Ereignisse einen anderen Verlauf nehmen können. Stalin aber provozierte den Krieg helmlich und hinterlistig."

Für dieses Urteil hat Mackiewicz auch eine klare nähere Begründung, die den Schuldanteil Stalins deutlich herausstellt. Dies geschieht in einer Weise, die inzwischen durch sehr zahlreiche Quellen der verschiedensten Herkunft international stärkstens gestützt ist. Alle kommunistischen Gegenversuche im Schrifttum sind logisch nichts wert und durch die Quellen als unbrauchbar erwiesen.

„So wurde unter dem Donner der Geschütze der Erste Weltkrieg begraben and der Zweite Weltkrieg erzeugt; denn wenn man auch die Spuren der tiefsten Ursachen des letzteren — so wie auch des ersten — über Dampfmaschinen und Kontorhäuser bis zu den Urinstinkten der Menschheit zurück verfolgen kann, so war seine unmittelbare Ursache doch der Vertrag von Versailles",

schreibt der britische, jüngst verstorbene General ***Füller*** (10). Bei ihm heißt es noch:

„Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt, Anlaß war der Erfolg seines Versuches, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln waren Neid, Gier und Angst."

Und Raymond ***Aron*** (11), ein aus einer jüdischen Familie stammender französischer Politologe und Professor, stellt fest:

„Nicht dasselbe Deutschland hat die beiden Weltkriege ausgelöst, nicht dieselben Ursachen haben den einen und den anderen heraufbeschworen. Die Einsätze waren

*) Karl Wittfogel, vermutlich der jetzt in den Vereinigten Staaten lebende Karl A. Wittfogel, Prof. und Verfasser des Büches über die „Orientalistie Despotie", einer der besten Auseinandersetzungen mit dem Geschichtsschema des Historischen Materialismus, stand früher auf der kommunistischen Seite. (Mitgeteilt von Prof. Dr. Boris Meissner.)

nicht dieselben. Wenn man die beiden Kriege als Bestandteile eines einzigen und gleichen Ganzen betrachtet, so wird man sich nicht auf das »Ewige Deutschland' berufen dürfen, sondern auf die tragische Verkettung von Ursachen und Wirkungen, auf diesen Dynamismus der Gewalt, den zu analysieren wir versucht haben. Alle Alleinschuldthesen, welche die deutsche Nation anklagen oder den Kapitalismus beschuldigen, sind kindisch."

Wie bei einem amerikanischen Wissenschaftler eine anfängliche Einseitigkeit überwunden wurde und die Berücksichtigung der vollen Wahrheit in den Kriegsursachenforschungen zum Durchbruch kam, schildert Harry Elmer ***Barnes*** (12) von sich selbst:

„Im Ersten Weltkrieg habe ich unbedenklich der Propaganda der Alliierten gegen Deutschland geglaubt und dessen angebliche Alleinschuld am Kriege als Tatsache hingenommen. Ich gehörte sogar zu den Verfassern der bittersten Anklageschriften gegen die angebliche deutsche Aggression und Kriegslüsternheit bei seinen vermeintlichen Welteroberungsplänen. Mir wurde mein Irrtum erst in vollem Maße bewußt, als Prof. Sidney B. *Fay* seine überzeugenden Artikel über die Wahrheit von 1914 veröffentlichte ... Ihnen folgten bald in Europa und in Amerika bedeutende Werke, die seine Ansicht stützten."

„Gewarnt durch meinen Irrtum im Ersten Weltkrieg war ich nicht leicht mit Propaganda über den zweiten großen Konflikt zu täuschen und opponierte heftig gegen die Bemühungen des Präsidenten *Roosevelt,* uns in jenen Krieg hineinzulügen, wie Cläre *Booth-Luce* sein Programm und seine Methoden so treffend gekennzeichnet hat. Doch obwohl ich mir der Tatsache bewußt war, daß Hitlers Forderungen an Polen in den Jahren 1938—39 die am wenigsten drastischsten, ja die großzügigsten waren, die er im Rahmen seines Planes einer friedlichen Revision des ungerechten Versailler Vertrages seit 1933 gestellt hatte, war ich doch des Glaubens, daß die Schuld für den tatsächlichen Ausbruch des Krieges von 1939 fast ausschließlich bei ihm liege. Ich stimmte der Auffassung zu, die Stalin Anthony *Eden* gegenüber geäußert hat: Die Hauptursache für den Zweiten Weltkrieg sei Hitlers Ungeduld gewesen."

Weshalb es bei wachsender Quellenkenntnis seine unbestechliche Wahrheitsliebe Prof. Barnes verbot, bei dieser Ansicht zu verbleiben, begründet er in seinen einschlägigen Arbeiten, gestützt durch unwiderlegliche Quellenhinweise. In einem unter seiner Schriftleitung entstandenen Sammelband (13) lesen wir:

„Von 1937 an hat Stalin ebenso zielstrebig auf einen Zermürbungs- und wechselseitigen Zerstörungskrieg zwischen den kapitalistischen Nationalsozialisten, Faschisten und demokratischen Ländern hingewirkt wie *Sassonow* und *Iswolski* 1914 auf einen französisch-russisch-englischen Krieg gegen Deutschland und Österreich. Hitler war weit davon entfernt, etwa mit brutalen und unbilligen Forderungen überstürzt einen Angriffskrieg gegen Polen einzuleiten; er bemühte sich während der Augustkrise 1939 weit mehr den Krieg abzuwenden als der Kaiser während der Krise im Juli 1914. Und Hitlers Forderungen an Polen waren die angemessensten, die er während seiner ganzen Regierungszeit an irgendein Land richtete. Sie waren weit konzilianter, als Stresemann und die Weimarer Republik es je in Betracht gezogen hatten. Polen benahm sich 1938/39 viel unvernünftiger und unnachgiebiger als Serbien 1914. ... und nur schärfster Druck des britischen Foreign Office trieb *Bonnet* und *Daladier* dazu, sich widerstrebend der britischen Kriegspolitik am 2. und 3. September 1939 anzuschlie-

ßen. — Während 1914 die britische Verantwortung für den Ersten Weltkrieg zur Hauptsache auf der schwächlichen doppelzüngigen Haltung Sir Edward *Greys* beruhte, also mehr eine negative als eine positive Verantwortung war, trugen die Engländer sowohl für den Ausbruch des deutsch-polnischen als auch des europäischen Krieges Anfang September nahezu die Alleinverantwortung. Lord *Halifax,* der britische Außenminister, und Sir Howard *Kennard,* der britische Botschafter in Warschau, waren weit verantwortlicher für den europäischen Krieg von 1939 als Sassanow, Iswolski und *Poincare* für den von 1914. *Chamberlains* Rede vor dem Parlament in der Nacht des 2. September 1939 war eine ebenso verlogene Entstellung der deutschen Haltung wie Sir Edward Greys Ansprache an das Parlament am 3. August 1914.-*)

Audi diejenigen, denen davon abgesehen noch dies oder das in den u. a. durch Barnes vertretenen Ansichten zu weit zu gehen scheint, müßten, soweit sie nicht den berechtigten Vorwurf von Unsachlichkeit in Kauf nehmen wollen, mindestens zugeben, daß die ihnen nicht behagenden Überzeugungen außerdeutscher hitlergegnerischer Verfasser ganz und gar nichts mit einer Mohrenwäsche für deutsche Verbrecher zu tun haben. Die Schuld für nachgewiesene Verbrechen ist davon unabhängig eine Sache für sich. Ihr gegenüber muß man alle Schuldigen, gleichviel welcher Volks- und Parteizugehörigkeit, mit den gleichen Maßstäben messen, wenn sachliche Urteile herauskommen sollen, aber nicht nur Hitler und andere Deutsche.

„Englands Krieg gegen Deutschland" hat der schottische Geistliche H. ***Nicoll*** (14) sein Buch genannt, worüber Dr. ***Kraut*** in einer Schriftenreihe des »Deutschen Klubs München 1963« (15) urteilte:

„Man sollte Nicolls Buch auch deshalb lesen, um eine Vorstellung zu gewinnen, wieviele Persönlichkeiten im Ausland die bei uns immer wieder vorgebrachte Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands nicht teilen."

Vielerorts wird die Kriegsursachenfrage erörtert. So widmete die Zeitschrift »Deutsche Studien« (16) ihr Heft 13 des 1. Jahrgangs (1963) diesem Problem. Dort lesen wir in einer einleitenden Zusammenfassung:

„Bei den hier kurz skizzierten Versuchen, die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs abweichend von den bisherigen aufzuarbeiten, ist zunächst eine veränderte Ausgangsposition festzustellen. Die bisherige Behandlung der Kriegsschuldfrage wird als vereinfacht und deshalb als unhistorisch verworfen. Der Quellenwert der Nürnberger Akten wird bezweifelt, weil sie als Dokumente im Sinne der Anklage verwendet wurden. Die gebührende Berücksichtigung des Materials der Verteidigung wird vermißt. Die Formel von dem nicht zu bändigenden Kriegswillen Hitlers wird als unbewiesen betrachtet und auf die Feststellung Wert gelegt, daß im Dritten Reich nicht nur nationalsozialistische, sondern auch deutsche Politik getrieben worden sei. Es wird bemängelt, daß die Faktoren, auf die Hitler in seiner Politik reagierte, wenn nicht verschwiegen, so doch in einer ihrer Bedeutung unangemessenen Weise verkleinert

*) Der Verfasser der vorliegenden Übersicht findet grundsätzlich den Gebrauch von Kurzausdrücken, wie .die Engländer", „die Russen", „die Deutschen", „die Polen", „die Amerikaner" usw. bei Erörterungen über die Kriegsursachenfragen unzweckmäßig. Die zu kritisierenden Äußerungen, Ansichten und Entscheide sind ja nie Handlungen eines ganzen Volkes, sondern bestimmter verantwortlicher Persönlichkeiten und Gruppen.

werden. Das betrifft im großen Zusammenhang von Ursache und Folge den Komplex der politischen und psychischen Rückwirkung der Pariser Vorort vertrage; dazu gehört in der unmittelbaren Vorkriegsphase die Provokation in der polnischen Politik und die Hilfestellung, derer diese sich durch die Westmächte erfreute. Die Einbeziehung der Konferenz von München in das Kriegskonzept Hitlers wird abgelehnt. Wenn Hitler schon bei dieser Gelegenheit mit dem Feuer gespielt haben soll, so wird gefolgert, dann müßten wohl alle Politiker der Vergangenheit und Gegenwart in Krisenlagen als Pyromanen (.Brandstiftungssüchtige') erscheinen. Es wird vor allem im Hintergrunde der Katastrophenentwicklung ein Verfall des politischen Denkens und der politischen Normen markiert, für die der Nationalsozialismus nicht als Ursache, sondern als krasses Symptom anzusehen ist; ein Verfall, der in der verbreiteten Auffassung einen Ausdruck findet, daß der Feind, sei es der innen- oder außenpolitische, der persönliche oder der weltanschauliche Gegner, nur noch unter dem strafrechtlichen Gesichtswinkel zu betrachten und danach zu behandeln sei: Wo der Gegner zum Feind, der Feind zum Verbrecher umgewertet wird, werden auch innenpolitische Kämpfe zu Ketzer- und Hexenverfolgungen, Kriege aber werden kriminalisiert. Angesichts dieses Verfalls der politischen Formen wird der Anklagecharakter der Zeitgeschichtsforschung als fragwürdig erklärt."*)

In der zuletzt genannten Zeitschrift lesen wir auch in dem Beitrag von Dr. Ulrich ***Hansen*** (17) folgende Feststellung:

„Am Schluß des Duisburger Historikertages (Oktober 1962) referierte Hans *Rothfels* über das Thema .Historie und weltpolitische Situation'. Im Verlauf seiner Ausführungen gestand er, in Versuchung gewesen zu sein, sein Thema in .Betrachtungen zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs' umzuändern. ... Um Mißverständnissen vorzubeugen, legt Rothfels auf die Feststellung Wert, daß es keinem ernstzunehmenden Historiker einfallen werde, von Kollektivschuld zu reden, was den Anteil des deutschen Volkes an diesem Geschehen betrifft. Auch Alleinschuld oder Alleinverantwortung der Führungsschichten sind keine historisch zulässigen Kategorien, weil sie Vielfältiges simplifizieren."

Hansen hat sich auch mit Gotthard ***Jaspers*** (18) beschäftigt und unterstützt dessen These der Ablehnung der Linie der Nürnberger Prozesse in der Kriegsursachenfrage. Dazu bemerkt er:

„Und er meint, daß kein ernstzunehmender Historiker Hitler so weit .überschätzen und dämonisieren' werde, als ob er lange im voraus den Zweiten Weltkrieg, wie er am 1.—3. September 1939 Wirklichkeit wurde, plante und kaltblütig herbeiführte."

Andererseits begeht Hansen aber u. a. den durch die vorliegende Arbeit als solchen erwiesenen Fehler, dem Irrtum von Gotthard Jaspers zuzustimmen, die internationale Forschung sei sich in der Ansicht einig, in Hitler den Haupt-

*) Zweckmäßiger hieße es in dieser an sich dankenswerten Kurzdarstellung wesentlicher Linien des betreffenden Schrifttums statt d e r Zeitgeschichtsforsdiung: i n der Zeitgeschichtsforschung. Die berechtigten Vorwürfe betreffen ja nur den unsachlichen Teil der Zeitgeschichtsforschung, neben dem es von Anfang an auch einen sachlichen gegeben hat. Unter Teil ist bei dieser Feststellung natürlich nicht irgend ein Abschnitt des Stoffgebietes an sich zu verstehen, sondern auf den Gegensatz zwischen hinreichend kritischen und gefühlsüberladen häufig unkritischen Verfassern Bezug genommen. Natürlich bleibt aber auch bei der notwendigen Unterscheidung dieser Gruppen im Beurteilen jeder einzelnen Arbeit alles «thematische Kollektivwerten »uszuschließen und Richtiges selbst dann anzuerkennen, wenn es sich im Zusammenvorkommea mit viel Unrichtigem findet. Ein gegenteiliges Urteilsverfahren, das schematisch nur zustimmen oder verurteilen will, kann nicht als wirkliche Wissenschaft anerkannt werden.

verantwortlichen am Entstehen des 2. Weltkriegs zu sehen. Dagegen hat Hansen mit derjenigen Stelle seines Berichtes unbeschränkt recht, wo er folgendes unterstreicht:

„An der längst zum Gemeinplatz gewordenen Erkenntnis, daß der Zweite Weltkrieg eine Folge des ersten war, daß, um nur ein Beispiel zu nennen, Marschall *Foch* bei der deutsch-polnischen Grenzziehung durch die alliierte Kommission diese Grenze als die Ursache eines neuen Krieges bezeichnet hat, darf bei der Behandlung der Vorgeschichte des letzten Krieges nicht vorbeigesehen werden. Nach George F. Kennan war der Friede von Versailles ein Friede, in dem die .Tragödien der Zukunft so eingeschrieben waren, als wäre es von des Teufels Hand selbst geschehen'; der britische General Füller sprach einmal von den ‚Drachenzähnen von Versailles', und Hajo *Holborn* (19) bezeichnete den Zeitabschnitt von 1919 bis 1939 als einen .zwanzigjährigen Waffenstillstand'. Die Pariser Verträge — sagt Holborn —, sollten einen Weltfrieden schaffen, aber sie taten das niemals'."

In diesem Zusammenhang erscheint auch Prof. ***Taylor*** (20) in den „Deutschen Studien", und man zitiert aus der Einleitung seines vielbeachteten Werkes folgende Sätze:

„Ich bemühe mich um das Verständnis der Ereignisse, nicht um Rechtfertigung der Anklage. Ich war ein Gegner der Befriedungspolitik vom Tage des Machtantritts Hitlers an, und ohne Zweifel würde ich es unter ähnlichen Umständen wieder sein. Aber dieser Gesichtspunkt hat kein Gewicht beim Schreiben der Geschichte. In der Rückschau war niemand unschuldig, obgleich viele schuldig waren. Es ist eine Geschichte ohne Helden und vielleicht sogar ohne Schurken."

Der ungenannte Besprecher in den „Deutschen Studien" kommt danach mit einem Beleg aus Taylors Nachwort auf dessen im Gegensatz zu seinen Bemühungen um das Herausfinden der Wahrheit als Geschichtsschreiber unverändert antideutsche Politik zu sprechen. Bekanntlich versucht Taylor in seinem Nachwort das deutsche Volk auf den verhängnisvollen, für die ganze freie Welt äußerst gefährlichen Weg drängen zu helfen, die ostdeutschen, von Polen und der Sowjetunion besetzten deutschen Lande ostwärts der Oder und Neiße abzuschreiben und darauf zu verzichten. Wie die übrigen außerkommunistischen Vertreter dieser abwegigen Haltung übersieht er folgendes: Eine solche Politik könnte nie eine echte Entspannung fördern und den Frieden sichern. Sie würde vielmehr nur die gesamte Freie Welt bedrohende Ziele der imperialistischen, weltrevolutionären kommunistischen Führungskreise der Sowjetunion und deren Sachverwalter in anderen Ländern auf eine äußerst gefährliche, leichtfertige Weise unterstützen (auch 38).
Auch der Berliner Historiker Hans ***Herzfeld*** (21) führt die Entstehung des Zweiten Weltkriegs nicht nur auf den Ehrgeiz eines Mannes zurück:

„Seine Wurzeln sind mit allen weltpolitischen Spannungen der Zeit seit 1919 eng verflochten."

Im Gegensatz zu Taylor, der seine Deutschfeindlichkeit nicht verbirgt, aber der historischen Wahrheit zu dienen sich verpflichtet fühlt, muß der Schweizer Historiker Walther ***Hofer*** (22) genannt werden, zu dessen Linie ebenfalls

die „Deutschen Studien" in dem genannten Heft Stellung nehmen. Da das Buch in hoher Auflage erschien und von weiten Leserkreisen als das Vorführen eines endgültigen Ergebnisses angesehen wurde, ist die sachliche Kritik aus „Deutsche Studien" doppelt ernst zu nehmen. Es heißt dort in dem Aufsatz „Berichte und Rezensionen zu Hofer, Taylor und Hoggan":

„Hofer stellt in seinem Buch die These auf — so könnten wir mit einer Stellungnahme Hans Günther *Seraphims* (23) nun den Streitstand aufgreifen —, ‚der Zweite Weltkrieg sei nicht ausgebrochen, wie etwa eine Epidemie ausbricht, und nicht wie der Erste Weltkrieg über die Völker hereingebrochen, sondern er sei lange geplant, genau vorbereitet und schließlich bewußt ausgelöst worden vom Führer des Dritten Reiches in sozusagen alleiniger Verantwortung, allerdings mit diplomatischer Unterstützung der sowjetrussischen Regierung'. Es soll hier nicht untersucht werden, ob Hofer mit dieser These recht oder unrecht hat. Vielmehr müssen wir leider feststellen, daß er selbst seine These in keiner Weise zu beweisen versucht hat, sondern sich auf die Aufstellung der Behauptung beschränkt."

Bei Taylor steht dagegen zu lesen:

„Es wird behauptet, daß Hitler sich für den Krieg entschied und diesen am 5. November 1937 im einzelnen geplant habe. Jedoch das *Hossbach*-Memorandum enthält keine Pläne dieser Art und man hätte niemals etwas dergleichen angenommen, wäre es nicht in Nürnberg zur Schau gestellt worden. Unter Hitlers Regie wurde Deutschland dafür gerüstet, den Nervenkrieg zu gewinnen, den einzigen Krieg, den er verstand und schätzte; er war nicht dafür gerüstet, Europa zu erobern. ... Der Stand der deutschen Rüstung liefert den Beweis dafür, daß Hitler nicht an einen allgemeinen Krieg dachte und wahrscheinlich überhaupt keinen Krieg wollte."

„Göring wünschte den Krieg zu vermeiden, sofern dies überhaupt möglich wäre. Er wünschte als Sprachrohr der deutschen Generale zu handeln, die selbst einen Krieg fürchteten; und möglicherweise als mutmaßlicher Direktor der deutschen Wirtschaft begriff er, daß Deutschland nicht auf einen allgemeinen Krieg vorbereitet war. Die deutschen Fühler sowohl nach der Sowjetunion als auch nach Großbritannien kamen von Wirtschaftsexperten — ein schlagender Beweis dafür, daß der Zweite Weltkrieg keine wirtschaftlichen Ursachen hatte."

Diese Feststellung Taylors bestätigt ***Reitenhart*** (24).

Und Burton H. ***Klein***, ein amerikanischer Professor und Wirtschaftswissenschaftler, kommt in einer größeren Untersuchung (25) zu ähnlichen Schlüssen.

„Dr. Burton Klein weist unwiderleglich nach, daß Hitler sich wirtschaftlich überhaupt nicht auf einen Krieg vorbereitet hatte. Deutschland war für einen langen Krieg nicht gerüstet, erst recht nicht für einen Welteroberungskrieg. ... Dr. Burton Klein entlarvt in vernichtender Weise die Propagandalüge von einem nationalsozialistischen Deutschland, das alle Kraft für den Aufbau einer auf Kriegsführung zielenden Wehrwirtschaft gerichtet habe, um dann den Krieg zu entfesseln. ... Wer Dr. Kleins wissenschaftlichen Nachweis des Fehlens einer wirtschaftlichen Vorbereitung Deutschlands auf einen Weltkrieg prüfte, der mußte schon 1959 zu der Erkenntnis kommen, daß der Zweite Weltkrieg nicht das Werk Adolf Hitlers sein konnte." (26)

Zu weitgehenden Schlüssen über die geistigen Ursachen der Deutschfeindlichkeit und den damit zusammenhängenden Ursachen für den Ausbruch des 2. **Weltkriegs kommt ein weiterer Bericht in den »Deutschen Studien«** (27). **Dort heißt es:**

„Endlich erfährt der Rapallo-Komplex*) nun auch von amerikanischer Seite eine der historischen Wahrheit gemäße Behandlung. Kennan erkennt hinter der .sorgenvollen Mühsal' Walther *Rathenaus* den .Schatten der unbekümmerten Leichtfertigkeit, mit der die westlichen Demokratien den gemäßigten und aufrichtigen Elementen der Weimarer Republik begegneten, ein Beispiel für die völlig unangebrachte Art und Weise, wie man sich die Mitwirkung dieser Menschen für die Interessen des Westens verscherzte, für die eiserne Logik der Umstände, wo ein gefühlsmächtiger und rachsüchtiger Antigermanismus in den westlichen Ländern der sowjetischen Politik nur in die Hände arbeitete'. Und weiter verfolgt der Autor die .großen Irrtümer', die von den westlichen Demokratien bis 1937 begangen wurden, die es fertig gebracht hatten, sich zwei mächtigen Gegnern gegenüber gestellt zu sehen, mit den Machtzentren in Berlin und Moskau. Der Westen hatte sich selbst so geschwächt, daß er nicht stark genug war, einen der beiden Gegner ohne die Hilfe des anderen zu überwinden."

Der amerikanische Historiker und Politologe Hermann ***Lutz*** kam als hitlergegnerischer politischer Emigrant nach den USA und verstarb dort 1965. Er bemühte sich stets vorbildlich um das Auffinden der vollen Wahrheit. Darüber schrieb er ein Buch (28), das erst nach großen Schwierigkeiten ins Deutsche übersetzt auch in Westdeutschland erscheinen konnte.

„Im Februar 1958 wurde mir aus hohem (nicht-deutschem) Nato-Kreis geschrieben: ‚Ihr Werk ist in der Tat aktuell, und Sie haben ein Thema von lebenswichtiger Bedeutung angepackt. Ferner erklärte ich, im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung, daß man in Washington keineswegs einer deutschen Ausgabe widerraten hat: man hat sie vor Monaten schon als eine Angelegenheit, die in erster Linie Euch Deutsche angeht, erwartet, ja, ich darf sagen: als selbstverständlich erwartet.'"
„Ein USA-Historiker, der viel in der Schuldfrage geleistet und mehrere Male Deutschland besucht hat, bezeichnete mein Opus als ‚a noble book', ein vornehmes Buch. Ebenso urteilte Professor SidneyB.Fay. Als er während derWeihnachtstage 1954 mein Manuskript las, empfand er, wie er mir schrieb, ‚daß es eine wirkliche Botschaft des Friedens und des guten Willens' sei, ‚wie sie die Welt so dringend braucht.' Ich wünsche, daß Ihr das Buch in diesem Sinne aufnehmt."

Man hätte eigentlich erwarten müssen, daß dieses Werk nach dem Erscheinen der deutschen Ausgabe in deutschen Schulen eingeführt und von den in Betracht kommenden Bundes- und Länderministerien im frei gebliebenen Teil Deutschlands nachdrücklich empfohlen und in der Verbreitung gefördert worden wäre!

Auch die nachstehenden Feststellungen von Lutz zeigen, wie angebracht und notwendig die bejahende Auswertung seiner Darstellung ist. Das Gleiche gilt für viele Arbeiten auch anderer außerdeutscher Verfasser, die bisher in

*) Siehe Stichworte.

der Bundesrepublik ganz oder mindestens in Bezug auf ihre Feststellungen in der Kriegsursachenfrage weitgehend totgeschwiegen werden. Lutz schildert z. B. noch:

„Ein Diplomat erklärte mir, die jüngere deutsche Generation nehme im allgemeinen den Standpunkt ein: .Lassen Sie uns von der Frage der Schuld am Ersten Weltkrieg schweigen, sonst kriegen wir ja doch nur die einwandfreie Schuld am Zweiten Weltkrieg aufs neue serviert.' Auf diese Reaktion, warnte der Diplomat, müßten wir gefaßt sein. Das Bekenntnis der .einwandfreien Schuld am Zweiten Weltkrieg' verblüffte mich. Wenn Ihr Deutschen glaubt, Deutschland sei allein verantwortlich für den Zweiten Weltkrieg, so seid Ihr schlecht unterrichtet geblieben. Schon die tieferen Ursachen, die bis ins Jahr 1919 zurückliegen, widerlegen jenen Schluß. Um mich auf den Ausbruch des Krieges im September 1939 zu beschränken, so hat freilich Hitler den Krieg gegen Polen gewollt, er hätte aber ohne den Pakt mit Stalin vom 23. August 1939 und ohne die versprochene Gefolgschaft Mussolinis — trotz Hitlers flagrantem Bruch des Stahlpaktes — den Schlag damals nicht gewagt. In den angelsächsischen Ländern wird die schwere Mitverantwortung des Kreml längst unumwunden anerkannt. Dafür nur ein Zeugnis: Am 22. Oktober 1941 schrieb Winston *Churchill* (29) an seinen Botschafter in Moskau, Sir Stafford *Cripps,* in Erwiderung auf russische Beschwerden: .Die Russen haben ihr Schicksal selbst über sich gebracht, als sie durch ihren Pakt mit *Ribbentrop* Hitler auf Polen losließen und *so* den Krieg starteten Wenn sie Verdacht gegen uns hegen, dann nur wegen der Schuldgefühle und Selbstvorwürfe in ihrem eigenen Busen.' Seid Ihr Deutschen so kenntnisarm oder so klein- und demütig, daß Ihr unumstößliche Tatsachen wie diese nicht herauszustellen wagt? Wir können das nicht glauben!"

Churchill hätte zweckmäßiger statt der gegen das ganze russische Volk gerichteten und daher irrigen Formulierung „die Russen" sagen sollen: die sowjetische Führung, zumal Stalin gar kein Russe war. Aber auch darauf hätte verwiesen werden müssen, daß der Garantiepakt der englischen Regierung an Polen vom 31. 3. 1939 das Kriegsfeuer entscheidend angefacht habe (s. a. das Kapitel über den polnischen Schuldanteil). Und Churchill beweist freilich auch hier, daß er zwar die Einsicht, nicht aber die Kraft- besaß, danach zu handeln.

Die in den genannten Hinweisen von Lutz erwähnte Ansicht eines Diplomaten ist eine in Bezug auf die deutsche Jugend zu weitgehende Verallgemeinerung von Einzelerfahrungen. Wo die Ursachen solcher Vorgänge, wie sie jener Diplomat kennt, liegen, beweist näher z. B. das quellenkundige Buch (30) des bayerischen Historikers Dr. Freiherr ***von Schrenck-Notzing*** „über das Wesen und die Ergebnisse der sogenannten Umerziehungspolitik (reeducation policy)" gewisser westlicher Siegervertreter im ersten Abschnitt der Nachkriegsgeschichte auf deutschem Boden.

Dem Buch Hoggans (31), das bekanntlich in der Bundesrepublik gewaltigen Staub aufwirbelte und das Interesse an der Kriegsursachenforschung erstmalig nach dem Zweiten Weltkrieg auf weitere Kreise ausdehnte, widmete der schon erwähnte Amerikaner Kurt Glaser sein Buch. Er prüft darin in fairer Weise u. a., was in Hoggans heftig umstrittenen Werk zu verbessern bzw. ab-

zulehnen ist und welche Feststellungen von bleibendem Wert mit guten Quellenhinweisen es enthält. Die Schlußfolgerungen Glasers bestätigen ebenso wie seine sonstigen Veröffentlichungen, daß er ein behutsam arbeitender, stets um das Finden der Wahrheit und der Gerechtigkeit bemühter Wissenschaftler ist. Nicht wenige Verfasser unserer Zeit könnten und müßten, wären sie guten Willens, sehr viel von ihm lernen. Er kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

„Vielleicht hätte der große Krieg durch die Erfüllung des deutschen Anspruchs auf Vertragsrevision im Osten vermieden werden können, eine Maßnahme, die wie ***Henderson*** hoffte, möglicherweise den Sturz Hitlers hätte herbeiführen können, — aber es kann auch sein, daß dieser Schritt nur vor 1933 genutzt hätte. Soweit es sich um Deutschland handelte, besaß das Reich, wie wir gesehen haben, einen vertretbaren und begrenzten Anspruch an Polen."

„Beide Seiten haben gegen die Freiheit und die Menschenwürde gesündigt, beide haben verhängnisvolle Entscheidungen gefällt, beide haben die Leidenschaft treiben lassen. Die Völker der ehemaligen Alliierten und der ehemaligen Achsenmächte sind in kaum unterscheidbarem Maße schuldig bzw. unschuldig. Der Zweite Weltkrieg hat für sie ein gemeinsames Schicksal bereitet, das es nunmehr zu meistern gilt. Individuelle Verbrechen müssen nach rechtsstaatlichen Gepflogenheiten bestraft werden, gleich von wem sie begangen werden. Das deutsche Volk als Ganzes aber hat keine Gründe für besondere Schuldgefühle — war es doch selbst das erste Opfer des Nationalsozialismus und steht heute in der Frontlinie gegen den totalitären Kommunismus. Es ist Unsinn zu behaupten, daß das deutsche Volk mehr als die anderen Völker Europas einer Verpflichtung unterliegt, für die Liquidierung des Zweiten Weltkrieges einen besonderen Preis zu zahlen. Der Zweite Weltkrieg war eine gemeinsame Katastrophe mit komplizierten Ursachen: Sucht man einen ‚Schuldigen', so kann dieser nur der Nationalchauvinismus sein, der die europäische Gemeinschaft des neunzehnten Jahrhunderts zerstückelte, aber jetzt endlich vom alten Kontinent abzieht, um in den Entwicklungsländern neue, blutige Triumphe zu feiern."

Die letztgenannten Worte sind freilich in Bezug auf Europa zu günstig ausgefallen. Das zeigt z. B. das Weitertoben des kommunistisch geführten Imperialismus und Kolonialismus neben anderen Beweisen für ein starkes Fortbestehen von übersteigertem Chauvinismus in verschiedenen anderen nichtkommunistisch beherrschten Ländern bzw. Landesteilen.

„Die notwendige Kritik der Hoggan'schen Geschichtsschreibung öffnet zugleich den Weg zu einer dringend erforderlichen Kritik der ethischen Grundsätze westlicher Politik, die auch von einer Uberprüfung der Nürnberger und sonstigen sogenannten Kriegsverbrecherurteile nicht absehen kann. Führt diese Kritik zu einer Erneuerung abendländischen Geistes, so wird das Hauptverdienst Hoggans und anderer Revisionisten darin bestehen, als Katalysatoren gewirkt zu haben. Als erster Schritt nach dieser Kritik — die für Amerikaner wie Europäer eine politische Selbstkritik bedeutet —, ist es notwendig, die Haltung der Gegner des geschichtlichen Revisionismus zu ergründen."

„Es ist kaum notwendig, hier zu wiederholen, daß Hoggan nicht deswegen angegriffen wurde, weil er sich hier und dort in Einzelfragen geirrt — seien diese auch

z. T. wesentlicher Natur —, sondern weil er gegen das Credo einer historischen Orthodoxie Ketzerei begangen hatte."

„Diese Orthodoxie hatte ihren Ursprung in England und Amerika im Laufe des Ersten Weltkrieges und erreichte ihren Höhepunkt in den frühen zwanziger Jahren. Ihre Funktion war es, die alliierte Kriegspolitik, die Kriegsteilnahme der Vereinigten Staaten und später den Versailler Frieden zu rechtfertigen."

„Vom Revisionismus der dreißiger Jahre zeitweilig verdrängt, erschien das orthodoxe Geschichtsbild, zu dem starke antideutsche und antipreußische Vorurteile gehören, als Grundlage alliierter Propaganda im Zweiten Weltkrieg wieder."

„Aus Gründen, die Professor Barnes in seiner Streitschrift gegen .historische Verdunkelung* darlegt, ist die geschichtliche Revision nach dem Zweiten Weltkrieg viel langsamer als nach dem früheren Konflikt vor sich gegangen. Obwohl revisionistische Bücher erschienen und ihre Thesen sogar in einzelnen Fällen akzeptiert sind, wie z. B. in den mit Pearl Harbor zusammenhängenden Fragen, behauptet noch heute die Orthodoxie die beherrschenden Stellen an den Universitäten wie in der Produktion von Schulbüchern."

„Im Gegensatz zur Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg ist diesmal auch im freien Teil Deutschlands die historische Orthodoxie westlicher Prägung zur herrschenden Doktrin geworden. Außer in den Kreisen der Heimatvertriebenen sind Ansätze einer sich selbständig entwickelnden deutschen Geschichtsschreibung kaum bemerkbar."

Ebenso lehrreich sind bei Glaser u. a. folgende Feststellungen:

„Beide, Rothfels wie Hofer, halten die .verhängnisvolle Persönlichkeit' (Hofer), das Herrschaftssystem und die Großraumpolitik Adolf Hitlers für die entscheidende, alle anderen Momente überschattende Ursache des Zweiten Weltkrieges. Diese Ansicht wird von einer in den .Vierteljahresheften für Zeitgeschichte' *) schreibenden Schule moderner Historiker geteilt, die — weil der Revision herkömmlicher Wertungen abhold — sich ohne Unbill als die .deutsche Orthodoxie' bezeichnen läßt. Als typisches volkstümliches Erzeugnis der deutschen Orthodoxie darf Hannah *Vogts* Studie (32) erwähnt werden, welche als Schulbuch in mehreren hunderttausend Exemplaren verbreitet worden ist. Hitler, meint Fräulein Vogt, wollte unter allen Umständen seinen Krieg haben, seiner häufigen Beteuerungen inbrünstiger Friedensliebe ungeachtet. Begebenheiten, wie z. B. die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrags, die durch die französische Invasion der Ruhr ausgelöste grenzenlose Inflation und die Probleme Danzigs und des Korridors werden wohl erwähnt, als kriegsfördernde Momente aber kaum gewürdigt."

Bessere Schulbücher sollten so einseitige alsbald ersetzen, wo immer man die Verpflichtung ernst nimmt, der Jugend die Wahrheit zu lehren.

Der kürzlich verstorbene französische Historiker Prof. Paul ***Rassinier*** hat als letztes Werk eine Arbeit über die Kriegsursachen (33) hinterlassen. Die kriegsfreundliche Politik einiger leitender Persönlichkeiten der französischen Sozialdemokratie mit Leon ***Blum*** an der Spitze und ihr unkritisches Eintreten für ein gewaltsames Aufrechterhalten des durch die Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen Unrechts wird von ihm bereits im

*) Siehe Stichworte.

einführenden Abschnitt seines (vorerst nur in französischer Sprache erschienenen) Werkes auf das entschiedendste abgelehnt sowie als die humanitären Grundsätze des Sozialismus untragbar verletzend gekennzeichnet.

„Die seit über 20 Jahren vorherrschende Art der Darstellung der Kriegsursachen muß dringend durch eine sachliche ersetzt werden." (S. 12 f.)

Rassinier beweist dokumentarisch, wie einseitig bei den jetzt vorwiegend verbreiteten einschlägigen Arbeiten die Quellenauswahl ist, sowie daß sie in diesen Fällen vorgefaßten irrigen, politischen Ansichten entspricht. Das gilt z. B. nach Rassiniers Überprüfung auch für die im Oktober 1965 durch Prof. Dr. René ***Rémont*** veröffentlichten Bibliographie zur Kriegsursachenfrage (34), die in erster Linie für Studenten bestimmt ist. Wörtlich heißt es bei Rassinier:

„Es ist undenkbar, nicht den Versailler Vertrag und seine Schöpfer in den ersten Rang der Verantwortlichen am Zweiten Weltkrieg zu stellen."

In diesem Zusammenhang erinnert er (S. 11) z. B. daran, daß in einem Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs vom 14. Juli 1919 der Versailler Vertrag als eine Sammlung von Bestimmungen gekennzeichnet wurde,

„die offen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt, die neuen Kriegsrisiken vervielfacht, ganze Nationen zu Sklaven macht, sowie mit Gewaltmaßnahmen gegen alle Befreiungsbewegungen nicht nur in Rußland und Ungarn, sondern auch im alten Habsburgerreich, dem ganzen Westen und Deutschland verbunden ist, sowie daß sie keine sozialistische Stimme erhalten darf und daß nicht eine teilweise Revision, sondern eine vollständige Umbildung erforderlich ist."

Frankreichs Eigensinn, am Versailler Vertrag festzuhalten, habe als erstes Ergebnis die Machtergreifung Hitlers und als zweites den Zweiten Weltkrieg herbeigeführt (S. 30). Die Wahl Roosevelts zum Präsidenten in USA habe die Torheit des genannten Eigensinns und das fehlende Verantwortungsbewußtsein leitender Persönlichkeiten in Frankreich noch verstärkt. Er gibt die vernichtende Kritik des französischen sozialdemokratischen Abgeordneten Jean ***Longuet*** über den Versailler Vertrag im französischen Parlament am 18. September 1919 wieder, der u.a. das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksteile als einzig entscheidungsbefugte Stimme über das Schicksal von Gebieten nach einem Krieg vorbildhaft herausstellte und dabei betonte, daß der Wille der alteinheimischen Bewohner nie vergewaltigt werden darf (S. 189 f.).

Ferner verweist Rassinier auf einige Feststellungen Churchills (35), die man als Eingeständnis clownhaft nennen könne, wären sie nicht so tragisch:

„Präsident Roosevelt sagte mir eines Tages, daß er im Begriff sei, öffentlich fragen zu lassen, wie man den Krieg nennen wolle, den zu führen er sich entschlossen habe. Ich lieferte ihm alsbald die Antwort: ‚Der nicht zwangsläufige Krieg!' — Denn es gab nie einen Krieg, der leichter zu vermeiden gewesen wäre als derjenige, der bald toben wird, und das wird sich nach dem bevorstehenden Zwist in der Welt erhalten."

Rassinier erwähnt Churchills Meinung von der verhängnisvollen Zerstörung der Österreich-Ungarischen Monarchie, von den quälenden Zwangsbestimmungen des Versailler Vertrags, an dessen Zustandekommen ja gerade Churchill entschieden mitwirkte, und geißelt die den Zweiten Weltkrieg bestimmende Politik Churchills und Roosevelts, die die Aufrechterhaltung der vorher schärfstens kritisierten Übelstände wählten und damit mitschuldig seien am Tode von über 50 Millionen Menschen (S. 194). Er stimmt seinem Landsmann Jean ***Montigny*** (36) in Bezug auf den endgültigen Beschluß der Westmächte zum Krieg gegen Deutschland zu und schließt sich der Begründung an, daß dieser Entschluß heimlich, illegal und gegen wirkliche Notwendigkeiten gefaßt wurde (S. 280).

Den Versuchen zur Erklärung der merkwürdig erscheinenden Haltung eines Großteils des deutschen Volkes, soweit es jedenfalls diesseits der durch Europa gehenden Grenze gegenüber dem Kommunismus lebt, widmete auch der ehemalige bulgarische Ministerialrat Dr. Dimiter ***Waltschejf*** einen Vortrag am 24. 4. 1961 in der Münchner »Deutschen Gesellschaft von 1959« unter dem Titel »Deutschland als Sündenbock der Weltpolitik«. Der demokratische Politiker sagte dort:

„Es mag jemandem deplaziert oder auch stark übertrieben vorkommen, doch kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß in unseren Tagen die große deutsche Nation nach all den unsagbar schweren Prüfungen zweier Weltkriege, ganz besonders aber auch der Katastrophe von 1945, von einem unpolitischen Kleinmut und Skeptizismus befallen ist. Nach der notwendigen Abkehr vom Nationalsozialismus und in wohlverständlicher Absage an das Dritte Reich mit all seiner Überheblichkeit und Maßlosigkeit neigt man nun im Zeichen des Bekenntnisses ‚pater, peccavi' zum entgegengesetzten Extrem nationaler Selbstverleugnung und uferloser Selbstbezichtigung.

Die Aufweichung im staatspolitischen Bewußtsein der heutigen Deutschen und die Verstümmelung ihres nationalen Willens ist aber kein Zufall. Die pausenlose Diffamierungskampagne, die die deutsche Nation mit einer Art Erbsünde belasten möchte, hat einen Schuldkomplex ausgelöst. Die historische Entwicklung nach dem 1. Weltkrieg aber zeigt jedem deutlich, daß die politische Entwicklung nicht allein die Schuld Deutschlands war, sondern auch die fast notwendige Folge des Versailler Friedensvertrags und der Unfähigkeit des Genfer Völkerbunds, im Verlauf von zwei Dezennien Ordnung in Europa zu schaffen und der jungen Deutschen Republik den Weg in die demokratische Völkergemeinschaft zu ebnen. Wenn Hitlers Nationalsozialismus die Oberhand gewinnen konnte, schuld daran war primär keineswegs das damals verzagte und schwer enttäuschte deutsche Volk, das aus Selbsterhaltungstrieb heraus die Bereitschaft in sich trug, sich gegen das Unrecht von Versailles zur Wehr zu setzen, sondern mindestens mitschuldig daran wurden noch jene siegestrunkenen und ressentimenterfüllten Baumeister der Pariser Verträge von anno domini 1918."

»Aber auch alle sonstigen Perversionen im politischen Lexikon unserer Zeit, wie zum Beispiel die von Moskau immer wieder geforderte ‚Beseitigung der Überbleibsel des Krieges', doch nicht etwa durch Wiederherstellung der deutschen Integrität und durch Herausgabc geraubter Territorien, sondern umgekehrt — durch Verewigung der deutschen Teilung und durch Einverleibung sogar der deutschen Metropole Berlin in

das sowjetrussische Kolonialimperium — finden ihre fadenscheinige Argumentation nicht zuletzt in der Formel von der angeblichen Alleinschuld Deutschlands am Krieg." *)

Stellt man diese Ansicht eines bulgarischen Politikers den Ausführungen in der sogenannten EKD-Denkschrift (37) gegenüber, dann erfährt diese Denkschrift eine noch stärkere Verurteilung. Die Darstellung der Kriegsschuldfrage, die uns an dieser Stelle nur interessiert, entspricht in ihrer Art der bei Kommunisten und gewissen Gruppen von Nichtkommunisten üblichen Weise der Scheinrechtfertigung ebenso bösartiger wie für die Zukunft von Recht, Menschlichkeit und Freiheit gefährlicher Forderungen des kommunistisch geführten antideutschen Kolonialismus und Imperialismus, der die Endgültigkeit der Heimatvertreibung der Ost- und Sudetendeutschen sowie den Verbleib der unter fremder Besetzung stehenden deutschen Gebiete und des gleichfalls kommunistisch vergewaltigten Mitteldeutschland unter der Herrschaft rechtsfeindlicher Regierungen fördert.

Und Lutz (a.a.O.) kleidet seine Erfahrungen und, so könnte man sagen, Erschütterung über diese Deutschen in die folgenden Worte, die einem Aufruf an die Deutschen, sich endlich vom Trauma der Niederlage freizumachen, gleichkommen, nachdem er auf den Seiten 42 ff. und 188 ff. den mutigen und hartnäckigen Kampf geschildert hatte, den die deutsche Delegation 1919 auf der Pariser Konferenz und den danach die Staatsmänner der später so geschmähten Weimarer Republik unter Mitwirkung des Volks unablässig gegen die parteiische Anklage der deutschen Alleinschuld am Kriege geführt haben.

„Sie haben das getan, obwohl die Republik wehrlos, geächtet, bedroht und allein stand gegen die westlichen Großmächte, und obwohl ihnen viele der Beweismittel fehlten, die erst Jahre nach dem Krieg allmählich ans Licht kamen. Dagegen ist die Bundesrepublik seit Jahren von den Westmächten heiß umworben, sie ist deren Verbündeter, von allen hoch bewertet, der auserkorene Hauptwaffengefährte. Weshalb wir hier meinten, Ihr hättet ein ganz besonderes Anrecht, Gehör zu verlangen. Findet Ihr das nicht? Es erscheint uns höchste Zeit, es den Weimar-Deutschen nachzutun und die deutsche Sache, soweit sie gut ist, nachdrücklich zu vertreten nach der 1921 von Walter *Simons* aufgestellten Richtlinie: leidenschaftslos, mit voller Liebe zur Wahrheit, aber auch entschlossen mit dem Vorsatz, die gute Sache zur allgemeinen Anerkenntnis zu bringen. Ich kann es Euch nicht verhehlen: Eure bisherige ganz überwiegend negative Einstellung hat mir nicht selten mit Beschämung die Frage aufgedrängt, ob denn Amerikaner, die große Opfer an Gut und Zeit für das Buch brachten und in deren Adern kein Tropfen deutschen Blutes rinnt, und die anderen Nicht-Deutschen, die das Buch begrüßten, ob diese Ausländer ein lebendigeres Gefühl dafür haben, was ihres Erachtens die deutsche Ehre und Würde erheischen, als Ihr es habt?

*) Der vollständige Wortlaut des Vortrages von Dr. Waltscheff wurde in der Aprilausgabe 1961 der immer besonders lesenswerten exilrumänischen, in München erscheinenden Zeitschrift „Stindardul" (= Die Standarte) abgedruckt.

Dr. Edmund ***Marhefka*)***, München, Verfasser des vielseitigen Werkes „Die Herren dieser Welt"(39) schickte dem Verfasser seine warme Zustimmung zum 1. Teil dieser Schrift (Vaterstetten 1968) und wies als alter Interessent an der Kriegsursachenfrage auf eine wertvolle Ausgabe der US-amerikanischen Zeitschrift "Rampart Journal of Individualist Thought"(40) hin.

1. Auf S. 1—2 unterstreichen die Ausführungen von Professor i. R. Dr. Read ***Bain**)*** unter dem Titel „The wisdom of insight" die Bedeutung einer gewissenhaften Geschichtsdarstellung für eine sinnvolle amerikanische Friedens- und Freiheitspolitik, die alle Alleinschuldthesen bei der Prüfung der Kriegsursachen verwirft.

2. Auf S. 3—7 weist Dr. rer. pol. Murray N. ***Rothhard***)*** in dem Artikel „On the importance of revisionism in our time" die Fehlthese in der Beurteilung der Deutschen und Japaner als ständige Kriegstreiber, Friedensbedroher und Angreifernationen entschieden zurück. Er kennzeichnet sie als unwissenschaftlich und wahrheitsfern. Ihre Art von Feind-Verteufelung müsse als Selbsttäuschung ihrer Vertreter angesehen und daher zu Gunsten der Notwendigkeit einer vernünftigen Friedenspolitik überwunden werden.

3. Auf S. 8—74 behandelt der inzwischen verstorbene Professor Dr. Harry Elmer ***Barnes****)*** in seinem Beitrag „Revisionism — a key to peace" das Wesen und die Notwendigkeit des Revisionismus und der zu ihm gehörigen ent-

) Der „Rheinische Merkur, Koblenz, brachte zum Jahrestag des Waffenstillstands von Compiegne im Jahre 1918 eine ganzseitige Unterredung zwischen Dr. Marhefka und dem Redakteur Siegmar S c h e 11 i n g. Dort heißt es unter Bezugnahme auf Marhefkas publizistische Tätigkeit: .Ein Teil davon trägt die Überschrift ‚Die Kriegsschuldfrage' und beweist die Zuständigken Marhetkas für die Kriegsursachenforschung nicht nur für den Ersten Weltkrieg, sondern, methodisch geweitet, auch allgemein.* Nov. 1968.

**) Professor Dr. Read B a i n ist Vertreter der revisionistischen Wahrheitsforschung in den Fächern Soziologie, Geschichte und Internationale Beziehungen. Während seiner Lehrtätigkeit an der Universität von Miami/Ohio, Herausgeber der „American Social Review". Verfasser der bedeutsamen Bücher „Fields and Methods of Sociology", „Critiques of Research in Social Science .

***) *Dr. rer.* pol. Murray N. R o t h h a r d Verfasser des 1962 erschienenen Buches „Reactions and Politics", das das Thema der hier vorliegenden Arbeit unterstreicht, der Zeitschriftenaufsätze in der „American Economic Review", der „American Political Science Review", dem „Journal of the History of Ideas", dem „The Quarterly Journal of Economics" und dem „The Rampart Journal of Individualist Thought".

'***) Professor Dr. Harry Elmer B a r n e s deutet in dieser seiner Arbeit, die zu den letzten vor seinem Tode gehört, schon durch die Überschrift das edle friedliche Ziel seiner Forschungen an. Die Schriftleitung bringt zu dem Beitrag von Barnes noch folgenden Hinweis: Das von Professor Barnes herausgegebene Sammelwerk US-amerikanischer Historiker und Juristen „Perpetua! War for perpetual Peace" (Deutsch: „Entlarvte Heuchelei", Wiesbaden — jetzt München) wurde von seinem US-amerikanischen Fachgenossen Professor Dr. Raimond M o r l e y als „das solideste Buch begrüßt, das kürzlich über unsere auswärtige Politik geschrieben worden ist."

schiedenen Ablehnung aller Alleinschuldvorwürfe gegen Deutschland für den 1. Weltkrieg sowie gegen Japan und Deutschland für den 2. Weltkrieg mit ausgewählten, unwiderlegbaren Beispielen für die Entwicklung und den Stand der einschlägigen Forschungen. Besondere Abschnitte dieses Beitrags arbeiten die Grundtatsachen heraus, die für das Durchdringen der unwiderlegbar richtigen Ergebnisse der Revisionisten in der Wissenschaft und im ganzen öffentlichen Leben der USA bedeutsam sind. Der Inhalt dieser Ausführungen beweist erneut, daß Barnes sich keineswegs nur auf sogenannte Sekundärliteratur stützt, sondern auch mit wesentlichen Quellen aus erster Hand ausreichend und bestens vertraut war. Die schädlichen Dinge, die einem durchschlagenden allgemeinen Erfolg der einschlägigen Wahrheiten in den USA hemmend entgegenstehen, werden von Barnes ebenfalls klar aufgezeichnet. Das gleiche gilt für die Tatsache, warum jede gesunde, echte Friedenspolitik die Ergebnisse der revisionistischen Geschichtsforschung als eine ihrer unabdingbaren Grundlagen braucht.

4. Auf S. 75—90 finden wir den gleichfalls äußerst lehrreichen Aufsatz von Professor Dr. Michael F. ***Connors*)*** „Rising Germanophobia — the chief obstacle to current World War II-revisionism". Connors befaßt sich als gründlicher Wissenschaftler u. a. kritisch mit den amerikanischen Vorstellungen über die Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Die Wurzeln und die Gefährlichkeit der falschen Alleinschuldvorwürfe gegen Preußen, Deutschland und die Deutschen werden dabei durch Connors einwandfrei aufgezeigt.

5. Auf S. 91—113 trägt Professor Dr. James J. ***Martin**)*** den Aufsatz „Revisionism and the cold war 1946—66" bei. Darin berücksichtigt er u. a. die belangvollen und zeitweilig schlimmen Fehler von Churchills Ostpolitik im Anschluß an die kritischen Bücher über Churchill von Francis ***Neilson,*** „The Churchill legend" und von Emrys ***Hughes*** „Winston Churchill — British bulldog", die auch für die vorliegende Arbeit von Belang sind. Besonders lehrreich bleiben z. B. seine Ausführungen im Vergleich zu der Notwendigkeit einer rein sachlichen revisionistischen Geschichtsdarstellung, die der historischen Wahrheit für die Zeit nach dem 1. bzw. 2. Weltkrieg dient.

6. Auf S. 114—120 gibt Robert ***Lefevre*** die Mitteilung „On the other hand" Er arbeitet u. a. die Verpflichtung aller aufrechten Vertreter eines echt freiheitlichen Denkens heraus, die Bedeutung der revisionistischen Geschichtsschreibung für eine klare, dem Frieden dienende Politik zu erkennen und sich auch daher für den Revisionismus einzusetzen.

*) Professor Dr. Midiael F. C o n n o r s gehörte 1966 zu den Historikern des Gwynned-Mercy-Cojlege im Gwynned Valley/Penn, und zählt zu den ständigen Mitarbeitern der angesehenen Zeitschrift „Social Justice Review". Im Jahre 1961 erschien seine bedeutsame Schrift „The Development of Germanophobia" über die Entwicklung der Deutschfeindlichkeit, die für so viele Menschen das Geschichtsbild verhängnisvoll verdunkelt, dt. Tübingen 1962

**) Professor Dr. James J. M a r t i o ist Direktor der Historischen Abteilung des genannten Journals. Seine Bücher „Men against the State" (1953—57) und „American Liberalism and world politics 1931—41" (1965) enthalten auch im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit beachtenswerte Quellen und Hinweise.

Nach dem Erscheinen des 1. Teiles der vorliegenden Arbeit im Jahre 1968 wurde ihr Verfasser in Anerkennung des zeitgeschichtskundlichen Teiles seines Wirkens als Wissenschaftler in die Zahl der Mitglieder des Berliner „Institutes für Zeitgeschichtliche Studien" aufgenommen. Mit der Übersendung der 1965 als Sonderschrift in den amtlichen „Bonner Berichten aus Mittel- und Ostdeutschland" erschienenen Arbeit von Dr. Ulrich ***Hansen*** „Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges in kommunistischer Sicht" gelangte der Verfasser in deren Besitz. Sie zeigt u. a. mit unwiderlegbarer Sachlichkeit die tendenziösen Fehler der in der Sowjetunion, Polen und Mitteldeutschland üblichen Art der kommunistischen Geschichtsdarstellung im Zusammenhang mit Fragen nach den Kriegsursachen auf. Hansen läßt den sowjetischen Schuldanteil am Zustandekommen des 2. Weltkrieges deutlich werden, der in der „Freien Welt" in weitem Maße erkannt wurde, ebenso auch die Stellungnahme sowjetischer Historiker gegen den Versailler Vertrag und seine Folgen, die zugleich als eine der Stützen gegen die Fehlbehauptung einer deutschen Alleinschuld am Entstehen des 2. Weltkrieges dienen sollen. Von den vielen treffenden Feststellungen Hansens sei der Kürze halber hier nur die folgende nach S. 89 wörtlich übernommen:

„‚Irgendwie' mußten auch die kommunistischen Historiker das Vorgehen der Sowjets gegen Polen ‚begründen'. Da für sie ein Geheimes Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt nicht existierte, bot sich der ‚Befreiungsmarsch' geradezu an, der zudem noch ‚der deutschen Expansion den Weg verlegte'. Zum ersten Male und seitdem nicht wieder wurde im Jahre 1959 von kommunistischer Seite zugegeben (.Berliner Zeitung', Ost-Berlin vom 26. 8. 1959, s. Seite 67, Bildteil), daß die Sowjetunion im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ‚sich auch die ehemaligen russischen Westgebiete, den Westen der Ukraine und Weißrußland gesichert' habe. Im Text des Vertrages, der bekanntlich sofort nach Unterzeichnung veröffentlicht wurde, findet sich jedoch kein Wort darüber. Gemeint kann also nur das Geheimprotokoll sein (s. Bildteil, S. 68). Es bleibt abzuwarten, wann der Bann gebrochen und den kommunistischen Historikern gestattet werden wird, dieses wichtige Dokument zu zitieren und zu analysieren. Dann freilich sähen sie sich vor die Notwendigkeit gestellt, das Bild von der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges in neuen Farben zu malen."

Den Schuldanteil der Sieger, der durch ihr Verhalten nach dem Ersten Weltkrieg die Entwicklung zum Zweiten Weltkrieg herbeiführte, beleuchtet eindrucksvoll auch eine Kritik des 1881 in Wien geborenen sozialdemokratischen österrreichischen Politikers Dr. Otto ***Braun*** im Juni 1919. Sie ist wiedergegeben im Buch (41) des Oberstaatsarchivrates Dr. ***Goldinger.*** Dort heißt es auf S. 69:

„Die Welt wird nicht gesunden, solange irgend einem Volke die wirtschaftlichen und die politischen Voraussetzungen selbständigen Daseins verweigert bleiben. Darum ist heute die Sache unseres deutschen Volkes, unseres großen Volkes drüben im Reich und seines Kleinen Zweigs hier, die Sache der ganzen Menschheit. Denn tief im Wesen der menschlichen Gesellschaft begründet ist die große Tatsache der

Solidarität der Interessen aller Völker, die Tatsache, daß, wenn eines Volkes Lebensrecht vergewaltigt wird, alle Völker darum leiden und bluten müssen."

Vor kurzem erschien im 29. Band des vom „Göttinger Arbeitskreis" herausgegebenen „Jahrbuchs der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr." sowie zugleich als Sonderdruck eine Gruppe von zwei besonders bedeutsamen Vortragsinhalten unter der Überschrift „Zu den deutsch-polnischen Beziehungen (Zwei Vorträge)". Der eine Vortrag wurde von dem an der Universität Bonn wirkenden Historiker Prof. Dr. Horst ***Jablonowski*** gehalten und hat die Überschrift „Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen". Der zweite stammt von Herbert G. ***Marzian*** (Göttinger Arbeitskreis) und behandelt „Deutschland, Polen und die europäischen Mächte seit 1939". Beide enthalten unwiderlegbare Bestätigungen historischer Tatsachen, die auch in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt sind, so besonders in dem Abschnitt über den polnischen Schuldanteil. Der Kürze halber seien hier nur die nachstehenden Zeilen der beispielhaft klaren Ausführungen Jablonowskis wiederholt:

„An dieser Stelle ist wohl eine Zwischenbemerkung am Platze: Unter dem Eindruck des Zusammenbruchs von 1945 und seiner Folgen wird das deutsche Verhalten zu der im Versailler Vertrag festgelegten Neuordnung im Osten heute in Deutschland selbst nicht selten als falsch und ungerechtfertigt verworfen. Das ist eine unhistorische Betrachtungsweise; wer ihr folgt, wird in die Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen jener Zeit nicht tiefer eindringen."

„Durch seine Schärfe fällt ein Urteil eines ehemaligen polnischen Diplomaten auf. J. ***Gawranski***, welcher der letzte polnische Gesandte in Wien vor dem Anschluß Österreichs gewesen ist, schreibt in seinen Memoiren (42):

.Heute ist es schwer, zu verstehen, wie wir damals — in der Begeisterung über die Wiedergeburt Polens — lustig drauflos Politik machen konnten, ohne uns darüber Rechenschaft zu geben — was alle anderen sahen —, daß das neue Polen das typische Merkmal des Saison-Staates (pi^tno panstwa sezonego) aufwies, der wegen des Mangels an stabilem Gleichgewicht nur so lange bestehen konnte, wie die außergewöhnlichen Umstände andauerten, denen er seine Entstehung verdankte."*

Nach diesem der Seite 10 von Gawronskis Buch über seine Sendung in Wien „Moja misja w Wiedniu" entnommenen Zitat fährt Jablonowski u. a. fort:

»Es ist bemerkenswert, daß im heutigen Polen zur Charakteristik des Versailler Polens auf das Schlagwort vom Saison-Staat zurückgegriffen wird, dessen Verwendung den Deutschen seiner Zeit von polnischer Seite sehr verübelt worden ist!"

„Die Revisionsforderungen der deutschen Regierung 1938—1939 waren für sich genommen zweifellos gemäßigt, zumal der polnische Staat als Gegenleistung die Garantie des Korridors durch Deutschland erhalten sollte. Auch in verantwortlichen britischen und französischen Kreisen wurde damals die Meinung vertreten, der deutsche Danzig-Vorschlag überschreite nicht die Grenze des Zumutbaren. Außenminister Beck hat aber — in Übereinstimmung mit sämtlichen politischen Parteien und der erdrückenden Mehrheit der polnischen Bevölkerung — die sich auf Danzig und die exterritorialen Verkehrsverbindungen beziehenden deutschen Wünsche als uner-

füllbar abgelehnt und nur gewisse, sich auf technische Erleichterungen beschränkende Modifizierungen des status quo für diskutabel erklärt."

„Becks Entscheidung ist zweifellos durch die Aussicht auf britische Hilfe mitbestimmt worden, s. Cienciala ‚Poland and the Western Powers', S. 221."

„Die englisch-polnische Verständigung, die in der gegenseitigen Beistandsverpflichtung vom 6. April eine vorläufige Formulierung fand, ist in der Folgezeit mitunter — auch von polnischer Seite — heftig kritisiert worden. So erklärt z. B. Stanislaw ***Mackiewicz,*** der zu den bekanntesten polnischen Journalisten und Publizisten vor dem Zweiten Weltkrieg gehört hat, Polen habe durch diesen Schritt — im Gegensatz zu der klüger operierenden Sowjetunion — den deutschen Angriff auf sich gezogen. Gerade das hätte die polnische Regierung unbedingt vermeiden müssen, s. St. Mackiewicz ‚Polityka Bedca', Paris 1964, S. 167—172."

Daß auch einer der kenntnisreichsten amtierenden deutschen Universitätsprofessoren der Geschichte und zugleich als besonders kritischer Fachmann sowie steter entschiedener Gegner Hitlers bekannter Forscher die Tatsachen so unwiderlegbar deutlich herausstellt, ist besonders zu begrüßen. Alle Verfasser, die immer noch auf der endgültig widerlegten Linie des Dogmas von einer deutschen Alleinschuld am Entstehen des Zweiten Weltkrieges denken, sollten u. a. aufgrund von Jablonowskis Feststellungen und denen der von ihm angeführten polnischen Sachkenner umlernen.

Bei ***Maier-Dorn,*** dessen verdienstvolle Arbeit (43) erst kürzlich erschienen ist, lesen wir in der Einleitung:

„Da aber wir und die Welt seit Jahrzehnten fast nur Anklagepunkte gegen Deutschland eingebleut bekommen, ist es nötig, die Argumente gegen die Alliierten ins Treffen zu führen, damit das tiefgestörte Gleichgewicht der Wahrheit wiederhergestellt wird."

Die Absicht Maier-Dorns trifft sich in ihren Grenzen mit den Absichten dieses Buches. Die Alleinschuldthese gegen Deutschland ist ein politisches Propagandamärchen und keine historische Wahrheit. Auch wer das aus Verkrampftheit seines Denkens, mangelnder Quellenkenntnis und fehlender Logik oder um machtpolitischer, gegen Recht, Wahrheit, Freiheit und Menschlichkeit gerichteter Ziele willen noch fernerhin nicht wahrzuhaben wünscht, ändert daran nicht das geringste. Vielmehr belastet er durch sein Verhalten nur sich und seine Anhänger.

Zu den vom Vorwurf einer deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg freien Geschichtsdarstellungen gehört z. B. auch der Bd. 8 von Goldmanns Illustrierter Weltgeschichte — einer internationalen Gemeinschaftsarbeit der Historiker und Universitätsprofessoren Gaston ***Castella*** (Spanier), Arthur ***Majonnier (Franzose)*** und Eduard ***von Tunk*** (Schweizer). Zürich 1958 und München 1964. Dort heißt es auf den Seiten 77—78 u. a.:

„Von den beiden gegnerischen Gruppen bedrängt, war Stalin Herr der Lage. Am 23. August 1939 erfuhr die Welt, daß zwischen Moskau und Berlin ein Nichtangriffspakt unterzeichnet sei. Von nun an war der Krieg unvermeidlich . . .

Der Zweite Weltkrieg war in der verwickelten Verkettung von Ursachen und Wirkungen die augenscheinliche Fortsetzung des Ersten. Hatte der Kampf seit 1914 überhaupt je aufgehört und hatte das Attentat von Sarajewo vom 28. Juni 1914 nicht die Menschheit in einen zweiten »Dreißigjährigen Krieg' verwickelt? Der Erste Weltkrieg hatte den Zusammenbruch einer Welt gebracht, von der man glaubte, sie sei auf unerschütterlichen Fundamenten gebaut. Der Zweite war die Frucht der Unruhen, die dem allgemeinen Fehlen des Gleichgewichts, mit welchem der Erste geendet hatte, folgten . .

Von allgemeinem Interesse ist auch die Aussage, die Herr Ernst ***Wagner,*** jetzt Lüneburg, früher Rothebude Kr. Goldap/Ostpr. gemacht hat. Er teilte sie dem Verfasser dieser Schrift mit und betonte, daß er jederzeit bereit sei, sie vor einem deutschen oder internationalen Gericht zu beeiden. Sie lautet: Herr Lutz ***Mauve,*** dessen Vater einen größeren Waldbesitz in der Nähe von Kielce in Polen besaß, war polnischer Staatsangehöriger und als solcher polnischer Fähnrich-Feldwebel, also Offiziersanwärter, im Jahre 1939. Im Juni oder Juli des Jahres 1939 fand eine von ihm besuchte Versammlung polnischer Offiziere, Reserveoffiziere und Offiziersanwärter in der Gegend zwischen Krakau und Kattowitz statt. Dort hielt der polnische Marschall ***Rydz-Smigly*** eine Ansprache in folgendem Geiste:

„Polen will den Krieg mit Deutschland und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte."

Herr Lutz Mauve gehörte zum Bekanntenkreis von Herrn E. Wagner, war bei diesem zu Gast und berichtete ihm den Vorfall. Lutz Mauve ist später im Zweiten Weltkrieg gefallen.

Bemerkenswert scharf ist bei manchen Verfassern die polnische und die englische Kritik der britischen Politik gegenüber Polen im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen unmittelbar vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. In ihrer Nummer 23/24 (141) des Jahrganges 1948 veröffentlichte die exilukrainische Zeitung „Tschas" (Die Zeit) in München die Ubersetzung des Aufsatzes eines polnischen Verfassers, der ihn mit „Cat" unterzeichnete, aus der exilpolnischen Londoner Zeitschrift „Lwow i Wilno" (Lemberg und Wilna). Cat ist ein Schriftstellername für Stanislaw ***Mackiewicz,*** der vor seiner Rückkehr nach Gomulka-Polen zeitweilig exilpolnischer Ministerpräsident in London war. Er schrieb a. a. O. unter der Uberschrift „Geschichtliche Tatsachen" z. B., was folgt:

„Die englische Politik lehnte es zur Zeit des Münchner Abkommens ab, Rußland zu einem gemeinsamen Krieg gegen die Deutschen heranzuziehen. Die uns im Februar 1939 gegebene Bürgschaft für unsere Unabhängigkeit hatte das Ziel, die Deutschen gegen die russischen Bajonette zu treiben. England legte auf die Möglichkeit einer langdauernden Verteidigung Polens keinen Wert. Es gab uns nicht einmal die nötigen Rüstungskredite und wirkte noch nicht einmal auf die Franzosen ein, irgendeinen wirklichen, auf die Zusammenarbeit mit Polen gestützten Kriegsplan zu entwickeln. Dagegen nutzte England den leicht erregbaren Charakter unseres Volkes und die Überlieferungen unserer antideutschen Einstellung und zu guterletzt das Amateurniveau unserer damaligen führenden Männer meisterhaft aus. Es gab uns

die Unabhängigkeitsbürgschaft, wobei es erkannte, daß diese zur gegebenen Zeit vielmehr zum Verlust der Unabhängigkeit führen würde . . .

Jetzt, nach den Nürnberger Prozessen, wird es keinen Zweifel mehr geben, daß der unmittelbare Grund des Angriffs Hitlers auf Polen die unglückliche englische Garantie war. In Ubereinstimmung mit den Nürnberger Dokumenten erkennen wir, daß Hitler noch am Vortage der englischen Garantie feststellte, daß er wegen Danzig keinen Krieg beginnen würde, und wir wissen, daß er ihn gerade wegen dieser Garantie anfing.

Schon bald nach dem Ausbruch des Krieges begann sich die britische Politik als weiteres Hauptziel darum zu bemühen, Rußland in den Krieg mit Deutschland hereinzuziehen. England wußte, daß Amerika ihnen helfen würde. Es begriff aber, daß diese Hilfe nicht bald kommen werde. Inzwischen brauchte es Rußland, immer wieder Rußland. Während des zeitweiligen Zusammenbruchs Frankreichs überreichte General ***Sikorski*** den Engländern seine Denkschrift über das Hereinziehen Rußlands in den Krieg. Danach nahmen die Engländer Sikorski in ihre Protektion. Das ganze Verhalten der polnischen und tschechischen Emigrantenregierung in London bezweckte ein derartiges Spiel mit den Russen. England gab uns seine Garantie ohne die Macht dazu und mit der gleichzeitigen Erkenntnis, daß es uns zur geeigneten Zeit an Rußland verraten würde . . . Unser Blut floß während des Krieges ausschließlich im Interesse Englands, und dies ermöglichte England gleichzeitig sein Spiel mit Rußland."

Während des Druckes dieses Teiles der vorliegenden Arbeit erschien 1968 in Köln und Opladen eine deutsche Ausgabe von Prof. Dr. Stefan T. ***Possonys*** bedeutsamem Werk „Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage (Völkerrecht und Strategie bei der Auslösung zweier Weltkriege)". Possony ist der Direktor der international besonders angesehenen nordamerikanischen Forschungsanstalt „The Hoover Institution on War, Revolution and Peace" in Stanford im Staate Californien. Seine genannte Veröffentlichung enthält eine Reihe von Bestätigungen in der vorliegenden Schrift herausgestellter Tatsachen. Mit vollem Recht betont das von der „Hochschule für Politische Wissenschaften München" herausgegebene, um unparteiische Sachlichkeit bemühte „Literaturverzeichnis der Politischen Wissenschaften" im Band 1968 über Possonys hier berücksichtigtes Werk u. a. was folgt:

„Die Grundthese des Buches läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß es eine Kriegsschuld als völkerrechtlich judizablen Tatbestand nicht gibt. Auch die Verurteilung des Angriffskrieges läuft nach Ansicht des Autors letztlich auf ein rechtlich wie moralisch völlig unhaltbares, totales Kriegsverbot hinaus. Die Kritik des »Nürnberger Völkerrechts' und des Verfahrens des Internationalen Militärgerichtshofes sowie die auf neuen Gesichtspunkten beruhenden Untersuchungen über Sarajewo, Hitlers Machtergreifung und Japans Angriff auf Pearl Harbor stellen Höhepunkte des Buches dar."

Gedanken so notwendiger, klarer Art haben beim Entstehen der Kritik an den bösen Seiten der weltbekannten Nürnberger Nachkriegsprozesse und der gesamten revisionistischen Geschichtsdarstellung durch amerikanische und britische Sachkenner Pate gestanden.

Die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte" der Bonner Wochenzeitung „Das Parlament" veröffentlichte, und zwar am 30. 11. 1968 — ebenso auch wie der genannte Aufsatz von Hermens von der amtlichen „Bundeszentrale für politische Bildung" in Bonn gleichzeitig als Sonderdruck herausgegeben — eine Abhandlung von stud. phil. Jürgen ***Weber*** mit der Überschrift „Sinn und Problematik der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse". Sie schließt Hinweise ein, so durch das Nennen einschlägiger internationaler Literatur, die Bestätigungen von in der vorliegenden Arbeit herausgestellten Tatsachen ergeben. Freilich fehlt dem Verfasser noch die Erfahrung, in allem ein den Tatsachen voll gerecht werdendes Bild der Nürnberger Prozesse zu besitzen. Dies beweisen z. B. die von ihm nicht benutzten, durch die Allgemeine Rechtsschutzstelle des deutschen Auswärtigen Amtes empfohlenen einschlägigen wissenschaftlichen Darstellungen des Verfassers der vorliegenden Untersuchung, die auf Seite 32 der 2. Auflage genannt sind. Ferner hat Weber leider noch, von irrenden Professoren beeinflußt, die Formulierung „von Hitler ausgelöster Krieg" benutzt. Wie der vorliegende Forschungstandbericht unter Mitverwendung von Lutz-Zitaten beweist, ist sie inzwischen auch von amtlicher britischer und amerikanischer Seite widerlegt worden.

Prof. Dr. Gotthold ***Rhode***, Universität Mainz, bewährte sich als ein auch von polnischer Seite — so z. B. durch Verleihen der Ehrenmitgliedschaft des exilpolnischen historischen General-Sikorski-Institutes in London, wiederholt als besonders sachlich anerkannter deutscher Osthistoriker. Wir verdanken ihm u. a. einen äußerst lesenswerten Aufsatz „Die **deutsch**-polnischen Beziehungen und ihre neuralgischen Punkte" im Heft 2—3 des Jahrganges 1961 der „West-Ost Berichte". Auch aus ihm sollten bisher zu einseitige Betrachter der Kriegsursachenfrage wie Dr. Fabry und Dr. Fiedler zu lernen suchen. Rhode betont treffend z. B.:

„Der Kriegsausbruch vom 1. 9. 1939 erscheint nun in Polen als ein völlig unschuldig erlittener Uberfall durch den übermächtigen deutschen Nachbarn, gewissermaßen als Schlag aus heiterem Himmel gegen ein ahnungsloses Land, wobei ganz vergessen wird, daß Polen sich seit dem März 1939 in einer ständig gesteigerten Kriegsstimmung befand, daß in zahlreichen Aufsätzen und Leserzuschriften in Zeitungen der Krieg dringend gewünscht wurde, daß durch Aktionen wie die Meldung zu einem Kommando .lebender Torpedos' nach mißverstandenem japanischem Vorbild und durch Vorträge polnischer Offiziere, die die Qualitäten polnischer Soldaten in den Himmel

hoben und die deutsche Ausrüstung als minderwertig bezeichneten, eine Stimmung erzeugt wurde, die von einem raschen Marsch nach Berlin träumen ließ.

Sehr richtig sagt ***Walendy*** in Bezugnahme auf diese Feststellung Rhodes in seinem Buch „Wahrheit für Deutschland (Die Schuldfrage des zweiten Weltkrieges)" u. a. folgendes:

„Nichts Vergleichbares ist in Deutschland 1939 aufzuzeigen! Es gab weder einen deutschen Politiker noch einen deutschen Publizisten, dem die Frage ‚Krieg oder Frieden?' gleichgültig gewesen wäre. Dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, hingegen, und der polnischen Diplomatie — war diese Frage gleichgültig. Das mußte der französische Außenminister Bonnet feststellen, als er Lukasiewicz die Bedeutung der britisch-französisch-sowjetischen Militärgespräche auseinandersetzte."

Und ein polnischer Diplomat hat schon vor der den Kriegsausbruch mit verschuldenden britischen Garantie an Polen folgende äußerst lehrreiche Feststellung getroffen, wie im „Deutschen Weißbuch Nr. 3, Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges" unter Nr. 11 auf Seite 28 belegt wurde:

„Es ist kindlich naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren und die Welt der Katastrophe eines Krieges aussetzen, nur um den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains willfährig zu sein. Noch naiver wäre es anzunehmen, die polnische Regierung verstände nicht den wahren Sinn dieses Manövers und seine Konsequenzen."

Aber Vertreter der Linie von Dr. Fabry wollen trotz allem bei dem verfehlten, überholten Dogma bleiben: Der Alleinverantwortliche war Adolf Hitler! Difficile est, satiram non scribere, würde wohl ein Verfasser von Rang im alten Rom bei einem vergleichbaren Fall gesagt haben. Bei einigem Willen zur Sachlichkeit fände Dr. Fabry auch in Dr. Rüdiger ***Ruhnaus*** Aufsatz „Polens Schuld am 2. Weltkrieg", der 1967—1968 im „Danziger Blatt" des „Bundes der Danziger" in Lübeck veröffentlicht wurde, Belegstoff zum Umlernen.

Den Dogmatikern der Fehlthesen in der Kriegsursachenfrage gegenüber sei auch übersetzt der folgende Abschnitt aus dem Londoner Kriegsbuch von Emery ***Reeves*** nach dessen Seite 124 hier wierderholt:

„Als eine Erklärung des zweiten Weltkrieges kann kein vernünftiger Mensch Hitler oder Mussolini oder den Faschismus oder Bolschewismus oder die britische Befriedungspolitik oder den amerikanischen Isolationismus anerkennen. Diese und viele andere Erklärungen sind leicht zugängliche Sandkörner, in die wir unsere Köpfe wie Strauße vergraben; sie sind gängige Selbstrechtfertigungen für die Enttäuschung, daß wir die unschuldigen Opfer von Umständen sowie der Bosheit und des Mißtrauens von anderen sind. Sie sagen überhaupt nichts über das Warum und Woher des zweiten Weltkrieges."

*

In London erscheint bereits im 20. Jahrgang der Nachrichtendienst „Bulletin of German questions with contemporary archives". Herausgeber ist H. ***Jaeger,*** Journalist und hitlerzeitiger Emigrant aus Deutschland. Er kam vor 1938 als kommunistischer Flüchtling aus Deutschland nach Prag. Dort trat er zu den sogenannten „Volkssozialisten" über und geriet in eine Auseinandersetzung mit dem Vertreter der sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel ***Jaksch.*** In England wurde er führender Mitgründer der „Gruppe 1943", die aus seinerzeit leicht verstehbaren jüdischen Ressentiments heraus eine stark antideutsche politische Haltung wählte. Später brachte aber Jaeger in dem von ihm geleiteten Nachrichtendienst über Deutschland „German questions" oft auch durchaus sachliche Mitteilungen. In der Märzausgabe von 1969 brachte Jaeger u. a. eine Besprechung des ersten Teils dieser Arbeit. Jaeger beginnt seine Kritik auf englisch mit den Worten:

„Man muß zugeben, daß der Verfasser geschickter ist als gewisse amerikanische Pseudohistoriker."

Wen er bei diesem für Jaegers Haltung verhältnismäßig wohlwollenden Urteil über Richthofen von Verfassern aus den USA meint, ist nicht gesagt. Sollte Jaeger dabei auch an Historiker des Formats von ***Beard, Barnes*** und ***Tansill*** denken, so wäre seine Äußerung über Verfasser aus USA nur belastend für ihn selbst. Das gleiche gilt, wenn er z. B. einschlägige Veröffentlichungen so sachkundiger amerikanischer Verfasser in seiner schroffen Verurteilung einschlösse wie Admiral ***Theobald,*** die Journalisten ***Morgenstern*** und ***Chamberlin*** sowie gleich kenntnisreiche durch Richthofen als Stütze seiner Feststellungen zitierte Nachweise noch weiterer amerikanischer Verfasser.

In bezug auf Stalins Mitschuld am Entstehen des 2 .Weltkrieges stimmt Jaeger Richthofen weitgehend zu, z. B. durch seine folgenden von ihm englisch gebrachten Zeilen:

„Natürlich ist es richtig, daß Stalin den Krieg durch seinen Pakt mit Hitler und das Übereinkommen über die Teilung von Polen möglich machte."

Freilich folgt diesen Worten bei Jaeger eine geschichts- und rechtskundlich völlig unhaltbare Kollektivverurteilung der deutschen Generalität, die seiner außerwissenschaftlich-politischen Ressentimentsüberladenheit zuzuschreiben ist:

„Dieser Pakt war die Bedingung der deutschen Generäle als eine Art von Rückversicherung, ohne die sie das Wagnis nicht übernommen haben würden."

Jaeger bemängelt, daß der 1. Teil der vorliegenden Arbeit die Ereignisse von 1941 noch nicht mitbehandelt, obwohl auf ihre gebührende Berücksichtigung im 2. Teil schon im 1. hingewiesen wurde. Was Jaeger im voraus zu diesem Thema sagt, ist einseitig und unzureichend. Wollte er sich zu einem in allem sachlichen Urteil durchringen, müßte ihn der 2. Teil der vorliegenden Arbeit davon überzeugen.

Jaeger hat auch Richthofen vollkommen mißverstanden, wo er ihm unterstellt, den deutschen Schuldanteil verkleinern zu wollen. Der Schuldanteil der anderen ist ebenso eine geschichtliche Tatsache wie der deutsche und erfordert eine gleich sachliche Anerkennung. Freilich findet es Jaeger beschämend, z. B. auch von einem französischen Schuldanteil zu sprechen. Damit setzt sich Jaeger in Gegensatz u. a. zu den durch Richthofen zitierten sachlichen Feststellungen französischer Historiker und Diplomaten. Ihr Urteil ist außerordentlich viel abgewogener als das von Jaeger. Ähnlich steht es mit seiner leidenschaftlichen Verteidigung Churchills. Jaeger kann in ihr z. B. doch wahrhaftig nicht die einschlägigen von Hughes, Richthofen und anderen zitierten Selbsteingeständnisse Churchills aus der Welt schaffen. Jaeger verdrießt es arg, daß Richthofen gelegentlich nebenbei in einem Kapitel etwas erwähnt, was nicht unmittelbar zur Überschrift des betreffenden Abschnitts gehört, wie z. B. die antipolnische Haltung gegenüber den bolschewistischen Massenkriegsverbrechen gegen Polen in Katyn. Als Journalist sollte Jaeger wissen, daß solche Exkurse, die kein vernünftiger Leser mißverstehen kann, nicht unstatthaft sind. Jaeger ist auch dadurch verärgert, daß Richthofen einmal für Chamberlains Politik das Wort Taktik gebraucht, als ob es eine Politik ohne Taktik gäbe.

Wie weit bei Chamberlain taktische Erwägungen eine Rolle spielten, möge Hans Jaeger auch in dem neuen Buch des bekanntlich wenig deutschfreundlichen britischen Historikers Prof. Dr. A. J. P. ***Taylor*** (46) nachlesen.

Auf den Seiten 43 bis 43,2 beruft sich Taylor im Gegensatz zu Jaegers Kritik an Richthofen über Chamberlains Deutschlandpolitik vor und nach dem Abschluß des Münchner Abkommens auch auf Feilings Buch über Chamberlain (S. 382), der bekanntlich der beauftragte Biograph Chamberlains war. Taylors genannte „Geschichte Englands" ist auch sonst zur Ergänzung des Abschnitts über den britischen Schuldanteil (im 1. Teil dieser Arbeit) heranzuziehen, so z. B. durch Taylors Feststellungen auf S. 446:

»Verwirrte Vorgänge hatte die Regierung bereits in eine Bürgschaft für Polen hineingestoßen, an die sie nicht sehr glaubte. Jetzt stieß die öffentliche Meinung sie in ein Bündnis mit Sowjet-Rußland, an das sie überhaupt nicht'glaubte."

Auch Taylors Zusammenfassung der verschiedenen Hauptkriegsschuldanteile in seiner Sicht (S. 453) ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Sie zeigt, daß Taylor sich durch die Kritiker seines Kriegsursachenbuches in keiner Weise stören läßt, weiter zu betonen, was sich nach seiner Uberzeugung aus den einschlägigen Quellen ergibt. Auch wer keineswegs in jeder Einzelheit mit Taylor einer Meinung ist, sollte mindestens zugeben, daß die These von einer deutschen Alleinschuld am Entstehen des Zweiten Weltkriegs auch durch die Darlegung Taylors als vollkommen unhaltbar zu erkennen ist.

Natürlich war 1939, worauf Jaeger glaubt gegen Richthofen nachdrücklich hinweisen zu müssen, Frankreichs Verhalten in Versailles lange her, und

Daladiers Bemühungen um den Frieden hatten nichts mit dem Versailler Vertrag zu tun. Daß aber Nachwirkungen von Versailles, wie Polens Verhalten in der Korridorfrage, in Ostoberschlesien und gegen seine Volksdeutschen 1939 zum Entstehen des Krieges beitrugen, wird wohl auch Jaeger nicht bestreiten wollen. Richthofen dankte betont den französischen Friedensfreunden von 1939 und erwähnte die Feststellung französischer gerechter Sachkenner, daß es damals neben ihnen eine französische Kriegspartei gab, deren Wirken verhängnisvoll war. Wieso ein Historiker nicht so verfahren dürfen soll wie hier Richthofen, bleibt Jaegers Geheimnis.

Zum Schluß betont Jaeger, man frage sich, weshalb von deutscher Seite jetzt ein geistiger Feldzug in der Kriegsursachenfrage begonnen worden sei und was man sich in Deutschland davon verspreche. Diese rhetorischen Fragen Jaegers sind völlig überflüssig. Die klare Antwort findet er bei Richthofen und anderen deutschen sowie sachlichen ausländischen Verfassern. Die Geschichtsdarstellung erfordert schon an sich das Eintreten für die volle, nach allen Seiten und mit den gleichen Maßstäben messende Wahrheit. Dazu kommt die notwendige Abwehr gegen wissenschaftlich übernational längst widerlegte antideutsche Allein- und Kollektivschuldvorwürfe.

Vertreter des antideutschen Völker- und menschenrechtswidrigen Imperialismus, Annektionismus und Kolonialismus und in Hilfestellung für sie weltfremde Befriedler suchen nicht tragbare Unrechtsforderungen in erster Linie mit falschen Allein- und Kollektivschuldvorwürfen zu rechtfertigen. Ihre Widerlegung ist eine selbstverständliche Pflicht der Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit.

Am 5. 11. 1968 veröffentlichte die in London erscheinende polnische Tageszeitung „Dziennik Polski" einen schroff gegen die vorbildhafte Haltung der deutsch-amerikanischen Verbände gerichteten Aufsatz von Stefan Fürst ***Lubomirski***»Der deutsche Revisionismus in den Vereinigten Staaten". Er enthält nebenbei das folgende, grotesk wahrheitsferne Fehlurteil über die 1968 erschienenen Abschnitte des vorliegenden Forschungsstandberichtes Richthofens:

„Der Versuch, die Deutschen von Kriegsverbrechen und der Kriegsschuld reinzuwaschen, indem man Mitschuldige sucht, ist nicht neu. In Deutschland zeigt sich dies immer öfter, manchmal sogar in sehr naiver Art, wie z. B. in dem kürzlich erschienenen Buch von Prof. Bolko von Richthofen ‚Die Kriegsschuld 1939—1941 — der Schuldanteil der anderen.'"

Wer aus nicht überwundenen Ressentiments heraus die Selbstkontrolle so verloren hat wie Fürst Lubomirski, sollte es lieber unterlassen, den Kommunismus durch eine derartig primitive Fehldeutung zu erfreuen. Die in erster Linie aus nichtdeutschen Quellen stammenden Feststellungen der vorliegenden Ubersicht über außerdeutsche Schuldanteile haben, wie sie eindeutig zeigt, mit einem Reinwaschenwollen deutscher Schuldiger oder Ausklammern des

deutschen Schuldanteils nichts zu tun. Sie zeigen historische Wahrheiten auf, die Lubomirski nicht durch politische und persönliche Entgleisungen aus der Welt schaffen kann. Er selbst und seine Leser, soweit sie an die Richtigkeit seiner Falschdarstellungen glauben, sind aufrichtig zu bedauern. Welchen Weg im Gegensatz zu der genannten Linie des Fürsten L. eine zukunftsträchtige deutsch-polnische Zusammenarbeit in USA, Deutschland und überall sinnvoll gehen kann und muß, zeigt z. B. die durch frühere namhafte Vertreter der einstigen propolnischen Minderheit in Oberschlesien gegründete, von einem der Gründer, Karol Sitko, geleitete ausgezeichnete Monatsschrift. Sie hieß erst „The New Approach", dann „Washington New Approach". Sie lehnt den Gedanken eines Verbleibs Polens an. der Oder und Neiße sowie alle antideutschen Alleinschuldthesen entschieden ab und ist u. a. das Organ der „World Union of Upper Silesians". Die Haltung dieses nicht nur in USA sehr rührigen Verbandes hat hocherfreulicherweise auch s. Zt. durch den USA-Präsidenten Nixon und namhafte Persönlichkeiten seines Mitarbeiterkreises eine verständnisvolle, besondere Anerkennung gefunden.

Weiter könnten Lubomirski und seine Gesinnungsfreunde bei etwas gutem Willen zum Nachdenken aus dem zitierten Buch des international anerkannten polnischen Schriftstellers Josef ***Mackiewicz*** lernen, wie verhängnisvoll verkehrt ihre antideutsche Linie auch vom Standpunkt der echten Belange des polnischen Volkes ist. Dieses Werk wurde z.B. auch durch den früheren polnischen Botschafter in London, Graf ***Raczynski,*** und den Vertreter des freien Polentums beim Vatikan, Prälat ***Meystrowicz,*** mit unwiderlegbaren Gründen besonders anerkannt. Weitere polnische Stimmen gegen die verfehlte Linie von St. Fürst Lubomirski ergeben u. a. die Beiträge polnischer bekannter Verfasser in den Jahrgängen 1953—1967 der von Edmund ***von Gordon*** herausgegebenen Zeitschrift „Der Europäische Osten" und in der „Stimme der Freiheit" (Saarbrücken), so z. B. durch ***Pawlowskis*** Interview-Bericht in der Dezemberausgabe von 1968 und der 1972 im Arndt-Verlag erschienene besonders bedeutsame Bericht über eine internationale Tagung von Ostfragenkennern in München „Deutsch-polnischer Ausgleich: Dokumentation 1972". Fürst Lubomirski veröffentlichte als Entgegnung auf die Zusendung einer Reihe von Arbeiten durch den Verfasser*) auf S. 2 der Nr. 24 des „Dziennik Polski" vom 28.1.1969 einen Aufsatz unter der Überschrift „Nie tedy droga" (Nicht diesen Weg entlang). Im Gegensatz zum Stil seiner obenerwähnten Entgleisungen gegen die führenden Vertreter und Organe der US-Staatsbürger deutscher Abkunft und gegen Richthofen persönlich wählte er diesmal

") 1. »Deutschland und Polen, Schicksal einer nationalen Nachbarschaft", herausgeg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1959
2. „Beginnine of a genuine Polish-German understanding" in „Free World Forum" III, New York-Washington D. C. 1959
3. »Deutschland und Polen", Sonderbeilage zur »Deutschen Corps-Zeitung", Köln, Juh 1961
4. »Auslandstimmen zur Oberschlesischen Volksabstimmung", Augsburg 1961
5. „Breslau von heute im Deutschen Fernsehen (Eine Kritik als Beitrag zum Behandeln grundsätzlicher Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen)*, Köln 1963
6. „Schlesien und die Schlesier. (Eine landes- und stammeskundlidie Übersicht}", Wolfenbüttel 1967

eine höfliche, aber in der Sache nicht minder verfehlte Art der Darstellung. Nicht in der Lage, auch nur einen einzigen der entscheidenden Gründe der internationalen Widerleger der falschen Behauptung von der Alleinschuld Hitlers zu widerlegen, blieb er starr bei dieser aufgrund historischer Quellen völlig überholten tendenziösen Behauptung wie andere ebenso verkrampfte Verfasser, für die gleichfalls zum Kennzeichnen ihrer Unlogik das satirische Losungswort des Dichters Christian Morgenstern paßt: „Denn, so schließt er messerscharf, daß nicht ist, was nicht sein darf!" Immerhin versucht Fürst Lubomirski im Gegensatz zu manchen anderen ebenso in die Irre gehenden Polemisierern keineswegs, den Verfasser der vorliegenden Zeilen zu einem Slawengegner und Polenfeind zu stempeln, vielmehr betont er z. B.:

„Prof. von Richthofen ist ein Mensch mit großem Wissen, ein Wissenschaftler, der jedoch viel Zeit der politisch-propagandistischen Tätigkeit im Rahmen der deutschen Organisationen der Flüchtlinge widmet."

Daß jene volkstümliche Seite der Aufklärarbeit des Verfassers dieser Zeilen auf streng wissenschaftlichen Grundlagen im Dienste des Verbreitens der Wahrheit liegt, will Fürst Lubomirski bisher nicht einsehen, weil ihm politisch wesentliche Teile dieser Wahrheit noch unverstehbar blieben. Daher glaubt er sich u. a. in wirklichkeitsferner Art gestatten zu dürfen, Richthofen eine „ziemlich mysteriöse Ausdeutung geschichtlicher Tatsachen" vorzuwerfen. Daß diese Deutung unwiderlegbarer Tatsachenfeststellungen von Sachkennern aus ***allen*** in Betracht kommenden Nationen einschließlich der polnischen entspricht, verschweigt Fürst Lubomirski wohlweislich seinen Lesern. Zu begrüßen ist jedoch, daß er trotz seiner bisherigen Einsichtslosigkeit in der Kriegsursachenfrage immerhin auch folgendes hervorhebt:

» Prof. von Richthofen schreibt oft über Polen. Er beherrscht die polnische Sprache vollkommen und schrieb ein schönes polnisches Gedicht mit dem Titel ‚Der Weiße Adler'. Er ist ein Anhänger einer polnisch-deutschen Annäherung und hat dem manchmal Ausdruck verliehen."

Leider vertritt Fürst Lubomirski aber vorläufig weiter die irrige Ansicht, daß ein Aufzeigen von ihm als solcher nicht erkannter geschichtlicher Wahrheiten eine deutsch-polnische Annäherung und Einigung störe. In diesem Zusammenhang könnte er sogar ausnahmsweise einmal etwas aus einer theoretisch sehr richtigen Feststellung seines kommunistischen Landsmannes Wladislaw ***Gomulka*** lernen, der sich freilich selbst in keiner Weise nach dieser seiner Äußerung richtet, die aus einer seiner Reden des Jahres 1956 stammt:

„Der Wahrheit kann man nicht entgehen. Wenn man sie unterdrückt, kommt sie als gefährliches Gespenst wieder."

*

Unter den Neuerscheinungen zu Kriegsursachenfragen befindet sich auch ein völlig verfehltes, endgültigen Ergebnissen hervorragender Wissenschaftler aus allen in Betracht kommenden Nationen krass widersprechendes Buch.

Obwohl es nicht den Zweiten, sondern den Ersten Weltkrieg betrifft, sei es hier genannt, einmal aus methodischen Gründen, zum anderen, da die Frage des Entstehens des Ersten Weltkrieges auch in der vorliegenden Untersuchung berührt wurde. Sein Verfasser, Prof. Dr. Hermann ***Kantorowicz*** hat lange in Ost-Berlin im Dienste des Kommunismus gestanden und verstarb in der Bundesrepublik. Das 1921 veröffentlichte Buch ist jetzt neu erschienen (47). Die Reichsregierung hatte es seinerzeit in verantwortungsbewußter Kenntnis der wirklichen Tatsachen abgelehnt. Die unbrauchbare Neufassung hat eine lobhudelnde Einführung des für sein unhistorisches, verkrampftes Denken durch kritische gedruckte Besprechungen seiner verfehlten Arbeiten von erstklassigen Historikern — so Prof. Ritter und Prof. Jablonowski — genügend bekannte Dr. Immanuel ***Geiss*** geschrieben. Ein ebenso unkritisches, begeistertes Geleitwort verfaßte s. Zt. zum Bundespräsident gewählt Dr. Gustav ***Heinemann.*** Dr. Geiss ist inzwischen Professor geworden.

*

Am 15. März 1969 hatte der Verfasser auf Einladung der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung in diesem von einer sozialdemokratischen Regierung geführten Bundesland einen Vortrag über „Die deutsch-polnischen Beziehungen bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs" zu halten. Als Gegensprecher war der Direktor des Münchner „Instituts für Zeitgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus", Prof. Dr. H. ***Krausnick,*** anwesend, der unmittelbar nach Richthofen zu Wort kam. Danach folgte eine lebhafte Diskussion. Prof. Krausnick sprach aber weitgehend an den Ausführungen seines Vorredners vorbei, indem er sich hauptsächlich mit Fehlern aus dem bekannten Kriegsursachenbuch von Prof. Hoggan auseinandersetzte, so in bezug auf Hoggans Wertung der Politik des britischen Politikers Lord ***Halifax.*** Eingangs erklärte Krausnick, Richthofen habe in seiner durch ihn sehr genau gelesenen Kriegsursachenschrift Hoggan als gut dokumentiert bezeichnet. Im Widerspruch dazu las Krausnick jedoch in einem späteren Teil seiner Ausführungen daraus die kritischen Äußerungen seines amerikanischen Kollegen Kurt ***Glaser*** über Hoggan vor, denen Richthofen Recht gegeben hatte, und denen auch Krausnick zustimmte. Er betonte ferner, er wolle sich nicht mit Richthofens bedauerlichen Ausführungen über das durch Krausnick dauerlichen Ausführungen auf Seite 63 seiner Schrift über das durch Krausnick geleitete Institut auseinandersetzen. Wären sie berechtigt, würde er nicht einen Tag länger Direktor des Instituts bleiben wollen und auch der bayerische Kultusminister ihn nicht soeben zusätzlich zum Professor der Universität München ernannt haben. Richthofen erwiderte, er habe bisher keinen Anlaß gehabt, sich gegen eine der wissenschaftlichen Arbeiten Krausnicks zu wenden, sei aber leider nicht in der Lage, von seinen kritischen Worten gegen die Linie der Mehrheit der Mitarbeiter des Instituts irgendetwas zurückzunehmen. Als Beispiel erwähnte er besonders die auch von anderer fachzuständiger Seite entsprechend scharf kritisierten Veröffentlichungen von Dr.

Broszat über die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen und des tschechischen Verfassers Dr. ***Celakowsky,*** dessen sehr einseitige Fehler in der Darstellung der Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen auch von sachlichen tschechischen Geschichtskennern betont kritisiert wurden. Sie sind gleichfalls außerwissenschaftlich propagandistisch gebunden. Prof. Krausnick verzichtete auf den aussichtslosen Versuch, diese Bestätigung von Richthofens Urteil durch das Erwähnen so kennzeichnender Beispiele zu widerlegen.

Krausnick stimmte Richthofen darin betont zu, daß es ohne die Fehler des Versailler Vertrags keinen politischen Aufstieg Hitlers gegeben hätte. Damit gab Krausnick mittelbar einen der wesentlichen katastrophalen westlichen Mitschuldanteile an der tragischen Entwicklung, die zum 2. Weltkrieg führte, zu. Er bestritt auch nicht, daß es bereits Monate vor Beginn des Krieges eine polnische Hetze zum Kriege einschließlich durch den Außenminister Beck gegeben habe. Stalin sei, sagte Krausnick, in einem höheren Sinne in erheblichem Ausmaß mitschuldig am Entstehen des 2. Weltkriegs. Alle außerdeutschen Schuldanteile an dessen Zustandekommen seien aber durch das Ausmaß der deutschen Kriegs verbrechen irrelevant geworden! Richthofen entgegnete, einer solchen Wertung könne man vom Standpunkt einer um reine Sachlichkeit bemühten wissenschaftlichen Erkenntniskritik keinesfalls zustimmen. Wer gewisse Schuldanteile am Entstehen eines Krieges als Historiker an sich zugebe, dürfe nicht versuchen, sie dann durch eine Wertung ***späterer*** Vorgänge „vom Tisch wischen" zu wollen. (Es mag in diesem Zusammenhang auf die beiden ersten Sätze der Einleitung von Richthofens bereits genannter Arbeit — Seite 7 — hingewiesen werden, wo in aller Deutlichkeit der Begriff der Kriegsursachenforschung dargelegt wurde.) Außerdem stünden den deutschen Kriegsverbrechen, gegen die sich Richthofen unter Gefährdung von Freiheit und Leben während des 2. Weltkriegs durch äußerst scharfe Denkschriften wandte, die gleich schlimmen Massen-Kriegsverbrechen der Gegenseite gegenüber! Prof. Krausnick unternahm keinen Versuch, sich mit diesen unwiderlegbaren Feststellungen auseinanderzusetzen.

*

Der bekannte britische Historiker David Irving (s. Lit.-Verz.) hat ein breit angelegtes Werk über die militärischen Maßnahmen und Vorkommnisse im Zweiten Weltkrieg verfaßt und dafür eine Reihe von Dokumenten durchgearbeitet, die bisher den vielen „Nachkriegshistorikern" nicht zur Verfügung standen oder nicht mitverarbeitet wurden. „Ich nahm mir vor, durch direkten Einblick in die primären Quellen so viel harte Tatsachen wie möglich über die Legende Hitlers und seines Krieges bloßzulegen." Fleiß und konzentrierte Arbeit sollten die Rolle übernehmen, die bisher „Kombination und Phantasie" gespielt hatten. So ist es dem Verfasser

gelungen, zwar nicht alle Ressentiments über den Zweiten Weltkrieg aufzudecken, aber man kann voller Zustimmung feststellen, daß durch dieses Buch vieles endgültig als Unwahrheit enthüllt worden ist.

„Entsetzt, und als Historiker deprimiert, war ich ob der Fülle von .Tagebüchern' , die sich bei genauem Hinsehen als Fälschungen erwiesen, oder bei denen sich herausstellte, daß man sie in wichtigen Passagen frisiert hatte — ohne Ausnahme immer zu Hitlers Nachteil. Viele Fälschungen sind aktenkundig wie diejenige des .Tagebuchs der Anne Frank'. Die von dem Filmschauspieler Louis Trenker veröffentlichten Tagebücher der Eva Braun waren weitgehend nach den .Memoiren' gefälscht worden. Auch die von Rudolf Semmler in .Goebbels — the Man Next to Hitler' (London, 1947) veröffentlichten .Tagebücher' sind unecht. Kein Ruhm ist damit zu ernten, die Anachronismen in Graf Cianos vielzitierten .Tagebüchern' aufzuspüren, die den Nachweis dafür erbringen, daß auch sie viel später zumindest in erheblichen Teilen überarbeitet worden sind. Aber auch die oberflächlichste Prüfung der handschriftlichen Bände gibt Aufschluß darüber, in welchem Ausmaß Ciano sein Material zurechtgestutzt und ergänzt hat — dennoch haben Historiker von Rang und Namen die Tagebücher ebenso unkritisch zitiert wie Cianos sogenannte .Lissabonner Papiere'.

Das echte Tagebuch des Generals der Flieger Karl Koller weist an vielen Stellen keinerlei Ähnlichkeit mit dem von ihm unter dem Titel ‚Der letzte Monat' (Mannheim, 1949) veröffentlichten Text auf. Und Helmuth Greiner, Führer des Kriegstagebuchs des OKW-Wehrmachtführungsstabes bis 1943, nutzte die Gelegenheit — als man ihn 1945 aufforderte, seine Aufzeichnungen für die .verlorenen' Monate vom 12. August 1942 bis 17. März 1943 neu zu übertragen — um Passagen auszulassen, die er nicht verstehen konnte oder die ein ungünstiges Licht auf Mitgefangene wie General Heusinger — oder ein günstiges auf Hitler — warfen.

Was autobiographische Werke betrifft, so habe ich es vorgezogen, mich auf ursprüngliche Manuskripte zu stützen und nicht auf später veröffentlichte Texte, weil in den ersten Nachkriegsjahren politisch motivierte Veränderungen vorgenommen wurden. So habe ich mich auch auf Walter Schellenbergs ursprüngliches Manuskript gestützt und nicht auf die entstellte und bearbeitete Fassung, die später gedruckt wurde. Historiker entwickelten ganz unerklärliche blinde Stellen, wo es um Hitler selbst ging: Gerald Reitlingers gewichtiges Werk ‚Die Endlösung' ignoriert auffälligerweise sowohl Himmlers eigene handschriftliche Aufzeichnung seines Telefonanrufs bei Gestapochef Reinhard Heydrich aus dem Führerbunker in der Wolfsschanze vom 30. November 1941 des Inhalts, daß es .keine Liquidierung der Juden' geben dürfe, als auch die Massen an dokumentarischen Beweisen, die Hitlers Beziehung zu der biologischen Ausrottung klarstellen, die dennoch folgte."

Literaturverzeichnis

(1) Stimme der Freiheit, Unabhängige Zeitung für Demokratie, aktive Freiheitspolitik und Wiedervereinigung, eine in Saarbrücken erscheinende, wiederholt regierungsamtlich im Saarland anerkannte Monatschrift. Oktober 1965.

(2) Gegen die als falsche Verallgemeinerung in der Diskussion zu findende These, Deutschland trage die Alleinschuld am Zustandekommen des Zweiten Weltkrieges gibt es ein reiches internationales Quellenschrifttum. Der Kürze halber nenne ich in diesem Zusammenhang als Beispiele für sichere Ergebnisse nur die folgenden Veröffentlichungen:

1. „Roosevelt and the Coming war" (1948) des angesehenen demokratischen amerikanischen Historikers Prof. Dr. ***Beard,*** der während der Präsidentschaft von F. D. Roosevelt zeitweilig im amerikanischen Außenministerium wirkte;
2. das schon 1941 auch in USA erschienene Buch des an der Harvard-Universität als Bibliotheksrat tätigen, kenntnisreichen amerikanischen Ostkundlers Dr. ***Taracaucio*** „Sovjet diplomacy and peace";
3. die — auch durch den Pariser Historiker Prof. Dr. ***Castellan*** besonders anerkannte —, 1949 erschienene Arbeit von Staatsarchivar Dozent Dr. H. G. ***Seraphim*** „Die deutsch-russischen Beziehungen 1938—1941", dessen eine Hauptthese
4. auch durch die Lebenserinnerungen des einstigen tschechischen Staatspräsidenten Dr. Eduard ***Beneschb*** „Pamjeti mojiho iivota" (Die Erinnerungen meines Lebens) Prag 1947 eine Bestätigung findet, der bekanntlich alles andere als ein Deutschenfreund war;
5. die Antwort der Kgl. Regierung von Großbritannien auf die sowjetische Note vom Spätherbst 1958 über die Deutschlandpolitik betreffende Fragen an die einstigen westlichen Hauptverbündeten der Sowjetunion, und
6. die sowjetische Berlia-Note (Eine Analyse des US-Außenministeriums) herausgegeben vom US-Informationsdienst, Bad Godesberg 1959.

(3) ***Veale,*** F(rederick). J(ohn). P(artington). Geb. 26. 2. 1897 Ramsgate/Kent. Anwalt in Brighton. Veröffentlichungen über Lenin, Friedrich den Großen. 1945/46 Advance to barbarism deutsch „Der Barbarei entgegen". 2. Aufl. Wiesbaden 1962; 1958 Crimes discreetly veiled deutsch: Verschleierte Kriegsverbrechen. München; Schuld und Sühne. München 1963, woraus das erwähnte Zitat.

(4) Kurt ***Glaser.*** Der Zweite Weltkrieg und die Kriegsschuldfrage (Die Hoggan-Kontroverse). Würzburg 1965.*)

*) Der Versuch von Ludwik Gelberg sich alt polnischer Kommunist in der Nr. 20 der Warschauer juristischen Zeitschrift „Prawo i Zrcie" (.Recht und Leben') vom *24.* 9. 1967 unter der Überschrift .Primitive Geschichtsfälscher* mit dem Kriegsursachenbuch des amerikanischen Historikers und Politologen Prof. Dr. Kurt Glaser auseinanderzusetzen, ist ohne jeden wissenschaftlichen Wert und arbeitet mit persönlichen politischen Entgleisungen, ebenso wie eine Kritik einer Kieler Gastvorlesung Glasers an der dortigen Universität durch einen fachlich unzuständigen Beurteiler in der .Kieler Zeitung" vom 15. 6. 1967, auf den sich der polnische Kommunist Gelberg zu stützen sucht, da er den amerikanischen demokratischen Gelehrten als erzreaktionär beschimpfte, weil dessen Feststellungen nicht in den Rahmen der politischen Selbsttäuschungen des Kritikers paßten.

(5) Emery ***Reeves.*** The Anatomy of Peace. London 1941; deutsch: Die Anatomie des Friedens. Hamburg. Reeves, dessen Buch in England eines der meistgekauften Werke wurde und auch in den USA Erfolg hatte, stammt aus Ungarn und hatte schon unter Gömbös (1932—1936) wegen dessen rechtsradikaler, antijüdischer Politik das Land verlassen. Noch bevor das genannte Buch erschien, hatte er infolge der Schuld deutscher Verantwortlicher seine eine Großmutter durch den Tod in einem deutschen Konzentrationslager verloren.

(6) ***Kennan,*** George F. Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin. Stuttgart 1961.

(7) Prof. Dr. Georg ***von Rauchs*** Beitrag »Stalin und die Machtergreifung Hitlers" (S. 132 f.) im von Prof. Dr. Werner ***Markert*** 1964 in Stuttgart herausgebrachten Sammelband „Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart".

(8) ***Possony,*** R. St. „Jahrhundert des Aufruhrs. Die kommunistische Technik der Weltrevolution". München 1956.

(?) Mackiewicz, Stanislaw. „Geschichte Polens vom 11. 11. 1918 bis 17. 9. 1939". poln. London 1941.

(10) ***Füller,*** J. F. C. „Der Zweite Weltkrieg 1939—1945. Eine Darstellung seiner Strategie und Taktik". Stuttgart 1950.

(11) ***Aron,*** Raymond. „Les guerres en diaine" (S. 109); deutsch. Der permanente Krieg". Frankfurt 1957. Zitiert aus: Erik ***von Kuenelt-Leddihn.*** „Freiheit oder Gleichheit? Die Schicksalsfrage des Abendlandes". Salzburg o. J. Ursprünglich in USA. „Liberty or equality". Zahlreiche Quellenhinweise und durch seinen Inhaltsreichtum mit besonderer Unwiderlegbarkeit.

(12) ***Barnes,*** Harry Elmer. „Die deutsche Kriegsschuldfrage". Tübingen 1964 und

(13) (als Herausgeber) „Entlarvte Heuchelei (Ewig Krieg um ewigen Frieden). Revision der amerik. Geschichtsschreibung (Kritische Untersuchung der amerik. Außenpolitik seit F. D. Roosevelt.)" Wiesbaden 1961 (US-Ausgabe: Perpetual war for perpetual peace. Caldwell, Idaho).

(14) ***Ntcoll, P. H.*** „Englands Krieg gegen Deutschland. Die Ursachen, Methoden und Folgen des Zweiten Weltkriegs". Tübingen 1963. N., schottischer Geistlicher, hat 2 Söhne im 2. Weltkrieg gegen Deutschland verloren.

(15) ***Kraut, Alfred.*** „Der amerikanische Geschichtsforscher Prof. David L. Hoggan widerlegt Kriegsschuldlüge". München o. J.

(16) Deutsche Studien (Vierteljahreshefte für vergleichende Gegenwartskunde. Sonderheft zur Kriegsursachenfrage, herausgegeben von der Ostdeutschen Akademie [Dir. Dr. Gehrmann] und dem „Gesamteuropäischen Studienwerk" [Dr. Hildebrandt]). Bremen 1963; dort auch:

(17) ***Hansen,*** Dr. Ulrich. „Zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs in Darstellungen der freien Geschichtswissenschaft". Daraus noch zu erwähnen: „Berichte und Rezensionen zu Hofer, Taylor und Hoggan", R. P. ***Lücke,*** „Sowjetische Außenpolitik", ***R. P. U.,*** „Rezensionen: Publikationen zum Thema dieses Heftes". (Darin Hinweis auf das von den Professoren ***Hillgruber*** und ***Jacobsen*** in deutscher Sprache herausgegebene Werk: B. S. ***Telpuchowskt,*** »Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges".)

(18) *Jaspers,* Gotthard. „Die Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs" in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte" der Bonner Zeitschrift „Das Parlament" 1962 Nr. 50 vom 12. 12.

(19) *Holborn,* Hajo. „Der Zusammenbruch des europäischen Staatensystems". Stuttgart 1955. 3. Aufl. S. 103.

(20) *Taylor,* A. J. P. „Die Ursachen des Zweiten Weltkriegs". Gütersloh, engl.: The Origins of the Second World War. London 1961.

(21) *Herzfeld,* Hans. „Die moderne Welt 1789—1945, II. Teil: Weltmächte und Weltkriege". Braunschweig 1960. S. 321.

(22) *Hofer,* Walther. „Die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939". Stuttgart 1953.

(23) S. Nr. (2).

(24) *Reitenhart,* Walter. „Kricgsschuldforschung entlastet Deutschland". 2. Beiheft zur „Deutschen Hochschullehrerzeitung". Tübingen 1964.

(25) *Klein,* Burton H. Eine Untersuchung der Wirtschaftspolitik des Dritten Reichs, zusammen mit anderen Harvardprofessoren,

(26) hier zitiert nach der Besprechung von Prof. Barnes in „Nation Europa". 1962. Heft 5, S. 56 f. S. a. Alan S. Milvard, „Die deutsche Kriegswirtschaft 1939 bis 1945". Stuttgart 1966.

(27) S. Nr. (16).

(28) *Lutz,* Hermann. „Verbrechervolk im Herzen Europas? Die Wahrheit in der Geschichte ist unteilbar wie Deutschland". Tübingen 1959 (engl. Titel: „German-French Unity" 1957).

(29) *Churchill,* Winston S(pencer). „The Second World War. The Grand Alliance". Boston 1951, S. 472 f.

(30) *Schrenck-Notzing*, Caspar. „Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen". Stuttgart 1965.

(31) *Hoggan,* Prof. Dr. David L. „Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und Urheber des 2. Weltkriegs". Tübingen 1962.

(32) Hannah *Vogt* „Schuld oder Verhängnis". Wiesbaden 1961 engl. Übersetzung: The bürden of guilt, von Gordon A. *Craig.* New York 1964.

(33) *Rassinier,* Paul. Les responsables de la Seconde Guerre Mondiale. Paris 1967. R. war als pazifistischer Sozialist fanzösischer Widerstandskämpfer in hoher verantwortlicher Stelle, erhielt zwei entsprechende Orden und war lange in Haft in einigen deutschen Konzentrationslagern. Von seinen weiteren Werken erwähnen wir noch: Die Lüge des Odysseus und Was nun Odysseus? Wiesbaden (später München); Das Drama der Juden Europas, Hannover 1965; Operation „Stellvertreter", München 1966.

(34) *Remont,* René. Im Oktoberheft 1965 des „Bulletin de la Société des Professeurs d'Histoire et de Geographie de l'Enseignment Public. Paris.

(35) S. Nr. (29).

(36) *Montigny,* Jean. Näheres Zitat bei Rassinier a.a.O.

(37) Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn (kurz EKD-Denkschrift genannt). Schriftl. Prof. Dr. *Raiser.*

Tübingen, unter Mitarbeit u. a. von Oberlandeskirchenrat *Wilkens,* Hannover, u. Prof. Dr. *Goldschmidt,* Berlin. Die Darstellung der Kriegsschuldfrage, die uns an dieser Stelle nur interessiert, entspricht in ihrer Art der bei Kommunisten und gewissen Gruppen von Nichtkommunisten üblichen Weise der Scheinrechtfertigung ebenso bösartiger wie für die Zukunft von Redit, Menschlichkeit und Freiheit gefährlicher Forderungen des kommunistisch geführten antideutschen Kolonialismus und Imperialismus, der die Endgültigkeit der Heimatvertreibungen der Ost- und Sudetendeutschen sowie den Verbleib der unter fremder Besetzung stehenden deutschen Gebiete und das gleichfalls kommunistisch vergewaltigte Mitteldeutschland unter der Herrschaft rechtsfeindlicher Regierungen fördert.

Aus der Fülle der hervorragenden Veröffentlichungen gegen die gefährliche und äußerst fehlerreiche EKD-Denkschrifl seien hier in Kürze nur die folgenden Schriften erwähnt, die alle zahlreiche weitere Schrifttumshinweise enthalten: Pastor *Evertz,* Pastor Prof. Dr. *Petersmann* und Landesoberschulrat Dr. *Fechner,* „Revision der Denkschrift: eine Forderung an die Evangelische Kirche", Velbert 1966; Joachim Frhr. *v. Braun,* „Schuld oder Gnade?", Göttingen—Würzburg 1966; Dr. Waldemar *Rumbaur,* „Kritik der Denkschrift", Ansbach—Bonn 1966.

(38) *Taylor,* A. J. P., „Der 20. Juli 1944. Anatomie einer Verschwörung". Bremen 1968.

(39) s. S. 64 Nr. (1)

(40) „*Rampart Journal of Individualist Thought*" Bd. 11, Nr. 1, 1966. Herausgeg. unter Mitarbeit namhafter US-amerikanischer Historiker und Soziologen durch das Rampart College/Col. Das Heft enthält eine Reihe von Beiträgen, deren Inhalt besonders diejenigen deutschen Vertreter mit ernster Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen sollten, die bisher die Anerkennung der geschichtlichen Wahrheit in der Kriegsursachenfrage verneinen, wobei darauf hinzuweisen wäre, daß antiamerikanische Überheblichkeiten dagegen völlig fehl am Platz wären.

(41) *Goldinger,* Dr., Walter D., „Geschichte der Republik Österreich". München 1962. Darin auch auf d. S. 56, 57, 99, 116 eine treffende Charakterisierung d. gefährl. nationalistischen Politik Eduard Beneschs.

(42) *Gawronski,* J., „Moja misja w Wiedniu 1932-1938". Warschau 1965.

(43) *Maier-Dorn,* Emil, „Hysterie + Heuchelei = Alleinkriegsschuld.
800 Antworten auf 250 Fragen." Grossaitingen o.J. (1969).

(44) *Hartl,* Hans u. *Marx,* Werner, „Fünfzig Jahre sowjetische Deutschlandpolitik" Boppard 1967.

(45) *Freud,* Arthur, „Of human sovereignity" herausgegeben von der „Philosophical Library" in New York 1964.

(46) *Taylor,* A. J. P., Prof. Dr., „English history 1914-1945" Oxford 1967.

(47) *Kantorowicz,* Hermann, „Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914".
Aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von Imanuel Geiss. Mit einem Geleitwort von Gustav Heinemann. Frankfurt 1967.

(48) *Brennecke,* Dr., Gerhard, „Die Nürnberger Geschichtsentstellung (Quellen zur Vorgeschichte und Geschichte des 2. Weltkriegs)". Tübingen 1970.

Aranda, Gabriel, Dr., „La stratégie soviétique dévoilée" . Paris 1962.

Baumont, Prof. Dr. Maurice, „Les origines de la deuxième guerre mondiale". Paris 1969.

Bittman, Ladislav, „The game of deception". Syracuse, N.Y. 1972; deutsch: „Geheimwaffe D". Bern 1973.

Brandt, Willy, „Forbrytere og andre Tyskere". 1946.

Bronder, Dr. Dietrich, „Bevor Hitler kam". Genf 1975.

Connors, Michael, „Der Antigermanismus in Amerika" in: „Im Kampf um die Wahrheit, die geschichtswissenschaftliche Entlarvung der Kriegsschuldlüge." Tübingingen 1962.

Corona, H. C., „England und USA, Schrittmacher des Bolschewismus. Prag und Paris 1944.

Dabms, Hellmuth Günther, „Geschichte des Zweiten Weltkrieges". Tübingen 1965

Dali, Curtis B., „Amerikas Kriegspolitik gegen Deutschland". Tübingen 1972.

„Deutsch-polnischer Ausgleich. Dokumentation 1972". Herausgegeben von Dr. Friedrich Röder. Vaterstetten 1972.

Eckert, Georg, Prof Dr. und *Schüddekopf,* Otto Ernst, Prof. Dr. „Wie andere uns sehen (Die letzten hundert Jahre deutscher Geschichte in europäischen Schulbüchern)". Braunschweig 1955

Essen, Rutger, „Sven Hedin", Leoni.

Fechner, Helmut, Dr. Landesoberschulrat, „Deutsche Ostprobleme. Beiträge zur geschichtlichen Bildung heute". Wolfenbüttel 1968

Feis, H., „Churdiill-Roosevelt-Stalin, the war they waged and the peace they thought" Princeton, N. J. 1957

Füller, J. F. C., Generalmajor a.D., „Der erste der Völkerbundskriege: Seine Zeichen für das Kommende". 1937.

v. Cadolin, Prof. Dr. Axel, „Von den Tataren zu den Sowjets". Tübingen 1971.

Grabert, Herbert, Dr., „Im Kampf um die Wahrheit. Die geschichtswissenschaftliche Entlarvung der Kriegsschuldlüge". Tübingen 1966

Grabert, Herbert, Dr., „Das Geschichtsbuch als Umerzieher", Tübingen 1967. Die Arbeit enthält wertvolle Hinweise zu den verschiedenen Schuldanteilen sowie auch zum Stichwort „Hossbach-Protokoll".

Gunther, John, „De tragische Zomer van 1939". Haarlem 1940.

Härtle, Heinrich, „Freispruch für Deutschland. Unsere Soldaten vor dem Nürnberger Tribunal". Göttingen 1965

Hillgruber, Andreas, Prof. Dr., (Herausgeber) „Problem des Zweiten Weltkriegs"

Hoggan, David, L., Prof. Dr., „Die Ursachen für die Kriegsausweitung im Jahre 1941". In: Heft 3, 15. Jahrg. der Deutschen Hochschullehrerzeitung, Tübingen 1967

Horak, Dr. Stephan, Besprechung der unter der Schriftleitung von Ernest Wisniewski herausgegebenen Veröffentlichung des Warschauer kriegsgeschichtlichen Instituts „Der Befreiungskrieg des polnischen Volkes" in „Historische Zeitschrift", Band 209. 1969

Hossbach, Friedrich, „Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934—1938". Göttingen 1965 (s. a. Stichwort)

Irving, David, „Hitler und seine Feldherren". 886 S. Leinen. Berlin 1975.

Ismerök Az Igozsagat (ungarisch = Ich kenne die Wahrheit) „Kissinger (Persönlichkeit, Politik, Hintermänner)". Euskirchen 1975.

Jepischew, A., Armeegeneral, „Der Leninismus — die Grundlage der Erziehung des sowjetischen Soldaten" in „Kommunist", April 1969.

Josephson, Emanuel, M., The truth about Rockefeller.

Keeling, Ralph F., „Gruesome harvest — the costly attempt to exterminate the people of Germany". Chicago 1947.

Kleist, Peter, Dr., „Wer ist Willy Brandt? Eine Antwort in Selbstzeugnissen". Hannover 1971.

„The Nineteenth Century and After", Sept. 1943.

Kraut, Alfred, Dr., „Der schottische Geistliche Rev. Peter H. *Nicoll* deckt die Kriegsschuld der Alliierten auf" sowie „Der gegenwärtige Stand der Kriegsschuldfrage". Schriften des „Deutschen Klub München 1963 e. V."
t

de Launay, M. J., Prof. Dr., „Les grandes controverses de l'histoire contemporaine". Lausanne 1964

Lousse, Emil, Prof. Dr., „Diplomatieke geschiedenes seder 1762". Diplomatische Geschichte seit 1762, flämisch. Löwen 1951

Mackiewicz, Josef, „Zwyczestwo provokacji" (deutsch: „Der Sieg der Provokation" (Die Entwicklungsphasen des Kommunismus in Rußland und in Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen). München 1964

Maurer, Kurt, Dr., „Die Siegerstrategie der reeducation". In: Heft 3, 15. Jahrg. der Deutschen Hochschullehrerzeitung. Tübingen 1967

Ponsonby, Sir Arthur, „Vorsätzliche Lügen in Kriegszeiten". London 1929

Potocki of Montalk, Graf, „Our verdict". Draguignan 1973.

Quigley, Carrol, Tragedy and hope. A history of the World in our time. New York und London 1966.

Reese, Edward, „Wer trägt die Schuld am Ausbruch der beiden Weltkriege?" in „Volkszeitung-Tribüne". Omaha/Nebr. 4. 9. 1964. R. stellt dokumentarisch belegt besonders den britischen und polnischen Schuldanteil und die Folgen des Versailler Vertrags am Zustandekommen des Zweiten Weltkriegs heraus.

Reitenhart, Walter, „Kriegsschuldforschung entlastet Deutschland". Tübingen 1964

v. Richthofen, Bolko Frhr., „Illusion und Wirklichkeit. (Die UdSSR und ihre Westpolitik)". München 1974.

— „Schlesien und die Schlesier". Wolfenbüttel 1967

Rohrer, Jürgen, Dr., „Die Pearl-Harbour-Frage in der historischen Forschung". Köln 1968.

Rumbaur, Waldemar, Dr., „Betrachtungen über die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland. Analyse und Wertung". Ansbach o. J. (1966). Vervollständigung des Titels aus 1. Auflage, Teil I S. 27.

„Select biography of revisionist books (Dealing with the two world wars and their aftermath, with brief comments)". Herausgeg. vom Oxnard Press-Courier, Oxnard/Cal. 1958

Sager, Dr. Peter, „Die Vertragstreue der Sowjetunion" (Eine Studie über die Rechtsmoral der UdSSR), Bern 1962.

Scholl, Heinz, „Der falsche Messias: Die Lebensgeschichte des Willy Brandt". Euskirchen 1974.

Seraphim, Hans Günther, Doz. Dr., Staatsarchivar, „Nachkriegsprozesse und zeitgeschichtliche Forschung". Sonderdruck aus „Mensch und Staat in Recht und Geschichte. Festschrift für Herbert Kraus". Göttingen 1956

Skousen, Cleon, The naked capitalism. Salt Lake City 1971.

v. Srbik, Prof. Dr. Heinrich Ritter, „Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart". München und Salzburg 1951.

Stern, W., „Entstehung, Charakter und Periodizität des Zweiten Weltkriegs". Ost-Berlin 1961.

Stormer, John A., None dares call it treason. Florissant 1964.

Strakowa, Dr. A. A., „Die Urteile der Geschichte sind unerschütterlich". 1964.

Wight, Prof. Dr. Martin, Beitrag in „The world in march 1939", herausgegeben von Prof. Dr. Arnold Toynbee und Prof. Dr. Frank T. Ashton-Gwatkin. Oxford.

Zentner, Kurt, „Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkriegs". München 1963. Die in ihr zu findenden Beweise für den polnischen Schuldanteil druckte im Mai 1966 der „IDO-Informationsdienst Ostpreußen" der Landsmannschaft Ostpreußen in seiner Nr. 5 des 13. Jahrg. ab.

Zimmermann, Ludwig, „Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik". Göttingen-Berlin-Frankfurt 1958

Der polnische Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs

Es hätte gewiß keinen polnischen Schuldanteil und darüber hinaus vielleicht überhaupt keinen Zweiten Weltkrieg gegeben, würden in den entscheidenden Jahren in der Führung der polnischen Nation polnische Persönlichkeiten tätig gewesen sein wie der Verfasser des untenstehenden Zitats. Man muß bei der Betrachtung dieser Frage und deren Beantwortung schon ein beträchtliches Stück in die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zurückgehen. Die sonst deutschfeindliche polnische Zeitschrift „Przeglad Wszechpolski" (Allpolnische Rundschau) betonte in ihrem Jahrgang 1899 u. a. folgendes:

„Ein mächtiger Staat kann sich mit der, und wenn auch in fernster Zukunft liegenden Möglichkeit des Verlustes eines bedeutenden Landesteils mit etwa 7 Millionen Einwohnern, darunter über 3 Millionen Deutschen, nicht aussöhnen. Von diesem Standpunkt aus ist die deutsche Politik eine defensive."

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit hat schon in seiner Jugend verstanden, daß die Mehrheit aller Polen die Gebiete mit einer wirklich in der Überzahl politisch polnisch fühlenden Bevölkerung in einem freien Polen haben wollte. Die z. T. erfolgreichen Forderungen der Vertreter des polnischen Westimperalismus gingen aber schon lange vor Beginn des Ersten Weltkrieges und danach immer viel weiter. Das bedingte gefährliche Entwicklungen, die mit zu den wesentlichen Ursachen des Zweiten Weltkriegs gehören.*) In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nahm der Erzbischof von Posen und Gnesen, Dr. Eugenius ***von Stablewski,*** mehrfach eindringlich warnend gegen die Ubernationalisten seines Volkes Stellung, 1892 im „Kurier Poznansky" mit folgenden Worten:

„Schlesien in den Bereich der Arbeit und politischen Bestrebungen der nach dem Jahre 1772**) dem preußischen Staat einverleibten Polen zu ziehen, halten wir für ungeeignet und unberechtigt. Schlesien ist seit mehr als 500 Jahren tatsächlich und rechtlich von den polnischen Stämmen der ehemaligen polnischen Monarchie losgetrennt. Seit noch längerer Zeit unter deutschem Einfluß stehend kann es von uns nicht als rechtmäßiges Gebiet der politischen Arbeit in unserem Sinne betrachtet werden. Es gibt keine lebendige polnische geschichtliche Uberlieferung im schlesischen Volk... Unser polnischer politischer Gedanke gründet sich auf das Bewußtsein unserer großen Vergangenheit."

*) Bei dieser Gelegenheit sei audi auf Bismarcks Erkennen der Maßlosigkeit des polnischen West-Imperialismus verwiesen (1).

**) 1772 zweite Teilung Polens.

Durch die Schuld der polnischen Westimperialisten kam aber alles anders, als es der weise, christliche und polnisch-patriotische Kirchenfürst erhoffte und dringend empfahl. Sowohl die, teilweise erfolgreichen, aber viel zu weitgehenden Grenzverlaufswünsche der polnischen Imperialisten aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg und danach sowie die Behandlung der nationalen Volksgruppen in Polen zwischen den beiden Weltkriegen und verschiedene Abschnitte und Entscheide der polnischen Außenpolitik in dieser Zeit führten zu dem polnischen Schuldanteil am Ausbruch des 2. Weltkriegs.

Reich ist das internationale Quellenschrifttum, das als Belege für diese Tatsachen dienen kann, auch von polnischer Herkunft. Die internationale Öffentlichkeit müßte eigentlich schon längst über diesen hoch bedeutenden Teil der europäischen Geschichte Bescheid wissen. Eine kurze Zusammenstellung beispielhafter Belege hat der Verfasser dieser Schrift schon am 5. 5. 1950 veröffentlicht (2). Dort heißt es u. a.:

„Für unseren Stoff treten beim Ermitteln der Wahrheit naturgemäß die polnischen Fehler genau so deutlich hervor wie die deutschen. Dies ändert gar nichts an der Tatsache, daß alle besonnenen Deutschen für die Zukunft über die leider so großen Schwierigkeiten hinweg auf einen wirklichen deutsch-polnischen Ausgleich hoffen. Freilich könnte seine tragbare Grundlage nur ein Beseitigen des heutigen unendlich schweren Unrechts sein. Wir wissen uns darin mit den wertvollsten Kräften des Polentums einig."

„Die Propaganda der kommunistischen und sonstigen polnischen Nationalisten pflegt ständig von deutschem Nationalismus, deutscher Angriffslust, einer deutschen Unterdrückung des Polentums in der Geschichte und einer deutschen Gefährdung Polens zu sprechen."

„Die von uns berücksichtigten Beweismittel sind fast ausnahmslos auch in den Dokumentenbänden der Nürnberger Prozesse zu finden. Sie wurden dort gerichtlich als Urkunden der Verteidigung angenommen."

Bei der Zitierung solcher Stimmen stoßen wir auf einen der Hauptmitarbeiter ***Wilsons,*** den amerikanischen Generalmajor Tasker ***Bliss,*** der mit tiefem, verantwortungsbewußtem Ernst für die Schaffung eines dauerhaften Friedens eintrat. In seiner im Nürnberger Dokumentenband II veröffentlichten Denkschrift für Präsident Wilson lesen wir aus einer Erklärung von Lloyd George u. a.:

„Ungerechtigkeit, Anmaßung in der Stunde des Triumphes zur Schau gestellt, wird nie vergessen noch vergeben werden. Aus diesen Gründen bin ich scharf dagegen, mehr Deutsche von deutscher Herrschaft der Herrschaft von irgendwelchen anderen Nationen zu übertragen als unbedingt notwendig ist. Ich kann mir keinen stärkeren Grund für künftige Kriege vorstellen, als wenn das deutsche Volk, das sich sicherlich als eine der kräftigsten und machtvollsten Rassen in der Welt erwiesen hat, von einer Anzahl Staaten umschlossen würde, die vorher nie selbständig eine dauerhafte Regierung errichtet haben, deren jeder aber breite Massen Deutscher umfaßt, die nach der Wiedervereinigung mit ihrem Geburtsland lechzen. Der Vorschlag der polnischen Kommission, wir möchten 2,1 Millionen Deutsche unter die Herrschaft eines Volkes stellen, das nie während seiner ganzen Geschichte die Fähigkeit zu einer

starken Selbstregierung bekundet hat, muß nach meinem Urteil über kurz oder lang zu einem neuen Kriege im Osten Europas führen..."

Eine scharfe Kritik ungerechter und gefährlicher Forderungen von polnischer und anderer Seite gegen Deutschland war damals bei weitschauenden Politikern der Alliierten vorhanden, nur konnten sich die entsprechenden Vorschläge keineswegs hinreichend durchsetzen. So hat der damalige General und spätere Ministerpräsident von Südafrika, Jan ***Smuts,*** in einem Brief an ***Lloyd George*** vom 22. Mai 1919 sehr klar gesehen:

„Ich bin überzeugt, daß wir bei einer ungebührlichen Vergrößerung Polens einen politischen Kardinalfehler begehen, der sich noch im Laufe der Geschichte rächen wird. Das neue Polen wird Millionen Deutscher und Russen und Gebiete mit einer deutschen und russischen Bevölkerung umfassen, die lange Zeiten Teile Deutschlands und Rußlands gewesen sind. Es ist doch wohl sicher anzunehmen, daß sowohl Deutschland wie Rußland wieder Großmächte werden und daß das zwischen ihnen eingeklemmte Polen nur bei ihrem guten Willen gedeihen kann... Ich glaube, wir sind dabei, ein Haus auf Flugsand zu errichten. Im Hinblick auf diese und zahlreiche andere Erwägungen würde ich die Grenzen Polens, wie sie im Friedensvertrag provisorisch festgesetzt sind, einer Revision unterziehen, Oberschlesien und alle wirklich deutschen Gebiete Deutschland belassen, die Grenzen der freien Stadt Danzig enger wählen und sie, anstatt sie unter die Oberherrschaft Polens zu stellen, wie wir es vorgeschlagen haben, unter der Souveränität Deutschlands mit einer dem Völkerbund unterstellten Verwaltung belassen. Ich halte die lange Okkupation und die so viel stärkere Vergrößerung Polens, als je im Krieg geplant war, für die beiden Kardinalfehler des Friedensvertrags. Diese beiden Fehler bilden eine starke Bedrohung des künftigen Friedens Europas, und ich dringe darauf, daß jedes Mittel angewandt wird, sie aus der Welt zu schaffen, ehe es zu spät ist."

Auch der amerikanische Präsident Wilson war tief erschrocken über die maßlosen Wünsche der polnischen Imperialisten. Der aus Gleiwitz stammende Schlesier E. ***Abrabamczyk*** (3) hat diese verhängnisvolle Rolle polnischer Imperialisten hinter den Kulissen von Versailles, die besonders durch R. ***Dmowski*** zum Erfolg geführt wurde, geschildert. Wie in diesem Zusammenhang die Fehler der polnischen Außenpolitik zu beurteilen sind, hat auch G. M. ***Gathorne-Hardy*** (4) herausgearbeitet:

„Mehr als durch eine diplomatische Klugheit, wie sie seine gefährdete Lage verlangt, schien das neue Polen in der Tat durch einen rücksichtslosen und fanatischen Patriotismus ausgezeichnet zu sein, der es verleitete, bis zu den fernsten Grenzen seines zerstreuten Volkstums eine Politik der Befreiung zu befolgen ... Man muß zugeben, daß die vollendete Tatsache . .. schließlich zur Erwerbung eines Gebietes führte, auf das es aus Volkstumsgründen nur einen sehr fraglichen Anspruch hatte!"

Ebenso wie gegen die Ukrainer und gegen Litauen (Wilna-Frage) griff Polen gegen Deutschland in der oberschlesischen Frage zu Terror und Gewalt, nachdem der Vertrag von Versailles die Grenzen Polens so unvernünftig erweitert hatte. Polen erreichte dadurch in Oberschlesien einen wesentlichen

Teil seiner Wünsche gegen den klar und demokratisch durch die Abstimmung bekundeten Volkswillen einer starken Mehrheit.

Durch die polnische Politik gegenüber dem Deutschen Reich ergab sich auch eine Bedrohung der durch Versailles festgelegten Grenzen. Daß die deutschen Politiker der Weimarer Zeit sich des öfteren durch Polen bedroht fühlten, geht aus einer Aussage des ehemaligen Weimarer Reichswehrministers Dr. ***Gessler*** (von 1920—1928) vor dem Nürnberger Militär-Tribunal (5) hervor:

„Neben der Gefahr des inneren Zerfalls des Reiches bestand im Jahre 1923 die Gefahr einer Bedrohung des Bestandes des Reiches von außen. Polen hatte bereits in den Jahren 1920 und 1921 wiederholt versucht, mit sogenannten Aufständischen- oder Freiwilligenverbänden Teile des Reichsgebiets zu besetzen und dadurch ihren Anschluß an Polen vorzubereiten. Auch im Jahre 1923 bestand begründete Besorgnis der Reichsregierung vor weiteren Einfällen, gerade im Hinblick auf die durch die inneren Unruhen verursachten Schwächen des Reichs... Daß wir auch in einem Verteidigungskrieg keine Aussicht hatten, für längere Zeit einem modern ausgerüsteten Gegner Widerstand zu leisten, war allen militärischen Kreisen nach den Erfahrungen des Weltkrieges klar."

Diese Meinung findet ihre Stütze in einer Aussage, die vom ehemaligen Reichskanzler Dr. Josef ***Wirth*** eidesstattlich für das Nürnberger Gericht (6) gegeben wurde:

„Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtretungen Polens. Die Unruhe an der deutschen Ostgrenze war eine dauernde. In den Jahren 1930 und 1931 ging eine neue Welle großer Besorgnisse durch die Ostgebiete des Reichs. Als Reichsminister des Inneren bereiste ich Schlesien, um den Vertretern aller Parteien klar zu machen, daß die Reichsregierung willens ist, Schlesien wie im Jahre 1921 zu verteidigen ... Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich. In keiner Weise war die Reichswehr befähigt, der polnischen Armee längere Zeit zu widerstehen. Reichskanzler Dr. ***Brüning*** und Reichswehrminister ***Groener*** beschlossen deshalb, bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen. Wer angesichts dieser Tatsachen noch behauptet, daß wir Angriffsabsichten gehabt hätten, ist zu bemitleiden... Als süddeutschen, katholischen Demokraten war uns jeder Haß gegen Polen durchaus fern. Aber gerade meine Freunde und ich machten mit den Polen die bittersten Erfahrungen."

Daß polnische Angriffsvorbereitungen bereits vor der Hitlerzeit bestanden, und zwar nicht „nur" gegen Westoberschlesien und Danzig, ergeben noch viele wichtige weitere Belege. Zu ihnen gehört ein ;n Nürnberg wiederholt verwendeter Brief des einstigen Reichskanzlers Dr. Brüning aus den USA an den Herausgeber der „Deutschen Rundschau", ***Pechel.*** Er wurde im Jahre 1947 geschrieben. Nachstehend entnehmen wir ihm die folgenden Sätze:

„Das Versagen des Völkerbundes durch das Unterlassen einer Aktion gegen die japanische Besetzung der Mandschurei im Herbst 1931 in Verbindung mit einem neuen polnischen Mobilisationsplan, über den wir im gleichen Jahre durch eine ausländische Macht (die Sowjetunion. B. v. Ri.) informiert wurden, steigerte General ***von Schleichers*** Nervosität in wachsendem Maße. Der polnische Mobilisationsplan war so aufgestellt, daß die bestimmte Absicht, ganz Schlesien bei gebotener Gelegen-

heit durch einen Handstreich zu nehmen, außer Frage stand. Als ich 1932 mein Amt verließ, war es im Laufe von über 2 Jahren gelungen, die deutsch-polnischen Beziehungen allmählich zu bessern, so daß einige Wahrscheinlichkeit bestand, daß ein polnischer Angriff im Falle eines gleichzeitigen Nazi- und Kommunistenaufstands nicht erfolgen würde. Nichtsdestoweniger mußte die Gefahr einer Invasion durch eine ausländische Macht in unsere östlichen Provinzen in all den ernsten Entscheidungen, die wir trafen, in Betracht gezogen werden. Die Tatsache, daß Marschall ***Pilsudski*** sich unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme an die französische Regierung mit dem Vorschlag einer gemeinsamen militärischen Aktion wandte, zeigt, wie richtig unsere Befürchtungen waren."

Bereits am 20. 4. 1929 (nicht 1939!) forderte beispielsweise eine der größten polnischen Zeitungen, der Krakauer „Illustrowany Kurjer Codzienny" den Aufruf zu einer Offensive mit der Losung: „Weg mit den Deutschen hinter ihre natürliche Grenze! Fort mit ihnen hinter die Oder!" Weiter war dort zu lesen:

„Das Oppelner Schlesien ist kernpolnisch; ebenso wie ganz Schlesien und ganz Pommern vor dem deutschen Ansturm polnisch gewesen sind!"

Das ist deutlich genug. Schon damals strebten die polnischen Imperialisten nach einer Oder-Neiße-Grenze. Wollte jemand zu diesen Angriffslosungen noch irgendeine Verharmlosung versuchen, so könnte er höchstens sagen: Was kann schon die amtliche Außenpolitik eines bürgerlichen Staates für die Entgleisung irgendeiner großen Zeitung? Gar nichts! Das wäre aber nur bei völliger Nichtkenntnis der polnischen Verhältnisse als Versuch begreiflich. Die genannte Krakauer Zeitung stand nicht allein, sondern immer wieder fanden sich in der polnischen Presse der verschiedensten Richtungen Beweise für eine derartige Politik, auch als Polen unter einer Art von Diktatur Pilsudskis stand, die das jederzeit hätte abstellen können. Noch eindrucksvoller wird vielen die Tatsache sein, daß auch die Ausrichtung der amtlichen polnischen Außenpolitik auf diese Ziele einwandfrei bewiesen werden kann! Besonders eindringlich zeigt dies eine Denkschrift über die Ziele der polnischen Außenpolitik, die in einer eidesstattlichen Erklärung des früheren Mitglieds des auswärtigen Ausschusses des polnischen Sejms, Kurt ***Grabe***, für die Verteidigung im Nürnberger „Wilhelmstraßen"-Prozeß zur Verfügung gestellt wurde.

Der Zeuge war von 1922 bis 1936 ununterbrochen Abgeordneter des polnischen Sejms. Er ist in Karniczewo, Kreis Gnesen, Bez. Posen, geboren. Als er sich 1933 weigerte, als Vertreter der deutschen Minderheit in Polen den Weisungen der nationalsozialistischen Partei Folge zu leisten, wurden ihm innerhalb der Polen-Deutschen so erhebliche Schwierigkeiten gemacht, daß er Ende 1936 den größten Teil seiner Ämter niederlegte und 1937 Polen verließ. Der Zeuge betont, wie sich seit der Gründung des polnischen Staats der deutsch-polnische Gegensatz von Jahr zu Jahr verschärfte und daß daran besonders die scharfe und teilweise terroristische Haltung von Polen gegenüber der großen deutschen Minderheit die Schuld trug. Weiter berichtet er

über die Erfolge der militärischen polnischen Aufrüstung und die militärische Überlegenheit Polens gegenüber Deutschland bis nach 1933. Dann hebt er wörtlich folgende Tatsachen hervor:

„Es steht außer Zweifel, daß Polen von Anfang an eine aktive antideutsche Politik getrieben hat, die mit den von Deutschland abgetretenen Gebieten noch nicht zufrieden war. Ich kenne aus jener Zeit (es muß etwa im Jahre 1931 gewesen sein) eine amtliche Denkschrift des polnischen Auswärtigen Amtes mit dem Titel ‚Ziele der polnischen Außenpolitik', die in ganz genauen Angaben von der erstrebten Expansion nach Westen handelte. In dieser Denkschrift wurde als zu erstrebende Westgrenze schon damals die Oder-Neiße-Linie bezeichnet. Die einzige Einschränkung bestand darin, daß der Verfasser jener Denkschrift zur Beschwichtigung der Nachbarn aus der deutschen Beute an Litauen drei Kreise an der Memelgrenze und an die Tschecho-Slowakei den Glatzer Kessel abtreten wollte. Meine Kollegen und ich faßten den Inhalt der Denkschrift als eine außerordentliche Bedrohung Deutschlands auf und befürchteten bei der feindseligen Haltung der Polen schon damals eine kriegerische Auseinandersetzung. Die Erziehung des polnischen Volkes fand in einem durchaus antideutschen Sinne statt. Es war allgemein bekannt, daß die polnische Jugend im Haß gegen Deutschland erzogen wurde. Gerade die damalige Schwäche Deutschlands hat diesen Chauvinismus in Polen groß werden lassen, weil man hoffte, auf billige Weise seine Expansionsziele zu erreichen."

Es ist also nichts mit der scheinheiligen Sage, das polnische Verlangen nach einer Oder-Neiße-Grenze und die verbrecherische Massenaustreibung der Deutschen seien „nur" eine Vergeltung gegen Hitlers Politik und Taten — ganz abgesehen davon, daß ein schweres Unrecht nie ein ebenso schweres oder noch schwereres rechtfertigen kann! Allein diese Veröffentlichung zeigt bereits mit unwiderlegbarer Klarheit das Vorhandensein eines starken polnischen Schuldanteils an den Entwicklungen, die zum Zweiten Weltkrieg führten*).

Die Politik Polens und anderer Staaten gegen Deutschland blieb unverändert. Nur durch die Folgen dieser Tatsache konnte Hitler an die Macht kommen. Einer der Haupthemmschuhe gegen die Beseitigung der Folgen von Versailles, die von weitblickenden Politikern der verschiedensten Länder als untragbar erkannt wurden, war auch die tatsächliche Außenpolitik Polens. Der britische Historiker Prof. E. H. ***Carr*** (7) sagte:

„Mit der Zeit gewann Deutschland seine Macht zurück. Es war nicht ohne Grund in Bezug auf die Rolle der Moral in der internationalen Politik völlig enttäuscht. Selbst so spät wie 1936 bestand keine vernünftige Aussicht, durch friedliche Verhandlungen ohne Unterstützung durch ein Ultimatum oder eine vollendete Tatsache irgendeine größere Änderung des Versailler Vertrags zu erreichen ... Tragischerweise wurden daher die allmählichen Beseitigungen längst erkannter Ungerechtigkeiten des Ver-

*) Von einschlägigen Veröffentlichungen B. v. Richthofens seien noch die folgenden besonders genannt: 1. .Deutschland und Polen. Schicksal einer nationalen Nachbarschaft". Hannover—Bonn 1959/60. 2. „Auslandsstimmen zur oberschlesischen Volksabstimmung". Augsburg 1961. 3. „Breslau von heute im Deutschen Fernsehen. Eine Kritik als Beitrag zum Beurteilen grundsätzlicher Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen". Bonn 1963. 4. „Schlesien und die Schlesier. Eine landes- und stammeskundliche Obersicht." Wolfenbüttel 1967.

sailler Vertrags nicht die Ursache einer Versöhnung sondern verstärkter Spannungen."

Und der letzte britische Botschafter Großbritanniens bei Hitler, Sir Neville ***Henderson,*** schrieb (8):

„Erfahrungen hatten Deutschland gelehrt, daß nichts ohne Gewalt erreicht werden konnte."

Obwohl Polen im Versailler Vertrag auch viele Rechte und weite Gebiete erhalten hatte, die nicht im Rahmen berechtigter Ansprüche lagen, war **es** nicht einmal gewillt, die ihm international auferlegten Minderheitenschutzbestimmungen ausreichend zu achten (9). Am 15. 6. 1932 fand im britischen Oberhaus eine ausführliche Aussprache über die polnische Minderheitenpolitik statt. Dabei wurde u. a. folgendes hervorgehoben:

„Die Frage der deutschen Bevölkerung in Polen ist eine sehr dringende Angelegenheit. Aus dem Korridor und Posen sind bereits nicht weniger als 1 Million Deutsche abgewandert, weil sie die Verhältnisse dort unerträglich finden. Die Abhängigkeit jeder Person von der Gunst der örtlichen Behörden für die Erlangung einer öffentlichen Konzession wird benutzt, um große Teile der Bevölkerung loszuwerden. 45 % der deutschen Kinder in Thorn und Posen sind ihrer Schulen beraubt und in polnische Schulen getrieben worden... In der Gesamtzahl der Schulen ist ein Rückgang von 50 % eingetreten. Es besteht eine direkte Verletzung des Artikels im Vertrag mit Polen, der bestimmt: ‚Polen wird dafür sorgen, daß in den Volksschulen der Unterricht den Kindern in ihrer eigenen Sprache erteilt wird/"

Lord ***Cecil*** hatte als Delegierter der britischen Regierung die Anwendung des Terrors in der polnischen Minderheitenpolitik als das »Gewissen der Menschheit erschütternd« bezeichnet. Der Vertreter der Regierung im Oberhaus sagte dann abschließend u. a.:

„Nur mit großem Widerstreben kritisiert man einen befreundeten Staat. Wie die Beratungen im Völkerbundsrat gezeigt haben, wird aber nichts gewonnen, wenn man den Bruch von Verträgen ignoriert, falls diese Vertragsbrüche abgestellt werden können. Wir dürfen nicht vergessen, daß Polen ganz besondere Ursache hat, diese Verträge zu achten; denn die ihm zugestandenen Annexionen wurden ihm nur unter der Bedingung gestattet, daß es diesen Gebieten Autonomie gewährt."

Im folgenden können der Kürze halber nur noch einzelne Beispiele aus dem internationalen Schrifttum mit Angaben über den polnischen Schuldanteil berücksichtigt werden. Die Laudatio für Wenzel ***Jaksch*** anläßlich der Ehrenpromotion in USA sprach der amerikanische Politologe und Professor Dr. Jerzy ***Hauptmann,*** ein einstiger Oberleutnant der antideutschen polnischen Untergrundstreitkräfte. Jaksch betonte **u.** a.:

„Nur geistig Minderbemittelten oder Ahnungslosen könnte Herr Neven ***du Mont*** seine These der deutschen Alleinschuld am Schicksal Breslaus aufschwatzen. Mir klingt der Jubel der offiziellen polnischen Sendestationen aus Anlaß der Aufteilung der Tschecho-Slowakei im Herbst 1938 noch heute in den Ohren. Vorher wußten die Staatsmänner in Prag, Paris und London (und wohl auch in Warschau), daß die deutsche Militäropposition bereit war, gegen Hitler loszuschlagen, falls die Tsche-

cho-Slowakei Widerstand leistete. In diesen Schicksalstagen Europas spielte die polnische Diplomatie, die polnische Regierung und Generalität das Spiel Hitlers."

Zu diesen Veröffentlichungen ist noch das Buch (10) des in den USA lebenden ukrainischen Sachkenners Dr. ***Horak*** hinzuzufügen. Prof. ***Leslie*** hat es in der brit. Zeitschrift «Slavonic and Eastern European Review« lobend besprochen. Bei Horak heißt es z. B.:

„Alle Vereinbarungen und Versprechungen des guten Willens mißachtend, die auf die Proteste der Vertreter der deutschen (Volks-)Gruppe in Polen hin häufig wiederholt wurden, setzte Polen seine Politik der Verletzung bis zu den letzten Tagen seines Bestehens als unabhängige Nation fort. Für den Historiker ist das Fehlen guten Willens von sehen des jungen polnischen Staates offensichtlich. — Vielleicht würden sich die deutsch-polnischen Beziehungen anders entwickelt haben, wenn Polen nicht gewünscht hätte, durch den Gebrauch von Gewalt eine Entwicklung von mehr als hundert Jahren umzukehren. — Die Ereignisse von 1919 bis 1939 scheinen die Ansicht zu stützen, daß die Polen eine goldene Möglichkeit, ihre Duldsamkeit und politischen Scharfsinn zu beweisen, versäumten. — Mit der Ausrottung der deutschen nationalen (Volks-)Gruppe in Polen beschäftigt, verfehlte Polen in Betracht zu ziehen, daß sein westlicher Nachbar, Deutschland, nicht gezwungen werden konnte, alles zu vergessen, was ‚drüben' geschah."

Der Zweite Weltkrieg wurde auch mitverschuldet durch den antideutschen Panslavismus. Das zeigt die lehrreiche Darstellung von dessen Geschichte durch den bekannten, als Mitglied einer Prager jüdischen Familie geborenen, amerikanischen Historiker Hans ***Kohn*** aus New York (11).

Sehr aufschlußreich ist ferner in diesen Zusammenhängen, wie seherisch Karl ***Marx*** und Friedrich ***Engels*** die Gefährlichkeit des Panslavismus in seiner Verbindung mit Polen und mit dem Staat voraussahen, dessen Hauptstadt damals St. Petersburg war und heute Moskau ist. Marx schrieb z. B. am 24. 4.1855 in der „Neuen Oderzeitung" (Frankfurt a. d. O.):

„Panslavismus ist eine Bewegung nicht für nationale Unabhängigkeit. Er ist eine Bewegung, die ungeschehen zu machen strebt, was eine Geschichte von tausend Jahren geschaffen hat, eine Bewegung, die sich nicht verwirklichen kann, ohne die Türkei, Ungarn und eine Hälfte Deutschlands von der Karte wegzufegen,... die, sollte sie dies Resultat erreichen, seine Dauer nicht sichern kann außer durch Unterjochung Europas."

Archivdirektor Dr. Fritz ***Gause*** unterstreicht in seinem Werk (12) noch folgendes:

„Es war nicht allein eine Weltanschauungsgemeinschaft, die die Reaktion mit Rußland verband, sondern die Unmöglichkeit, die polnische Frage befriedigend zu lösen. Zu dieser Erkenntnis waren die einsichtigen Demokraten im 19. Jahrhundert nach 1848 gekommen, als die Polen nicht die ethnographischen sondern die historischen Grenzen von 1772 verlangten. Und dann war es mindestens zweifelhaft, ob die Polen nach einem — unwahrscheinlichen — Siege der Demokratie über Rußland die ihnen zugedachte Aufgabe des Schutzes Europas gegen Asien übernehmen konnten und wollten. Selbst ein Mann wie Friedrich Engels schrieb 1848:

„Die Polen haben nie etwas anderes in der Geschichte getan, als tapfere krakeelsüchtige Dummheit gespielt."

Und 1851 kam Engels in einem Brief an Marx zu der Erkenntnis:

„Jeder Zoll, den wir an der Grenze von Memel bis Krakau den Polen geben, ruiniert diese ohnehin schon miserabel schwache Grenze militärisch vollständig und legt die Ostseeküste bis nach Stettin hin bloß."

Uber weitere marxistische u. a. Stimmen verweisen wir auf das anhängende Literaturverzeichnis, in dem von Fall zu Fall auch eine kurze Charakteristik des betr. Werkes gegeben wird. Der seinerzeitige polnische Botschafter in der Türkei, Michal ***Sokolnicki,*** hat in der Londoner polnischen Wochenschrift "Wiadomosci" (Nr. 42 498 10. Jahrgang) vom 15. 10. 1955 unter der Uberschrift „Drei verfehlte deutsche Revolutionen" die sonst kaum bekannte Tatsache vermerkt, daß im Jahre 1923 dem polnischen Botschafter in Moskau, Roman ***Knoll***, durch den Beauftragten Karl ***Radek-Sobelsohn*** von der Sowjetregierung das Angebot gemacht wurde, für den Fall eines Zusammengehens einer Eroberung Ostpreußens zuzustimmen.

Der amerikanische Historiker Prof. Dr. ***Shuster*** schrieb (13):
„Wir sollten uns auch daran erinnern, daß ein übersteigertes und unnachgiebiges nationalistisches Gefühl eine Gesellschaft fast bis zur Grenze seiner geistigen Vernichtung zerfressen kann. Solch ein Gefühl beherrschte das moderne Polen als freilich von einem bestimmten Gesichtspunkt aus erklärbare traurige Sünde."

Und Sven ***Hedin*** (14) äußerte sich hierzu wie folgt:

„Eine noch weniger erfreuliche Entwicklung nahm in der Folgezeit alles, was mit Punkt XIII zusammenhing, in dem Präsident Wilson erklärt hatte: ‚Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind'. Der erbittertste Kampf entbrannte darum, daß man in Paris Polen über Wilsons .unbestritten polnische* Gebiete hinaus weitere zuweisen wollte, die eine starke deutsche Mehrheit hatten oder rein deutsch waren. Man vergaß dabei ganz, daß 1917 zuerst Deutschland und Österreich den Staat Polen wiederaufgerichtet hatten. Der Ausgang dieses Kampfes war ein völliges Verleugnen des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts der Völker — leider auch durch Wilson selbst, den Churchill (15) als ‚zugunsten Polens voreingenommen' bezeichnet. Das Ergebnis war eine besonders tiefe Verbitterung des deutschen Volkes und eine Vergiftung der Beziehungen der europäischen Völker. Sie führte zum Ausbruch des jetzigen Krieges, nachdem alle Versuche von deutscher Seite fehlgeschlagen waren, eine Revision auf friedliche Weise herbeizuführen."

Die Witwe Hermann Görings, Emmi ***Göring,*** erinnerte sich (16) an ein Gespräch zwischen Henderson und Göring:

„Und plötzlich hörte ich sehr deutlich, wie Henderson sagte: ‚Lipski hat mich direkt angeschrien und gesagt: ‚Ich denke nicht daran, für den Frieden zu sprechen. Wenn Krieg kommt, ist in Deutschland in drei Tagen die Revolution und Polen kann einmarschieren'."

Es gibt im internationalen Quellenschrifttum noch zahlreiche weitere Belege dafür, wie sehr so gesonnene Polen mit einem leichten Eroberungsmarsch nach Berlin rechneten. Und wie leichtfertig man von polnischer Seite dem Krieg entgegensah oder ihn gar herbeiwünschte, zeigt eine freimütig offene Erklärung des exilpolnischen Ministers General Kazimierz ***Sosnkowski*** am 31. 8. 1943 vor Pressevertretern in London (17):

„Der Entschluß Polens vom 30. August 1939, der dem Befehl zur allgemeinen Mobilmachung zugrunde lag, kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas. Hitler wurde damit vor die Notwendigkeit gestellt, Krieg zu führen zu einem Zeitpunkt, da er weitere unblutige Siege zu erringen hoffte."

Die einstige Meinung der Sowjetunion geht aus dem amtlichen sowjetischen Nachschlagewerk (18) hervor, in welchem die sowjetischen Historiker ***Dscherwin*** und ***Schuster*** das Stichwort „Polscha" (Polen) bearbeitet haben (Spalte 344):

„Angesichts der gespannten Beziehungen mit Deutschland wegen der Danziger Frage unterstellten sich die polnische Regierung und die polnischen Generäle den Imperialisten Englands und Frankreichs in der Berechnung, mit Hilfe der letzteren neue Gebiete auf Kosten Deutschlands, der Slowakei, Litauens und in erster Linie der Sowjetunion zu erhalten." (1940).

Dr. Heinz ***Sasse,*** der Leiter der Dokumentationsabteilung im deutschen Auswärtigen Amt und Legationsrat I. Klasse, hat in einer sehr gründlichen und verdienstvollen Arbeit (19) die nachfolgende Darstellung gegeben:

„Betrachtet man das Vorgehen der Polen bei der Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete und der Verteidigung dieses Erwerbs im größeren Zusammenhang der neueren polnischen Geschichte, so drängt sich ganz von selbst ein Vergleich mit den Vorgängen nach dem Ersten Weltkrieg auf, mit der Art und Weise, wie damals die Polen in den Besitz weiter Gebiete gekommen sind, die zum polnischen Staat zwischen den beiden Weltkriegen gehört haben. Hierbei ergibt sich eine recht aufschlußreiche Parallele zwischen den Vorgängen der Jahre 1918 — 1920 und den diesbezüglichen Vorgängen in und nach dem Zweiten Weltkrieg. Denn genau dasselbe, was die Polen in der Oder-Neiße-Frage versuchen, nämlich den Friedenswillen und das Ruhebedürfnis der westlichen Welt für die Durchsetzung und Anerkennung der durch einseitige Akte geschaffenen Grenzverhältnisse in Ostdeutschland auszunutzen, haben sie in ähnlicher Weise auch nach dem Ersten Weltkrieg vorexerziert. Auch damals hat sich Polen durch einseitige Akte, ja sogar gegen den erklärten Willen seiner westlichen Verbündeten, in den Besitz weiter Gebiete gesetzt, auf die es keinen ethnographisch begründeten Anspruch erheben kann. Auch damals hat Polen unter Mißachtung der Rechte und Ansprüche unnachgiebig an dem auf diese Weise Errungenen festgehalten."

Bei Sasse lesen wir Äußerungen des britischen Ministerpräsidenten Lloyd George, Churchills und Wilsons gegen die Maßlosigkeit der polnischen Gebietsforderungen. Protestiert hat damals nur die Sowjetunion, auch gegen die Haltung der Westmächte. Das Schicksal eines Landes könne nicht ohne freie Willensäußerung seiner Bevölkerung entschieden werden. Und der

italienische Graf ***Sforza,*** bekanntlich ein scharfer Gegner des Faschismus, erklärte gegen die polnischen Imperialisten:

„Wenn es nach ihnen gegangen wäre, so wäre halb Europa ehemals polnisch gewesen und hätte wieder polnisch werden müssen."

Das unterstreicht ein hoher polnischer Generalstabsoffizier, ***Baginski,*** in einem erstmals 1927 und dann immer wieder aufgelegten Buch (20):

„Solange wird nicht Frieden in Europa herrschen, bis nicht alle polnischen Länder vollkommen an Polen zurückgegeben sein werden, solange nicht der Name Preußen, da er ja der Name eines schon lange nicht mehr vorhandenen Volkes ist, von der Karte Europas getilgt sein wird, und solange nicht die Deutschen ihre Hauptstadt Berlin weiter nach Westen verlegt haben."

Die Westmächte hatten sich in den entscheidenden Jahren vor Ausbruch des 2. Weltkriegs eifrig um das Zusammengehen mit Stalin bemüht. Wir wissen, daß Stalins Entschluß, sich mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu verbünden, seiner Kriegsherbeiführungspolitik entsprach. Daher konnte die Sowjetische Enzyklopädie in einer ihrer neuen Ausgaben schreiben:

„Die neue Stalinische Politik vernichtete die Absichten der Imperialisten. Durch den Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland veränderte sich die internationale Lage von Grund auf und führte das Ende der betrügerischen und verlogenen Politik Polens herbei."

Dazu Molotow in einer Rundfunkrede am 17. 9.1939:

„Die Ereignisse, die durch den polnisch-deutschen Krieg hervorgerufen wurden, zeigten die innere Unbeständigkeit des polnischen Staates. Die polnischen Regierungskreise machten bankrott. Das alles geschah in einer sehr kurzen Zeit."

Aus den gebrachten Belegen ist zu ersehen, daß es einen polnischen Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs gibt und daß Polens Schicksal von 1939 wesentlich mit durch die sowjetische Politik bedingt war.

Bevor nun die letzten Tage vor Ausbruch des Krieges berücksichtigt werden, deren Ereignisse ja wesentlich dazu beitragen, daß sich die Schuldanteile richtig verteilen lassen, ist noch der deutschen Volksgruppe in Polen, der Volksdeutschen mit polnischer Staatsangehörigkeit, zu gedenken. Ihre Behandlung durch das offizielle Polen und durch einen aufgehetzten Mob ergibt ein weiteres Kapitel der Aufhellung der Schuldfrage.

In Stuttgart ist im Jahre 1959 ein im Auftrag des UNESCO*) erarbeitetes Buch (21) erschienen, das der Direktor des holländischen Staatsinstituts für Kriegsdokumentation, Dr. L. ***de Jong,*** herausgegeben hat. Darin heißt es:

„Es sind keine Angaben bekannt geworden, die mit der Auffassung im Widerspruch stehen, daß die große Mehrheit der in Polen lebenden Reichs- und Volksdeutschen bis zum Eintreffen der deutschen Truppen eine passive Rolle gespielt haben."

*) UNESCO = Die Abt. Wissensdiift der UNO

Zur terroristischen Verfolgung unschuldiger polnischer Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit schon lange vor Beginn der Feinseligkeiten und dem Fortgang von Massenverbrechen dieser Gruppe durch polnische Schuld während der ersten Kriegstage unterstützt de Jong die deutschen Veröffentlichungen über die Leiden der deutschen Volksgruppe in Polen mit den Worten:

„Im Großen und Ganzen stimmt das von ihnen gezeichnete Bild mit dem überein, was die Polen selbst in ihren Veröffentlichungen mitteilen. Will man sich von Verfolgungen eine Vorstellung machen, so wäre es ein Fehler, das unbeachtet zu lassen, was die Opfer zu sagen haben. Sie haben gewöhnlich ein besseres Gedächtnis als ihre Verfolger (S. 44)."

„Der polnisch-deutsche Nichtangriffspakt von 1934 *) hatte keine große Bedeutung. Regierung und Öffentlichkeit in Polen verstärkten ihren Druck auf die Volksdeutschen."

Die antideutschen Massenverbrechen polnischer Terroristen von 1939 aus der Zeit vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, die ihn, wie schon erwähnt, herbeiführen halfen, und in den ersten Kriegstagen sind im internationalen Schrifttum vielfach urkundlich belegt geschildert worden (22). Es geht nicht an, alle diese Untaten etwa mit der Behauptung entschuldigen zu wollen, sie wären nur durch ein von den Deutschen verursachtes politisches Klima der Hitlerzeit verstehbar. Schon die gleichartigen politischen Verbrechen polnischer Terroristen aus der Vor-Hitlerzeit gegen Deutsche, Ukrainer und Juden zeigen, daß ein derartiger Entlastungsversuch völlig unbrauchbar ist. Zu Heikes Buch sei noch gesagt: Wer diese Dokumentation kennt, muß sich sachlicherweise fragen, wie würde eine außerdeutsche Regierung sich verhalten haben, wenn Monate lang in einem Nachbarstaat Angehörigen ihres Volkstums in solcher Art und Zahl Opfer politischer Verbrechen geworden wären, und welche nicht sich dafür militärisch zu schwach fühlende Regierung hätte 1939 in einem solchen Falle dann nicht die Möglichkeit eines Krieges auf sich genommen? Die Frage stellen, heißt sie für die damalige atomwaffenlose Zeit, will man nicht weltfremd träumen oder bewußt wirklichkeitsfern unsachlich urteilen, lauten: keine einzige!

Wie weit Hitler in seinen Bemühungen um einen deutsch-polnischen Ausgleich gegangen war, schildert der Bonner Politologe Prof. Dr. Karl-Dietrich ***Bracher*** (23)**):

„Nicht weniger bedeutsam war die Rückwirkung auf die allgemeine europäische Mächtekonstellation, insofern die deutsch-polnische Sonderunternehmung (gemeint ist der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von 1934) die russische Neuorientierung

*) S. Stidiwortc.

**) Der Verfasser dieser Schrift erlebte in einer freimütigen Aussprache mit Bracher über einen Aufsatz Brachers im .Spiegel" vom März 1967, der eine abwegige Haltung zur deutschen Ostpolitik einnahm, mit welchem Ausmaß unwissenschaftlicher Leidenschaft Bracher den überparteilichen Führungskreis der deutschen Vertriebenen-Verbände, einschließlich ihres verstorbenen Präsidenten Dr. h. c. Wenzel Jaksch, und das gesamte Sudetendeutschtum verketzert. Der Gewohnheit Richthofens gemäß, selbst so unsachlichen Gegnern seine Zustimmung nicht zu versagen, wo sie etwas Zutreffende» feststellen, wird von ihm oben nach den Seiten 73 f. der erwähnten Zeitschrift zitiert.

beschleunigte und der Sowjetunion den Weg in den Völkerbund und in Frankreichs Gegenlager öffnete. Der entschiedene Bruch mit der bisherigen Außenpolitik hat durch den Abbau der Weimarer Revisionstaktik, für die der deutsch-russische Drude auf Polen ein wichtiges Mittel war, an Schärfe noch gewonnen."

„Aber auch in dieser nach dem Völkerbundscoup (gemeint ist der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund) zweiten Sonderaktion, die zum Hauptargument der Hitlerschen Friedensreden wurde, überwogen doch die negativen Aspekte. Auch hier der verlustreiche Bruch mit der Revisions- und Minderheitenpolitik der Weimarer Aera zugunsten einer bedenkenlosen .Gleichschaltung* der deutschen Volksgruppen, sichtbar etwa in der ferngelenkten Schwenkung des neuen nationalsozialistischen Regierungskurses in Danzig, der nicht nur die eigenen Befreiungsparolen sondern auch die von der Republik über den Völkerbund erreichten Verhandlungserfolge zunächst kurzer Hand preisgab."

Daß selbst diese zu weit gehende polenfreundliche Haltung der damaligen Regierung nicht zu einer echten deutsch-polnischen Entspannung führte, ist nicht die Schuld Deutschlands, das mit diesem Abkommen aus der isolierenden Umklammerung herauszukommen versuchte. Auch das deutsch-polnische Abkommen von 1934 bewirkte nicht, wie oben schon durch zahlreiche Stimmen belegt wurde, diese echte Entspannung.

Aus der Sicht des bekannten Polen Stanislaw ***Mackiewicz*** (24) sieht diese Zeit so aus:

„Ende April 1933 sind wir dem Ausbruch eines Krieges zwischen Polen und Deutschland sehr nahe gewesen. Am 2. Mai 1933 begab sich der polnische Gesandte in Berlin, Dr. Alfred ***Wysocki*** mit der Instruktion zu Hitler, den Zwist zu verschärfen. Er wurde von dem friedlichen Vorschlag Hitlers überrascht, das Verhältnis zu Polen zu entspannen und zwecks Bekämpfung des Bolschewismus zusammenzuarbeiten. In dem Augenblick, da Hitler zurückwich und eine Verständigung vorschlug, konnte Pilsudski weiter auf einen Präventivkrieg drängen. Er tat dies nicht, wie ich glaube: 1. Er war der Haltung Europas und der Hilfe Frankreichs nicht sicher; 2. er fürchtete, daß Rußland uns von hinten überfallen werde. Polen beginnt 1933 scharfe Mittel anzuwenden, die Deutschland reizen und einen bewaffneten Konflikt hervorrufen können. Sie zeigen Pilsudski in dem Glauben, daß wenn es überhaupt zu einem solchen Präventivkrieg komme, dies jetzt sein müsse."

Danach betont Mackiewicz u. a., daß Hitlers Vorschlag an Polen, mit Deutschland gegen die sowjetische Bedrohung gemeinsam vorzugehen, offenbar ernst gemeint gewesen sei. Den gleichen Standpunkt vertritt z. B. auch der amerikanische Historiker und Exilpole Dr. Edward ***Rozek*** (25). Er erörtert sogar ernsthaft die Frage, ob es für Polen nicht vorteilhafter gewesen sei, an der Seite Deutschlands als dessen Verbündeter gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Er kommt, auch davon abgesehen, zu folgendem Ergebnis:

„Vom Standpunkt des Überlebens könnte es eine Freundlichkeit gegenüber Polen von Seiten Großbritanniens und Frankreichs gewesen sein, Deutschland nicht den Krieg zu erklären."

»In seinem abschließenden Versuch, die westliche Politik gegenüber Polen zu rechtfertigen und bei seinen gewohnten Anklagen gegen die gesetzesmäßige polnische

Regierung, versuchte Churchill, ihr die Schuld an dem polnischen Trauerspiel anzulasten. Er begründet das damit, die polnische Regierung würde bei rechtzeitigen Gebietszugeständnissen an die Sowjetunion die politische und soziale Zukunft von Restpolen habe retten können. Das Schicksal der Tschecho-Slowakei widerspricht aber diesen Schlußfolgerungen Churchills."

Unter den Beispielen an Nachweisen der verschiedenen Seiten des polnischen Schuldanteils möchte der Verfasser der vorliegenden Veröffentlichung mit besonderer Absicht auch auf ein Werk eines deutschen Politologen Bezug nehmen, der als politisch Verfolgter nach den Nürnberger Gesetzen sicherlich nicht in den Verdacht geraten kann, Hitlers Politik zu günstig zu beurteilen oder einen antipolnischen Nationalismus zu vertreten.
Prof. Dr. M. ***Freunds*** (26) Kritik der polnischen Vorkriegspolitik wird wie alle seine Ausführungen durch ausgewählte Belege gestützt. Sie ist sehr entschieden ausgefallen. Zur polnischen Vorkriegspolitik gibt er das folgende Urteil auf Grund der durch ihn gebrachten Unterlagen ab:
„Die Geschichte Polens in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ist eine Geschichte von Heroismus und Narrheit. Die Nation hat zu viel in geschichtlicher Nacht gelebt, um immer genau die Wirklichkeit der Erde zu erfassen. ‚Sie werden marschieren!' so prophezeit der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Prof. Dr. Karl ***Burckhardt.*** ‚Die Tschechen sind vernünftige Utilitaristen. Die Polen haben ihr Gran an Narrheit. Sie zerschlagen die Weingläser nach Mitternacht, sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das nach dem Schlachtfeld Verlangen hat. Sie sind ruhmsüchtig und kennen das Maßhalten nicht.'

Freund zeigt z. B. noch im einzelnen, daß es seinerzeit vor allem das unbedingte Nein Polens zu gewissen Vorschlägen der deutschen Regierung war, das auf politischen Umwegen die neue Krise in der Tschecho-Slowakei verursachte, aus dem der Krieg entstand. Sehr lehrreich erscheint Freunds Nachweis, daß Stalin, der auf das Entstehen des Zweiten Weltkriegs hinarbeitete, in einer Rede unmittelbar vor Hitlers Einzug in Prag diesem für sein Unternehmen politische Hilfsstellung gab. Der britische Botschafter in Warschau bemerkte am 14. Oktober 1938 — also nur ein halbes Jahr vor der britischen Garantie, oder besser gesagt, dem Blankoscheck vom 31. März 1939 — zu der Haltung Polens u. a., Danzig werde binnen kurzem deutsch und der polnische Außenminister müsse sich dann nach einem Ausgleich umsehen. Er werde hiernach dem polnischen Volk irgendeine Gegenleistung für die Anerkennung des Geschehenen vorweisen müssen. Es sei aber immer eine Gefahr, wenn polnische Staatsmänner ihrem Lande die Rolle einer Großmacht zuwiesen, für die es wirtschaftlich nicht stark genug sei und für die es nicht die nötige nationale Einheit habe. Nach diesen Worten haben Freunds nachstehende Ausführungen ein besonderes Gewicht:

„Polen hat sich entschieden, dem Reich Widerstand zu leisten. Es hat sich entschlossen, in schier hoffnungsloser Lage zu kämpfen. Es hat kaum eine Chance, gegen das Reich irgendwie zu bestehen. Die Freunde sind weit, die Macht des Reiches ist übergewaltig, und vor der einzigen Macht, die wahrhaft helfen könnte, der Sowjet-

union, ist Hilfe nur bei der Vernichtung und Zerschlagung Polens zu erwarten. Das Reich hat bisher sein Prinzip siegreich Europa aufgezwungen: Das Prinzip der Revision des Versailler Vertrages und der nationalen Selbstbestimmung. Von diesem Prinzip waren — sachlich gesehen — auch der Freistaat Danzig und der Korridor verdammt. Es war undenkbar, daß sich das Reich, welches sich jetzt das großdeutsche nannte, auf die Dauer die deutsch-polnische Grenze, so wie der Versailler Vertrag sie geschaffen hatte, hinnehmen wird. Polen war nun in eine Haltung unfruchtbarer und aussichtsloser Negation gedrängt worden."

Bei dieser Gelegenheit müssen wir noch einmal auf das schon erwähnte Buch Rassiniers (27) zurückkommen, das als letzte Neuerscheinung in dieser Frage viele Punkte der Auseinandersetzung zusammenfaßt. Bei ihm lesen wir über Hitlers Vorschläge an Polen:*)

„Sein gutes Recht ist unbestreitbar. Er verlangt Danzig und den Korridor zurück, und Danzig und der Korridor beanspruchen ihre Wiedervereinigung mit Deutschland, dem anzugehören ihnen bewußt ist, wie auch daß sie nur gegen ihren Willen durch den Vertrag von Versailles Deutschland entrissen wurden, wie alle übrigen wieder ins Reich eingegliederten Gebiete. Außerdem fordert er, gegen die Stimme der Bewohner in Bezug auf den Korridor nur eine Autostraße und einen Schienenweg, der Exterritorialität genießen soll. Um Ostpreußen zu gestatten, mit Westpreußen in Verbindung zu stehen. Man kann nicht vernünftiger sein. Was seine Stärke betrifft, haben ihn seine Nachrichtendienste überzeugt, daß er militärisch stärker ist als England, Frankreich und Polen zusammen. Das ist wahr."

Dazu schreibt er noch:

„***Benoist-Mechin*** (28) behauptet, Lady Diana ***Duff Cooper,*** die Gattin des einstigen Lords der Admiralität, der seinen Abschied genommen hat, habe sie 48 Stunden später so vernünftig gefunden, daß ihr Gatte bei dem Gedanken erschrocken sei, die britische öffentliche Meinung könne die Meinung seiner Frau teilen. Es erscheint richtig, daß Paris und London Deutschland den Krieg nicht hätten erklären können, ohne eine Welle von Protesten auszulösen, die den Frieden erzwungen hätte, wenn das französische und das englische Volk am 30. August diese Vorschläge gekannt haben würde." (S. 266 — 270)

Man möge auch angesichts dieser wahrhaft maßvollen Vorschläge, die Oberst ***Beck*** nur deswegen ablehnen konnte, weil er einen vertragsgebundenen Blankoscheck in der Hand hatte, einmal den gemeinsamen Beschluß der deutschen und der polnischen Kommunistischen Partei vom 21. 1. 1933 nachlesen, der am 19. 2. 1962 in der exilpolnischen Zeitung „Dziennik Polski", London, erneut abgedruckt wurde:

„Der verbrecherische Versailler Vertrag, der dem deutschen Volk aufgezwungen wurde, hat Oberschlesien zerrissen, Danzig unter das Joch eines imperialistischen Polen gestellt, einen polnischen Korridor geschaffen, der künstlich Ostpreußen von Deutschland trennt. Nach 11 Jahren polnischer Besatzung in Oberschlesien (gemeint ist in Ostoberschlesien B.v.Ri.), erklärt die KPP, daß das siegreiche polnische Proletariat alle Urteile des Versailler Vertrags in Bezug auf Oberschlesien

*) S. Stichworte.

und den pomerellischen Korridor auslöscht sowie der Bevölkerung dieser Gebiete das Recht der Selbstbestimmung bis zu ihrer Lösung von Polen sichert."

Die Kommunisten und Kommunistenfreunde haben also nicht das geringste Recht, die genannten viel weniger weit gehenden Forderungen von Hitler an Polen als Rechtfertigung ihrer schroffen antideutschen Politik aus dem letzten Zeitabschnitt vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu erklären.
Hitler hat sich an diese Vorschläge bis zum 25. August 1939 gehalten, in seinen, dem britischen Botschafter, Sir Neville Henderson, an diesem Tage übergebenen neuen Vorschlägen zur Erhaltung des Friedens hat er lediglich auch gefordert, daß im Korridor eine Volksabstimmung abgehalten werden sollte. Dafür versprach er eine Garantie zur Sicherung der dann verbleibenden polnischen Grenzen. Rassinier bezieht sich bei der Beurteilung dieser Forderungen auch auf die Nürnberger Aussagen „des schwedischen Friedensemmissärs Birger ***Dahlems***" (29), dessen gemeinsame Bemühungen mit Göring um die Erhaltung des Friedens an der britischen und polnischen Ablehnung scheiterten. Er sagt aber auch, daß am 29. August 1939 die Botschafter Frankreichs (Leon ***Noel)*** und Großbritanniens (Sir Howard ***Kennard)*** im letzten Augenblick Becks Kriegsherbeiführungsmaßnahmen zu bremsen suchten, leider aber vergeblich. (S. 264)

Der bereits erwähnte französische Historiker Maurice Baumont zitiert nach dem Buch seines nordamerikanischen Kollegen Hoggan „Der erzwungene Krieg", S. 296 als bedeutsam Hoggans folgende Feststellung:

„Am 10. März 1936 hatte Beck zu seinem Staatssekretär Graf Szembek erklärt, Polen werde an Frankreichs Seite mitmachen. Flandin in Paris war gegen ein Vorgehen gegen Deutschland, die Londoner Regierung damals auch."

Natürlich hätte Polen damals in Paris keine solche Mitteilung amtlich verlautbart, wenn der Warschauer Regierung nicht französische Minister bekannt gewesen wären, die einen Krieg gegen Deutschland erstrebten, wie aus anderen französischen Quellen, die in der vorliegenden Arbeit genannt werden, hervorgeht.

Gerhard Brennecke teilt (a.a.O. S. 207/208) Näheres über polnische Präventivkriegpläne gegen Deutschland in den Jahren 1933 und 1936 mit, ferner S. 208-210 über polnische völker- und menschenrechtswidrige antideutsche Annexionspläne von ***vor*** 1933.

Zu den Berücksichtigern des polnischen Schuldanteils am Entstehen des Zweiten Weltkrieges gehört auch Konstantin ***Hierl*** mit seinem bereits erwähnten Buch. Treffend berichtet er über die richtige Beurteilung der Kriegsursachen und des polnischen Schuldanteils (S. 15-16):

„Der polnische Botschafter in Berlin, ***Lipski,*** dem der britische Botschafter die deutschen Vorschläge am 29. August 1939 zur Kenntnis bringen ließ, erklärte, daß

er in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren."

„Die Weisung von Warschau an Lipski vom 31. August 1939 abends enthielt noch folgenden Zusatz: ‚Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein. Wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge machtj müssen Sie erklären, daß Sie keinerlei Vollmacht haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren.'"

Etwas unlogischeres gibt es nicht als eine Regierung, die so eindeutig in einer Krisenzeit ihr Streben nach dem Krieg zeigt, nicht mit einem Schuldanteil an seinem Entstehen zu belasten!

Ebenso bedeutsam sind auch die durch Heinrich ***Härtle*** (a.a.O. S. 22) zusammengestellten Beweise für den polnischen Schuldanteil am Entstehen des 2. Weltkrieges (S. 302 ff.)

Der französische Historiker und einstige Staatssekretär J. ***Benoist-Mechin*** (siehe Lit.-Verz.) betont in seinem Werk in Bezug auf die Entwicklung im Jahre 1939 u.a. folgendes für die Zeit nach dem Abkommen Großbritanniens mit Polen, das er gegen den Frieden gerichtet betrachtete: „Als der belgische Botschafter in Berlin, Vicomte Davignon, den Text der britischen Erklärung las, traute er kaum seinen Augen. ¡England', rief er, ‚hat Polen eine wahre Blankovollmacht gegeben'!"

Selbst der schon eingehend zitierte Dr. Lothar Gruchmann, einer der sonst in Kriegsursachenfragen oft krass verkehrt urteilenden Mitarbeiter des Münchener „Instituts für Zeitgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus", unterstrich im Band 2 der Veröffentlichung verschiedener Verfasser „Deutsche Geschichte seit dem 2. Weltkrieg" (Stuttgart 1973) auf Seite 11:

‚Ein Krieg zur Unterwerfung Polens war jedenfalls in Hitlers Konzeption nidit von vornherein ‚eingeplant'."

Bei Benoist-Mechin (a.a.O. S. 433 f., 467) heißt es noch:

„Am späten Nachmittag (28. August 1939) erschien der Kabinettchef des Obersten Beck, ***Graf Lubienski***, der sich auf der Durdireise in der deutschen Hauptstadt befand, in der .Dienststelle Ribbentrop' und verlangte mit Dr. Peter ***Kleist,*** dem Vorsitzenden der .Deutsch-Polnischen Gesellschaft' zu sprechen. Er befand sich in Begleitung des polnischen Generalkonsuls ***Kara*** in Berlin. Graf Lubienski machte den Eindruck eines in tiefste Sorgen verstrickten Mannes, der jetzt ‚in extremis' einen letzten Versuch unternahm, die Sturmflut einzudämmen, die sein Land zu überschwemmen drohte. ‚Oberst Beck ist sich über die Lage durchaus im Klaren', erklärte er, ‚er unterschätzt keineswegs die Stärke der deutschen Armee, obwohl Marschall Rydz-Smigly ständig behauptet, er werde sie in einer neuen Schlacht

bei Grunwald in Stücke schlagen. Er kennt ebenfalls die Schwäche der französischen und britischen Armee. Im übrigen bereitet ihm die zwischen Deutschland und der Sowjetunion eingetretene Entspannung große Sorgen. Aber Sie müssen auch einsehen, daß die nationale Stimmung in Polen bis zur Weißglut entfacht ist und kein Staatsmann heute das Zauberwort finden kann, um die entfesselten Geister wieder zu beschwichtigen. .. .* ‚Aber Ihr Pakt mit England?', fragte Kleist. ‚Er hat die Geister nur noch mehr verwirrt', erwiderte Lubienski. ..."

„Nur ganz knapp vermied Lubienski seinem Gesprächspartner gegenüber das Eingeständnis, daß die öffentliche Meinung Polens Beck an der Kehle gepackt habe." „‚Daß die polnische Regierung eine so ungelegene Entscheidung treffen konnte, ohne die britische Regierung auch nur zu befragen, erscheint mir bestürzend!', rief Sir Howard ***Kennard*** (der britische Gesandte in Warschau) aus und ‚Konnten Sie denn die Bekanntgabe nicht wenigstens um einige Stunden hinausschieben? Genau am heutigen Abend wird Hitler Henderson seine Antwort übergeben.' Unmöglich', erwiderte Beck."

Zu berichtigen ist bei Benoist-Mechin, daß er noch nicht über die Unwahrhaftigkeit der Behauptung unterrichtet ist, die Deutsche Reichsregierung habe zur Scheinrechtfertigung des deutschen Angriffs gegen Polen einen Uberfall auf den Gleiwitzer Sender durch Deutsche in polnischen Uniformen bestellt, eine Behauptung, gegen die weiter unten in der vorliegenden Arbeit auf Beweisschrifttum verwiesen wird.

Der britische Botschafter in Berlin Sir Neville ***Henderson*** gehört, wie in Polen z. B. Staatssekretär Graf ***Szembek*** und der Diplomat ***Graf Lubienski*** zu den Persönlichkeiten, die im Gegensatz zu ihren Regierungen für die Erhaltung des Friedens wirken wollten. Er kritisierte die schroffe polnische Ablehnung der berechtigten deutschen Anliegen um die Zukunft Danzigs in seinem amtlichen Bericht an die Londoner Regierung vom 21. Juli 1939:

„Es erschien mir in der Tat immer unvermeidlich, daß Memel und Danzig auf der Basis der Selbstbestimmung — und sie sind praktisch ganz deutsch — auf die Dauer von den Versailler Fesseln befreit werden und zum Reich zurückkehren müssen (Doc. on British Foreign Policy 1919-1939, vol. VI, Doc. 40, vgl. Udo Walendy, .Wahrheit für Deutschland', S. 217)."

Besonders lehrreich ist unter den Beweisen für den polnischen Schuldanteil, wie bereits a.a.O. S. 93 erwähnt, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Paris unter dem Titel „Journal" erschienene Tagebuch des einstigen Staatssekretärs im polnischen Außenministerium Graf ***Szembek.*** Daher nahmen auch einige um die Ermittlung der zeitgeschichtlichen Wahrheit bemühte französische Historiker in diesem Sinne immer wieder auf Szembek Bezug, darunter besonders oft Prof. Dr. Henry ***Lebre*** (a.a.O. S. 45/7). Lebres Arbeit umfaßt 108 Druckseiten. Auch bei Benoist-Mechin (a.a.O.) wur-

den unwiderlegbare Feststellungen aus Graf Szembeks Tagebuch stark benutzt. Er bringt auch Näheres über die durch Göring der Warschauer Regierung übermittelten Vorschläge. Aus den zuverlässigen Angaben Graf Szembeks ist z. B. hier, nebenbei vermerkt, folgendes zu ersehen. Die Angaben in dem schon erwähnten Buch des unkritisch schwärmerisch prosowjetischen Dänen Kai Moltke über die Beuteverteilung entweder an die Polen oder die Sowjetunion je nach dem Zusammengehen Deutschlands mit dem einen oder anderen, stimmen z. T. nicht. Bemerkenswert ist bei Kai Moltke noch sein Hinweis auf einen Bericht der s. Zt. in Polen viel gelesenen Zeitung „Express Poranny" vom 10. Mai 1939, Göring habe im Februar Außenminister Beck ,von Hitlers Plänen, die ganze Tschecho-slowakei im Laufe eines Jahres zu besetzen', unterrichtet. Solche Pläne hat es aber bekanntlich weder für die Slowakei noch für die Karpathoukraine gegeben wie auch nicht für das Olsagebiet mit einer polnischen Bevölkerungsmehrheit, das sich bekanntlich Polen in der Zeit seines vorübergehenden politischen Zusammengehens mit Hitler aneignete und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs an die Tschecho-Slowakei zurückgab.

B£noist-Mechin schreibt (siehe Lit.-Verz.) über Hitlers am 3. April 1939 an General Keitel für die deutsche Wehrmacht erteilten Weisungen „Fall Weiß":

„Die gegenwärtige Haltung Polens erfordert es, über die bearbeitete Grenzsicherung Ost hinaus die militärischen Vorbereitungen zu treffen, um nötigenfalls jede Bedrohung von dieser Seite für alle Zukunft auszuschließen."
„Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden. Sollte Polen seine bisher auf dem gleichen Grundsatz beruhende Politik gegenüber Deutschland umstellen und eine das Reich bedrohende Haltung einnehmen, so kann eine endgültige Abrechnung erforderlich werden."

Selbst im April 1939 wollte also Hitler noch einen Krieg mit Polen vermeiden, obwohl, dokumentarisch bewiesen, schon damals die nationalistischen, mit Morden belasteten polnischen Ausschreitungen gegen unschuldige polnische Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit ein unerträgliches Ausmaß erreichten, (s. dazu Otto Heike, s. Lit.-Verz.).
„Am 16. Mai 1939 sah sich Hitler, wie Graf Szembek in seinem Tagebuch berichtet, veranlaßt, die Aufmerksamkeit des polnischen Ministerpräsidenten ***Slaivoj-Skladkowski*** auf die Entgleisungen der polnischen Propaganda gegen Deutschland zu lenken, so z. B. das Verbreiten einer Karte, auf der Polens Grenzen von Berlin bis nach Moskau reichten und ganz Litauen in Polen einverleibt war."
Gerhard ***Müller*** weist in seinem zeitgeschichtlichen Werk (s. Lit.-verz.) mit wörtlich übersetzten Zitaten nach Henry Lebres Beitrag zu dem oben erwähnten Sammelband französischer Verfasser über Kriegsschuldfragen auf die betreffenden Feststellungen Szembeks hin. Auch Müllers Buch steht als ganzes, wie viele in dieser Untersuchung genannte, im Dienste erwiesener

zeitgeschichtlicher Wahrheiten deutscher und außerdeutscher Verfasser. Es ist Bestätigung und Ergänzung der in der vorliegenden Untersuchung vorgeführten Beispiele.

Es erscheint besonders angebracht, diesen Abschnitt über den polnischen Schuldanteil mit Worten des schon genannten, verstorbenen, aber auch von sachlicher polnischer Seite hochgeehrten Dr. Wenzel Jaksch (30) abzuschließen:

„Wer polnischen Zuhörern den Eindruck vermittelt, ihre wechselnden Machthaber, die Militaristen, Nationalisten, Antisemiten und Stalinisten, hätten an dem Unglück Europas und des eigenen Landes keinen Anteil gehabt, hemmt die moralische Gesundung dieser Nation. Niemand darf heute in Polen von den Folgen des Hitler-Stalin-Paktes reden oder von den 11/2 Millionen Bewohnern des einstigen Ostpolen, die in die Sowjetunion verschleppt wurden, oder von den 10 000 polnischen Offizieren, die im Walde von Katyn hingeschlachtet worden sind. Einer der Überlebenden, General ***Spithalski,*** der heutige Armeeführer, könnte einiges von der östlichen Unmenschlichkeit berichten, doch er muß ebenfalls schweigen. Unter diesen Umständen muß jede Diskussion über die Verteilung der Verantwortung dazu führen, daß sich die Stalinisten über vergangene Unmenschlichkeiten entrüsten dürfen, anstatt sich für ihre gegenwärtigen Unmenschlichkeiten zu verantworten."

Literaturverzeichnis

(1) ***v. Arndt,*** H., „Bismarck. Mensch und Staatsmann". Vaterstetten 1965.

(2) ***v. Richthofen,*** B., „Zur polnischen Deutschlandpolitik". Breslauer Nachrichten 5. 5.1950 Vorläufer der Zeitung „Der Schlesier", Recklinghausen.

(3) ***Abrahamczyk,*** E., „Die oberschlesische Frage in Versailles".

(4) ***Gathorne-Hardy,*** „Kurze Geschichte der internationalen Politik 1920—1939" (die engl. Ausgabe wurde vom Kgl. brit. Institut für Auswärtige Politik herausgegeben).

(5) ***Krupp***-Dokumente 136 des IMT.

(6) Krupp-Dokumente 141 des IMT.

(7) ***Carr,*** E. H., „The Twenty-Years Crisis 1919—1939". London 1939.

(8) ***Henderson,*** Sir Neville, The failure of a Mission. London 1940.

(9) Rechtsgutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 10. 9.1923.

(10) ***Horak,*** Stephan, „Poland and her national minorities 1918—1939".New York—Washington 1961.

(11) ***Kohn,*** Hans, „Pan-Slavism. Its history and ideology"; deutsch: „Die Slaven und der Westen (Die Geschichte des Panslavismus)". Wien 1956.

(12) ***Gause,*** Fritz, „Deutsch-Slawische Schicksalsgemeinschaft". 1952.

(13) ***Shuster,*** Prof. „Religion hinter dem Eisernen Vorhang". Würzburg 1954.

(14) ***Hedin,*** Sven, „Amerika im Kampf der Kontinente". Leipzig 1942.

(15) S. Lit.-Einl. Nr. (29).

(16) ***Goring,*** Emmy, „An der Seite meines Mannes". Göttingen 1967.

(17) S. Englands Schuld Nr. (11).

(18) ***Dscherwin*** und ***Schuster,*** Stichwort „Polscha" (Polen) in der „Bolschaja Sowjetskaja Enziklopedija". Moskau 1940.

(19) ***Sasse,*** Heinz, „Zur Vorgeschichte der Vertreibung und der Oder-Neiße-Linie", Sonderheft des Kulturbriefes „Ostland lebt" der Landesgruppe Niedersachsen des Bundes der Vertriebenen.

(20) ***Baginski,*** Henryk, Poland and the Baltic. Edinburgh 1942.

(21) ***de Jong,*** L., „Die deutsche fünfte Kolonne im Weltkrieg". Stuttgart 1959.

(22) ***Titman,*** A. O., „When America was betrayed", 1952; das Thorn-Sonderheft der Landsmannschaft Westpreußen, 1966; das amtliche deutsche Weißbuch von 1939; Schriftenreihe des OKW; ***Heike,*** Otto, „Das Deutschtum in Polen 1918—1939", Bonn 1952; Heike, als Mitglied des Jungsozialisten-Bundes in seiner Heimat in Polen ist unbelastet und frei vom Vorwurf des Neonazismus. Trotzdem wird sein Buch offiziell totgeschwiegen (s. a. Stichworte).

(23) ***Bracher,*** Karl-Dietrich, „Das Anfangsstadium der hitlerischen Außenpolitik" in „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" 5. Jahrh. S. 73 f.

(24) S. Lit.-Einl. Nr. (9).

(25) ***Rozek,*** Edward, „Wartime Diplomacy, a pattern Poland" (Kriegspolitik, Polen als Beispiel). London 1958.

(26) Aus: B. ***v. Richthofen,*** „Die polnische Vorkriegspolitik im Lichte eines Geschichtswerks", in „Nord-Amerika" Philadelphia 5. 1. 1956 über Prof. Michael ***Freunds*** „Geschichte des Zweiten Weltkriegs in Dokumenten. Der Weg zum Kriege 1938/1939". 1956.

(27) S. Lit.-Einl. Nr. (33).

(28) ***J. Benoist-Mechin,*** „Wollte Adolf Hitler den Krieg 1939", Pr. Oldendorf 1971.

(29) ***Dahlems, Birger,*** „Der letzte Versuch, London-Berlin 1939". München 1946, Neuauflage 1973.

(30) s. Lit. Tschech. Sdiuldanteil Nr. (11).

Weiteres Schrifttum über das Denken heutiger Linksmarxisten zur polnischen Frage, das für die Kritik polnischer Kriegs- und Annexionspolitik wertvoll ist: L. ***Schwarzschild,*** „Karl Marx". London 1948; Prof. Dr. Edgar ***Alexander*** (USA), „Karl Marx und die russische Frage" und der Aufsatz „Marx und Rußland" in „Die Orientierung". Pfaffenhofen Febr. 1956.

Die betreffenden Ansichten von Marx finden sich besonders auch in seinem 1860 in London erschienenen Buch „Herr Vogt". Eine Neuauflage brachte 1941 ausgerechnet der amtliche sowjetische Moskauer „Verlag für fremdsprachliche Literatur" heraus. Hierauf nahm mit einem ausgezeichneten Kommentar unter der Überschrift „Karl Marx gegen Oder-Neiße-Grenze" Dr. Klosse aus West-Berlin am 8.6.1951 in Nr. 23 des sozialdemokratischen „Neuen Vorwärts" Bezug und mit der gleichen Überschrift sowie Auszügen aus dem Buch von Marx und dem Aufsatz von Klosse die Nr. 6/7 des 11. Jahrgangs (1967) der Zeitschrift der ungarischen Schriftsteller im Exil „Nemzetör — Freiheitskämpfer" (München—Wien—Rom).

Ferner zum polnischen Schuldanteil: Dr. B. ***Ziffer*** (Exilpole und Schüler von Prof. Dr. Balzer in Lemberg) „Poland — History and historians", veröffentlicht im „Mid-European-Studies Center", New York 1952. Dr. Egon ***Hanel,*** „Über alles die Wahrheit. Memorandum an die deutschen Bischöfe zu den offiziellen Einladungsschreiben der polnischen Bischöfe an den Episkopat Deutschlands und Österreichs anläßlich der 1000-Jahr-Feier Polens im Mai 1966". Würzburg 1966.

„Deutsche Geschichte seit dem 2. Weltkrieg". Stuttgart 1973.
„Journal", Tagebuch des Grafen Szembek, Paris.

Stadtmüller, Georg, „Ostkunde. Das 20. Jahrhundert." Wien—München—Zürich 1963. Als aufrichtiger Freund des polnischen Volkes und Vertreter der Linie einer echten deutsch-polnischen Versöhnung enthält das genannte Buch eine Reihe von Belegen für die mit zu den Kriegsursachen gehörige Deutschfeindlichkeit eines Teils der polnischen Staatsmänner und Politiker zwischen den beiden Weltkriegen.

Der sowjetische Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs

Neben den Beispielen für den sowjetischen Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs in anderen Kapiteln dieser Schrift muß man, um die sowjetische Vorkriegspolitik zu verstehen, ihren Gesamtablauf und das Wesen des Leninismus studieren. Als in Deutschland Hitler um die Macht kämpfte, richtete der deutsche Kommunismus entsprechend den Weisungen aus Moskau im entscheidenden Abschnitt seine Hauptstoßkraft nicht gegen den Nationalsozialismus sondern gegen die Sozialdemokratie. Zynisch offen vertrat der seinerzeit nach Moskau emigrierte und noch heute nach seinem Tode in kommunistischen Kreisen ehrend herausgestellte ehemalige kommunistische deutsche Reichstagsabgeordnete Fritz ***Heckert*** kurz nach Hitlers Machtergreifung in einer Kominternzeitschrift folgende Ansicht Stalins: Die Machtergreifung Hitlers wurde durch die Führung des Weltkommunismus begrüßt. Hitlers Erfolg bringe nämlich eine Grundlage für das Zustandekommen des schon durch Lenin als Basis für die weitere Ausdehnung des Kommunismus erhofften Zweiten Weltkriegs. Audi Walter ***Ulbricht*** (1) betonte, wie u.a. der italienische Kommunist Sergio ***Serge*** am 13. 11. 1958 (2) hervorhob, folgendes:

„Als im Jahre 1932 die Hitler-Partei den Kampf um die Macht führte, richtete die kommunistische Partei ihren Feuermittelpunkt nicht vor allem gegen die nazistische Partei und diejenigen, die die nazistische Diktatur vorbereiteten — wie ***von Papen, von Schleicher*** —, sondern gegen die Sozialdemokratie als Partei, ohne hinreichend zwischen der sozialdemokratischen Führung und den Mitgliedern der Partei zu unterscheiden."

Im Jahre 1945 bezeichnete ein sowjetischer Sprecher in finnischer Sprache, wie der Verfasser dieser Schrift mitanhörte, im Sowjetrundfunksender Petrosawodsk die bewußte Kriegsherbeiführungspolitik Stalins als ein Beispiel für die „besondere Weisheit des großen Führers der Völker", d. h. Stalins, dem es gelungen sei, Hitler auf die kriegsauslösende Leimrute des sowjetisch-deutschen Vertrags vom August 1939 zu locken. (3)

„In den angelsächsischen Ländern wird die schwere Mitverantwortung des Kreml bereits unumwunden anerkannt." *)

„Die Sowjetregierung hat bis jetzt gezeigt, daß sie freundnachbarliche Beziehungen nur dazu ausnutzt, um mit aller Macht bolschewistische Propaganda zu treiben. Wir sind in dieser Beziehung viel schlechter daran als die Entente, wenn diese, wie unverbürgte Nachrichten besagen, versucht, mit ihr Beziehungen anzuknüpfen. Nicht nur, daß wir Nachbarn und bei unseren jetzigen Verhältnissen besonders empfindlich sind. Die Sowjetregierung erblickt in Deutschland die Hochburg, deren Einnahme für den Bolschewismus zugleich die Bolschewisierung der ganzen Welt bedeutet,"

*) Lutz a.a.O.

schrieb in einer Denkschrift der damalige deutsche Außenminister Graf ***Brockdorff-Rantzau*** im Jahre 1919. (4)

„Die landläufige Meinung, erst der Machtantritt Hitlers habe die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die durch Rapallo und den Berliner Vertrag im Sinne einer freundschaftlichen Zusammenarbeit geregelt gewesen seien, in ein grundsätzlich feindseliges, weil ideologisch unvereinbares, Verhältnis verwandelt, stimmt mit dem historischen Sachverhalt nicht überein. Die Verschlechterung begann bereits Ende der zwanziger Jahre, zu einer Zeit, in der die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen der Weimarer Republik und der Sowjetunion scheinbar .normal' weiterlief. Eine heuchlerisch-verlogene .Geschichtsschreibung' in Ost und West hat post festum die Legende in die Welt gesetzt, die Sowjetunion mit Stalin an der Spitze habe ‚als einzige den deutschen Faschismus kompromißlos bekämpft', und diese Legende wurde — und wird noch immer! — auch geglaubt, obwohl das genaue Gegenteil zutrifft: Moskau war, ohne die geringsten Skrupel zu empfinden, bereit, mit Hitler zu paktieren und sich mit ihm in die Beute zu teilen. Die Widerstandsrolle, die es sich nachträglich andichtete, entsprach ebenso wenig den historischen Tatsachen, wie die moralische Entrüstung, die die sowjetischen Ankläger in Nürnberg an den Tag legten, auch nur die Spur einer Berechtigung und Glaubwürdigkeit besaß."

„In nationalsozialistischer Darstellung war der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt ein ‚genialer Schachzug des Führers', in Wirklichkeit aber ein Meisterstück Stalins, der damit erreicht hatte, was er wollte: Er hatte, indem er sich mit Hitler verständigte, dessen Stoßrichtung nach Westen umgelenkt, andererseits aber die bolschewistische Maxime von der Ausnützung innerkapitalistischer Konflikte zum Zuge gebracht. Stalin glaubte vorauszusehen, daß sich die Deutschen, Franzosen und Engländer in einem vermutlich jahrelangen Krieg erschöpfen würden, und nach den Erfahrungen von 1914 — 18 mußte in allen an diesem Krieg beteiligten Ländern mit der physischen und seelischen Erschöpfung die .revolutionäre Situation' eintreten, derer der Kommunismus bedurfte — dies aber würde die historische Stunde für die militärische und politische Intervention des Sowjetkommunismus sein."

„Daß die Sowjets den Nichtangriffspakt nur als ein temporäres Stillhalteabkommen zwischen zwei unversöhnlichen Todfeinden auffaßten und daß sie den Pakt, sollte Deutschland in eine kritische Situation geraten, bedenkenlos brechen würden, darüber war sich Hitler, der den Nichtangriffspakt seinerseits nur als Mittel zum Zweck betrachtete, völlig im klaren. Er ist den Alpdruck niemals losgeworden, den ihm sein bolschewistischer .Verbündeter' bereitete. Seine Befürchtung war, daß ihm die Sowjets in dem Doppelspiel, das nun einsetzte, zuvorkommen und ihn in einem Augenblick der Schwäche überrumpeln konnten." (5)

Daß die Sowjetregierung durch das von ***Molotow*** und ***v. Ribbentrop*** unterzeichnete deutsch-sowjetische Abkommen keine friedensfördernde Politik betreiben wollte, geht sogar aus einer 1967 von tschechisch-kommunistischer Seite veröffentlichten Abhandlung hervor (6). Noch weit klarer berücksichtigt ***Rassinier*** (7) diesen Schuldanteil. Er zeigt u. a., daß und warum die Sowjetregierung die Verhandlungen mit den Westmächten — trotz deren Bereitschaft, alle Forderungen der Sowjets mit Ausnahme allerdings derjenigen, die den Sowjets ein Durchmarschrecht (sprich Besatzungsrecht) durch Polen

einräumen sollte, anzunehmen — scheitern ließen. Treffend bemerkt er zu einer Feststellung des USA-Botschafters Joseph ***Kennedy*** (in London) über den Beginn des deutschen Feldzugs gegen Polen:

„Es ist unbestreitbar, daß Kennedys Meinung begründet ist, nach der Hitlers Angriff hätte durch Rußland abgewendet werden können." (8)

Ebenso richtig ist Rassiniers nachstehende Meinung:
„In Italien beglückwünscht man sich zu dem Meisterstück, das Hitler mit dem deutsch-sowjetischen Pakt geglückt sei. Und man frohlockt: Diesmal liegen die Demokraten auf den Knieen. Das ist das Ende des triumphierenden Antifaschismus!"
„In Moskau schließlich betrachtet man die Verwirrung der westlichen Demokratien, die zur Kapitulation oder zum Kriege getrieben sind. Man ist sicher, das Spiel mit ihnen weit genug durchgeführt zu haben, so daß sie sich nicht mehr zurückziehen können und den Krieg wählen würden. Und man frohlockt in Moskau auch!"

Bei ***Seraphim*** (9) finden wir noch folgende Äußerungen aus einer amtlichen sowjetischen Gegenschrift der Nachkriegszeit:

„In dieser Situation sah die Sowjetregierung sich gezwungen, ihre Wahl zu treffen und einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abzuschließen. Diese Wahl war in der damals entstandenen Situation ein umsichtiger und kluger Schritt der sowjetischen Außenpolitik. Dieser Schritt entschied von vorne herein in hohem Maße über den für die Sowjetunion und alle alliierten freiheitliebenden Völker günstigen Ausgang des Zweiten Weltkriegs."

Daß hier die Sowjetunion bzw. die Sowjetregierung, also die imperialistische und kolonialistische Diktaturregierung eines Vielvölkerstaates, als „freiheitsliebendes Volk" bezeichnet wird, ist einer der nicht seltenen, unfreiwilligen schlechten Witze kommunistischer Propaganda, deren sich allerdings manche Westländler häufig genug sie grotesk als Wirklichkeit ansehend bedienen. Seraphim bemerkt dazu:

„Man kann diese Ausführungen von amtlicher russischer Stelle in keinem anderen Sinn deuten, als daß Rußland durch den Vertrag mit Deutschland, wie ***Gatborne-Hardy*** (10) behauptet hat, sich bewußt in den Besitz der Ausgangsstellungen gegen Deutschland zu setzen beabsichtigt hatte." So kann auch ***Byrnes*** in seinem Buch (11) mit vollem Recht sagen:

.Dieser Vertrag erscheint mir als das klassische Beispiel eines Ubereinkommens, das das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben ist... Es zeigt sich deutlich, daß die Sowjetregierung diesen Pakt in der klaren Absicht geschlossen hat, ihn zu brechen.'
„Der Preis, den Deutschland für diesen Pakt zu zahlen hatte, war aber doch weit höher, als der englische Historiker (Gathorne-Hardy) annahm."

Lord ***Hankey*** (12), britischer Staatssekretär i. R., Parlamentarier, Jurist und Zeitgeschichtler, kennzeichnet die sowjetische Schuld bzw. Mitschuld an Kriegen und Angriffen (S. 139 f). Und in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 13. 9. 1959 betonte ein Sachkenner:

„In den politischen Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion bildete den Stein des Anstoßes das Bestreben Moskaus, sich unter allerlei durch-

sichtigen Vorwänden die Möglichkeit zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten in den baltischen Staaten zu verschaffen. In den militärischen Besprechungen war die wiederum von Moskau im Hinblick auf Polen und Rumänien aufgeworfene Frage des Durchmarschrechts russischer Truppen im Kriegsfalle, die Schwierigkeiten bereitete. Das Mißtrauen sowohl der Baltischen Staaten als auch Polens gegenüber den Absichten der Sowjetunion war — wie sich wenig später zeigen sollte — begreiflich und berechtigt."

Daß auch der schon genannte Historiker Walther ***Hofer*** in dieser Hinsicht klare Einsicht besitzt, geht u. a. aus diesem Tatsachenbericht des Schweizer Sachkenners hervor. Er schreibt:

„In seinem Werk (13) kommt Hofer bei der Untersuchung der Beweggründe, die auf beiden Seiten für den Abschluß des deutsch-russischen Paktes ausschlaggebend waren, zu dem eindeutigen Schluß, daß die eigentlichen Motive der sowjetischen Führer für ihre Übereinkunft mit dem nationalsozialistischen Deutschland die Aussicht auf Zerschlagung der ostmitteleuropäischen Staatenwelt und weiterhin die Hoffnung war, in Europa einen Krieg entfesseln zu helfen, der im machtpolitischen wie im ideologischen Interesse der Sowjetunion gelegen war."

Und Boris ***Meissner*** (14) beweist dokumentarisch, daß 1939 bei den Verhandlungen mit der britisch-französischen Militärmission die sowjetischen Bemühungen zu Lasten Polens und der Baltischen Staaten schließlich doch nicht ohne Erfolg geblieben sind. Der Vertragsabschluß kam nicht zustande, weil Stalin, um den gewünschten Krieg herbeizuführen, den Weg über den Vertrag mit Hitler wählte. Und Maiski (15) entgegnete Lord ***Halifax*** im Mai 1939:

„daß Halifax offenbar eine falsche Vorstellung von der Psychologie eines Hitlers habe. Hitler wird sich nie in einen Krieg stürzen, wenn er meint, daß er ihn verlieren kann. Selbst unsere jetzigen Verhandlungen zwingen ihn, eine gewisse Zurückhaltung zu üben, er hat doch Polen bisher nicht angegriffen."

Hiermit hat Maiski, ohne das zu beabsichtigen, zugleich einen wertvollen Beitrag zur Beleuchtung der sowjetischen Kriegstreiberpolitik gegeben. Bei ***van Vollenhoven*** (16) lesen wir die Meinung des ehemaligen französischen Staatssekretärs /. ***Fabry:***

„Die Bolschewiken haben niemals ihre Ziele oder Methoden verborgen. Sie haben sie in zahllosen Broschüren, Katechismen der Partei, ausgebreitet, die sie immer mit Stolz ihrer Propaganda gewidmet haben. Sie haben diesmal nicht verfehlt, sich des bösen Streiches zu rühmen, der ihnen glückte. Dieser Krieg ist wahrhaftig ein Krieg der Sowjetunion. ***Potemkin*** sagte mir ohne Umschweife:

.Warum sollte uns ein Krieg erschrecken? Sowjetrußland ist aus dem letzten Krieg hervorgegangen, aus dem nächsten würde es ein Sowjeteuropa sein!'"

Und auch ***Chruschtschow*** kann in diesem Zusammenhang als Kronzeuge angeführt werden. (17)

„Wir werden einen Krieg gegen Hitler führen müssen. Er kann nicht nur gegen den Westen kämpfen. Aber wir müssen Zeit gewinnen."

Alexander ***Wolgin*** (18) hob hervor:

„Der Zweite, durch den Hitler-Stalin-Pakt ermöglichte Weltkrieg entwickelte sich ganz anders, als der Kreml angenommen hatte."

Nikolai ***Galay*** (19) schreibt von den vertragsbrechenden Kriegszielen der Sowjetunion. Peter ***Sager*** (20) gibt eine wertvolle Belegsammlung darüber heraus. Von kommunistischer Seite pflegt man solche peinlichen, unwiderlegbaren Feststellungen dokumentarischer Art totzuschweigen oder mit nicht auf die Tatsachen eingehenden unsinnigen politischen Pöbeleien gegen die Verfechter der geschichtlichen Wahrheit zu beantworten.

Bei ***Benoist-Mechin*** (21) steht u. a.:

„Die Sowjetunion wollte sich nicht mehr der Minderheiten bedienen, um die Tschechoslowakei zu zerstückeln, sondern sie wollte sich der Tschechen bedienen, um Europa zu zerstören." (S. 210) (S. auch den Abschnitt über den tschechischen Schuldanteil).

Der hier gebrachte Nachweis vom sowjetischen Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs erfährt noch eine bedeutende Erweiterung durch die von verschiedener Seite behauptete und nicht dementierte, finanzielle Unterstützung Hitlers durch Stalin. Bei ***Lutz*** (22) wird das Buch von Meissner und Wilde (23) zitiert und daraus die von Arnold ***Redoberg*** 1931 erhobene und 1947 wiederholte Beschuldigung vorgebracht, Hitler habe für den Wahlkampf 1930 über die Reichswehr 40 Millionen Mark erhalten, was von General v. Schleicher 1931 nicht dementiert worden sei. Dieser Hinweis gewinnt an Bedeutung durch ein Ereignis, das dem Verfasser dieser Schrift während des Nürnberger IMT begegnete. Ein französischer Offizier ließ ihn in den sonst von den Siegermächten streng vertraulich gehaltenen Bericht Arnold Rechbergs Einsicht nehmen, der dem Gericht vorgelegen hat (Analysed DE 841 19/9/45). Zur Unterstützung der nachstehenden Schilderung mag noch der bei Lutz erwähnte exilrussische Gelehrte Max ***Beloff.*** angeführt werden:

„Der Anteil der Komintern am Aufstieg Hitlers muß als ein sehr beträchtlicher gewertet werden."

Im September 1945 sandte der einige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verstorbene bekannte deutsche Industrielle Arnold Rechberg eine Reihe von Berichten an alliierte Dienststelllen. Rechberg stellte sich in einem Teil dieser Mitteilungen freiwillig als Zeuge für den ersten Hauptprozeß gegen deutsche Angeklagte zur Verfügung und begründete das dabei näher. Dagegen protestierte der Generalsekretär der damaligen amerikanischen Vereinigung „Society for the Prevention of World War III", Miriam ***Stuart,*** auf das schroffste und verlangte nicht weniger als die Verhaftung Rechbergs und Bestrafung mit Einziehen seines Vermögens. Dieser Brief lag dem Verfasser dieser Schrift in beglaubigter Abschrift vor. Der einzige Vorwurf, den diese Vereinigung, der auch Kommunisten und Kommunistenfreunde angehörten, Rechberg damit machte, war, er säe Zwietracht zwischen die Ver-

bündeten. Rechberg unterstrich jedoch in seinen Schriftsätzen ebenso nachdrücklich wie für jeden sachlichen Leser überzeugend, daß ihr einziges Ziel war, der Wahrheit zu dienen, also ein Ziel, dem auch diese Schrift gewidmet ist. Diese Schriftsätze blieben aber aus Rücksicht auf die erwähnten Feinde der Wahrheit von seiten der Angeschriebenen fast unausgewertet. Lediglich im Münchner „Volksboten" erschien am 10. 4. 1954 eine Arbeit des Verfassers dieser Schrift, aus der folgender wörtliche Auszug aus der Darstellung Rechbergs zitiert sei:

„General von Schleicher sagte mir, daß er Hitlers Erfolge zuwege gebracht habe. ‚Ich war sehr erstaunt und fragte den General, warum in aller Welt er das getan habe.' General v. Schleicher antwortete, daß er Hitler aus den geheimen Mitteln der Reichswehr, die damals sehr bemerkenswert waren, 40 Millionen Goldmark gegeben habe, damit Hitler seine Partei und seinen Wahlfeldzug in weitem Umfang organisieren konnte. General v. Schleicher erklärte mir, daß seine Absicht war, die deutsche Armee bis zu einem gewissen Umfang wiederherzustellen und daß er einen Agitator zur Vorbereitung der öffentlichen Meinung in Deutschland auf eine solche Politik wünsche, und der für eine solche Aufgabe verwendbare Mann sei Hitler. Und dann fuhr v. Schleicher fort:

.Wissen Sie, Rechberg, wer diesen Rat gegeben hat? Sie behaupten immer, die Bolschewisten seien unsere Feinde. Das Gegenteil ist wahr. Stalin unterrichtete mich, daß die Lage für Rußland und ebenso für Deutschland mehr und mehr reif werde, weil Frankreich und England in ihrem törichten Glauben an den Völkerbund ihre Rüstung immer mehr vernachlässigen. Um aber zu einer aktiven **deutsch**-russischen Politik zu kommen, ist die schnelle Aufrüstung Deutschlands notwendig. Sie müssen sofort eine Kampagne dafür in Deutschland beginnen und ich, Stalin, glaube, daß dafür Hitler der beste Mann sein wird. Sie müssen ihn also finanzieren!'"

„Ich, Rechberg, verstand sofort, was dabei Stalins wirkliche Absicht war, aber General v. Schleicher glaubte mir nicht. Ich fügte hinzu, Hitler würde versuchen, selber der deutsche Diktator zu werden und General v. Schleicher sollte sehr vorsichtig sein, Hitler beizeiten auszuschalten. General v. Schleicher antwortete mir lächelnd, ich sei zeitweilig völlig verdreht. Er und nicht Hitler würde immer die militärische Gewalt in der Hand behalten, so daß Hitler nie ein Diktator von Deutschland werden könne."

„Tatsächlich aber hat Hitler sehr rasch General v. Schleicher überwunden und ihn töten lassen, um den gefährlichen Zeugen loszuwerden. Als Hitler deutscher Diktator wurde, konnte Stalin unbedingt sicher sein, daß er den durch den Kreml gewünschten großen neuen Krieg bekommen würde. Stalin war vollkommen genau über Hitlers ehrgeizige Wesensart und seinen Mangel an wirklicher Kenntnis der internationalen Möglichkeiten unterrichtet."

„Ich erfuhr, daß Stalin auch sehr zufrieden mit Hitlers Judenverfolgung war. Oberst ***Nicolai***, seit langem Stalins Anhänger, nahm eine Ernennung als Leiter eines deutschen antijüdischen Amtes an. Er war es, der gemäß Stalins Absichten Hitler immer mehr in eine grausame Verfolgung der Juden hineinstieß. Der sowjetische Diktator konnte sicher sein, daß dies die ganze Welt gegen Deutschland einen würde. Als indessen Hitler im Jahre 1939 zögerte, den Krieg zu wagen, provozierte es Stalin durch das bekannte Abkommen."

„Die Diplomatie von Stalin war sehr waghalsig, aber sehr erfolgreich. Stalin wünschte den großen neuen Krieg in Europa. Er konnte ihn nicht ohne deutsche Wiederaufrüstung und ohne Hitler als deutschen Diktator erreichen, da Hitler der einzige Deutsche war ihn zu wagen. Aber Stalin stellte richtig in Rechnung, daß Hitler aus verschiedenen Gründen in einen Krieg mit den Westmächten geraten werde, und die deutsche Armee, sobald Deutschland im Kriege mit Frankreich, England und wahrscheinlich den USA stand, nicht länger in der Lage sein würde, die Bolschewisten zu schlagen. General ***Hoffmann*** hat immer erklärt, daß ein deutscher Kampf gegen den russischen Bolschewismus mit der ungeheuren Ausdehnung des russischen Gebietes rechnen müsse. Rußland ist so groß, daß es ihm nicht zu viel Schaden zufügt, wenn im Kriege ausgedehnte russische Gebiete vom Feinde besetzt werden und Rußland einige Millionen seiner Soldaten verliert."

Neben den schon erwähnten Beweisen für diese Behauptungen wurden in dem genannten Aufsatz im „Volksboten" noch auf die einschlägigen Veröffentlichungen Dr. ***Taracaucios,*** Dr. Seraphims und der kommunistischen „Borba" (Belgrad und Zagreb) hingewiesen. Darüber hinaus wurde auf die Zeitschrift „The New Leader" des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL (American Federation of Labor) aufmerksam gemacht. Dort hieß es am 20. 7.1946:

„Nachdem Hitler in Deutschland zur Macht kam, brach eine Krise in der tschechischen Kommunisten-Partei aus. Es war offensichtlich, daß Hitlers Weg der kommunistischen Partei in Deutschland zu verdanken war. Dies wurde durch einen Aufsatz, der in der Moskauer Komintern-Zeitschrift ‚Die Internationale' erschien und durch den deutschen Kommunisten Heckert unterzeichnet war, bekannt. Heckert hob hervor, daß Hitlers Sieg in Deutschland ein entscheidender Schritt zum Siege der Weltrevolution war; denn Moskau bestand darauf, daß die Sozialdemokratie und der Liberalismus die Hauptgefahr seien. Ein faschistischer Triumph würde nur den Weg der Weltrevolution fördern."

„Als Gottwald und andere Kommunisten sich scharf gegen Hedterts Standpunkt wandten, wurde Heckert in Moskau amtlich eröffnet, daß Heckert seinen Aufsatz auf Veranlassung Stalins geschrieben hatte und daß Heckerts Einschätzung der Lage unbedingt richtig sei. Darauf übernahm befehlsgemäß auch Gottwald die Ansicht Stalins, und die Gegnerschaft gegen Heckert im damals durch Gottwald herausgegebenen, führenden Kommunistischen Blatt der Tschedio-Slowakei ‚Rude Pravo' in Prag verstummte."

Soweit der »New Leader«. Stalin selbst hat am 20. 5. 1938 in einer Veranstaltung der Komintern erklärt:

„Die unmittelbare Wiederaufnahme einer revolutionären Aktion größten Ausmasses wird jetzt möglich sein, wenn es uns gelingt, die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten so auszunützen, daß diese sich in einen Weltkrieg stürzen. Die Lehre von Engels, Marx und Lenin zeigt, daß automatisch aus einem allgemeinen Krieg unter den Staaten die Revolution hervorgeht. Die wichtigste Arbeit unserer Parteigruppen muß darin bestehen, einen derartigen Zusammenbruch zu erreichen. Wer das nicht versteht, hat noch nichts von den Lehren des revolutionären Marxismus begriffen! Die entscheidende Stunde für uns ist gekommen!"

Alle diese Quellen sind vollkommen eindeutig. Die sowjetische Führung wollte im Geiste Lenins den Zweiten Weltkrieg und hat erfolgreich mit allen von ihr gewählten Ränken auf sein Entstehen hingearbeitet. Not und Tod vieler Millionen Menschen, eigener Untertanen und anderer, sind solchen eiskalten Vertretern des selbstischen Machtwahns diktatorischer Führungsgruppen ganz und gar gleichgültig.

Der Pariser Ostkundler Gabriel ***Aranda*** sagt in seinem Buch:

„Die triumphale Parade der russischen Panzer in Berlin kennzeichnete das Ende des kolossalsten und blutigsten strategischen Plans der Geschichte."

Immer wieder unterstreicht Aranda und belegt es durch Hinweise auf Quellen ganz verschiedener Herkunft, daß die sowjetische Planung bereits seit Lenin eine gewaltsame Ausdehnung nach Westen gegen Deutschland mit Hilfe eines Zweiten Weltkriegs vorsah.

Sehr lehrreich sind in diesem Zusammenhang auch manche Berichte der sowjetischen Presse aus der Vorkriegszeit. Bereits im Jahr 1944 erschien in Nürnberg ein Sammelband, in welchem Dozent Dr. Kurt ***Walz*** von der Albertus-Universität in Königsberg auf den Seiten 121-147 eine Abhandlung beisteuerte „Die geistig-psychologische Kriegsschuld der sowjetischen Presse". Walz behandelt sehr überzeugend die weltrevolutionär-aggressive ‚Pan-Idee' des Bolschewismus als Erlösungs- und Missionsgedanken wirklichkeitsfern kommunistischer Art unter taktischer Mitbenutzung altüberlieferter russischer Denkströmungen in der sowjetischen Presse.

Am 17. November 1938 veröffentlicht „Krasnaja Zvezda" einen phantasievollen Bericht über einen sowjetischen Angriffskrieg gegen Deutschland in der Zukunft. Daß damals die sowjetische Propaganda andererseits von einer Friedenspolitik der UdSSR faselte, war genau so wenig wert, wie ihr heutiges Friedens- und Entspannungsgerede im Gegensatz zur Riesenaufrüstung und Feindbildpropaganda. Stalin erklärte 1938 (nach van Vollenhoven) vor der Leitgruppe der Kommunistischen Internationale u. a., was folgt:

„Die Wiederaufnahme einer weitgespannten revolutionären Aktion wird nicht möglich sein, wenn wir uns nicht vereinigen, um die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten auszunutzen und sie in einen bewaffneten Kampf zu stürzen. Das Studium von Marx, Engels und Lenin lehrt uns, daß eine Revolution automatisch aus einem Krieg zwischen diesen Staaten hervorgehen wird. Die Hauptarbeit unserer kommunistischen Bruderparteien muß darin bestehen, einen solchen Konflikt zu erleichtern. Diejenigen, welche das nicht verstehen, haben nichts von den Lehren des revolutionären Marxismus in sich aufgenommen. Ich hoffe, Ihr werdet das den Genossen in Erinnerung bringen, deren Aktion Ihr leitet. Die entscheidende Stunde für uns ist gekommen."

Bei der großen Zahl so offener Eingeständnisse von führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion ist es unentschuldbar, wieviele Staatsmänner, Politiker, Wissenschaftler und Massenmedienvertreter in der freien Welt sich laufend hartnäckig weigern, aus solchen Quellen zu ersehen, was die wirklichen Hauptziele der sowjetischen Außenpolitik sind und daraus die an sich unabdingbar notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Auf Seite 342 unterstreicht Aranda:

„Der Gegenstand des sowjetischen Planes von 1918, der Zweite Weltkrieg, hat mehr als vierzig Millionen Tote gefordert. Um einen neuen Zwist zu vermeiden, überließen die westlichen Regierungen mehr als die Hälfte des europäischen Festlandes der UdSSR..

Die sowjetische Historikerin Pawlenka Karotkina ***Platonowa*** erklärt auf Seite 13 ihres russischen Buches „Der Zweite Weltkrieg" begrüßenswert offen:

„Im Verlaufe aller Vorkriegsjahre war die sowjetische Regierung bereit, Gewalt gegenüber Deutschland anzuwenden.

Am 19. August 1939, also 4 Tage vor dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages erklärte Stalin vor dem Politbüro in Moskau, dem höchsten Gremium der Kommunistischen Partei der Sowjetunion:

„Wir sind unbedingt überzeugt, daß Deutschland, wenn wir einen Bündnisvertrag mit Frankreich und Großbritannien schließen, sich gezwungen sehen wird, vor Polen zurückzuweichen. Auf diese Weise könnte der Krieg vermieden werden. ... Auf der anderen Seite wird Deutschland, wenn wir seinen Nichtangriffspakt annehmen, sicher Polen angreifen, und die Intervention Englands und Frankreichs wird unvermeidlich sein. ... Es ist wesentlich für uns, daß der Krieg so lange wie möglich dauert, damit die beiden Parteien sich erschöpfen. In der Zwischenzeit müssen wir die politische Arbeit in den kriegführenden Ländern intensivieren, damit wir gut vorbereitet sind, wenn der Krieg sein Ende nehmen wird."

Literaturverzeichnis

(1) ***Ulbricht,*** Walter, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Berlin-Ost 1953, Band 1,S.455.

(2) ***Serge,*** Sergio, „Unita". Mailand 13.11.1958.

(3) ***v. Richthofen, B.:*** „Zur Deutschfeindlichkeit der sowjetischen Außenpolitik" im 74. Jahrg. (Nr. 52 v. 19. 12.1961) St.-Joseph-Blatt, USA.

(4) ***Brockdorff-Rantzau,*** Ulrich Graf, Denkschrift an die Reichsregierung, April 1919.

(5) „Die sowjetische Deutschland-Politik 1917—1941" in 3 Schriften der Bonner Studiengesellschaft für Zeitprobleme. Bonn 1962.

(6) ***Klipa,*** Bohumir, „Dilemna nemecke valky 1933—1941" (Das Dilemma des deutschen Krieges 1933—1941) in der Prager Zeitschrift „Casopis Vojenskeho Historidceho Ustavu" 1967. Zeitschrift des amtlichen Prager kriegsgeschichtlichen Instituts.

(7) S. Lit.-Einl. Nr. (33).

(8) Rassinier a. a. O.

(9) S. Lit.-Einl. Nr. (2/3).

(10) S. Lit. Polens Schuld Nr. (4).

(11) ***Byrnes,*** James, F., Speaking frankly. New York 1947.

(12) ***Hankey,*** Lord Maurice Pascal, „Politics, trials and errors". Oxford 1950.

(13) S. Lit. Einl. Nr. (22).

(14) ***Meissner,*** Boris, „Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht". Köln 1956.

(15) ***Maiski,*** I. M., „Aus den Erinnerungen eines sowjetischen Diplomaten" Wospominanija sowjetskowo possla, Moskau 1966; und Vorabdruck in der Zeitschrift „Neue Zeit", Moskau 1962.

(16) ***van Vollenhoven,*** Moritz, „Le monde, est-il une maison des fous?" (Ist die Welt ein Narrenhaus?). Brüssel 1957.

(17) ***Chruschtschow,*** Nikita, in einer Rede in Kattowitz im Juli 1959 (zitiert nach U. Walendy a. a. O.).

(18) ***Wolgin,*** Alexander, „Hier sprechen Russen". Mainz 1965.

(19) ***Galay,*** Nikolai, „The Record of Soviel Diplomacy" in Heft 3 des VI. Bandes 1967 der vom Institut zur Erforschung der Sowjetunion herausgegebenen Zeitschrift „Studies on the Soviet Union".

(20) ***Sager,*** Peter, „Die Vertragstreue der Sowjetunion", Veröffentlichung des Schweizerischen Ost-Instituts, in 10 Sprachen, darunter auch russisch, tschechisch und polnisch. Bern 1962.

(21) S. Lit. Polens Schuld Nr. (28).

(22) S. Lit. Einl. Nr. (28).

(23) ***Meissner,*** Hans Otto und ***Wilde,*** Harry, „Die Machtergreifung". Stuttgart 1958.

Weiteres erwähnenswertes Schrifttum über den sowjetischen Imperialismus und Kolonialismus: Dieter ***Friede,*** „Der verheimlichte Bismarck"; Joseph ***Fallmereyer,*** Prof. Dr. Jules ***Michelet*** (1798—1874); ferner u. a.: Dr. Paul ***Sethes,*** „Kleine Geschichte Rußlands"; Prof. Dr. Georg ***Stadtmüllers*** Schriften „Deutschland und seine östlichen Nachbarvölker" (München 1958); Prof. Dr. Hans ***von Rimscha,*** „Geschichte Rußlands" (Stuttgart 1964); Prof. Dr. Georg ***von Rauch,*** „Rußland im Zeichen des Nationalismus (1856—1917)", Stuttgart 1965. Georg von Rauch und Boris Meissner, „Die Deutsch-Sowjetischen Beziehungen von 1917—1967", Sonderdruck aus dem „Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Ostpr., Jahrg. 1967. Würzburg 1967.

Die angesehene Pariser exilrussische Wochenschrift „Russkaja Myssl" (La Pensée Russe) berichtete in ihrer Nr. 2661 vom 16. November 1967 betont zustimmend u. a. das folgende:
Anläßlich des Fünfzigjahrestages der bolschewistischen Oktoberrevolution veröffentlichte eine überparteiliche Gruppe besonders bekannter französischer Persönlichkeiten ein Manifest, worin u. a. nachdrücklich auf die sowjetische Mitschuld am Entstehen des 2. Weltkriegs verwiesen wird. Dieses Manifest unterzeichneten u. a. die bekannte sozialistische Pariser Kommunistologin und 1. Vorsitzende der „Liga der Freiheit", Suzanne ***Labin,*** ferner z. B. das Mitglied der französischen Akademie, André ***Francois-Poncet,*** der Vorsitzende der französischen Partei „Demokratische Mitte", Bertran ***Mott,*** General ***Betouard,*** Pierre ***de Shevigny,*** Robert ***Briounelle,*** Senator André ***Heren,*** Leon ***Rutben*** usw.

Pawlenka, Karotkina, „Der zweite Weltkrieg"
Walz, Dr., Kurt, „Die geistig-psychologische Kriegsschuld der sowjetischen Presse" Nürnberg 1944

Der britische Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs

Wie bei allen Schuldanteilen sind auch beim britischen die Wurzeln nicht nur in der Zeit kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu finden. Sie gehen vielmehr z. T. sogar bis in die scharf deutschfeindlichen Strömungen in England während des letzten Abschnitts des 19. Jahrhunderts zurück. Über für die deutsch-englischen Beziehungen und den Frieden verhängnisvolle Linien in der britischen Politik und Geschichte äußerte sich zusammenfassend z. B. Edmund ***Marhefka*** ***(1).***

„Tatsächlich liegt die tiefere Ursache für den 1. und 2. Weltkrieg in der von Sir P. Chalmers ***Mitchell*** gegründeten .wahren Außenpolitik' Englands, die aus biologischen und kommerziellen Gründen die Vernichtung Deutschlands kategorisch forderte (Germania est delenda — Deutschland muß vernichtet werden). Diese Politik ist dargelegt in drei bedeutsamen Artikeln der Londoner .Saturday Review' vom 24.8.1895, 1. 2. 1896 und 11.9. 1897. (Der Text der Artikel ist nachzulesen bei Hans ***Grimm*** (2) Der Verfasser). Sie wurde von Sir Eyre ***Crowe,*** Sir Edward ***Grey,*** Sir Robert ***Vansittard,*** Winston ***Churchill*** und Anthony ***Eden*** zielbewußt durchgeführt. Darap scheiterten auch alle deutschen Bündnisbestrebungen mit England vor und nach dem 1. Weltkrieg. Dieses auf die Vernichtung Deutschlands gerichtete Ziel war in der Politik des Foreign Office so tief verankert, daß selbst deutschfreundliche Kabinette hieran nichts zu ändern vermochten. Offen und eindeutig beantwortete daher Ramsay ***McDonald*** am 11. 10. 1920, kurz vor seiner Ernennung zum Premierminister, bei einem Empfang im Hause Lord Parmoors die Frage des Verfassers, ob irgendeine Möglichkeit für ein engeres, freundschaftliches oder gar bündnisartiges Verhältnis mit Deutschland bestände, mit einem entschiedenen ‚No!\ In trügerischer Weise schloß England am 18. 6.1935 das Flottenabkommen ..., lehnte aber das deutsche Angebot ab, im Rahmen eines Bündnisses mit England auch die Integrität der zwischen Deutschland und England liegenden Länder Holland, Belgien und Frankreich zu garantieren und England für die Erhaltung seines Imperiums bis zu 12 Divisionen zur Verfügung zu stellen, wo immer dies notwendig sein sollte. Stattdessen erklärte Churchill dem deutschen Botschafter in London 1937: ‚Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder zerschlagen.' So konnte auch Neville ***Chamberlain*** sich nicht durchsetzen und mußte die Garantie für Polen, an dem England kein vitales Interesse hatte, benutzen, um einen erneuten Vernichtungskrieg gegen Deutschland zu führen. Englands Schuldanteil an zwei Weltkriegen erklärt sein hektisches Bestreben, zu seiner Entlastung Deutschland zu diffamieren. Ein ähnlich so diabolisch motiviertes Kriegsunternehmen gegen Ägypten brach Eden das Genick."

In einem 1967 erschienenen Buch eines anonymen Verfassers (3) steht eine sehr klare Zusammenfassung der deutsch-englischen Beziehungen:

Es gibt ... noch keine vernünftige Erklärung für die historische Tatsache, daß die britische Politik sich in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts mit erstaunlicher Leidenschaft und schließlich mit unverhüllter Vernichtungsabsicht gegen das Nach-Bismarcksche Deutschland wandte. Gewiß gab es im wilhelminischen Reich manche Entwicklungen und Geschehnisse, die dem englischen Empfinden als unerfreulich, vielleicht gar als gefährlich erscheinen mochten. Aber weder aus der vielerörterten Flottenrivalität konnte — insoweit das Kräfteverhältnis nüchtern nachgerechnet wurde — eine ernsthafte Bedrohung der damals beherrschenden englischen Weltstellung auf allen Meeren befürchtet werden, noch übte die gewiß lästige Konkurrenz der erfolgreich sich entwickelnden deutschen Industrie auf den internationalen Märkten einen ernstlich bedrohenden Zwang aus. Man muß das Argument reiner Emotion, ja der gelenkten Stimmungsmache mit heranziehen, um das geradezu leidenschaftliche Auseinanderleben der Engländer und der Deutschen im Laufe unseres Jahrhunderts begreifen zu können.

Daß die Wurzel alles Übels der Versailler Vertrag war, betonte Marhefka ebenfalls. Der Anteil Englands daran ist bekannt.

„Uber die englische und französische Politik, die eine friedliche Lösung der deutsch-polnischen Streitfrage verhinderte, sind die Dokumente bisher nicht vollständig veröffentlich worden. Das deutsche Vorgehen gegen Polen mag als fehlerhaft erwiesen werden, aber die Frage der Alleinschuld und der ursprünglichen Schuld ist damit keineswegs geklärt."

Und den Anteil Frankreichs in Verbindung mit der englischen Garantie an Polen betont B. H. ***Liddel Hart*** (4):

„Das Gleiche war 1939/1940 eingetreten, weil viele Franzosen das Gefühl hatten, daß sie durch die britische Garantie an Polen dazu gepreßt worden waren, die führende Rolle in einem Krieg zu übernehmen, in dem keine Aussicht bestand, die Unabhängigkeit Polens zu retten und keine Hoffnung, die Deutschen zu besiegen."

Daß ein Engländer selbst eine Schuld Englands am Ausbruch des letzten Krieges sieht, hat gewiß nicht zur Verbreitung von Nicolls Buch (5) beigetragen. Aber Nicolls Wesensart und Absichten sind sachlich unangreifbar. Auch er ist an der Lüftung des Schleiers interessiert, der über die Wahrheit gebreitet wird. Nicoll betont z. B.:

„Wir wollen Hitler weder rehabilitieren noch rühmen. Unser einziges Ziel ist, ihn aus einer historischen Perspektive zu betrachten, die in Beziehung zu den geschichtlichen Tatsachen steht.

Betrachtet man das nationalsozialistische Regime von 1933 bis 1939 sachlich, so werden alle ehrlichen Forscher einräumen, daß es zwar die bürgerlichen Freiheiten sehr beträchtlich einschränkte und die parlamentarische Demokratie nahezu aufhob. Aber kein Deutscher vorher, nicht einmal Bismarck, hat in so kurzer Zeit so viel für Deutsche getan, wie Hitler und Göring 1933 bis 1939 erreichten. Wenn es auch viel Zwang und mancherlei Gewalt gab, so war es doch, auch vom freiheitlichen und humanitären Standpunkt aus gesehen, ein äußerst mildes Regime, verglichen mit dem, was in Rußland geschah, lange bevor Hitler zur Macht kam."

Jene Worte Nicolls beziehen sich auf die Verhältnisse vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und diese Schrift behandelt, wie schon verschiedentlich bemerkt, nur die Zeit vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs*).

Dazu noch Nicoll:

„Auch die Gewaltanwendung der Engländer in Irland, Südafrika, Kenia und Indien, die der Franzosen im Mittleren Osten und in Nordafrika oder die der Amerikaner gegen Indianer und Neger kam der Gewaltanwendung der Nationalsozialisten vor Ausbruch des Polenkrieges... gleich oder übertraf sie noch. Tatsächlich war die nationalsozialistische Politik im Hinblick auf die Behandlung rassischer Minderheiten — der Hauptvorwurf gegen Hitlers Innenpolitik — weniger brutal und umfassend als die Polens vor 1939."

Auch bei Nicoll lesen wir von der Schuld des Versailler Vertrages für alle nachkommenden Ereignisse.

„Frankreich und England wiesen alle Vorschläge zur allseitigen Abrüstung und Revision des Friedensdiktates sofort und entschieden zurück, so daß Hitler, wenn er Versailles ungeschehen machen wollte, gezwungen war, dieses Ziel einseitig zu erreichen.

Wenn Hitler in gröblich übertriebenem Maße der Unzuverlässigkeit seiner diplomatischen Zusagen und internationalen Versprechungen bezichtigt wurde, so war sein Konto in dieser Hinsicht sicherlich weniger umfangreich und schuldhaft als das der Allierten, deren wirkliche Unaufrichtigkeit Hitler und die NSDAP erst hatten entstehen lassen."

Bei ihm hören wir noch von der Ansicht, daß Hitler gut daran getan hätte, „seine Erwerbungen zu verdauen und zu festigen". Und auch: „Seine milden Forderungen an Polen waren sicherlich kein politisches Verbrechen." Aber Nicoll meint ferner, daß es zweifelhaft gewesen sei, „ob die britischen Agitatoren für einen Krieg zur Zerschlagung Deutschlands, sowohl die konservativen wie die der Labour-Partei, Hitler erlaubt haben würden, sich einer friedlichen Entfaltung des soeben befreiten deutschen Volkes und seiner Hilfsquellen zu widmen".

„Wenn man Hitler auch mit vollem Recht große Unmenschlichkeiten während des Kriegs vorgeworfen hat, seine Taten in dieser Hinsicht waren sicherlich durch die der Allierten, insbesondere Rußlands, aufgewogen und haben wenig Beziehung zu den Ursachen des Krieges."

Gerade darum geht es mit dieser Schrift, wie immer wieder betont werden muß: Um die Ursachen am Entstehen des 2. Weltkriegs.

*) Um von keinem Leser mißverstanden zu werden, möchte der Verfasser an dieser Stelle folgendes nachdrücklich hervorheben: Nichts liegt ihm ferner, als die Größe und Wesensart der durch Hitler, Himmler und ihresgleichen verschuldeten Massenverbrechen der Kriegszeit oder vorherige böse Taten irgendwie nicht stets mit der notwendigen, eindeutigen Entschiedenheit zu verurteilen. Wie amtlich erwiesen ist, würde der Verfasser wegen der Schärfe seiner Proteste gegen diese Untaten in Gesprächen, Briefen und von ihm reichlich, auch an Hauptschuldige, verbreiteten Denkschriften nicht mehr leben, wenn ihm als Reserveoffizier im Felde nicht ehrliebende Vorgesetzte des Stiles alter deutscher und preußischer Art Schutz gegen Verfolgung gewährt hätten. Gerade aber im Hinblick auf die Zeit vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs müssen gerechte Maßstäbe angewendet werden.

„Primitivlinge werden in Kriegsschuldfragen stets laut darauf hinweisen, wer den ersten Schuß abgefeuert hat, aber nie bemerken, wer den ersten Schuß verursacht hat."

Nicoll ist aber nicht der einzige Engländer, der die Politik seines Landes mit kritischen Augen betrachtet, wir hörten schon die Stimme ***Veales.*** Ein weiterer ist z. B. Russell ***Grenfell*** (6). Bei ihm lesen wir eine kurze treffende Zusammenfassung:

„Ende 1938 hatte Hitler hauptsächlich dank seiner persönlichen Initiative und sogar gegen den Widerstand des Generalstabs die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, eine Armee, Flotte und Luftwaffe aufgestellt, die Entmilitarisierung des Rheinlandes aufgehoben, Österreich angeschlossen und das Sudetengebiet annektiert. Er hatte im wesentlichen die antideutschen Bestimmungen des Versailler Vertrags ausgelöscht — und die Deutschen freuten sich natürlich darüber.
Auf die englische Regierung wurde zu jener Zeit ein starker Druck ausgeübt, irgend etwas zu unternehmen, um Hitler aufzuhalten. Sie war unklug genug, Polen am 31. März 1939 eine Garantie zu geben. Am 1. 9. ließ Hitler seine Armeen in Polen einmarschieren und eroberte es in weniger als drei Wochen. In Erfüllung ihres Garantieversprechens erklärten die Engländer am 3. 9. Deutschland den Krieg; die Franzosen folgten einige Stunden später und mit offensichtlichem Widerstreben. Wegen des trotz der englischen Garantie, also mit der Gewißheit einer Ausdehnung des Krieges auf die wichtigsten Mächte, unternommenen Angriffs auf Polen wurde Hitler beschuldigt, den Zweiten Weltkrieg begonnen zu haben. Mit einem solchen Urteil macht man sich aber die Sache viel zu leicht."

Grenfell als Engländer tut das nicht. Er geht den Dingen auf den Grund. Er sagt, aus seinen Ausführungen müsse folgen,

„daß die vielen tausend britischen Männer und Frauen, darunter auch eine Anzahl meiner eigenen Freunde und Bekannten, die noch immer die Alleinschuld Deutschlands an den beiden Weltkriegen als erwiesen ansehen und glauben, Deutschland habe sie vorsätzlich, aus Bosheit und ohne Provokation oder Entschuldigung vom Zaun gebrochen, daß diese meine Landsleute sich schwer irren. ... Um zu einem einigermaßen abgewogenen Urteil in dieser Frage zu gelangen, bedarf es eines gründlicheren historischen Studiums, als die meisten Menschen, schon aus Zeitgründen, darauf verwenden können. Überdies haben unsere Führer uns ja während der Kriegsjahre ständig vorgeredet, Deutschland habe all dies getan. Winston Churchill, der einen enormen Einfluß auf die öffentliche Meinung hatte, betonte immer wieder, daß die Deutschen beide Kriege begonnen hätten, und zwar eben mit diesen Worten: es war die Weltpest. Anscheinend glaubte Churchill, daß die Welt wieder auf friedlichen Pfaden wandeln könne, wenn Deutschland am Boden liegen bleibe. Das war der Sinn seiner Unterhauserklärung vom 21. 9. 1943:

‚Die Zwillingswurzeln aller unserer Übel, Nazityrannei und preußischer Militarismus, müssen ausgerottet werden. Bevor dies Ziel nicht erreicht ist, wird es kein Opfer geben, zu dem wir nicht bereit wären, und keine Gewaltmaßnahme, die wir nicht anwenden werden/

„Deutschland hatte schließlich nur ehemals deutsche und österreichische Gebiete wiedergewinnen wollen, als es von England und Frankreich angegriffen wurde. Aber Rußland hat nach Zusammenbruch und Besetzung Deutschlands seine Macht durch ein Gemisch von Gewalt und Unterwühlung auf Länder ausgedehnt, auf die es nicht

den Schatten eines Anspruchs hat... Dem deutschen Angriff — wenn es wirklich ‚Angriff' war — folgte, weit schlimmer, die russische Aggression."

Man mag Grenfell in seiner Beweisführung folgen wollen oder nicht, seine Einsichten in die Lage sind so klar, daß man mindestens darüber nachdenken sollte. Was auf der einen Seite der „Unschuldslinie", wie Grenfell es nennt, als Teil, des „großen historischen Prozesses" angesehen wird, heißt auf der Feindseite ungeheuerliche Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit, die mit dem Tode bestraft werden müßten. Als Beispiel schildert er das Norwegen-Unternehmen von 1940, wofür Großadmiral ***Raeder*** zu lebenslänglichem Zuchthaus oder wie Grenfell sagt, „zum Tode im Gefängnis" verurteilt wurde, von dem im Jahre 1952 die „Amtliche Britische Geschichte des Norwegenfeldzuges" enthüllte, daß bereits im November 1939 unter dem Deckmantel der Hilfe für Finnland die Pläne einer englisch-französischen Invasion Norwegens ausgearbeitet worden waren.

»Die Unschuldsmiene ist ein höchst wertvolles Hilfsmittel für rachelüsterne Sieger und für Haßpropagandisten. Aber man erweist dem Frieden einen schlechten Dienst, wenn man die Geschichte als Maskenzug vorführt und dabei die darunter liegende reine Wahrheit verhüllt, daß eine Nation von Grund auf ebenso böse ist wie die andere und daß Aggressionen in steter Folge zurückreichen bis auf Kain und Abel."

In dem besonders lesenswerten, z. T. für die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs äußerst peinlichen Buch (7) des früheren holländischen Sonderbotschafters und bevollmächtigten Ministers Moritz ***van Vollenhoven***, findet man (auf S. 79) noch den folgenden Hinweis:

„Ein typisches Beispiel der englischen Geistesart: Nach der polnischen Revolution von 1830 bat Alexander Walewski seinen Freund Lord Palmerston anzunehmen, daß man einen Habsburger auf den Thron Polens setze. Palmerston antwortete: ‚Wir fürchten nicht Rußland sondern Frankreich. Wir brauchen ein starkes, mächtiges Rußland, um es in nützlichen Zeiten und Gebieten Frankreich entgegenstellen zu können.' Aus demselben Grunde wird Churchill 1936 zu dem amerikanischen General ***Wood*** gesagt haben: .Deutschland wird zu stark. Wir müssen es vernichten!' Er drückte sich unzweideutig in einem am 21. 6. 1939 im .Paris Soir' erschienenen Aufsatz wie folgt aus: Es liegt ein gut Stück Wahrheit in den Vorwürfen in Bezug auf die gegen die Achsenmächte gerichtete Einkreisung. Es ist gegenwärtig nicht mehr nötig, die Wahrheit zu verbergen."

Darüber schreibt Vollenhoven (auf S. 134):
„Es scheint manchmal, als würde der Londoner Nebel die englische Diplomatie blind werden lassen. Tragischerweise bezahlt die übrige Welt die Kosten dieses Fehlens einer klaren Sicht, weil sich dies alles in Politik umsetzt."

Wie viele Verfasser einschließlich britischer und polnischer erkannte auch van Vollenhoven genau, wie kriegsfördernd die britische Blankogarantie an Polen vom März 1939 wirken mußte. Er nennt sie (auf S. 54) „unbeschränkt und unklug". Churchills späte Einsicht gipfelte in seinem Ausspruch am 30. Juli 1952 im Unterhaus: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet." Vielleicht hat Churchill, der ja schließlich den Krieg gegen Deutschland

wollte, damals auch an einen Brief gedacht, den er am 24. 3.1920 an den damaligen britischen Ministerpräsidenten ***Lloyd George*** geschrieben hatte, in dem es (nach Vollenhoven) hieß:

„Seit dem Waffenstillstand würde meine Politik gewesen sein: Friede mit dem deutschen Volk, Krieg gegen die bolschewistische Tyrannei. Sie haben sich in einer dem Gegenteil sehr nahen Weise verhalten. Die Ergebnisse sind furchtbar. Wir können uns wohl in einem meßbaren Zeitabstand in einem allgemeinen Zusammenbruch und Anarchie in Europa und Asien befinden. ... Sie sollten Frankreich sagen, daß wir mit ihm ein Verteidigungsbündnis gegen Deutschland abschließen werden, wenn, nur wenn es seine Behandlung von Deutschland völlig ändert und loyal eine britische Politik der Hilfe und Freundschaft für Deutschland annimmt."

Das Zitat erinnert an die Überschrift der deutschen Ausgabe der ebenso hervorragenden wie sachlich scharfen Churchill-Kritik des liberalen britischen Parlamentariers Emrys ***Hughes:*** „Ein Mann in seinem Widerspruch." (8).
Das „Heiße Eisen" der Zeitgeschichte, erfreulich zahlreich bei britischen und amerikanischen Veröffentlichungen, findet man auch in zwei Werken (9/10) des britischen Professors Edward Hallet ***Carr.*** Als verantwortungsbewußter, besonders kenntnisreicher Fachmann dachte er weder während des Krieges noch nachher daran, die verfehlte Alleinschuldthese zu vertreten.
Im deutschen zeitgeschichtlichen Schrifttum findet sich eine nähere Übersicht über Einzelheiten, die den britischen Schuldanteil zeigen, z. B. in dem Werk von Udo ***Walendy*** (11) sowie dem zweibändigen Werk von Friedrich ***Lenz*** (12). Schon in seinem Vorwort bringt Lenz das bezeichnende Eingeständnis Neville Chamberlains (als britischer Ministerpräsident) im Unterhaus am 3.10.1939:

„Polen war zwar die direkte Gelegenheit zum Krieg, jedoch nicht die fundamentale Ursache dazu."

Die dokumentarische Gesamtleistung von Lenz ist hervorragend. Sie sollte sachlicherweise auch von denjenigen voll anerkannt werden, die — wie der Verfasser der vorliegenden Übersicht — Lenz in der Ansicht, es gäbe keinen deutschen Schuldanteil, keinesfalls zu folgen vermögen. Lenz bedenkt bei der Vertretung dieser irrigen Ansicht z. B. nicht, welche den Kriegsausbruch fördernde Folgen Hitlers radikales Verhalten in der Judenfrage hatte, wie quellenbelegt u. a. der Darstellung von René ***d'Argile*** entnommen werden kann. Dazu kommen weitere Tatsachen aus Hitlers Taktik und Verhaltensweisen, die auch von den entschiedensten Gegnern der völlig abwegigen antideutschen Alleinschuldthese nicht bestritten werden können und in nicht widerlegbaren internationalen Quellen zu finden sind. Sie näher zu nennen und zu behandeln, würde den Rahmen einer Darstellung sprengen, die dem Ziel dient, mit Hilfe internationaler Quellen bedeutsame außerdeutsche Schuldanteile mithauptverantwortlicher Regierungen und Kreise nach gesicherten internationalen Arbeitsergebnissen kurz als vorhanden nachzuweisen.

Zur Frage des britischen Schuldanteils ist aus dem deutschen Schrifttum z. B. noch die gründliche quellenbelegte Darstellung von Annelies ***von Ribbentrop*** (13) besonders zu nennen. Sie beweist z. B. auch, wie gerade die Bemühungen antihitlerischer deutscher Kreise, die dem Frieden zu dienen hofften, in ihrer Wirkung auf britische Politiker und Staatsmänner den Ausbruch des Krieges förderten!*)

Außerordentlich lesenswert ist ferner für die Beurteilung des Verlaufs der deutsch-britischen Beziehungen im letzten Zeitabschnitt vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs eine Abhandlung von Dr. Helmut ***Metzmacher*** (15). Sie enthält ganz überwiegend gut quellenbelegten fesselnden Tatsachenstoff, verzichtet aber leider nebenbei auch nicht auf einzelne Behauptungen im Stil der bekannten einseitigen politischen Propagandalinie der meisten Mitarbeiter und Freunde des Münchner Instituts für Zeitgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus. Daß es auf beiden Seiten, der britischen und der deutschen, amtliche und halbamtliche Versuche gab, 1939 doch noch den Frieden zu retten, war natürlich schon lange bekannt, aber die Zusammenfassung von Metzmacher ergänzt diese Kenntnis in wertvoller Weise. Doch die Schlüsse, die er daraus zieht, liegen auf der einseitig propagandistischen Linie, die schon oben gekennzeichnet wurde:

„Es war die britische Politik in die unglückliche Situation geraten, sich durch die Garantie an Polen die Hände gebunden zu haben und bei einem zu erwartenden Vorgehen Hitlers gegen Polen unweigerlich in einen Krieg mit Deutschland verwickelt zu werden, während andererseits ein Abkommen mit der Sowjetunion nur zu deren Forderungen zu erreichen war. ... Die Sorgen Chamberlains und seiner Anhänger war, ein großer europäischer Krieg werde letztlich nur dem Kommunismus zugute kommen. Für ihn gab es in einem Krieg ‚bei seiner Tendenz zum Totalen' keine Sieger, nach seiner Ansicht mußte er mit einer ‚Selbstzerfleischung' enden."

Sehr selbstsicher klingend schließt Metzmacher mit den folgenden Worten:
„Da die britische Regierung eine friedliche Lösung suchte, Hitler aber den Krieg wollte, bestand keine Aussicht auf eine Erörterung der gebotenen, sicher großen Möglichkeiten des Programms einer deutsch-englischen Zusammenarbeit."

Dieser Standpunkt ist längst in sachlichen Darstellungen von deutscher und außerdeutscher Seite, wie unsere Schrift in zahlreichen Beispielen belegt, als einseitig und irrig widerlegt. Man stelle sich nur einmal die Frage, wer die Garantie an Polen gegeben hat und welchem (friedlichen) Zweck: sie wohl diente.

*) Das Buch bietet ebenso wie Grenfell und das übrige einschlägige Schrifttum wertvolle Beiträ|e zum Nachweis der verhängnisvollen Kriegstreiberrolle eines der für die britische Außenpolitik lange besonders einflußreich gewesenen unsachlichen Deutschenhassers, der diese Linie erst viel zu spät nach dem Zweiten Weltkrieg z. T. nicht mehr aufrecht erhielt, nämlich Lord Robert Vansittards. Nur bösartige Unsachlichkeit kann den Wert der mit wissenschaftlicher Genauigkeit von der Verfasserin zusammengestellten und gedeuteten Belege durch den Hinweis abzuwerten suchen, daß sie die Witwe des durch die Nürnberger Prozesse der Scheingerichtsbarkeit der Siegermächte umgebrachten deutschen Außenministers ist und daher den Tatsachen nicht gerecht werden könne. Darüber hinaus zahlreiche dokumentarische Belege zum britischen Schuldanteil, so in Bezug auf Lord Vansitcard und Winston Churchill, bringt auch mit den zugehörigen Schrifttumsnachweisen Helmut Sündermann (14).

An deutschen Arbeiten sei noch die Schrift Ludwig ***Lebers*** (16) genannt. Sicher sind solche Schriften, die einseitig die dunklen Seiten der Vergangenheit eines Landes herausstellen, gegen jeden Staat mit einer bedeutenden, langen Geschichte schreibbar. Sie haben ihre abzulehnende Einseitigkeit. Dennoch muß von sachlichen Lesern gleichviel welchen Volkstums anerkannt werden, daß das genannte Buch zum Beleuchten des wirklichen britischen Schuldanteils am Entstehen des 1. und des 2. Weltkriegs eine Reihe unwiderlegbarer Zitate enthält, die hauptsächlich aus dem amerikanischen und britischen Schrifttum stammen.

Auch bei ***Mehnert*** (17) finden wir erstklassige Feststellungen und Vorschläge, aber auch einige schwerwiegende Fehler, so in Bezug auf die Zukunft Ostdeutschlands ostwärts der Oder und Neiße und den Anlaß des Beginns des deutsch-sowjetischen Krieges im Juni 1941. Dort lesen wir:

„Stalin erwartete, der Ideologie getreu, den großen Selbstvernichtungskrieg der Kapitalisten und ermutigte Hitler durch den Pakt vom August 1939 ihn auszulösen. Die englische, in ihrem Gefolge auch die französische Regierung, nährte bei Hitler durch Konzessionen, bis einschließlich München, die Illusion, er würde mit seiner Politik bewaffneter Erpressung weitere Erfolge haben, und ermutigte ab März 1939, in jähem Kurswechsel, die Polen, jede Konzession abzulehnen, die den Frieden, vielleicht, noch hätte bewahren können. Roosevelt, entschlossen, die faschistischen Mächte zu .stoppen', trieb die Engländer auf den Weg des Widerstands voran und begann mit dem Schießbefehl gegen deutsche U-Boote den Krieg, noch ehe ihn Hitler erklärte."

Mehnert gehört, wie sein neues Buch klar bestätigt, zu den steten besonders entschiedenen Gegnern Hitlers, und als Wissenschaftler und einstiger Hochschullehrer in den USA während eines Teils der Zeit der Präsidentschaft Roosevelts, zu den besonders guten Kennern der damaligen Vorgänge in den USA. Mehnerts Ausführungen (S. 122 f.) helfen, die Unaufrichtigkeit gewisser Propagandisten der britischen Kriegsparteiler aus der Zeit vor dem 2. Weltkrieg, während seiner Dauer und danach richtig zu beleuchten.

„Wie stark in England das Bewußtsein geworden war, daß man zum Aufstieg Hitlers beigetragen hatte, indem man in und nach Versailles Frankreich zu viel freie Hand gegen Deutschland ließ, wird in einem vor wenigen Jahren in London erschienenen, viel beachteten Buch dargelegt. (18)

.Hitlers Explosionen wurden nicht als Toben eines bösen Menschen angesehen, sondern als die verständlichen Klagen eines Mannes, dem Unrecht geschehen war.'
Man mußte also nur das Unrecht von Versailles beseitigen und Hitler jede Art von Gleichberechtigung zugestehen, um seine Wandlung zu einem vernünftigen und maßvollen Partner zu bewirken. Der Herausgeber des ‚Observer' zum Beispiel war Hitler gegenüber bereit, die ganze Donau zu einem deutschen Fluß zu machen, wie der Missisippi ein Fluß der Vereinigten Staaten sei. Der große Universalhistoriker Arnold ***Toynbee*** war noch 1936 überzeugt, daß Hitler .ehrlich den Frieden in Europa wollte'. Appeasement, diese mit .Beschwichtigung' nur unvollkommen übersetzte Formel für die nachsichtige Haltung Londons gegenüber Hitler, wurde mit dem Einzug Neville

Chamberlains in die Downing Street*) ab 1937 zur offiziellen Politik. Der britische Botschafter in Berlin, Neville Henderson, sagte im Juni 1937 seinem amerikanischen Kollegen, Deutschland müsse Europa beherrschen, England — mit den USA — die hohe See, zusammen würden Deutschland und England die Welt lenken (19). Und selbst Winston Churchill, der diese Politik stets bekämpfte, (und damit am Ende recht behalten sollte), zollte Hitler persönlich öffentliche Anerkennung.":
,Die Geschichte dieses Kampfes (Hitlers) kann man nur mit Bewunderung lesen — für den Mut, für die Ausdauer, die vitale Kraft, die ihn in den Stand setzten, alle Machthaber oder Widerstände, die sich ihm in den Weg stellten, herauszufordern, ihnen zu trotzen, sie zu versöhnen oder zu überwinden.' (20)

Im Anschluß an diese Ausführungen (Mehnerts) fehlt bei ihm eine zeitliche und sachliche Analyse der Ansichtsänderungen bei Chamberlain und ***Halifax.*** Zu dieser muß u. a. ein Herausarbeiten der Tatsache gehören, durch welche Verhaltensweisen der Kriegsparteiler bzw. außerdem noch weitere Gründe Chamberlain schon vor Hitlers Erscheinen in Prag zu einer verhängnisvoll kriegsbejahenden Änderung seiner Absichten kam.
Dagegen stellt Edwin Hennig (21) sehr klar den Schuldanteil Englands.
„Ende 1938 bereits erklärte ihm ***(Filcbner)*** Botschafter Henderson mit der Bitte um Weitergabe an das Auswärtige Amt in Berlin":
,Wenn sich die deutsche Regierung nicht entschließen sollte, auf gewisse Wünsche der Britischen Regierung betreffs Leitung wichtiger Ministerien einzugehen, würde das Krieg bedeuten.' (22)
Später (S. 124) heißt es dann weiter:
„Ganz wesentlich tiefer freilich stehen Äußerungen wie das schamlose Eingeständnis des Zynikers Churchill 2 Monate nach Pearl Harbor (23):
,Das ist, wovon ich geträumt, wofür ich gearbeitet, wonach ich gestrebt habe — und nun ist es soweit.'
Kann ein Kriegsverbrecher von Riesenausmaßen sich stärker demaskieren?"
Hennig kritisiert Hitler nicht weniger scharf. Es kann ihm wie allen in dieser Ubersicht genannten Verfassern niemand, der sachlich sein will, nachsagen, es ginge ihnen einseitig um das Verurteilen nichtdeutscher Schuldiger bzw. um eine Mohrenwäsche für deutsche Verbrechen.

Über die letzten Tage und Stunden vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ist in dem Abschnitt „Der polnische Schuldanteil..." ausführlich berichtet worden, so auch über den englischen Anteil daran, so daß dieser Teil hier ausgelassen werden kann. Aber eine Stimme mag hier noch eingefügt werden, weil ihr Verfasser Sven ***Hedin*** Deutschland und die Stimmung in Deutschland zu jener Zeit besonders gut kannte (24):
„In London ist behauptet worden, daß der deutsche Vorschlag so spät abgesandt wurde, daß die Warschauer Regierung gar nicht darauf antworten konnte. Der deutsche Einmarsch in Polen sei so schnell erfolgt, daß der ganze Vorschlag wahr-

*) Sitz des brit. Ministerpräsidenten in London.

scheinlich nicht ernst gemeint war. Diese Behauptung ist unwahr. Der Londoner ‚Daily Telegraph', eine dem Foreign Office nahestehende Zeitung, hat in der Abendausgabe vom 31. August 1939 einen Bericht über Beratungen im englischen Kabinett veröffentlicht. In diesen sei zur Sprache gekommen, daß dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, vom deutschen Reichsaußenminister die deutschen Vorschläge über eine friedliche Beilegung des deutsch-polnischen Konflikts übermittelt worden seien. Er habe sie sofort nach London weitergemeldet, da sich die britische Regierung bereit erklärt hatte, die Vermittlung zu übernehmen. Das Londoner Kabinett habe das deutsche Memorandum nach Warschau weitergeleitet und die polnische Regierung habe nach seinem Empfang die Generalmobilmachung angeordnet."

„In London hat der Bericht des ‚Daily Telegraph' große Bestürzung hervorgerufen, denn man war dort — mit Roosevelts Zustimmung — entschlossen, die Schuld am Ausbruch des Krieges nach dem Vorbild von 1914 Deutschland zuzuschieben. Im britischen Blaubuch über den Kriegsausbruch und in den Erinnerungen Sir Neville Hendersons (25) ist dieser Entschluß durchgeführt worden."

„Die unbeabsichtigte Wahrheitsliebe des ‚Daily Telegraph' wurde dadurch zu vertuschen gesucht, daß die genannte Abendausgabe beschlagnahmt und die Redaktion veranlaßt wurde, eine zweite Spätausgabe herauszubringen, in deren Bericht über die Kabinettssitzung der für die britische Regierung so peinliche Satz über die polnische Generalmobilmachung ***nach*** Erhalt des deutschen Vorschlags entfernt war. Das Foreign Office hat aber nicht verhindern können, daß die erste Ausgabe des ‚Daily Telegraph' mit der Mitteilung bereits in die Hände einiger Menschen gekommen war, die sich für die wahren Umstände interessierten."

Über den britischen Schuldanteil sei hier noch nach der deutschen Ausgabe von Emrys Hughes Churchill-Buch eine Feststellung wiedergegeben:

„Vermutlich hätte Churchill in den Tagen von München gegen Deutschland losgeschlagen. Die Verteidiger Chamberlains gaben zu bedenken, daß er dann gegen den ausdrücklichen Rat des französischen Generalstabs gehandelt hätte und daß Großbritannien wie Frankreich damals auf einen großen europäischen Krieg nicht vorbereitet gewesen seien.

Chamberlain verfolgte die Taktik, mit Hitler im Gespräch zu bleiben und die Appeasement-Politik fortzusetzen. Churchill war bereit, das Hasardspiel des Krieges zu wagen, ob die Wiederaufrüstung nun abgeschlossen war oder nicht."

Es ist bemerkenswert, daß hier von taktischen Erwägungen Chamberlains und seiner Freunde die Rede ist, aber nicht von einem grundsätzlichen Friedenswillen.

Der Wille, den Krieg herbeizuführen, für den britische Persönlichkeiten unheilvoll mitverantwortlich, waren, erhielt im letzten Zeitabschnitt vor dem 2. Weltkrieg eine wesentliche Stütze durch Berichte über eine angeb-

liche Aussicht, Deutschland könne leicht geschlagen und in Deutschland unschwer eine Revolution gegen das damalige Regime hervorgerufen werden. Derartige verantwortungslos das Entstehen des harten, opferreichen Krieges fördernde Fehlnachrichten kamen in einem bedeutenden Ausmaß von unkritischen ***deutschen*** Feinden des damaligen deutschen Regimes. Klare Beweise dafür bringt in sachlicher wissenschaftlicher Form Annelies ***von Ribbentrop*** in ihrem 1974 nach ihrem Ableben durch Rudolf von Ribbentrop herausgegebenen Werk (26). Die für die Freigabe der betreffenden amtlichen Unterlagen verantwortlichen britischen Persönlichkeiten haben sich durch diese Unterstützung der um das Ermitteln und Verbreiten der vollen geschichtlichen Wahrheit bemühten Art der Zeitgeschichtsforschung ebenso ein bleibendes Verdienst erworben wie Annelies von Ribbentrop durch ihre zuverlässige Auswertung dieser Quellen.

1971 erschien ein Buch von Otto Werner (27). Es enthält den Nachweis einer erheblichen Anzahl unwiderlegbarer Quellen, welche der Kürze halber in der vorliegenden Untersuchung nicht genannt sind, jedoch ihre Ergebnisse bestätigen. Um die Grundeinstellung Werners zu der von ihm übernommenen Aufgabe zu kennzeichnen seien hier einige Ausführungen aus seinem einleitenden Abschnitt „Vorbemerkung" nach der Seite 5 wiederholt:

„In diesem Buche soll die Wahrheit über Englands Kriegspolitik gegen Deutschland und das deutsche Volk dargestellt werden. Obwohl es viele Menschen gibt, die an eine Kriegsabsicht Englands gegen Deutschland nicht glauben, so werden dennoch die folgenden Untersuchungen das Gegenteil des Irrglaubens beweisen. Es hätte weder einen Abschluß der Sudetenkrise mit dem Münchener Abkommen noch die Besetzung von Böhmen und Mähren gegeben, wenn England und Frankreich 1938 so stark gewesen waren, daß England seinen geplanten Präventivkrieg mit Aussicht auf Erfolg hätte führen können. Es wird sich zeigen, daß Englands Bemühungen um die Erhaltung des Friedens im Jahre 1938 und auch noch 1939 ganz allein von der Absicht geleitet wurden, Zeit für die Vorbereitung des beschlossenen Krieges gegen Deutschland zu gewinnen. In der Zeit der sogenannten Friedenspolitik Englands spielen die Sudetenkrise mit dem Münchener Abkommen und die Besetzung von Böhmen und Mähren im Jahre 1939 eine große Rolle. Über alle drei Ereignisse sind viele geschichtlich unhaltbare Behauptungen und Berichte verbreitet worden, die geeignet sind, das deutsche Volk mit einer nicht vorhandenen Schuld zu beladen. Dieses Buch soll kein Versuch sein, Hitler und sein Handeln zu rechtfertigen. Der Verfasser will Tatsachen und Ereignisse in der kritischen Zeit so darstellen, wie sie wirklich waren. ..."

Werner noch:

„Gleichfalls von Bedeutung ist das Buch ‚Sven Hedin' des schwedischen Historikers Rütger ***Essen.*** Dieses Buch weist nach, daß dem großen schwedischen Forscher

und Geographen als gutem Europäer während der ganzen nationalsozialistischen Ära in Deutschland stets eindringlich die Notwendigkeit eines englisch-deutschen Zusammenwirkens im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens vor Augen stand; daß Hitler immer für eine solche Zusammenarbeit eingetreten ist und daß englische Unversöhnlichkeit und englische Intrigen die Zerstörung der Friedenshoffnungen einer ganzen europäischen Generation zur Folge hatten." (Nach Harry E. Barnes a.a.O. S. 20).

Sven Hedins anderes Buch (30) zeigt die Bemühungen nach allen Seiten auf, gute deutsch-englische Beziehungen im Dienste einer vorausschauenden Friedenspolitik zustande zu bringen. Das trifft auch zu auf Äußerungen bekannter britischer Persönlichkeiten an Sven Hedin, so z. B. ***Lord Dawson of Penns.*** (Seite 41). Dieser behauptete sogar, stark verallgemeinernd: ***„Alle*** Engländer denken so wie ich", im Hinblick auf gewisse ultimativ gegen Deutschland gerichtete Ansichten. Auf Seite 44 wird eine Äußerung Sven Hedins aus der Zeit von vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges über die äußerst großen, Europa bedrohenden Gefahren mitgeteilt:

„Ein geschlagenes Deutschland bedeutet nach meiner Auffassung das öffnen der Tore für das grenzenlose Asien, dessen unübersehbare Horden und damit den Untergang der westlichen Kultur."

Andere Teile seines Buches zeigen den krassen Gegensatz zu den in Ostfragen leichtfertig urteilenden britischen Kriegstreibern. Sven Hedin hielt das Vordringen einer etwa siegreichen Sowjetunion schon zu seiner Zeit für den Beginn einer tragischen Entwicklung. Nebenbei bemerkt war er aber auch keineswegs unkritisch gegenüber verhängnisvollen bzw. gefährlichen Verhaltensweisen Hitlers und anderer Nationalsozialisten, so in der Judenbehandlung und Kirchenpolitik.

Dies bewies auch schon Hedins 1937 in Stockholm erschienenes Buch Väreldsfreden (28). Das wird hier deshalb hervorgehoben, um Gegnern von Sven Hedins tatsachengerechten Erkenntnissen bei Deutschland betreffenden Fragen den Einwand als verfehlt nachzuweisen, Sven Hedin sei wirklichkeitsfremd pronationalsozialistisch eingestellt gewesen. Dies wurde in der Weltpresse hier und da behauptet. Auch sein mannhaftes Eintreten für eine ändernde Verbesserung des deutschen Besatzungsregimes in Norwegen paßt zu der richtigen Wertung dieses großen humanitären Schweden.

Im schärfstem Gegensatz zu Hedins steter Gerechtigkeit versuchte dagegen, wie sehr viele andere Verfasser der verschiedensten Volkszugehörigkeit, der bekannte britische Publizist Lindley ***Fräser*** in seinem 1947 deutsch in der

Schweiz erschienenen Buch völlig im Stil der berüchtigten, auch durch sachliche Briten entschieden kritisierten, Kriegspropaganda alle Schuld der Vorkriegs- und Kriegszeit einseitig der deutschen Seite anzulasten. Leider fiel darauf auch Fräsers Schweizer Verleger herein, wenn er auch in seinen Geleitworten folgendes unterstrich:

„Fräser wird bei vielen Deutschen auf scharfen Widerstand stoßen, und zwar keineswegs nur bei Nazis sondern auch bei Leuten, die gegen die Hitler-Diktatur unter Einsatz ihres Lebens gekämpft haben."

Grotesk dagegen ist die ahnungslose Überheblichkeit, mit welcher der bekannte deutsche Philosoph Prof. Dr. Karl ***Jaspers*** in seiner 1947 in Zürich erschienenen Schrift „Die Schuldfrage" alle schon damals bekannten Quellen ausklammert und z. B. beschönigend schrieb:

„Die Engländer machen eine auch moralische Politik. Die Engländer können nicht hemmungslos jeden politisch wirkungsvollen Entschluß fassen. Sie wollen den Frieden. Sie wollen jede Chance, ihn zu erhalten noch nutzen, bevor sie zum Äußersten schreiten."

Wie abwegig dieser gefährlich wirklichkeitsfremde Glaube eines politischen Träumers ist, bestätigen eindrucksvoll die Erinnerungen des Schweden Birger ***Dahlems*** in seinem bekannten Buch (s. Lit.-Verz.) (Neue Auflage München 1973). Dahlerus beschreibt darin seine in Verbindung mit Göring betriebenen Bemühungen, als Mittelsmann die britisch-französische Kriegserklärung an Deutschland zu verhindern, die schließlich in letzter Minute scheiterten, weil verschiedene britische Politiker dies nicht wollten*).

Auch sei in diesem Zusammenhang an Commander Rüssel ***Grenfell*** erinnert, der während des Zweiten Weltkriegs Leiter des Schiffsbauplanungsamtes der Kriegsmarine war. (S. brit. Schuldanteil (6)).

„Obwohl es oft verkündet wurde, daß Deutschland den Krieg von 1939 begann, so ist doch nicht wenigen Engländern im innersten Herzen recht unbehaglich bei dem Gedanken, daß die englische Kriegserklärung an Deutschland so lange keine zweifelsfreie Defensivmaßnahme war, als kein feindseliger Akt gegen spezifisch englische Interessen vorlag." (Seite 144). „Je mehr wir über Hitler wissen, um so weniger ist sicher, daß er je einen Angriff auf England beabsichtigte. ... In der Tat hat Captain Liddel Hart äußerst wichtiges Beweismaterial dafür vorgelegt, daß Hitler wahrscheinlich England nicht angegriffen hätte, wenn Englands Kriegserklärung nicht gekommen wäre." (Seite 141). „Wir stehen also vor der erschüt-

*) (S. Lit. brit. Schuldanteil (26), wo gerade die Mission von Dahlerus eine neue Deutung erfährt.)

ternden Schlußfolgerung, daß die englische Kriegserklärung von 1939 möglicherweise auf einer falschen Annahme schlimmster Art beruht hat. Wenn aber Hitler Englands Unterwerfung wirklich nicht wünschte, so wird die umfassendere Anklage gegen ihn, er gehe auf Weltherrschaft aus, noch unwahrscheinlicher." (Seite 147).

Würde Grenfell noch leben und die wesentlichen seit seinem Buch erschienenen quellenbelegten Veröffentlichungen zur Kriegsursachenfrage kennen, so würde er in einer etwaigen Neuauflage zweifellos sein oben zitiertes „wahrscheinlich" durch „sicher", „möglicher Weise" durch „bestimmt" und „falschen Annahme schlimmster Art" durch „falsche Behauptung schlimmster Art" ersetzt haben sowie „unwahrscheinlicher" durch „unglaubwürdiger" bzw. durch andere Formulierungen auf dieser voll tatsachengerechten Linie. Auch hierzu muß auf A. v. Ribbentrops neues Buch hingewiesen werden, wo gerade die Unterstützung der britischen Kriegspolitik durch deutsche Widerständler aus britischen Quellen belegt wird.

Was den britischen Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs betrifft, sei auch der folgende Hinweis aus Gerhard Breneckes Buch (s. Lit. Verz.) wiederholt: „Halifax schreibt in seinen Erinnerungen, daß er bereits 1936 zu einem Krieg zwischen England und Deutschland in naher Zukunft entschlossen gewesen sei (a.a.O. S. 117)."

Der britische Jurist und Zeitgeschichtler F. J. P. ***Veale*** schrieb einen packenden, kurzen Tatsachenbericht, der deutsch am 4. Januar 1974 in der „Schlesischen Rundschau" in München unter der Uberschrift „Das Münchener Abkommen und Neville Chamberlain" erschien. Dem Inhalt ist zu entnehmen:

„Zwei Feststellungen über das Münchener Abkommen können ohne Gefahr des Widerspruchs getroffen werden: Die erste, die Nachricht von der Unterzeichnung ist von der großen Mehrheit des britischen Volkes mit tiefer Befriedigung und Erleichterung aufgenommen worden. Viele glaubten, daß ‚der Friede in unserer Zeit', um Mr. Neville Chamberlains triumphierenden Ausdruck zu gebrauchen, tatsächlich erreicht wurde. Ein paar Monate hindurch herrschte fast so etwas wie die Wiedergeburt des Geistes von Locarno aus dem Jahre 1925."

„Ebenso unwidersprochen ist die Behauptung, daß eine starke und ausgeprägte Minderheit die Nachricht, daß der Krieg verhindert worden war, mit tiefer Enttäuschung und mit wildem Ärger aufnahm. Die Aussicht eines unmittelbar bevorstehenden Krieges mit Deutschland war mit unverhohlener Freude von zwei mächtigen Säulen der britischen öffentlichen Meinung begrüßt worden."

„Zuerst waren einflußreiche britische Kreise, die besondere Sympathien für die Verfolgten in Deutschland empfanden, scharf gegen jeden Kompromiß mit Hitler, wie günstig auch immer die Bedingungen dieses Kompromisses sein mochten. Von ihrem Standpunkt aus betrachtet war tatsächlich ein ungünstiger Kompromiß vorzuziehen, weil es wahrscheinlich war, daß er ehestens zusammenbrechen müßte, während ein günstiger Kompromiß unendlich anhalten konnte: Der schlimmste

Ausgang der in München stattfindenden Verhandlungen würde eine anständige Regelung aller strittigen Fragen sein, die Europa in einen neuen Krieg zu stürzen drohten, weil so eine Regelung Hitler und seinem nationalsozialistischen Regime die ungestörte Herrschaft über Großdeutschland vielleicht für viele Generationen belassen würde."

Wer an die über 40 Millionen Tote denkt, die der Krieg kostete und alle seine sich in der heutigen Lage Deutschlands und der Welt sowie der einzelnen Völker Europas und europäischer Herkunft sich widerspiegelnden Folgen denkt, möge selbst sachlich entscheiden, ob der britische und die sonstigen Kriegsschuldanteile nachträglich zu begrüßen sind oder nicht!

Beachtenswerte Hinweise zum britischen Schuldanteil ergeben z.B. auch die Tagebucheintragungen des patriotisch nordamerikanischen damaligen Obersten der Luftstreitkräfte der USA Charles Lindbergh (29), deren Inhalt in den Vereinigten Staaten stark beachtet wird.

Er beweist u. a., daß Lindbergh ein Freund des Friedens war und sich neben seinen militärischen Aufgaben während seiner dienstlichen Tätigkeit in England, Frankreich und Deutschland ganz aus eigener Verantwortungsfreude im Gegensatz zur Politik der von Präsident Franklin Delano Roosevelt geführten USA-Regierung für die Bewahrung des Friedens zu wirken versuchte. Dabei tat er auch sein Möglichstes, eine von ihm erhoffte Verständigung Großbritanniens und Frankreichs mit Deutschland gegenüber hochgestellten Persönlichkeiten der beiden Länder in Gesprächen mit ihnen und eigenen praktischen Vorschlägen zu fördern. Daß er dabei scheitern mußte, verursachte die Schuld der einen Zweiten Weltkrieg erstrebenden Kreise in England, den USA und Frankreich.

Der Kürze halber seien hier aus seiner genannten umfangreichen Veröffentlichung nur seine folgenden besonders auf England und zusätzlich z. T. auf Frankreich bezüglichen Feststellungen wiedergegeben:

1. Vom 23. Juni 1938 aus London (Seite 35-36):
„In einem Konflikt zwischen Frankreich, England und Rußland auf einer Seite gegen Deutschland auf der anderen, würde Deutschland unmittelbar die Luftüberlegenheit haben. Selbst wenn das gegenwärtige französische Programm während der nächsten zwei Jahre durchgeführt wird, wäre eine verhältnismäßig kleine Zahl von Flugzeugen für den Dienst verfügbar. Deutschland hat eine sehr große Luftwaffe entwickelt, während England geschlafen und Frankreich sich mit seinem russischen Bündnis getäuscht hat."

Es ist bezeichnend, daß Lindbergh schon 1938 das ihre Ideale preisgebende spätere Kriegsbündnis der Demokratien aus der Front der westlichen Feinde Deutschlands mit dem brutalen Unterdrückern jeder echten Demokratie aus dem Führungskreis der Sowjetunion richtig vorausahnte.

2. Vom 9. September 1939 aus London (Seite 70):

„Die Gelegenheit, die Ausdehnung von deutscher Kontrolle nach Osten zu stoppen, ging vor mehreren Jahren vorbei. Ein Versuch, jetzt so zu handeln, würde Europa in ein Chaos stürzen. Es würde viel schlimmer sein als der letzte Krieg und voraussichtlich in einem kommunistischen Europa enden."

3. Vom 21. September 1938 aus London (Seite 72):

„Mittagessen mit dem USA-Botschafter Kennedy und Mrs. Kennedy. Ich sprach nach dem Mittagessen eine Stunde lang mit Kennedy. Wir erörterten die Krise sowie die Luftwaffen und allgemeine militärische Lage in Europa. Jeder in der Botschaft ist äußerst beunruhigt. Hitler ist offenbar bereit, in die Tschechoslowakei einzurücken und hat seine Divisionen an der Grenze. Hitler berichtete Chamberlein (gemäß Kennedy), daß er, Hitler, wenn nötig einen Weltkrieg wagen würde. Kennedy sagt, daß England bereit ist, zu kämpfen, sogar obwohl es nicht vorbereitet ist. Chamberlain erkennt die verheerenden Folgen eines Krieges mit Deutschland zu dieser Zeit und macht jede Anstrengung, ihn zu vermeiden. Die englische Meinung stößt ihn aber in den Krieg."

Daß Hitler sich wirklich so, wie Botschafter Kennedy glaubt, zu Chamberlain geäußert hat, scheint jedoch kaum anzunehmen, da Hitler immer wieder hoffte, wie viele Quellen einwandfrei beweisen, gerade einen ***Weltkrieg*** vermeiden zu können. .

„Es ist eine schreckliche Lage. Die Engländer sind in keiner ***Form*** für Krieg. Sie stellen sich nicht vor, womit sie konfrontiert sind."

4. Vom 24. September aus London (Seite 74):

„Ich kann Hitler nicht zu stark tadeln, daß er Frankreich und England etwas beunruhigt macht, aber ich kann nicht glauben, daß er wegen der jetzigen Lage Europa in einen größeren Krieg stürzen will."

5. Vom 26. September 1938 aus London (Seite 76):

„Wieder sind die Engländer bereit, für ihre Grundsätze zu kämpfen und jede Urteilskraft in den Wind zu schlagen sowie in einem gewissen Sinne die wichtigen Fragen der europäischen Zivilisation selbst." ...

6. Vom 27. September 1938 aus London (Seite 77-78), über ein Gespräch mit dem früheren britischen Ministerpräsidenten Lloyd George:

„Er fühlt Krieg als jetzt unvermeidbar. Ich versuche ihn zu überzeugen, daß er mindestens verschoben werden müsse. Er sprach von der Schwäche der gegenwärtigen Regierung und einer . Reihe von Fehlern, die sie begangen hatte. In dem letzten Gesprächsteil ging er auf 1918 zurück. Lloyd George sprach mehrmals vom ‚Prestige der Demokratie' und sagte, er bezweifle, daß es nach Abessinien, Spanien, Österreich usw. einem weiteren Rückzug standhalten könne. Er deutete an, daß

ein Krieg jetzt mit einem schnellen Sieg für Deutschland in der Tschechoslowakei enden könne, bevor Frankreich und England richtig zu kämpfen anzufangen vermögen. Er dachte, wenn dies geschähe, würde das englische und französische Volk nicht willens sein zu kämpfen, um die Tschechoslowakei zurückzubekommen. Sein Urteilen schien mir in dieser Beziehung und verschiedenen anderen von ihm vorgebrachten Gesichtspunkten nicht sehr klar zu sein."

Diese Mitteilung von Lindbergh ist kennzeichnend für die Leichtfertigkeit damaliger einen Krieg erstrebender britischer Persönlichkeiten.

Im Gegensatz zu den Irrtümern und dem Kriegswillen von Lloyd George steht aber sein danach folgendes Eingeständnis zu Lindbergh „Benesch ist verantwortlich für vieles der in der Tschechoslowakei bestehenden Störung. Danach fährt Lindbergh in seiner zuverlässigen Berichterstattung über sein Gespräch mit Lloyd George wie folgt fort:

„Lloyd George sprach von dem Mangel an Führern in den gegenwärtigen Demokratien. Er sagt, das Nazisystem sei gerade so schlecht wie das russische System. Er scheint keine Unterschiede für England zwischen einem Bündnis mit dem europäischen Deutschland und dem asiatischen Rußland anzuerkennen. Offensichtlich macht er sich keine Sorgen über die Wirkung Asiens auf die europäische Zivilisation." ...

So erfreulich ist, daß Lindbergh die sowjetische Gefahr für die ganze Welt schon damals voll erkannte, erscheint die — auch international bei nicht wenigen Verfassern übliche Belegung der barbarischen Seiten des sowjetischen Systems und seiner Planungen kurzweg mit dem Ausdruck asiatisch im Hinblick auf die asiatischen Gegner des Sowjetismus, die sich dadurch verletzt fühlen können, unangebracht.

7. Vom 28. September 1938 aus London (Seite 79) über ein Gespräch mit Tom Jones von der USA-Botschaft in London:

„Tom Jones hat für bessere Beziehungen zwischen England und Deutschland gearbeitet, aber sehr wenig Unterstützung von der englischen Regierung gefunden. Es scheint, daß Baldwin und Eden für viele der gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich sind."

8. Vom 1. Oktober 1938 aus London (Seite 84):

„Wenn andererseits Frankreich und England nur fortfahren, mit Deutschland um die Wette zu rüsten, bewegen wir uns in der Richtung auf einen allgemeinen Krieg in der Zukunft. Es ist für keine der beiden Seiten durch Krieg irgend etwas zu gewinnen. Krieg ist manchmal notwendig, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Europa würde er katastrophal sein. Europa darf nicht gegen sich selbst geteilt werden."

Lindbergh zeigt in seinen Aufzeichnungen mit voller Klarheit, daß er bei allem Willen in seiner Wirkenszeit vor der Beteiligung der USA am Krieg auch Deutschland gerecht zu beurteilen keineswegs unkritisch gegenüber

Mißständen und politischen Fehlern im damaligen Deutschland war, so z. B. in Bezug auf die Judenfrage (s. z.B. S. 115). Um so mehr Gewicht haben die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung bestätigenden Tagebuchberichte.

9. Vom 31. März 1939 aus London (Seite 171):
„Ich mag die gegenwärtigen Tendenzen in Europa nicht leiden. Wenn England und Frankreich versuchen, Deutschlands Bewegung ostwärts zu stoppen, wird Krieg sein, ein Krieg, in dem England und Frankreich anzugreifen haben. Das würde den Verlust von vielen der besten Männer in Europa bedeuten. Ein allgemeiner Krieg jetzt würde katastrophal sein, doch kommt er näher und wird von vielen Leuten für unvermeidbar gehalten."

Literaturverzeichnis

(1) ***Marhefka,*** Edmund, „Die Herren dieser Welt: Das Problem der Macht". Berlin 1958. Jetzt München.

(2) ***Grimm,*** Hans, „Warum — Woher — aber Wohin, vor, unter und nadi der geschichtlichen Erscheinung Hitler". Lippoldsberg 1954.

(3) ***Germanus,*** „Bilanz der Unterwerfung. Deutsche Entscheidungen morgen". Leoni 1967.

(4) ***Lidell-Hart,*** B. H., „Die wahren Ursachen des Krieges". 1946; „Warum lernen wir denn nichts aus der Geschichte?" Zürich 1946.

(5) S. Lit. Einl. Nr. (14).

(6) ***Grenfell,*** Rüssel, „Unconditional Hatred". New York 1953. Dt.: Bedingungsloser Haß: Die deutsche Kriegsschuld und Europas Zukunft. Tübingen 1954.

(7) S. Lit. Sowjetische Schuld Nr. (16).

(8) ***Hughes,*** E., „Churchill — Ein Mann in seinem Widerspruch". Tübingen 1959.

(9/10) ***Carr,*** Edward Hallet: „Condition of peace" (Friedensbedingungen). London 1942 und „The twenty years crisis 1919—1939. An introduction to the study of international relations" (Die Krise der zwanzig Jahre 1919—1939. Eine Einführung in das Studium der internationalen Beziehungen

(11) ***Walendy,*** Udo, „Wahrheit für Deutschland. Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges". Vlotho 1965.

(12) ***Lenz,*** Friedrich, „Nie wieder München. Dokumentarische Chronik zur Klärung der Kriegsschuldfrage, Band I. Chronologischer Text. Band II. Dokumente und Pressespiegel". Heidelberg 1964.

(13) ***v. Ribbentrop,*** Annelies, „Deutsch-englische Geheimverbindungen. Britische Dokumente der Jahre 1938 und 1939 im Lichte der Kriegsschuldfrage". Tübingen 1967.

(14) ***Sündermann,*** Helmut, „Alter Feind — was nun? Wiederbegegnung mit England und Engländern". Leoni 1956.

(15) ***Metzmacher,*** Helmut, „Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939" in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 4, Jahrgang 1966.

(16) ***Leber,*** Ludwig, „England als Weltbeglücker in Bildern und Bekenntnissen. München 1964.

(17) S. Lit. Frankreichs Schuld Nr. (2).

(18) ***Gilbert,*** Martin, und ***Gott,*** Richard, „The Appeasers". London 1963.

(19) S. Lit. Frankreichs Schuld Nr. (28).

(20) ***Churchill,*** W. S., „Grand Contemporaries (Große Zeitgenossen). London 1937.

(21) S. Lit. Frankreichs Schuld Nr. (18).

(22) ***Filchner,*** Wilhelm, „Ein Forscherleben". Wiesbaden 1950.

(23) Nach George M. ***Crocker,*** „Roosevelts road to Russia" — Schrittmacher der Sowjets. Tübingen 1960, S. 76.

(24) S. Lit. Polens Schuld Nr. (14).

(25) s. Lit. Polens Schuld Nr. (8)

(26) ***v. Ribbentrop,*** Annelies, „Die Kriegsschuld des Widerstandes. Aus britischen Geheimdokumenten 1938/39". Leoni 1974.

(27) ***Werner,*** Otto, „Englands Kriegsschuld gegen Deutschland". Lochham 1971.

(28) ***Hedin,*** Sven, „Väreldsfreden". Stockholm 1937.

(29) ***Lindbergh,*** Charles, „Kriegstagebuch 1938-1945". Wien 1972 (War time journals of Charles Lindbergh).

Jaspers, Prof. Dr., Karl, „Die Schuldfrage". Zürich 1947

(30) ***Hedin,*** Sven, „Utan updrag i Berlin" (Ohne Auftrag in Berlin'. Stockholm 1947.

Weiteres Schrifttum:

Montgomery Belgion, „Epitaph on Nuremberg". London 1946 und „Victors justice." New York 1954; Sir Ernest ***Bennet*** „Vision in Nuremberg" am 9. 8. 1946 in „The Truth*. London.

Der französische Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs

Die Hauptwurzeln des französischen Schuldanteils gehen bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, während seiner Dauer und besonders auf die schlimmen Seiten des Versailler Zwangsfriedens und seine Folgen zurück. Sie haben sich durch den antideutschen Übernationalismus dafür verantwortlicher Franzosen entwickelt. Ohne ihn wären die europäischen Großmächte vermutlich nicht in den Ersten Weltkrieg geraten und würden dessen Folgen, wenn er schon kam, nicht unter der Hauptmitverantwortung so eingestellter französischer Persönlichkeiten ganz wesentlich zum Aufstieg Hitlers und zum Entstehen des Zweiten Weltkriegs beigetragen haben.

Der weltbekannte britische Nationalökonom Prof. Dr. J. M. ***Keynes*** (1) bezeichnete den Versailler Friedensvertrag, für den eine besonders große Verantwortung die Regierung Frankreichs traf, in klarer Erkenntnis der Abwegigkeit und friedensstörenden Gefährlichkeit seiner bösen Bestimmungen mit einer erstklassigen Begründung als einen „Karthagischen Frieden".

Zu den besten Abschnitten in Klaus ***Mehnerts*** viel gelesenem neuesten Buch (2) gehört seine Wertung der Kriegsschuldfrage für den Ersten Weltkrieg und des Versailler Vertrags. Er nimmt auch überlegen gegen die antideutschen Irrwege der deutschen Verfasser Prof. ***Fischer*** und Dr. ***Gauss*** in ihren Veröffentlichungen über die Kriegsschuldfrage (des Ersten Weltkriegs) Stellung. Aus Keynes Buch zitiert Mehnert das folgende:

„Es gibt wenige Episoden, die zu verzeihen die Nachwelt weniger Grund haben wird — ein Krieg, der angeblich zum Schutze der Heiligkeit internationaler Verpflichtungen geführt wurde, aber mit einem Bruch einer der denkbar heiligsten solcher Verpflichtungen durch die siegreichen Vorkämpfer dieser Ideale endete."

Ebenso treffend erinnert Mehnert auch an den leidenschaftlichen Einspruch des damaligen Reichskanzlers und führenden Sozialdemokraten Philipp ***Scheidemann*** in der Protestsondersitzung der Deutschen Nationalversammlung vom 12. 5. 1919, in der er erklärte:

„Dieser Vertrag ist die Verewigung des Krieges. Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwaschen, die dem deutschen Antlitz zugeführt worden ist." (3)

Der in der Einleitung bereits genannte amerikanische Historiker ***Lutz*** brachte folgende beispielhafte Zusammenstellung (S. 168 f.):

Henderson, der britische Botschafter in Berlin von 1937 bis 1939, schrieb während des Zweiten Weltkriegs, daß der Versailler Vertrag „Hitler erschaffen hat" (4). Sein Landsmann Sir Bernard ***Pares*** meinte ebenfalls, daß „wir ihn 1919" machten (5), die Franzosen eigentlich mehr als wir. Diese Ansicht wurde weit und breit von

amerikanischen Beobachtern geteilt. Vincent ***Sheean*** ist der Meinung, daß Adolf Hitler „das unvermeidliche Erzeugnis" des Versailler Diktats war, das von deutschen Massen mit Leichtfertigkeit als „ein riesiger, dem deutschen Volk aufgezwungener Schwindel" dargelegt werden konnte (6). Nach Henry C. ***Wolfe*** läßt sich die Tatsache nicht umgehen, daß Hitler „der illegitime Sprößling" des Vertrags war, und er hält es sogar für gewiß, daß die Welt nie von Hitler gehört hätte, wenn die Verträge von 1919 und 1920 weniger hart für die Weimarer Republik gewesen wären (7). Ein gut unterrichteter Franzose, Paul J. ***Ferdonnet,*** diplomatischer Berichterstatter in Berlin von 1928 bis 1934, erklärte gleichfalls, daß das Dritte Reich die Entgegnung des deutschen Volkes auf Versailles war (8). Diese Ansicht wird in offizieller Form von Sir Horace ***Rumbold,*** dem britischen Botschafter in Berlin, bestätigt. Die Reichstagswahlen des 5. März 1933 erörternd, berichtete er am 21. nach London:

.Soweit die Revolution eine Auflehnung gegen den Vertrag von Versailles war, kann man sagen, daß das ganze Land einig hinter ihr steht.' (9)

„Endlich hat ein hervorragender Psychologe, Dr. William ***Brown,*** der besonders berufen ist, ein treffendes Urteil zu fällen, auseinandergesetzt, daß die Folge der in Versailles auf eine stolze, besiegte Nation gehäuften Demütigungen, das Aufkommen der nationalsozialistischen Psychologie' war (10). Die schwerste jener Demütigungen was für das deutsche Volk, wie wir gesehen haben, die Anklage der Kriegsschuld. Daher haben amerikanische, britische und französische Autoren mit gutem Grund erklärt, daß wahrscheinlich keine Einzelheit im Vertrag von Versailles Hitler bei Vernichtung der Moral seiner demokratischen Gegner so sehr zustatten kam als ‚diese fluchwürdige Kriegsschuldklausel.' (11) Auf persönliche Einflüsse eingehend, haben einige bedeutende Publizisten erklärt, daß Georges ***Clemenceau,*** der .Tiger' der Friedenskonferenz von 1919, oder abwechselnd Raymond ***Poincare*** als Eindringling in das Ruhrgebiet, ‚der geistige Vater Herrn Hitlers' war, ein ***bon mot,*** das in manchen französischen Kreisen umlief." (12)

Der bereits mehrfach genannte holländische Diplomat ***van Vollenhoven*** betonte in Bezug auf die Entwicklungen, die mit zu den Ursachen des Zweiten Weltkriegs gehören (13):

„Die Allierten hätten nie die größte Verrücktheit des Jahrhunderts begehen dürfen: Die Erschaffung des polnischen Korridors und der Freien Stadt Danzig!"*)

Der ehemalige britische Staatssekretär und Parlamentarier Lord ***Hankey*** äußerte sich 1950 ebenso entschieden gegen die verhängnisvollen Seiten der französischen Deutschland-Politik zur Zeit der Unterzeichnung der Pariser Vorortverträge**) nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und während unmittelbar darauf folgender Abschnitte der Weltpolitik. Er bezeichnet diese

*) Bei van Vollenhoven lesen wir auch noch die nachfolgende Anekdote: „In Versailles verteilt man wie der Heilige Nikolaus zufällig den Besitz von anderswem. Es ist auch so, daß eine sehr hübsche Frau, der ich oft begegnet bin, da sie die Freundin eines einflußreichen Delegierten geworden war, die Zuteilung sehr großer Gebiete an ihr Vaterland erreichte. Böse Zungen sagten, daß es jede Liebesnacht um Tausende von Hektaren vergrößerte." (Für Sachkundige erscheint sicher, daß v. V. dabei die polnische Geliebte des italienischen späteren zeitweiligen Außenministers Carlo Graf S f o r z a meinte. Sie erwirkte bei ihm eine erfolgreiche Vertretung ihrer unsachlichen antideutschen, übernationalistischen Anliegen bei entscheidend verantwortlichen französischen Persönlichkeiten).

**) Siehe Stichworte.

scharfe Kritik als allgemein üblich und bezieht sich dabei u. a. auf Werke der britischen Historiker Prof. Dr. H. A. L. ***Fisher*** (14), sowie Prof. Dr. ***Grant*** und Prof. Dr. ***Temperley*** (15) und auch auf ***Churchill*** (16). Er betont dabei auch (S. 69), daß er keinerlei große Zuneigung für Deutsche hege, aber daß ihm sehr am Ruf britischer Fairness gelegen sei. Er denke mit Schrecken an die Möglichkeit einer Vergiftung der deutsch-englischen Beziehungen der Zukunft durch eine falsche Geschichtsschreibung! Er rügte u. a. scharf, daß es bei den Nürnberger Prozessen gegen angeklagte Deutsche durch die Siegermächte kein Berücksichtigen des Versailler Vertrags und der ihm unmittelbar folgenden französischen Deutschlandpolitik der Zeit vor der Machtergreifung Hitlers als entlastend bei Urteilen gegeben hat.

Bekannt ist das Wort eines der Hauptbeteiligten, ***Clemenceaus,*** vor den Schülern der berühmten französischen Kadettenanstalt Saint Cyr:

„Seien Sie unbesorgt um Ihre militärische Zukunft: Der Frieden, den wir geschlossen haben, sichert Ihnen zehn Jahre voller Konflikte in Mitteleuropa zu." (17/18)

Selbst Jaques ***Bainville,*** einem der deutschfeindlichsten französischen Wissenschaftler seiner Zeit, verdanken wir das Eingeständnis im Hinblick auf den französischen Schuldanteil (19):

„Man kann also nicht sagen, daß der Friedensvertrag Deutschland nicht zerstückelte. Er zerstückelte es in entscheidender Weise im Osten, an einem besonders empfindlichen Punkt und völlig außer der Reichweite der Allierten. Er zerstückelte Deutschland zugunsten Polens, dessen Bevölkerungszahl nur ein Drittel derjenigen Deutschlands beträgt und dessen Stärke nicht einmal auf den zwanzigsten Teil der Stärke Deutschlands geschätzt werden darf, wenn man die innere Schwäche des polnischen Staates und seine gefährdete Lage in Betracht zieht." (S. 52 f.)
„Man kann sagen, daß der Friedensvertrag von Versailles den ewigen Krieg organisiert." (S. 57)

„Neue Grenzen wurden abgesteckt, und wenn sich Deutschland vielleicht im Westen darein schickt, so wäre es doch sehr merkwürdig, wenn es sie im Osten für lange Zeit als endgültig betrachten würde." (S. 95)

„Stellen wir uns einen Augenblick vor, daß Frankreich besiegt worden wäre und daß der Sieger aus irgendwelchen Gründen für gut befunden hätte, Spanien einen Korridor zu geben, der bei Bordeaux mündete und die Departements Basses Pyrenees und Bayonne beließe. Wie lange würde Frankreich, vorausgesetzt daß es eine Nation und ein Staat geblieben wäre, diese Amputation dulden? Genau so lange, wie der Sieger es dazu zwänge und wie Spanien imstande wäre, seinen Korridor zu verteidigen. Mit dem polnischen Korridor, Danzig und Ostpreußen kann es sich nicht anders verhalten."*)

*) Bainville hat während des 1. Weltkriegs sein in Frankreich damals und noch lange danach sehr stark verbreitetes Buch (20) über die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen in seiner chauvinistischen Sicht veröffentlicht. Er wollte damit die französische Öffentlichkeit auf die angebliche Notwendigkeit vorbereiten, nach einem Sieg der Feinde Deutschlands müsse das Deutsche Reich beseitigt sowie durch deutsche Kleinstaaten abgelöst werden, ähnlich dem Vertrag, für den der Westfälische Friede als Ende des Dreißigjährigen Krieges als Vorbild dienen könne.

Genau auf der gleichen Linie bewegte sich Charles ***Maunas*** (21). Und der 1938 amtierende französische Außenminister Georges ***Mandel,*** für Krieg wie Bainville und Maurras, trieb zum Kriege, wie aus einem Zitat bei ***Champeaux*** (22) hervorgeht. Er sagte zu seinem Regierungschef ***Daladier*** in der sudetendeutschen Krise:

„Wir werden gegen Ihren Willen einen Helden aus Ihnen machen. Hitler blufft. Sie brauchen sich nur zu sträuben und Sie bedecken sich mit Ruhm."

Daß dabei nicht etwa bloß eine entschiedenere Politik gefordert wurde, sondern Mandel ohne Zweifel das Entstehen des Krieges fördern wollte, wird auch durch die Vorkriegspresse Frankreichs und das französische Nachkriegsschrifttum bestätigt*).

Der französisch-sowjetische Bündnispakt von 1934 und die französische Hilfe für die sowjetische Einkreisungspolitik gegen Deutschland im Genfer Völkerbund brachte eine klare Förderung der auf einen Krieg mit Deutschland ausgerichteten Ziele. Mit wissenschaftlicher Sorgfalt beweist dies ***Rassinier*** (S. 91 ff.) in der Beschreibung folgender Episode: Durch ein geplantes politisches Ränkespiel wurde ein Hitler-Interview des französischen Journalisten Betrand ***de Jouvenel,*** das im „Paris-Midi" Kritik an diesem französisch-sowjetischen Pakt übte, statt ***vor*** erst kurz ***nach*** der Ratifizierung des Vertrags durch das französische Parlament veröffentlicht (S. 106 ff.). Ferner legt Rassinier dar, daß die angebliche Vertragsverletzung durch die Besetzung des Rheinlands durch Adolf Hitler französischen Vertragsbrüchen folgte. Und daß die Schilderung des Dolmetschers ***Schmidt*** (23) über Hitlers angebliche Furcht nach dem Rheinland-Befehl voraussichtlich den Tatsachen nicht entspreche.

Im Jahre 1938 stand auch die kommunistische Partei Frankreichs eindeutig auf der Seite derjenigen, die einen großen Krieg herbeizuführen wünschten, wie z. B. die führende Zeitung der KPF, die Pariser „Humanité" in zahlreichen haßerfüllten Aufsätzen zeigte. Eine grundsätzliche zeitweilige Änderung der Deutschlandpolitik der KPF (und der „Humanité") brachte ein sowjetischer Befehl nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes zustande. Hierauf verwandelten sich die französischen wilden Scheinpatrioten der KPF für einige Zeit in ausgesprochene Landesverräter gegen Frankreich.

*) Im Jahre 1938 gehörten zur Kriegspartei innerhalb der französischen Regierung im Ministerrat neben Mandel z. B. Paul Reynaud, Jean 2ay, Albert Sarraut, Campinchi, de Chappedelaine und Champetier de Ribes. Von bekannten französischen Diplomaten vertraten damals die gleiche Linie im Pariser Außenministerium u. a. Botschafter Leger (der spätere Nobelpreisträger John Ferse) und Massigli. Auch ein Teil namhafter französischer Journalisten bewegte sich 1938 und auch noch 1939 vor dem Ausbruch des 2. Weltkriegs auf der gleichen verhängnisvollen politischen Ebene, wie z. B. Madame Tabouis und Henri de Kerillis. Hinige französische kriegsfreundliche Journalisten und Wissenschaftler erhielten, solange Dr. Eduari Benesch Außenminister der Tschecho-Slowakei war, aus Prager amtlichen Geheimfonds eine Bezahlung für ihr ungutes Tun in Frankreich. Die Namen und dokumentarischen Belege für diesen Tatbestand sind in dem 1940 von Dr. Rudolf Urban in Prag herausgebrachten Buch .Demokratenpresse im Lichte Prager Geheimakten" zu finden. (Siehe auch das Kapitel über den tschechischen Schuldanteil).

Am 10.5. 1948 veröffentlichte Mandels Freund und Mitarbeiter Robert ***Bollack*** im Pariser „L'Intransigeant" folgende Zeilen aus einem Brief Mandels an Benesch von 1938 ***vor*** Abschluß des Münchner Abkommens:

„Sie stehen an der Spitze einer freien und unabhängigen Nation. Weder Paris noch London können Ihnen Ihr Verhalten vorschreiben. Wenn Ihr Gebiet verletzt wird, dürfen Sie nicht eine Sekunde zögern, den Befehl an Ihr Heer zu geben, das zur Verteidigung Ihres Vaterlandes bereit ist. Wenn Sie dies tun, werden Sie Europa vom Hitlerismus retten. Ich kann Ihnen nämlich sagen, daß, wenn Sie den ersten Kanonenschuß abgefeuern, sich das Echo in der Welt in derartiger Weise wiederholen wird, daß die Kanonen Frankreichs, Englands und auch Rußlands an Ihrem Unternehmen von ganz allein teilnehmen werden. Die ganze Welt wird Ihnen folgen und Deutschland ohne Mussolini in 3 und mit Mussolini in 6 Monaten geschlagen werden."

Ministerpräsident Daladier und in seinem Kabinett auch ein weiterer Vertreter der Radikal-Sozialistischen Partei (der übrigens auch der Deutschenhasser Clemenceau angehört hatte), der Minister M. A. ***de Monzie,*** haben trotz des starken Gegendrucks im Innern und von außen — die amtliche britische und USA-Politik — rühmenswert hartnäckig und lange geistig für die Wahrung des Friedens gekämpft. Ein Ehrenmal für diese Gruppe französischer Staatsmänner und Politiker, die erst im letzten Augenblick dem Druck der Kriegsbegehrer nachgaben, ist das zweite, dokumentarisch reich belegte, Werk von Prof. David L. ***Hoggan*** (24).

Minister de Monzie brachte später, als er nicht mehr im Amt war, 1952 in Paris seine Erinnerungen mit Eintragungen aus seinem Tagebuch unter dem Titel „Ci-devant" (Vordem) heraus. Gegen die Kriegstreiber schrieb er am 10. 10. 1938 bzw. 21. 11. 1938 folgendes in sein Tagebuch:

» Ich zittere vor dieser Propaganda, die so sehr dem Temperament so vieler Franzosen und der Verschlagenheit so vieler Ausländer entspricht.
Mich plagen die heimtückischen Winkelzüge, deren Mittelpunkt wir seit München sind."

Die französischen politischen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten waren hinsichtlich des Urteils über das Münchner Abkommen, das zunächst den Frieden erhielt und die sudetendeutschen Gebiete zu Deutschland brachte, in sich tief gespalten.

Die radikalen antisemitischen Ausschreitungen und Maßnahmen in Deutschland nach der Ermordung des deutschen Diplomaten Botschaftsrat ***vom Rath*** in Paris stärkten in Frankreich und anderwärts die am schärfsten antideutschen, einen Krieg gegen Deutschland für erforderlich haltenden Kreise. Treffend schrieb „Le Temps" am 7. 11. 1938:

„Die Judenverfolgungen in Deutschland und die Rückwirkungen, die sie vor allem in den angelsächsischen Ländern hervorrufen, drohen eine wenig günstige Atmosphäre für eine Politik der Annäherung und des Ausgleichs herbeizuführen, der man nach dem Münchner Abkommen mit einem gewissen Vertrauen entgegensehen konnte."

Minister de Monzie schrieb am 8. 11. 1938 in sein Tagebuch:
„Ein junger polnischer Isrealit, ***Grynszpan,*** hat den Botschaftsrat vom Rath der deutschen Botschaft tödlich verletzt. Da das deutsch-französische Abkommen gestern zustande gekommen ist, legt sein Zusammenfallen mit diesem Verbrechen den Gedanken nahe, daß hier eine Verbindung zwischen dem diplomatischen Akt und der verbrecherischen Tat besteht. Vielleicht muß jede Hypothese einer politischen Mitschuld ausgeschieden werden. Der Rachegedanke hat in der Atmosphäre der jüdischen Emigration aufkommen können, ohne daß ein Komplott oder eine Anstiftung zum Mord vorgelegen hat. Das Ergebnis dieses Verbrechens ist, daß alles in Frage gestellt wird."

Dazu schreibt ***Burg*** in seinem packenden und in edlem Geist geschriebenen Buch (25):

„Man hatte nun in Nürnberg die Henker verurteilt. Und was mit den Heuchlern, die den Henkern Zutreiberdienste geleistet und sie teilweise so lange provoziert hatten, bis der Massenmord geschah? Sie gingen frei aus? Sie schlugen nicht einmal die Augen nieder, als sie jene Naziführer zum Tode verurteilten, wie z. B. Göring oder Ribbentrop, die doch von Anfang an bereit waren, die Juden lebend aus dem Getto zu entlassen. Eine Bereitschaft, die nicht zuletzt an allierten und zionistischen Widerständen scheiterte.

Fürchtet man sogar heute noch, der Welt die Wahrheit zu sagen? Hat man Angst, daß man, wenn sie diese Wahrheit erfährt, in der Meinung der Völker zum Mittragen an der großen Schuld gezwungen würde, die zur Tragödie des jüdischen Volkes führte?"

Wesentliche Feststellungen zum Fall Grünspan und zum Verlauf der deutsch-französischen Beziehungen von der Zeit des 1. Weltkriegs bis nach dem 2. Weltkrieg enthält auch das Buch des um deutsch-französische Freundschaft besonders verdienten, hervorragenden verstorbenen Juristen Prof. Dr. Friedrich ***Grimm.*** (26)

Zu den französischen Persönlichkeiten aus jüdischen Familien, die trotz der düsteren Seiten des Hitler-Regimes sich betont jeder Kriegspsychose entgegenstellten, gehörten die Journalisten Emmanuel ***Berl*** und Georges ***Valois.*** Sie erkannten klar, daß ein Krieg noch viel Schlimmeres bringen würde. Berl schrieb in der (von ihm 1939 gegründeten) Pariser Zeitschrift „Pavés de Paris" am 3. 2. 1939 gegen Finanzierer und sonstige Förderer kriegsbegehrender Kreise in Frankreich und anderwärts u. a.:

„Die Tätigkeit gewisser .Geldmächte' bei den letzten diplomatischen Krisen ist zu auffallend, als daß man sie unter dem System des Übergehens oder Abstreitens verbergen könnte."

Ein Krieg bedroht einen Franzosen, dessen Besitz in Häusern besteht, die in Straßburg oder Metz stehen, viel mehr als einen Franzosen, dessen Vermögen in Goldbarren, Royal-Dutch-Shell-Aktien oder Stadt-Anleihen von New York angelegt ist, die in einem Kassenschrank in Montreal deponiert sind. Ein internationaler Finanzmann ist mit seiner Nation weniger verbunden als ein nationaler Kapitalist. Ich behaupte nicht, daß ein internationaler Finanzmann von Natur aus kriegslustig ist. Ich behaupte, daß die internationalen Finanzleute, wenn sie sich von einem

Augenblick zum anderen der Kriegstreiberei zuwenden, nicht durch die Befürchtung zurückgehalten werden ‚ihr Leben, ihren Besitz und ihre Familie aufs Spiel zu setzen wie die einfachen Bürger.

Daß Geld, und zwar viel Geld, an diejenigen gegeben wurde, die man mit Recht ‚die Kriegspartei' nennen kann, weiß Mr. Bollack ebenso gut wie ich."

Georges ***Valois*** führte sein politischer Entwicklungsgang von der äußersten Rechten — er war eine Reihe von Jahren Mitarbeiter der „Action Française" unter Charles Maurras — in kriegsgegnerische Linkskreise hinein. Er veröffentlichte 1939 noch mehrere Monate vor Ausbruch des 2. Weltkriegs in Paris ein lesenswertes Buch (27). Darin heißt es z. B.:

„Frankreich hat keinerlei Politik. Mit unbegreiflicher Dummheit ist es der Soldat jeder Koalition, welche es auch sein mag. Seine .Patrioten' sind abgerichtet, im ewigen Deutschland den .Erbfeind' zu sehen: Es genügt, diese Sprache zu sprechen, um Frankreich in Richtung auf den Rhein mobil zu machen. Es wird dann zum Soldaten Englands, der Sowjetunion oder der internationalen Finanz. Sein Generalstab bleibt von der blauen Linie der Vogesen hypnotisiert und hat keinen anderen Gedanken, als das Land faschistisch zu machen, um über den deutschen Faschismus zu siegen.

Die Politiker Frankreichs haben keinerlei Idee. Sie sind allesamt den Bank- oder Industriegruppen hörig, die das Parlament beherrschen. Sie folgen der Politik Londons oder Moskaus oder Washingtons oder allen dreien gleichzeitig. Sie bereiten das Land auf den Krieg mit einer Gewißheit vor, eine große geschichtliche Tat zu vollbringen, deren Bedeutung sie vollkommen verkennen."

Wenn auch dieser Sammelverurteilung aller französischen Politiker — wie sämtliche politischen Kollektivverurteilungen gleichviel welcher Gruppe von Menschen dieser oder jener Volks- oder Staatsangehörigkeit — zweifellos zu weit geht, traf sie doch für viele Persönlichkeiten zu.

Auch Lutz (a. a. O.) befaßte sich mit den außerdeutschen Finanzierungsbeiträgen einschließlich solcher französischer, dabei z. T. sogar amtlicher Herkunft, für den Aufstieg Hitlers. Bei ihm heißt es (S. 153):

„Die Idee, daß Hitler, wenn einmal am Ruder, unter den bestehenden Verhältnissen bald abgewirtschaftet haben werde, war damals weit verbreitet. Diese Vorstellung beseelte Millionen gegen Hitler eingestellter Deutscher, die glaubten, der sicherste Weg, ihn rasch loszuwerden, sei, ihm zur Probe die Steuerung mit allen ihren damit verbundenen Verantwortlichkeiten zu überlassen. Diese Vorstellung reizte auch ausländische Staatsmänner und Politiker, die, wie Dr. ***Brüning*** bemerkt hat, wähnten, daß Hitlers Hochkommen Unruhe in Deutschland hervorrufen und das Land schwächen würde. Es war in Anbetracht von Hitlers gewalttätigem Gebahren und seiner Unerfahrenheit in der Diplomatie und staatsmännischen Kunst eine einleuchtende Spekulation. Der Leser wird sich erinnern, daß der US-Botschafter William E. ***Dodd*** bald nach seinem Eintreffen in Berlin, also 1933, spätestens 1934, erfuhr, daß französische Rüstungsfirmen Hitler zur Macht verholfen haben. Dies mag wohl unglaubwürdig klingen, weil Hitler in seinem Buch ‚Mein Kampf' Frankreich als Deutschlands Todfeind bezeichnet hatte. Indes zeichnete Dodd am 20. April 1937 in seinem Tagebuch (28) noch weiter auf":

‚Dem französischen Botschafter ***Francois-Poncet,*** dessen Land das meiste getan hat, Deutschland auf seinen militärischen Kurs zu bringen, schien elend zumute zu sein, obschon ihm ein Teil seines Vermögens aus riesigen Waffenverkäufen während des frühen Hitler-Regimes zugekommen ist.' (29)

Und Lutz fährt (auf S. 155 f.) fort:

„Von einiger Bedeutung ist Francois-Poncets Ernennung ins Kabinett ***Tardieu*** (1932) wegen dessen unnachgiebiger Einstellung zur Weimarer Republik, die ein stark hemmender Faktor in der Abrüstungsbewegung war. In einer unlängst veröffentlichten biographischen Skizze weist Franklin L. ***Ford*** darauf hin, daß Francois-Poncet mit einer Politik der Härte gegenüber Weimar-Deutschland identifiziert wurde wegen seiner Kritik an ***Briands*** Politik in der Abgeordnetenkammer und wegen seiner bekannten Feindseligkeit gegen die deutsch-österreichische Zollunion. Außerdem verzeichnete Botschafter Dodd, daß ihm sein französischer Kollege 1933 erklärte: ‚Wir müssen deutsches Gebiet bis zum Rhein annektieren. Wilson hat uns darum gebracht', nämlich 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz. Daher bestand bei der Regierung Brüning verständliche Besorgnis, als ***Laval,*** der ein Rechtsanwalt für das Comité des Forges *) gewesen war, Francois-Poncet für den Botschafterposten in Berlin vorschlug. Deutsche Staatsmänner gewannen damals den Eindruck, daß einflußreiche Kreise in der französischen Armee und am Quai d'Orsay **) das Emporwachsen der Nationalsozialisten eigentlich begrüßten, teils um ihre Rüstungsansprüche zu rechtfertigen, teils im Glauben, daß Hitler im Innern wie ein Sprengstoff wirken werde. Das deutsche Auswärtige Amt glaubte zuverläßige Nachricht darüber zu haben, daß Francois-Poncet zu dieser Gruppe gehöre. Es ist beurkundet, daß französische Kreise sich die Dynamik der Hitler-Leute nutzbar zu machen gedachten."

Es ist daher nicht ganz unverständlich, daß ein so weltberühmter französischer Diplomat wie Botschafter und Hochkommissar a. D., eben jener genannte André Francois-Poncet, den manche für einen Deutschenfreund hielten bzw. noch halten, glaubte es sich leisten zu dürfen, im Gegensatz zum Stand der internationalen geschichtskundlichen und politologischen Forschung in seinen Nachkriegserinnerungsbüchern (30) seiner alten unsachlich antideutschen Linie durch ein wirklichkeitsfremdes Lobpreisen des Versailler Vertrags die Zügel schießen zu lassen.

Auch die Machenschaften solcher Art gehören mittelbar zum französischen Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs. Und vielleicht ist gerade in diesem Kapitel dieser mittelbare Anteil wichtiger als der unmittelbare Anlaß.

*

*) Combi des Forges = Franz. Industriellenverband.

**) Franz. Außenministerium.

Maurice Baumont (a.a.O. S. 217) weist auf folgendes hin:

„Am 10. März 1936 hatte ***Beck*** seinem Staatssekretär Graf Szembek erklärt, Polen werde an Frankreichs Seite mitmachen. Außenminister Flandin in Paris war gegen ein Vorgehen gegen Deutschland, die Londoner Regierung damals audi. Aber in Paris hatten sich mindestens folgende Minister am 7. März für einen Angriff gegen Deutschland ausgesprochen: Sarraut, Paul-Boncourt und Mandel."

Nach den Tagebuchaufzeichnungen des damaligen französischen Ministers de ***Monzie*** gehörten zur Kriegspartei in der französischen Regierung seiner Zeit auch noch die Minister Paul Reynaud, Champetier de Ribes, Russard und Zay neben Mandel schon bei der Tschecho-Slowakei-Krise (Vgl. Hoggan a.a.O. S. 216).
Andererseits hat sich der von deutschen und anderen unsachlichen Gegnern geschmähte nordamerikanische Historiker Prof. Dr. ***Hoggan*** ein besonderes Verdienst erworben, gründlich nachzuweisen, welche französischen Staatsmänner und Politiker sich in den letzten Jahren vor den Beginn des Zweiten Weltkrieges aufrichtig um den Frieden bemüht haben und wie stark sie durch den damaligen britischen Außenminister Lord ***Halifax*** mit Erfolg zugunsten der Kriegsparteiler unter Druck gesetzt wurden.
Ebenso bezeichnend ist im Gegensatz hierzu, daß beispielsweise der Interalliierte Nürnberger Gerichtshof für die deutsche Verteidigung den Versailler Vertrag (und den Vertrag von St. Germain) unter ein rechtsfeindliches Diskussionsverbot stellte, das den Beweis des französischen und des britischen Schuldanteils sehr erschwerte. Gerhard Brennecke (Lit.-verz.) nimmt hiergegen den Standpunkt des kritischen Prüfers und Verurteilers wahr.
Kofier (a.a.O. S. 31) zitiert in seiner Darstellung aus der deutsch unter der Überschrift „Operation Stellvertreter" erschienenen Veröffentlichung des französischen Kriegsursachenforschers Prof. Dr. Paul ***Rassinier,*** was folgt:

„Es ist in der Tat wahr, daß der Versailler Vertrag die Ursache aller Übel war, unter denen das deutsche Volk litt und von denen die anderen Völker verschont waren. Da dieser Punkt das zentrale Thema der gesamten politischen Propaganda Hitlers darstellte, machte es seine ganze Stärke aus."

Kofler (a.a.O. S. 20 f.) bringt noch das nachstehende, besonders auch für Angehörige der deutschen politischen Linken zum Nachdenken anregende, Zitat aus dem „Ulrichsblatt" vom 24. 11. 1968:

„Der SPD-Landesvorstand Bayern hat am 10. 11.1968 in München der Gründung der Deutschen Republik vor 50 Jahren gedacht. In einem Festvortrag beleuchtete der ehemalige bayerische Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner (SPD) die Geschichte der letzten 50 Jahre. Außen- und innenpolitisch habe die Republik von Anfang an auf tönernen Füßen gestanden, sagte Hoegner. Die Sieger hätten Haß gesät und später dafür Sturm geerntet. Wahrheitswidrig hätten sie dem deutschen Volk die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg aufgebürdet und seine Ehre mit Füßen getreten sowie Reparationen gefordert, die die Leistungskraft Deutschlands weit

überstiegen hätten. Die Erleichterungen, die man der deutschen Demokratie versagte, hätten die Alliierten dann Hitler gewährt. ..."

Kofier (a.a.O. S. 31) zitiert auf Seite 31 die oft genannte Schrift des Schweizer Historikers, derzeitigen Schweizer Nationalrates und Europaratsmitgliedes Prof. Dr. Walter Hofer und bemerkt zu dessen Seite 9:

„Wenn also Walter Hofer recht hat, dann ist die verkehrte Politik der Westmächte, die die Hitlerdiktatur erzeugt hat, schuldig am Zweiten Weltkrieg."

Gabriel Aranda (s. Lit.-verz.) zitiert die führende sozialdemokratische Zeitung „Vorwärts" in seinen kritischen Ausführungen über die Folgen des Versailler Vertrags nach der Ausgabe vom 10. 7. 1919:

„Wenn unsere Gegner die Bedingung einer unmenschlichen und unehrenhaften Dauer des Vertrages unterdrücken, würde es vielleicht möglich sein, eine Lage zu verwirklichen, die auch beim Auferlegen von immer sehr harten Verpflichtungen uns dennoch gestatten würde, Gefühle in Übereinstimmung mit einem wahren Frieden zu haben. Denn der jetzige ist kein wirklicher Friede. In seinem Innern kann ihn kein Deutscher anerkennen. Jeder verwirft ihn als ein reines Erzeugnis von Gewalt."

Es ist immer wieder erschütternd, für jeden unverkrampft logisch denkendä Betrachter zu vergleichen, wie klar damals und noch lange danach die deutsche Sozialdemokratie im Betrachten der Kriegsursachen und Kriegsfolgen handelte und dies nicht ‚nur' für die deutsche, sondern gesamteuropäische Freiheit und Friedenspolitik, und wie verhängnisvoll abwegig unter der jetzigen Führung im Geiste von Wehner, Brandt, Bahr und ihren Gesinnungsgenossen.

Literaturverzeichnis

(1) ***Keynes,*** J. M., „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags". München 1920.

(2) ***Mehnert,*** Klaus, „Der deutsche Standort". Stuttgart 1967.

(3) ***Scheidemann,*** Philipp, in der Protestsondersitzung der deutschen Nationalversamlung in Weimar am 12. 5.1919.

(4) S. Lit. Kap. Polens Schuld Nr. (8).

(5) ***Pares,*** Sir Bernard, als Mitverfasser von „World Outlook". London 1939.

(6) ***Sheean,*** Vincent, „This house against this house". New York 1945, S. 27 ff.

(7) ***Wolfe,*** Henry C, „The German Octopus". New York 1938, S. 2 ff. u. 26.

(8) ***Ferdonnet,*** Paul J., „Face a Hitler". Paris 1934, S. 8.

(9) ***Rumbold,*** Sir Horace, „British Documents" 2. Ser., Bd. IV, Nr. 268, S. 474.

(10) ***Brown,*** William, „War and the psychological conditions of peace". London 1942.

(11) ***Birdall,*** Paul, „Versailles twenty years after". New York 1941, S. 255.

(12) ***Bartlett,*** Vernon, „Intermission in Europe", New York 1938, S. 171; ***Nicolson,*** Harald, „Why Britain is at war", Harmondsworth 1939, S. 21 f.; ***Wingfield-Stratford,*** Esme, „The harvest of victory 1918—1926", London 1935, S. 316; ***Assmann,*** Kurt, „Deutsche Schicksalsjahre", Wiesbaden 1950, S. 29; ***Murphy,*** James, „Adolf Hitler", London 1934, S. 29.

(13) S. Lit. Sowjetische Schuld Nr. (16).

(14) ***Fisher,*** H. A. L., „History of Europe", Bd. III, S. 1198.

(15) ***Grant*** und ***Temperley,*** „Europe in the nineteenth and twentieth century", S. 619.

(16) ***Churchill,*** W. S., „The second world war", Bd. 2, S. 10.

(17/18) ***Weizsäcker,*** S. Frhr., „Erinnerungen", München 1950, S. 92; und ***Hennig,*** Edwin, „Zeitgeschichtliche Aufdeckungen", München 1964, S. 36.

(19) ***Bainville,*** Jaques, „Les consequences de la paix". Paris 1920. Deutsch: „Frankreichs Kriegsziel". Hamburg 1939/40.

(20) ***Bainville,*** Jaques, „Histoire des deux peuples". Paris.

(21) ***Maunas,*** Charles, in der „Action Française" am 31. 8.1939.

(22) ***Champeaux,*** S., „La croisade des démocraties" (Der Kreuzzug der Demokratien). Bd. 1—2. Paris 1941.

(23) ***Schmidt,*** Paul, „Statist auf diplomatischer Bühne". Bonn 1949.

(24) S. Lit. Einl. Nr. (31).

(25) ***Burg,*** J. G., „Schuld und Schicksal; Europas Juden zwischen Henkern und Heuchlern". München 1962.

(26) ***Grimm,*** Friedrich, „Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Reditsanwalts". Leoni 1961.

(27) ***Valois,*** Georges, „Guerre ou blocus économique" (Krieg oder Wirtsdiaftsblokkade). Paris 1939.

(28) ***Dodd,*** William E., „Earth could be fair: a chronicle". New York 1946, S. 473 f.; u. ***Dodd,*** Martha, „Through embassy eyes". New York 1939, S. 327 if. u. 353.

(29) S. Lit. Einl. Nr. (28).

(30) ***François-Ponçet,*** André, „Als Botschafter in Berlin 1931—1938. Mainz 1949; und „Von Versailles bis Potsdam 1919—1945".

Weitere franz. u. a. Veröffentlichungen: René ***Martel,*** „Les frontières orientales de l'Allemagne, Paris 1930; deutsch: „Deutschlands blutende Ostgrenzen", Berlin 1934; Pierre ***Valmigère,*** „Et demain? La France, l'Allemagne et la Pologne", Paris 1929*); Comte Olivier ***d'Etchgoyen,*** „Polens wahres Gesicht", Berlin-Leipzig 1927; F. ***Nitti,*** „Europa senza pace", Rom 1921; Prof. ***Barandon*** im Sammelband „Das östliche Deutschland" des Göttinger Arbeitskreises 1954; Ernst ***Birke,*** „Frankreichs Osteuropa-Politik"; Georg ***Eckert*** (Leiter der deutschen UNESCO-Kommission) und Otto-Ernst ***Schüddekopf,*** Tagungsbericht des Intern. Schulbuch-Instituts „Die deutsch-französische Verständigung und der Geschichtsunterricht", Baden-Baden 1953; Georg ***Eckert,*** „Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht", Band l.und 2, Braunschweig 1951 u. 1953; Pierre ***Lazareff,*** „Deadline. The behind-the-scenes-story of the last decade in France", New York 1942; ***Galtier-Boissiere*** und ***Lejebre,*** „Les marands de canons contre la nation", Sonderausgabe von „Crappouillot", Paris X/1933; J. ***Tschernoß,*** „Les demagoguies contre les démocraties", Paris 1947; ***de Monzie,*** M. A., „Ci-devant", Paris 1952.

*) Zitate aus Martel und Valmigere in: B. v. Richthofen, „Auslandsstimmen zur obersAlesischen Volksabstimmung". Augsburg 1961.

Der tschechische Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkriegs

Auch beim tschechischen Schuldanteil reichen die Wurzeln wie bei den übrigen zum Teil weit zurück. In manchem gilt das, soweit es verantwortliche Tschechen betrifft, bis für Zeiten vor der Gründung des Staates Tschecho-slowakei.*) Dieser wurde aus verschiedenen Gründen vom Anfang seines Vorhandenseins an ein Krisenherd, der gefährliche Entwicklungen bedingen half. Der daraus und aus anderen Gründen bedingte Zerfall des Einheitsstaates Tschecho-Slowakei im Jahre 1939 spielte für den Gang der Ereignisse kurz vor dem Ausbruch des 2. Weltkriegs eine bedeutsame Rolle. Ohne die Schuld eines überstarken Machtwillens tschechischer nationalistischer Führungskreise hätte es die damit verbundenen Gefahren nie gegeben.

Die Schlüsselfigur dieses tschecho-slowakischen Staates, der eigentlich, wie es ***Mussolini*****) umschrieb, „Tschechisch-deutsch-rumänisch-polnisch-ungarisch-ruthenisch-Slowakei" hätte heißen müssen, ist der Tscheche Dr. Eduard ***Benesch.*** Ihm wird man ein beträchtliches Stück: dieser Darstellung widmen müssen, wenn man dem tschechischen Schuldanteil am Entstehen des 2. Weltkriegs näher kommen will. In einem dem Nürnberger Gericht vorgelegten Dokument für die Verteidigung des sogenannten Wilhelmstraßen-Prozesses hat der Verfasser dieser Arbeit u. a. einen von ihm 1938 veröffentlichten Bericht benutzt. Er bezog sich auf einen von ihm im Jahre 1938 geschriebenen Artikel in der Zeitschrift „Altpreußen", in welchem er auf eine bemerkenswerte Arbeit, die in französischer Sprache 1912 in Paris erschienen ist (1), hinwies. Der Verfasser behandelte die Frage, ob die Gründung eines tschechischen Staates zu erstreben sei, und verneint das ganz entschieden. Zur Erörterung stand schon damals ein Gebiet, das nach seiner eigenen Angabe als Bevölkerung zwei Drittel Tschechen und ein Drittel Sudetendeutsche haben würde. Von der Hineinnnahme von Ungarn, Slowaken, Polen und Ukrainern war seinerzeit noch nirgends die Rede, aber der Anteil der Sudetendeutschen an der Volkszahl ist in den fraglichen Gebieten noch höher als das Buch angibt. Es betont, daß sich die Tschechen im alten Österreich-Ungarn einer starken Unabhängigkeit erfreuten. Die Gründung eines selbständigen tschechischen Staates sei „geradezu lächerlich". Man dürfe nicht an die Gründung eines Staates denken, von dessen Bevölkerung von vorne herein ein Drittel als Deutsche mit allen Mitteln immer gegen den Gedanken dieses Staates kämpfen müßten. Einmal heißt es in diesem Zusammenhang wörtlich: „Wir zeigten schon, wie widersinnig (im franz. Original .absurde') die Gründung eines Staates gegen den Willen und Einspruch eines Drittels der Bevölkerung wäre."

*) Sehr bewußt wählt unsere Dlrstellung — soweit es sich nitht um die andere Schreibform in Zitaten handelt —, die Schreibweise Tschecho-Slowakei. Es gibt keine tschechoslowakische Sprache und kein tschechoslowakisches Volk. Tschechen und Slowaken sind zwei verschiedene Völker, jedes mit einer eigenen Sprache, Kultur und Geschichte, sowie für die Mehrheiten der Tschechen und Slowaken keineswegs gleichen politischen Vorstellungen.

**) In einer Rede in Tarvisio am 21. September 1939

Der Verfasser dieses Buches war aber kein anderer als — der spätere Staatspräsident der Tschechoslowakei Dr. Eduard Benesch! Natürlich wurde sein Buch mit den erwähnten Geständnissen später aus allen öffentlichen Büchereien der Tschecho-Slowakei still entfernt, worauf (1938) mit treffenden Bemerkungen auch die halbamtliche Warschauer „Gazeta Polska" hinwies.
Eine ähnliche, fast gleichgerichtete Darstellung, in welcher er sich ebenfalls auf die genannte Dijoner, in Paris erschienene, Doktorarbeit von Benesch bezog, brachte in englischer Sprache der aus Belgien stammende Edinburgher Ostkundler Prof. Dr. ***Sarolea*** 1938 in der führenden schottischen Zeitung "The New Scotsman" unter der Überschrift "It is up to the Czechs now" — „Jetzt sind die Tschechen dran". Benesch hat sich, nachdem er in der Tschecho-Slowakei zu Einfluß und Macht gekommen war, mit schlechtem Gewissen seiner besseren Einsicht in seiner Doktorarbeit erinnert. Daher behauptete er in seiner 1921 in Prag tschechisch und 1928 in Berlin deutsch erschienenen antiösterreichischen, geschichtsverzerrenden Propagandadarstellung „Der Aufstand der Nationen" wider besseres Wissen, er habe in der in Paris erschienenen Arbeit nur für eine tschechische Autonomie eintreten können, weil etwas anderes im damaligen Österreich-Ungarn unmöglich gewesen sei. Die alte Österreich-ungarische Monarchie war aber kein Polizeistaat im Stile der späteren Diktaturen, wie von tschechischer Seite rühmenswert sachlich Vaclav ***Chab*** 1936 in der Prager Zeitschrift „Volna Myslenka" (Das freie Denken) bewies. Außerdem hätte Benesch ja auch vor der Veröffentlichung außer Landes gehen können. Wären seine Worte über die Grundrechte der Sudetendeutschen und die Gefährlichkeit einer chauvinistischen Art eines tschechischen Staates für den Frieden nur Taktik gewesen, hätte er sie nie so scharf treffend formuliert.

Wes Geistes Kind sonst Benesch war, zeigt z. B. folgender Vorfall aus dem Jahre 1945 (2): Benesch ließ damals im Siegerrausch in einem Rundfunkvortrag in der tschechischen Industriestadt Kladno am 14. 4. „die Katze aus dem Sack". Er gab dort bekannt, daß seine Partei, die sich auf tschechisch „nationalsozialistisch" nannte, schon 1918 eigentlich die Sudetendeutschen hat aus ihrer Heimat vertreiben wollen, nur sei damals ein solches Verfahren wegen der Haltung und Stärke Englands nicht möglich gewesen! *)
Sogar der häufig keineswegs sachliche und oft gegen berechtigte deutsche Anliegen eingestellte sudetendeutsche Linkssozialist Dr. J. W. ***Brügel,*** der als Emigrant in London verblieben war, schrieb (3):

„In der deutschen Frage scheint Benesch bis zum letzten Augenblick nicht erkannt zu

*) Über eine vernichtende Kritik der Wesensart Beneschs durch dessen einstigen persönlichen Referenten Dr. Jaromir S m u t n y berichtete der Leiter der tschechischen Sendungen des Londoner Rundfunk, Redakteur Rudolf K o p e c k y . in der Juni-Ausgabe 1967 von „Ceske Listy".
Eine äußerst scharfe berechtigte Benesch-Kritik veröffentlichte auch der slowakische Kommunist Dr. Gustav H u s a k in »Historichy Casopis", Jahrg. 1967, Heft 4, Preßburg 1967. Dazu auch „Slowakei" 5. Jahrg., S. 127 München 1967.

haben, daß ein Aufgeben der Grundsätze des Rechtsstaates einer Bevölkerungsgruppe gegenüber den Untergang von Recht und Gerechtigkeit für ***alle*** nach sich ziehen muß."

Wie Benesch, der verhängnisvollste Mann in der Zeit der deutsch-tschechischen Beziehungen vor der Machtergreifung des Kommunismus in Prag, wesensartlich und politisch richtig zu beurteilen ist, beweist ein reiches internationales Schrifttum. Unter den scharfen Kritikern an Benesch muß in erster Linie die Gruppe der exiltschechischen Patrioten unter dem verstorbenen General Lev ***Prchala*** genannt werden. Der britische Publizist F. A. ***Voigt*** schrieb in seinem Buch (4) von Pilsudski über Benesch:

„Er hatte einen beißenden Witz und würde die von Benesch in ein System verwandelte Bestechung verächtlich zurückgewiesen haben."

Uber diese Art von Bestechung ist in dem Kapitel „Der französische Schuldanteil ..nachzulesen. Darüber hinaus kann hierfür aber auch der Franzose Henry ***Coston*** (5) herangezogen werden.

Kennzeichnend für die richtige Bewertung Beneschs ist auch sein Verhältnis zum Kommunismus, das letzten Endes zu dessen Machtergreifung in der Tschecho-Slowakei führte. Seine politische Rolle als Emigrant in London hatte s. Zt. erst dadurch begonnen, daß er damals von der Moskauer Regierung begünstigt wurde. Freilich erntete Benesch danach keinen Dank aus Moskau. Er mußte vielmehr noch den politischen Zusammenbruch seiner Macht und seiner sowjetfreundlichen Illusionen erleben (6).
„Was war eigentlich die Tschecho-Slowakei", fragt der französische Historiker Prof. Dr. Henry ***Lebre*** (7), „über deren Schicksal im August und September 1938 entschieden wurde? Ein Land wie die anderen, dessen Geschichte seine alte Herkunft und seine Legitimität garantierten? Keineswegs, denn die Tschecho-Slowakei ist eine Erfindung aus dem Jahr 1919. Als künstliche und willkürliche Schöpfung ist... dieses Land in allen Stücken von ***Masaryk*** und Benesch zusammengezimmert worden. Vor den Jahren 1915—16, in welchem Masaryk und Benesch ihre Propaganda in Europa und Amerika begannen, war mit Recht nie die Rede von einer Tschechoslowakei, weil es sie eben in der Vergangenheit niemals gegeben hatte. Der Tschecho-Slowake ist ein Menschenkind, das noch nie in einem Katalog aufgeführt war."*)
„Übrigens machten sich die Tschechen kaum Illusionen über die Lebensaussichten eines Staates, dessen Herstellung für den gesunden Menschenverstand wie für die Gerechtigkeit eine Herausforderung war. Graf ***Szembek***, der einstige Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, berichtet (8), was ihm der Botschafter Polens in Wien am 6. 1. 1935 sagte. Dieser Diplomat sah voraus, daß ,eine Entente zwischen der Tschecho-Slowakei und Deutschland zustande kommen oder vielmehr, daß Deutschland in der einen oder anderen Form dieses Land aufsaugen wird. Die Tschechen sind in der Tat überzeugt, daß sie angesichts der geographischen Lage ihres Staates schließlich in die Abhängigkeit von Deutschland geraten müssen.'"

*) In der verfehlten, weitgehend oberflächlichen ostpolitischen EKD-Denkschrift, die wir bereits an anderer Stelle erwähnen mußten, wird auf S. 26 wahrheitswidrig behauptet, der all Tschechoslowakei bezeichnete Staat habe seit alters (11) die Gebietshoheit über die Heimat der Sudetendeutschen besessen.

Szembek schildert auch ein Gespräch, das er mit dem tschecho-slowakischen Botschafter in Paris einige Jahre später hatte:

„*Osusky* machte einen äußerst mutlosen Eindruck. Seine Mutlosigkeit gipfelte in der Feststellung, daß die Tschechen, wenn sie schon jahrhundertelang ein Teil des Reiches gewesen seien, nun in der Folgezeit auch weiter in dieses eingegliedert werden könnten. Auf jeden Fall würden sie keinen Krieg führen, um dies zu verhindern."

Und Leb^ schließt daraus:
„So sah eine offizielle Persönlichkeit, ein Freund Beneschs, nur wenige Monate vor der Münchner Konferenz die Lage." (a.a.O. Seite 22)

Daraufhin fährt er fort:
„Alle diese Umtriebe waren ein Teil des sowjetischen Planes, der den Krieg in Europa auslösen sollte. Eines Planes, der in harmloser Weise von der Prager marxistischen Zeitung ‚Pravo Lidu' am 18. 9. 1938 aufgedeckt wurde":
.Vielleicht sind wir nicht stark genug, um Deutschland zu schlagen, aber wir sind stark genug, um ganz Europa in einen Krieg zu verwickeln.'*)
„Das eben war es, was Sowjetrußland suchte! Nur konnte es nichts für die Tschechoslovaken tun; denn zwischen beiden Ländern bestanden keine Grenzen, und Polen sowie Rumänien untersagten der Sowjetarmee und -luftwaffe den Durchmarsch bzw. das Überfliegen ihres Gebietes. Aber mehr noch, wir wissen heute, daß Sowjetrußland, auch wenn ihm von Polen und Rumänien der Durchzug gestattet worden wäre, gar nicht die Mittel gehabt hätte, in Europa zu intervenieren."**)
„In Wirklichkeit hatte sich die Einstellung Sowjetrußlands gegenüber der Tschechoslowakei mit den Jahren bedeutend geändert. Lange Zeit war Moskau ein Feind des neuen Staates gewesen. Im Juni 1923 erklärte Manuilsky auf dem V. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau:

‚Die Tschechoslowakei hat 13 Millionen Einwohner, von denen 44 % (6 Millionen) Tschechen sind. Sie hat sich die Gebiete der Textil-, Bergbau und Glasindustrie einverleibt, deren ausschließlich deutsche Bevölkerung 3,7 Millionen Einwohner beträgt. Mit anderen Worten, die Deutschen machen 27,4% des tschechischen Staates aus. Die anderen Nationalitäten sind die Slowaken 2 Millionen (18,8%), die Ungarn 700 000 (5,9 %), die Ukrainer des subkarpatischen Rußlands 400 000 (*2,9* %), die Juden 360 000 (2,7%) — ohne die 1,9% verschiedener Nationalitäten zu erwähnen/***)

*) Dieses lehrreiche Zitat Ubernahm Lebri dem gleichfalls für die Kriegsursachenforschung wertvollen Werk seines Landsmannes und Zeitgeschichtlers Prof. Dr. Champeaux(9).

**) Die letzten Worte Lebris beziehen sich auf 1938, wo die sowjetische Rüstung für den von Stalin erhofften und geplanten Krieg noch'ganz und gar nicht fertig war.

***) Infolge dieser Intervention nahm der Kongreß der Kommunistischen Internationale nachstehende Entschließung an: „1. Der Kongreß stellt fest, daß es eine tschechoslowakische Nation nicht gibt: der tschechoslowakische Staat umfaßt außer der tschechischen Nationalität noch Slowaken, Deutsche, Ungarn, Ukrainer und Polen. 2. Der Kongreß hält es für nötig, daß die kommunistische Partei der Tschechoslowakei hinsichtlich dieser Minderheiten das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert und in die Tat umsetzt, einschließlich des Rechtes, sich von einander zu trennen."

Wie Champeau bemerkt, hatte sich diese Einstellung zehn Jahre später noch nicht geändert. Als die französische Deputiertenkammer aufgefordert worden war, eine Sympathieadresse an die tschechoslowakische Republik anzunehmen, erklärte der kommunistische Abgeordnete Gabriel Piri in der Sitzung am 14. 11. 1933: -Die kommunistische Fraktion schließt sich dem von Ihnen verlangten Votum nicht an. Unsere Sympathie gehört den Arbeitermassen der Tschechoslowakei ungeteilt, den slowakischen, deutschen, jüdischen, ungarischen nationalen Minderheiten, die von der Zentralgewalt in Prag unterdrückt werden."

Im Beschluß des 6. Parteitages der kommunistischen Partei der Tschechei von 1931 heißt es:

„Die Partei muß die verlogene und imperialistische These der tschechischen Bourgeoisie von der .tschechoslowakischen' Nation bekämpfen, welche als Mittel der nationalen Unterdrückung und Vertschechung der Slowakei dient. Die Partei muß ein konkretes Losungswort für die Räumung der Slowakei, der deutschen, magyarischen, polnischen und ukrainischen Bezirke von den Organen der tschechischen Okkupationsmacht und für die Sicherung der Rechte der unterdrückten Nationen aufstellen, damit sie über ihr Schicksal frei entscheiden können.

Gegen die Besetzung des deutschen Teiles von Böhmen, der Slowakei, der Karpatho-Ukraine und des Teschener Gebietes durch die imperialistische tschechische Bourgeoisie und ***für*** deren Räumung durch die tschechische Okkupationsmacht:

Für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Loßreißung vom Staate, — ***gegen*** die obligatorische Staatssprache!

Gegen den weißen Terror in den annektierten Gebieten! —"

„Dann aber ändert sich 1935 alles, wie Georges Champeaux ferner richtig feststellt. Denn die UdSSR war sich über die tödliche Gefahr klar geworden, die Hitler und sein Regime für sie darstellen konnten. Stalin ließ durch ***Litwinow*** den französisch-sowjetischen Pakt ausarbeiten, der im Mai 1935 in Moskau unterzeichnet wurde; und einige Tage später unterschrieben Benesch und ***Alexandrowski*** in Prag einen tschechisch-sowjetischen gegenseitigen Beistandsvertrag. Indessen löste die prosowjetische Politik des Dr. Benesch in seinem eigenen Lande eine heftige Opposition aus*) ... In Wirklichkeit war Dr. Benesch neben den Kommunisten der einzige, der den Krieg wollte." (LebrcS a. a. O. S. 32 ff.)

Der bereits an anderer Stelle mit einem anderen Werk erwähnte ***Prof. Glaser,*** bekanntlich ein in Amerika geborener Historiker und Politologe, hat sich auch mit dem tschechischen Problem befaßt (10). Der Versuch einzelner unsachlicher Politologen, so seines Landsmannes Prof. ***Griffith***, den Wert dieser Arbeit und dort zitierte verläßliche tschechische und slowakische Zeugen herabzusetzen, ist ohne jeden wissenschaftlichen Wert. Er beruht auf außerwissenschaftlichen Gefühlsaufwallungen, weil solchen Kritikern aus rein politischen Voreingenommenheiten heraus manche unwiderlegbaren Feststellungen Glasers und von ihm genannter weiterer Verfasser äußerst unbequem sind. Glaser dankt im Vorwort des Buches der internationalen Gruppe, die seine Unterlagensammlung durch Material untersützte, darunter hervorragenden tschechischen und slowakischen Persönlichkeiten ebenso wie gleich hoch zu schätzenden amerikanischen und deutschen. Unter ihnen befindet sich auch der verstorbene Präsident des Bundes der Vertriebenen und SPD-Bundestagsabgeordneter Wenzel ***Jaksch*** (11).

Bei Glaser heißt es (zitiert nach der engl. Ausgabe):

„Unglücklicherweise ist viel von der in Umlauf gesetzten ‚Unterrichtung' über die

*) Die Agrarpartei, die großen Hinfluß hatte, war jeder Annäherung an die UdSSR offen abhold. Mit den Jahren war diese Feindschaft nur gewachsen. Und im September 1938 befand sich Dr. Benesch in tiefem Zerwürfnis mit seinem eigenen Ministerpräsidenten Hodscha, der am 22. 9. durch General Sirovy ersetzt wurde.

Tschecho-Slowakei eine falsche Auskunft. Im Gegensatz zu einem weit verbreiteten Glauben kam der Kommunismus 1948 nicht plötzlich zur Tschecho-Slowakei. Die Bolschewisierung dieses Landes wurde lange im Voraus vorbereitet: Die .Februar-Revolution' war der Höhepunkt einer Kette von Ereignissen. Diese begannen lange vor dem Weltkrieg II."

In welcher Weise damit zusammenhängende Vorgänge in für die Erhaltung des Friedens gefährdender Weise durch die Mitschuld von Benesch und anderer Tschechen gleicher Denkrichtung und der führenden tschechischen Kommunisten auch die deutsche Politik beeinflussen mußten, geht u. a. aus der Darstellung Glasers deutlich hervor:

„Es gibt eine ganze tschechoslowakische Legende. Sie wurde während des Weltkriegs I durch Masaryk und Benesch erschaffen und dann über 45 Jahre durch die Gründerregierung verbreitet. Sie verwendete dazu für öffentliche Beziehungen (public relations) Millionen von Dollar. Mit Geheimfonds kaufte das tschecho-slowakische Außenministerium Berichterstatter und Professoren sowie manchmal ganze Zeitungen!"*)

Daß die deutsche Regierung durch eine Politik der engen Zusammenarbeit der unter Führung Beneschs stehenden Tschecho-Slowakei mit der Sowjetunion äußerst beunruhigt sein mußte, versteht sich bei der weltrevolutionären Zielsetzung des Kommunismus von selbst, da sich Beneschs und die sowjetische Politik damals eindeutig gegen Deutschland richteten. Bei Glaser (S. 52 f.) ist darüber zu lesen:

„Nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland und nachdem er Polen von seinem Bündnis mit Frankreich weggebracht hatte, war Benesch der Ansicht, es sei jetzt für die Tschecho-Slowakei Zeit, ihre Bande mit der Sowjetunion zu zementieren. Im Mai 1935 schloß er ein Bündnis mit Moskau. Dem folgten verschiedene Maßnahmen der politischen und militärischen Zusammenarbeit. Rumänien und Jugoslavien hießen sie nicht gut. Die Beziehungen zu Polen und Ungarn waren durch Minderheitenfragen verdunkelt. Die Tschecho-Slowakei wurde wachsend isoliert und geriet in zunehmende Abhängigkeit von der Sowjetunion. Die tschechische Nationalsozialistische Partei, deren geistiger Mentor als Außenminister und als Präsident Benesch war, wurde der Mittelpunkt einer prosowjetischen Gedanken-Schule. Der ausgesprochenste Sowjetfreund war Dr. Hubert Ripka."**)

*) In einer Anmerkung zu dieser Feststellung gibt Glaser folgende wertvolle Hinweise auf einschlägige Quellen, die zugleich zum Beleuchten des Kriegsschuldanteils der für ihn verantwortlichen Gruppe von Tschechen beitragen: „ V. L. Borin (12) zeigt unter Benutzen von Dokumenten des tschecho-slowakischen Außenministeriums, wie die Prager Regierung die Kontrolle Wiener Zeitungen .Wiener Tag' und ‚Die Stunde', sowie der Belgrader .Politik»' kaufte. Ihre Botschaft in Paris bezahlte das Gehalt für Prof. Fuscien Dominola, den Sekretär des Instituts für Slawische Studien. Am 29. 12. 1926 unterrichtete Generalkonsul Dr. Svetak in Sidney seine Vorgesetzten über an australische Journalisten gezahlte Beträge für das Unterdrücken von für Masaryk und Benesch unbequemer Feststellungen. Der tschecho-slowakische Generalkonsul Moser in Montreal rechnete am 31. 12. 1931 über an verschiedene kanadische Zeitungen gezahlte Beiträge zum Lobe der Tschecho-Slowakei in Aufsätzen ab." Die Veröffentlichungen des yortragenden Legationsrats I. Klasse im Auswärtigen Amt Dr. W. K. Thumwald, der ein gründlicher Kenner der auf die Tschecho-Slowakei bezüglichen Fragen ist, sind auch sonst zur Ergänzung heranzuziehen (13).

**) Dr. Ripka führte eine Reise von Pressevertretern in die Sowjetunion. 1935 war er Mitherausgeber einer Zeitschrift mit dem Namen ‚Prag—Moskau'. Als sich Dr. Benesch entschlossen hatte, seine politische Rührigkeit im Ausland wiederaufzunehmen, stellte er Dr. Ripka an die Spitze

Zeitgeschichtliche, politologische und diplomatische Einzelnachweise zum tschechischen Schuldanteil am Ausbruch des 2. Weltkriegs bietet in reichem Maße auch das in unserer Übersicht angeführte hauptsächliche deutsche Schrifttum zum Nachweis der verschiedenen außerdeutschen Schuldanteile, darunter auch das bereits genannte Buch von Annelies ***von Ribbentrop*** (15), weiter das Schrifttum sachkundiger sudetendeutscher Verfasser über die Geschichte der Sudetendeutschen, die Geschichte Böhmens und Mährens, die Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen und über das Münchner Abkommen von 1938. Auch die Veröffentlichungen sachkundiger freier slowakischer Verfasser sind in dieser Hinsicht besonders ergiebig. Genannt sei ferner F. O. ***Miksche*** (16), der frühere tschecho-slowakische Militärattache in Paris.

Welche Schwierigkeiten sich für manchen Verfasser auftürmen, um aus all diesen Quellen die sich aufdrängenden, voll den Tatsachen gemäßen Schlüsse zu ziehen, berührt Glaser auch in seinem im Teil 1 ausführlich zitierten anderen Buch (17). Daraus entnehmen wir aus dem Kapitel „Die orthodoxe Darstellung der Sudetenkrise":

„In seinem Eifer, ***Taylor*** möglichst viele Irrtümer nachzuweisen, wiederholt ***Hofer*** einige längst korrigierte Fehlurteile sekundärer Quellen. Typisch hierfür ist seine ‚Berichtigung' der Taylorschen Darstellung der Sudetenkrise 1938. Hofer macht sich die irrige Vereinfachung gewisser englischer Schriftsteller zu eigen, die (wie übrigens Taylor selbst) in der ganzen Episode nur zwei nennenswerte Kampfparteien entdeckt haben: Hitler und seine Handlanger in der SdP-*)Führung auf der einen Seite und die von Benesch geführten .tschechischen Demokraten' auf der anderen Seite. ***(18)*** Für Hofer im dritten Jahrzehnt nach München, genau wie für Chamberlain im Sommer **1938,** überschattet der auffällige Gegensatz Hitler—Benesch den Kampf sudetendeutscher Demokraten — unter denen die Sozialdemokraten, der gemäßigte Flügel der SdP und der aus politischer Zurückgezogenheit wiederkehrende Dr. Lodgman ***von Auen*** zu erwähnen sind — um eine tschechisch-sudetendeutsche Verständigung im Rahmen einer föderalisierten Tschecho-Slowakei. Ferner übersieht er das verborgene Ringen tschechischer Patrioten (wie z. B. General Lev Prchalas) um die Verteidigung ihres Landes, auch ohne westlichen Beistand sowie für dessen wirkliche

der Informationsabteilung der später als .Tsdiecho-Slowakischer National-Ausschuß' bekannt gewordenen .Tschechoslowakischen Befreiungsbewegung', Benesch und seine Freunde richteten sie in Paris ein. — Obwohl Dr. Ripka auch nach dem 2. Weltkrieg in der Emigratton verblieb, hat er die Benesch-Linie der bösartigen Deutschfeindlichkeit und der unkritischen Sowjetfreundlichkeit nie überwunden. Er wurde u. a. in einer rein politischen Freundschaft Hauptberater der bekannten britischen Politologin Prof. Dr. Elizabeth W i s k e m a n n , der Tochter eines nach England eingewanderten Deutsdien und seiner britischen Gattin. Was Wunder, daß ihre Veröffentlichungen über die deutsch-slawischen Beziehungen und über die Tschecho-Slowakei schwerste Unsachlichkeiten aufweisen (14). Erfreulicherweise wurde ihr auch von fachlicher tschechischer Seite mit aller Schärfe widersprochen, so durch einen Aufsatz des tschechischen Ministers a. D. C z e r n y ,1m Interesse der Wahrheit*, der tschechisch in einer Londoner Zeitschrift der exiltschechischen Agrarpartei und englisch im Jahrgang 1956 des ‚Bulletins' der Internationalen Bauern-Union" abgedruckt wurde. Näheres über den Inhalt berichteteB.v. Richthofen in ‚Der Schlesier' vom 16. 10. 1956 und im .Volksboten' (Mündben) vom 13. 10. 1956. Tschechisches Schrifttum gegen Ripka zitiert Glaser (a.a.O. S. 53).

*) SdP = Sudetendeutsche Partei.

Stärkung durch annehmbare Autonomiebestimmungen zugunsten der Sudetendeutschen und Slowaken."*)

Von Vincent ***Shean,*** einem katholischen demokratischen US-Abgeordneten, erschien nach einer Reise nach Prag im Jahre 1938 ein Buch (19), dem wir folgenden Abschnitt entnehmen:

„Der neue Staat wurde von 1918 an von den Tschechen beherrscht. Es war nicht nur ein tschechisch regierter Staat, sondern geführt von einer einzigen tschechischen Partei und einer einzigen Clique. Es war Eduard Benesch, der von Anfang an die CSR beherrschte."

Dieses Zitat wird auch wiedergegeben in dem Buch (20) des päpstlichen Geheimkämmerers und Prälaten Monsignore E. J. ***Reichenberger,*** dessen Veröffentlichungen eindeutig bestätigen, daß er immer nur die reine Wahrheit suchte und sich für sie als Geistlicher und Menschenfreund mit der Kraft seiner religiösen Uberzeugung und seiner ganzen Persönlichkeit ebenso im deutschen wie im internationalen Rahmen einsetzte. Er beweist, wie viele Verfasser verschiedener Volkszugehörigkeit, daß die Vernichtung der alten Österreich-ungarischen Monarchie mit durch chauvinistische und imperialistische Tschechen zu den wesentlichen Ursachen der Entstehung des 2. Weltkriegs gehört (21). Auch er arbeitete ganz klar heraus, daß es ohne die von tschechischen Chauvinisten mitverschuldeten friedensgefährdenden Folgen der Zwangsfriedensschlüsse von Versailles und St. Germain nie eine Machtergreifung Adolf Hitlers gegeben haben würde**).

Wesentliche Feststellungen zum tschechischen Schuldanteil und der richtigen Bewertung der slowakischen Frage und ihrer Bedeutung für den Ausbruch des 2. Weltkriegs enthält auch eine 1965 erschienene Schrift (25):
„Nach den Erfahrungen des Jahres 1938 kam E. Benesch zu der Überzeugung, daß die Tschecho-Slowakei als ein künstliches Gebilde sich gegen den Willen eines großen Teils ihrer Bevölkerung nur so lange zu halten imstande ist, als sie sich auf die volle Unterstützung einer europäischen Großmacht verlassen kann. Diese Funktion sollte, den Wünschen von Benesch entsprechend, die Sowjetunion erfüllen.
So wurde die Besetzung Mitteleuropas und die Vergewaltigung seiner Bevölkerung durch die Rote Armee zur Voraussetzung für die Verwirklichung seiner Träume. Nur in einem solchen Fall brauchte er bei der Durchführung seiner Pläne auf die Wünsche

*) Prof. Hofer ist ein alter guter Bekannter des Verfassers der vorliegenden Schrift. Er stellte ihn in warmherzig kollegialem Verstehen seiner Linie 1961 in der Universität Bern dem verdienten Schweizer Wirtschaftswissenschaftler und Politologen, Prof. Dr. Fr. Marbach, mit den Worten vor: .Das ist Kollege von Richthofen, auch ein Kämpfer für die Freiheit." In der Beurteilung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Prof, Glaser und Prof. Hofer muß der Verfasser aber aus wissenschaftsmethodischen Gründen Glaser voll recht geben, den er auch bereits 1953 kennen und besonders schätzen lernte, und zwar in Washington D.C. während der Zeit seiner dortigen Vorträge und Besprechungen an verschiedenen Universitäten.

**) Für die zeitgeschichtlichen, politologischen und diplomatischen Einzelheiten oben berührter oder aus Platzmangel nicht genannter Tatbestände aus der Beweiskette für das Vorhandensein eines tschechischen Schuldanteils am Zustandekommen des 2. Weltkriegs, mit sehr verschiedenen Wurzeln, muß auf das gesamte einschlägige internationale Quellenschrifttum verwiesen werden._ Eine für breitere deutsche Leserkreise bestimmte Übersicht bringen z. B. die Bücher von Heinrich Härtle (22), Udo Walendy (23) und Dr. Willy Glasebock £24).

der Bevölkerung keine Rücksicht zu nehmen. Das war aber auch die Voraussetzung zur Vertreibung der Deutschen nicht nur aus der Tschecho-Slowakei sondern auch aus allen Ländern Mitteleuropas überhaupt, wodurch E. Benesch nicht nur die innenpolitische sondern auch die geopolitische Lage des tschechischen Volkes ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit verbessern wollte.
Obwohl E. Benesch als Präsident der tschecho-slowakischen Republik sein Amt als Staatsoberhaupt am 5. Oktober 1938 niederlegte und diesen Schritt sogar durch den Rat des Völkerbundes auf seiner 105. Sitzung als rechtmäßige Abdikation betrachtet wurde, ist er später so vorgegangen, als ob er nie aufgehört habe, Staatsoberhaupt der Tschecho-Slowakei zu sein. Die Siegermächte haben ihn nachträglich widerrechtlich als Staatspräsident einer Tschecho-Slowakei anerkannt, obwohl dieser Staat auf Grund einer völlig demokratisch zustande gekommenen Selbständigkeitserklärung der Slowakei am 14. März 1939 aufhörte, faktisch wie auch völkerrechtlich zu bestehen. Diese Tatsache kam in der Anerkennung der Slowakei durch 30 Staaten zum Ausdruck.

Die Slowakische Republik wurde am 14. März 1939, also vor dem Ausbruch des 2. Weltkriegs, durch einen einstimmigen Beschluß des demokratisch gewählten slowakischen Parlaments proklamiert. Das lag ganz in den Wünschen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Das Entstehen der Slowakischen Republik stellte eine Verwirklichung der Grundsätze der Demokratie dar und entsprach der Entwicklung der Menschheit, wie das durch die spätere Verselbständigung der etwa 900 Millionen farbiger Menschen, deren neue Staaten man als Mitglieder in die Vereinten Nationen aufnahm, bestätigt wurde.
Dennoch wollte zunächst auch gegen die Slowakei und ihre Bevölkerung Beneschs Nachfolger ***Hacha*** das Recht gewaltsam beugen, ehe das durch Deutschland verhindert wurde."

Vielleicht wird dem letzten Zweifelnden die nötige Klarheit und Aufgeschlossenheit vermittelt, wenn er aus'einem tschechischen bekannten Nachschlagewerk (26) die nachstehenden Sätze liest:

„Die Slowakei wird unser Kolonialland sein. Es ist eine verkehrte Ansicht, daß ein Kolonialland nicht an das Mutterland grenzen könne. Das Beispiel ist Rußland mit Sibirien."

In einer Besprechung des Buches von ***Kirschbaum*** über die Slowakei (27) sagt Prof. Dr. Charles ***Wajatsek*** (Univers, von Colorado in Boulder) im "Journal of Central European Affairs" Bd. 22,1962:

„It is clear to every researcher today that this **State** (die Tschecho-Slowakei. Der Verf.) was the result of propaganda and that the Wilsonian principles of self-determination were not applied."

Die Verfasser V. ***Häufler,*** J. ***Korcak*** und V. ***Kral,*** betonen in ihrem Buch **(28):**

„Das Versprechen, daß der neue Staat eine .östliche Schweiz' sein würde, wurde nicht erfüllt. Wir können darin übereinstimmen, daß die Tschecho-Slowakei der Vorwand für die deutsche Ostausdehnung war. Wir müssen auch die Tatsache annehmen, daß dieser neue Staat die Ausdehnung eines starken russischen Einflusses in Mitteleuropa seit 1945 möglich gemacht hat."

Solche Eingeständnisse von namhafter kommunistischer Seite aus Prag schon 1960 sind besonders bemerkenswert und tragen auch sonst zur Aufklärung von Hintergründen der Entstehung des 2. Weltkriegs durch Erwähnen eines tschechischen Schuldanteils bei.

Wie auch bei spanischen Gelehrten der Wunsch nach Wahrheit in der Kriegsursachenforschung besteht, zeigt eine Veröffentlichung des Professors an der Universität von Burgos, Dr. Rafael Sanchez ***Marino*** in der ausgezeichneten Übersicht über die Geschichte der Sudetendeutschen („Historia de los Alemanes de los Sudetes"). Dort heißt es auf S. 93:

„Im Augenblick des Münchner Abkommens fand im Unter- und Oberhaus in England eine interessante Debatte statt, in der Lord ***Maugham*** zu dem Schluß kam zu sagen:
‚Wir und Frankreich haben am Rand eines Krieges gestanden, um einen Staat vor der Zerstörung zu retten, der nie hätte geschaffen werden dürfen'" (s. auch W. Jaksch, in Literaturnachweis zum tschechischen Schuldanteil Nr. 11).

Der Vorfall bestätigt, wie stark auch außerhalb Deutschlands in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg die Kritik an der chauvinistischen tschechischen Politik war, die Gefahren für den Frieden bedingte. Auch Winston Churchill war sich unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg darüber im klaren, daß die Politik der tschecho-slowakischen Regierung eine Verletzung der Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts einschloß. Ein entsprechendes Churchill-Zitat von damals wird im Jahrgang 1959 des „Sudeten-Jahrbuchs" der sozialdemokratischen Seliger-Gemeinde wiederholt und zitiert. Im Anschluß daran heißt es bei dem SPD-Bundestagsabgeordneten Ernst ***Paul*** (29), auf S. 290:
„Doch hier ergeben sich (in Saint Germain) hartnäckige Komplikationen. Böhmen und Mähren umfassen eine deutschsprachige Bevölkerung von drei Millionen, zumeist in geschlossenen Wohngebieten und im Aufstieg begriffen, einen starken tüchtigen Stamm mit einem engen Zusammenhalt wie die Ulsterleute in Irland. Die deutschsprechende Bevölkerung auszuschließen, bedeutet eine tiefe und vielleicht fatale Schwächung des neuen Staates; sie dem Staat einzuverleiben, war eine Verletzung des Grundsatzes der Selbstbestimmung."

Eine sehr sachliche Darstellung von slowakischer Seite brachte z. B. ein 1965 gedruckter Vortrag von Prof. Dr. Milan St. ***Durica*** (30)*). Treffend unterstreicht er a. a. O. S. 163 was folgt:

„Die kritische Lage der Tschecho-Slowakei, die allgemein als innerer Auflösungsprozeß beurteilt wurde, hat den interessierten Nachbarstaaten Anlaß gegeben, die Gebiete des zerfallenden Staates zum Gegenstand ihrer politischen Planungen und internationalen Verhandlungen zu machen."**)

*) Ebendort auch der bedeutsame Tatsachenbericht von Prof. Dr. Ferdinand Durcansky »Die Slowakei und der Panslavismus" (31).

**) Mit Recht beruft sich Durica als Stütze für dieses Urteil auch auf das Buch von Prof. Dr. G. Blondel .La disagrlation de la Tschechoslowaquie" sowie auf Feststellungen des französischen Osthistorikers Prof. Dr. J. B. Duroselle auf S. 259 seines Werkes „Histoire Diplomatique des 1919 a nos jours" und des einstigen polnischen Außenministers J. Beck auf S. 171 seine* Erinnerungsbuches »Dernier Rapport". (32)

Während gewisse Verfasser und Politiker heutzutage das Münchner Abkommen in oberflächlicher Weise als einen angeblichen wesentlichen Schritt zum Kriege kritisieren, gibt es sogar kommunistische Tschechen, die der Wahrheit näher rücken. In der Nr. 24 der Prager tschechischen Zeitschrift „Student" schrieb der kommunistische tschechische Schriftsteller Filip ***Jansky,*** der für seine Leistungen im antideutschen Partisanenkampf während des 2. Weltkriegs hohe kommunistische Orden trägt, das Münchner Abkommen sei ein „einmaliges staatsmännisches Ereignis" gewesen. Und obwohl ihm diese Stellungnahme auf einer Tagung des Verbandes tschechoslowakischer Schriftsteller (1967) durch den Sekretär der tschechischen Kommunistischen Partei, Jiry ***Hendrycb,*** vorgeworfen wurde, blieb es bei dieser Aussage in jenem Blatt der jüngeren tschechischen Generation.

Der amerikanische Verfasser Lawrence ***Thomson*** hat 1968 in seinem Buch über das Münchner Abkommen von 1938 (33) sich zu einem nüchtern sachlichen Urteil durchgerungen und überwand seine von ihm selbst in der Einleitung zu jenem Buch gekennzeichnete Haltung:

„Der Erzschurke des Dramas schien mir Hitler zu sein, der zweite Übeltäter Neville Chamberlain und der Held Benesch, der Präsident der Tschecho-Slowakei."

Im Hauptteil seines Buches begründet Thompson demgegenüber aufgrund der ihm bekannten Quellen u. a. das Benesch und den tschechischen Chauvinismus, dessen Mitschuld am Zustandekommen des Zweiten Weltkrieges feststeht, stark belastende folgende Urteil:

„Um die amerikanische öffentliche Meinung zu besänftigen, war bei den Friedensverhandlungen das Versprechen abgegeben worden, daß dieser Vielvölkerstaat im Laufe der Zeit zu einem Bund sich selbst regierender Volksgruppen nach dem Muster der Schweiz umgewandelt werde. Die Zeit hierzu war irgendwie nie reif. Die Tschechen, die 300 Jahre am unteren Ende des österreichischen Tisches gesessen hatten, saßen jetzt oben und hatten keine Absicht, die Macht mit jemand anderem zu teilen. Je mehr sich die anderen Volksgruppen bemühten, desto stärker wurde der tschechische Nationalismus und selbst die aufgeklärten tschechischen Politiker fanden es bequemer, mit dem Strom zu schwimmen als gegen ihn."

„Der einflußreichste dieser Politiker nach Masaryk war Benesch, ein Mann, der in vieler Hinsicht in seiner Person die Stärke und die Schwäche Europas in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen versinnbildlichte. Als echter Idealist hatte er sich keine Gewissensbisse daraus gemacht, für sein Land zu lügen. Als echter Demokrat hatte er seine Position dem Umstand verdankt, daß er ein Meister der Intrige war, ein Meister der Beeinflussung durch den diskreten Händedruck und durch das geeignete Wort zum geeigneten Zeitpunkt in jenen Vorzimmern der Macht, wo eine Entscheidung zu seinen Gunsten herbeigeführt werden konnte. Auf dem Gebiet des politischen Ränkespiels gab es kaum jemanden, der besser Bescheid wußte als er..."

„Nach außen war Benesch ein internationaler Staatsmann von Weltruf. Zu Hause war er so wie Roosevelt in den Vereinigten Staaten ein umstrittener Parteipolitiker, der den Ruf hatte, mit allen Salben geschmiert zu sein und dessen Nationalsozialistische Partei die Verantwortung für ein gehöriges Ausmaß an äußerst rückständigem tschechischem Chauvinismus trug."

Thompson zeigt auch, wie verhängnisvoll sich dieser Chauvinismus auf die Lage der Sudetendeutschen auswirken mußte und daß dadurch naturgemäß die Politik Hitlers stark beeinflußt und gefördert wurde.*)
Die Nr. 18 des Jahrganges 1967—1968 der Prager amtlichen kommunistischen Jugendzeitschrift „Mlada Fronta" (= „Die Junge Front") unterstreicht, daß die bürgerliche Regierung der Tschecho-Slowakei von 1938 einen großen Teil der Verantwortung am Zustandekommen des Münchner Abkommens habe. In der Begründung wird von „Mlada Fronta" hervorgehoben, daß die damalige britische, von Chamberlain geleitete, Haltung in der tschechischen Öffentlichkeit von 1938 überwiegend als „wagemutige Initiative", „Rettung des Friedens" und mit weiteren derartigen Uberschriften betont anerkannt wurde.

Auch hier kann mit Nachdruck auf das letzte Werk Rassiniers (34) verwiesen werden. Man hat den Eindruck, als habe er damit noch einmal alles zusammenfassen wollen, was ihm im Verlaufe eines ausgefüllten und tätigen Lebens zugewachsen war. Über die Lage vor dem Münchner Abkommen und der Unterstützung der Kriegslüsternheit von Tschechen durch Franzosen zitiert er den französischen General ***Gamelin*** (35), der auf Befragung durch Chamberlain eine völlige Unterschätzung der deutschen Wehrkraft verriet, und den damaligen tschechischen Ministerpräsidenten ***Krofta:***

„Neue Zugeständnisse von unserer Seite sind unmöglich, während unsere Mobilisierung im Gange ist. Wir haben das gefährliche Stadium überschritten und halten die militärische Lage fest in der Hand. Wir haben gestern einen ersten Angriff der Luftwaffe erwartet, der bestimmt wäre, unsere Truppenzusammenziehungen zu stören. Er fand nicht statt. Die Enthaltsamkeit muß man als ein Zeichen der Schwäche deuten. Wenn unsere Mobilisierung morgen und übermorgen normal weitergeht, werden 40 tschechische Divisionen bereit sein, 80 deutschen gegenüberzutreten."

Sehr lehrreich zur richtigen Beurteilung der Politik Beneschs und der Sowjetunion, die zum Ausbruch des 2. Weltkriegs beigetragen hat, ist noch folgende Stelle bei Glaser (S. 69):

„Benesch berichtet in seinen Erinnerungen (36), daß er nie durch die scheinbare Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion irregeleitet wurde. Er war immer sicher, daß die Sowjetunion früher oder später in den Krieg gegen Deutschland verwickelt werden würde. Aus einer aus sowjetischer Quelle entnommenen Unterrichtung zog er den Schluß, daß Rußland selbst gegen Deutschland marschieren würde, sowie die Nazis einen Zustand der Erschöpfung erreicht hätten, und zwar in Verbindung mit einer durch die deutschen Kommunisten anzustiftenden Revolution (S. 138 — 153).

*) Einen ins Deutsche übersetzten Auszug aus den Feststellungen Thompsons über die vom tschechischen Chauvinismus verschuldete schlimme Lage des Sudetendeutschtums brachte die vom Sudetendeutschen Rat herausgegebene Zeitschrift „West und Ost (Informationen und Kommentare für Deutschland)" in ihrer am 28. 6. 1968 in München erschienenen Nr. 11 des laufenden Jahrganges.

Wie Georg ***de Huszar*** hervorhebt (37) war der Weltkrieg II zum großen Teil das Ergebnis einer sowjetischen .Kastanien-Strategie', die beiden Blöcke kapitalistischer Staaten in einen Erschöpfungskrieg hineinzumanövrieren. Diese These findet in einer Besprechung ihre Bestätigung, die Benesch am 23. 8. 1939 (also am Tage des Abschlusses des deutsch-sowjetischen Paktes. D. Verf.) mit dem sowjetischen Botschafter ***Maisky*** führte. Sie hinterließ bei Benesch den Eindruck, ‚die Sowjetunion werde versuchen, solange als möglich neutral zu bleiben, um, wenn sich der Krieg bei Erschöpfung beider Seiten seinem Ende nähere, entscheidend eingreifen und eine selbstätige Lösung der europäischen Fragen durch eine soziale Revolution herbeiführen zu können'" (S. 138 f.)

Glaser weist auch dokumentarisch nach, in wie gefährlicher Weise tschechische Kommunisten mit Hilfe von Benesch und Ripka in der Emigration britische Niditkommunisten politisch überspielten und ihre Vertrauensmänner an wichtige Stellen der Meinungsbildung und außenpolitischer Aufgaben in England brachten.

Wendet man sich dann den Ereignissen zu, die im Jahre 1939 unmittelbar den Krieg vorbereiteten, wird man bei Glaser verschiedene Tatsachen finden, die manches in einem anderen Licht erscheinen lassen als viele unsachliche Darstellungen. Bei ihm liest man (S. 45 f.):

„Anfang März des Jahres 1939 entschlossen sich Hacha und sein Kabinett, die slowakische Regierung oder mindestens ihren separatistischen Flügel zu liquidieren. Der tschechische Botschafter in Berlin, Dr. ***Mastny***, fragte die Wilhelmstraße *), wie Deutschland ein tschechisches militärisches Eingreifen in der Slowakei betrachten würde. Man gab ihm zu verstehen, Deutschland würde es als eine inner-tschechoslowakische Angelegenheit ansehen. In der Nacht vom 9. März entließ Präsident Hacha ***Tiso*** und sein Kabinett und erklärte den Ausnahmezustand in der Slowakei. General ***Homolka,*** der örtliche Befehlshaber, verhaftete die Minister ***Cernak, Mach*** und ***Tuka. Durcansky*** entkam dagegen nach Wien und drängte die Slowaken in einer Rundfunksprache, gegen die tschechischen Unterdrücker zu revoltieren."
Hitler hatte natürlich nicht die Absicht, Hachas ***Gewaltstreid}*** als eine inner-tschechoslowakische Angelegenheit anzusehen. Am 12. 3. 1939 kam eine von Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wilhelm ***Keppler,*** und dem Reichsstatthalter in Österreich, ***Artur Seyss-Inquart*** geführte Nazi-Abordnung in Preßburg an und drängte Ministerpräsident ***Sidor,*** die sofortige Unabhängigkeit der Slowakei zu erklären. Sidor lehnte steinhart ab. Er hob hervor, ihm fehle die Befugnis so zu handeln. Es wurden aber Abmachungen getroffen, daß Tiso und Durcansky nach Berlin fliegen sollten und daß nach deren Rückkehr eine Sondersitzung des slowakischen Parlaments abgehalten werden solle. Bei einer Besprechung in der Reichskanzlei legte Hitler die Bedingungen für eine durch die Slowaken zu fällende Entscheidung fest. Wenn die Slowakei Unabhängigkeit wünsche, würde er sie unterstützen und sogar für sie bürgen, aber wenn sie .zögerten oder nicht wünschten, ihre Verbindung zu Prag zu lösen, würde er das Schicksal der Slowakei der Gnade der Ereignisse überlassen und nicht länger verantwortlich sein'."

*) Wilhelmstraße — Sitz der Deutschen Regierung (Reichskanzlei) und des Auswärtigen Amtes.

Daß man aber auch die deutsche Kriegsschuldfrage als eine wesentliche Voraussetzung der amerikanischen Außenpolitik sieht oder sehen sollte, geht aus einem Vortrag hervor, den Kurt Glaser unter dem Titel „Die Kriegsschuldfrage und die amerikanische Außenpolitik" gehalten hat und den der „Sudetendeutsche Erzieherbrief" (München) im Auszug aus der Nr. 7 (Juli 1966) der vom „German-American National Council" herausgegebenen Zeitschrift „Der Deutsch-Amerikaner" veröffentlichte.*) Dort heißt es u. a.:

Die politische Funktion der Lüge aber ist die Lähmung der gesamten westlichen, insbesondere aber der amerikanischen und bundesdeutschen Außenpolitik. Richtige Außenpolitik erfordert aber .Richtige Geschichte'.

„Angesichts der Tatsache, daß die Zwecklüge der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg ihres natürlichen Todes noch nicht gestorben ist, ergeben sich die Fragen:
1) Wem nützt diese Lüge?
2) Was ist ihre politische Funktion?

Die Lüge nützt hauptsächlich den Kommunisten, die hierorts die Verweigerung des Heimatrechts für das von ihnen beherrschte „Ostmitteleuropa" rechtfertigen, das man auf den Trümmern des Deutschen Reiches errichtet hat.

Daher liegt die Berichtigung der Kriegsschuldlüge im Nationalinteresse nicht nur der Deutschen sondern vor allem auch der Amerikaner."

Und der katholische tschechische Historiker Prof. Dr. B. ***Chudoba*** kommt zu dem Schluß (38):

„Die CSR. war als antideutsches Bollwerk auf einen künftigen Krieg angelegt."

Der namhafte sudetendeutsche Historiker und Schriftsteller Dr. Emil ***Franzel*** veröffentlichte am 7. 9.1973 im katholischen Münchener „Volksboten" einen Aufsatz mit folgender Uberschrift: „Mit Betrug bei den Alliierten die Austreibung der Sudetendeutschen durchgesetzt (Edvard Benesch wurde zum Unglück der Tschechen und zum Verhängnis für Europa. Die Lüge zum staatsmännischen Prinzip erhoben, Rachejustiz persönlich organisiert: Schulbeispiel für die Folgen des Paktierens mit Kommunisten)." Man findet im Inhalt u. a. die folgenden Feststellungen:

„Statt, wie ihm Briten und Franzosen rieten, den Sudetendeutschen wirklich glaubwürdige Zugeständnisse zu machen und so rasch als möglich zu handeln, setzte

) Vgl. dazu auch B. v. Richthofens Besprechung unter der Überschrift »Hervorragende« Werk eines amerikanischen Gelehrten (Eine kritische Geschichte der Tschecho-Slowakei)" in Nr. 6 des 75. Jahr. (9. 2. 1962) St.-Josephs-Blatt (Nationale katholische Wochenzeitung). St. Benedict/ Oregon

Benesch seine Politik der Lügen, der betrügerischen Versprechungen und der Verschleppung fort. Am 20. Mai 1938 ordnete er, am Vorabend der Gemeindewahlen, eine Teilmobilmachung an, ließ das Sudetengebiet militärisch besetzen und die Lüge ausstreuen, er sei durch England vor deutschen Truppenbewegungen gewarnt worden*). Erst nach dieser Provokation, mit der Benesch offensichtlich den Krieg entfesseln wollte, änderte Hitler seine Dispositionen und befahl der Wehrmacht, die Zerschlagung der CSSR vorzubereiten. Die Verhandlungen mit den Sudetendeutschen wurden weiter verschleppt, bis die Briten forderten, daß Prag um die Entsendung eines englischen Beobachters bitte. Lord Runciman kam und stellte fest, daß das Mißtrauen der Sudetendeutschen in die betrügerische und kleinliche Politik von Benesch der Hauptgrund für die Ausweglosigkeit der Lage sei."

„England und Frankreich forderten daraufhin, nachdem Chamberlain in Berchtesgaden mit Hitler konferiert hatte, von der Tschechoslowakei die Herausgabe der Sudetengebiete. Kaum hatte Benesch diese Forderung angenommen, so entließ er, der Forderung kommunistischer Demonstranten entsprechend, das Kabinett Hodza und bildete unter dem Generalinspekteur der Armee ein Kabinett der Linken. In einer Rundfunkansprache spräche er von einem ‚Plan', den er habe, woraus jedermann schließen mußte, daß er die Abtretung der deutschen Gebiete widerrufen und den Krieg entfesseln wolle."

„Hitler antwortete mit der berühmten Sportpalastrede, die sich persönlich gegen Benesch richtete und ultimativ die Räumung der Sudetengebiete forderte. Daraufhin kam es durch Vermittlung Mussolinis zur Einberufung der Münchener Konferenz, die Benesch zur Einhaltung seiner Zusage zwang. Wenige Tage später trat er zurück und verließ über Rumänien die Tschechoslowakei unter Mitnahme von 14 Waggons Akten und Vermögenswerten."

Hitler hat ursprünglich sogar dem tschechischen Staatspräsidenten Dr. Benesch trotz dessen unsachlicher Deutschfeindlichkeit eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei zur Fernhaltung des Kommunismus vorgeschlagen. Benesch wählte aus taktischen Gründen in dieser Angelegenheit gegenüber Hitler zunächst ein hinhaltendes Verfahren, ehe er die Besprechung mit Hitlers Beauftragten in Prag scheitern ließ. Über diesen Vorgang berichtet das kommunistische Belange unterstützende, bereits erwähnte, dänische Buch von Kai ***Moltke*** „Bag kulisserne ..." und zwar auf die in London tschechisch und englisch erschienenen Lebenserinnerungen von Benesch „Pameti mojeho zivota" und einen Aufsatz des bekannten tschechischen Historikers und Archivars Jan Pacha. Ohne den Versuch einer Begründung dieses Standpunktes bezeichnet Kai Moltke Hitlers Vorschlag an Benesch als eine Falle.

Der Generalsekretär der tschechischen Agrarpartei Rudolf ***Beran*** erklärte in Prag am 7. Oktober auf einer Vorstandssitzung dieser Partei, wie Benoist-Mechin (s. Lit.-Verz.) herausstellt, u. a. folgendes:

*) Uber den 21. Mai 1938 und den Anteil der Briten daran s. a. Annelies v. Ribbentrop (a.a.O. S. lOOff).

„Alles, was geschehen ist, war leicht vorauszusehen. Wir haben Herrn Benesch zu wiederholten Malen gewarnt, aber er hat nie auf uns hören wollen. Er ist übrigens auch gar keiner der Unseren. Er vertrat nicht die Meinung der katholisch und realistisch denkenden Masse der tschechischen Bauern, sondern nur die einer kleinen Gruppe fortschrittlicher, und freimaurerischer Ideologen, die zu lange im Ausland gelebt haben und ihre Weisungen aus Genf und Paris bezogen. Der schwerste all der Fehler, die er begangen hat, war sein Pakt mit Moskau. Er wollte den Bogen zu sehr überspannen und hat dadurch den Zusammenbruch herbeigeführt. Seine persönliche Politik hat die Tschechoslowakei in eine Rolle hineingedrängt, die sich mit ihrer geographischen Lage nicht vereinbaren ließ und die uns notwendigerweise die Feindschaft der Nachbarn zuziehen mußte."

Der einstige holländische Sonderbotschafter und bevollmächtigte Minister Moritz ***van Vollenhoven*** sagte in seinem 1957 in Brüssel französisch erschienen Buch (s. Lit.-verz.) zur Frage der Verhältnisse in der Tschechoslowakei vor dem Krieg u. a,:

„Kaum war die Sudetenfrage geregelt, reizt die tschechische Unduldsamkeit die Slowakei, die ungarische und die polnische Minderheit. Im Januar 1939 weigern sich die Slowaken, am Tragen der militärischen Ausgaben der Tschechoslowakei teilzunehmen. Am 13. März verkündet Monsignore Tiso die Unabhängigkeit der Slowakei. Die Presse in England und Frankreich kritisiert heftig die Männer, die dem deutschen Druck nachgegeben hätten. Diese Kritik rührte besonders von der schlechten Laune der Politiker her. Es ist aber gerecht zu sagen, daß sich Daladier und Chamberlain auf die Berichte ihres Beauftragten Lord Runciman verließen, daß die Lage in der Tschechoslowakei unhaltbar war, nicht allein für die Deutschen, sondern auch für die ungarische, polnische und slowakische Minderheit. Es war außer Zweifel, daß die Tschechoslowakei in der ihr in Versailles zugewiesenen Form keinen Bestand haben würde."

A. J. ***Kofier*** sagt auf Seite 94 seines Buches (s. Lit.-verz.) z. B.:

„Der hitlerfeindliche deutsche Historiker Michael Freund nannte die Tschechoslowakei ‚eine feindliche Festung mitten im deutschen Raum', ‚eine Einbruchspforte aller Gegner' (s. Michael Freund .Deutschland unterm Hakenkreuz', Bd. 2, Seite 40)."

In seinem Buch (a.a.O. S. 281) stellt der Pariser Historiker Prof. Dr. Maurice ***Baumont*** den folgenden Vermerk aus Graf Szembeks Tagebuch besonders heraus:

„Am 12.6.1935 versicherte Beck Szembek: ‚Es gibt zwei politische Formationen, die zweifellos zum Verschwinden verurteilt sind: Österreich und die Tschechoslowakei."

Weiter betont Baumont ebendort bzw. auf S. 282: „In dem Zwist, der Deutschland und die Tschechoslowakei gegeneinanderstellt, ist Polen grundsätzlich gegen die Tschecho-Slowakei." . . . „Am 7. 6. 1938 zögert Beck nicht, zu Leon Blum zu sagen: ‚Das Schicksal der Tschechoslowakei läßt uns kalt." Es gehört zum tschechischen Schuldanteil, daß die Prager Regierung damals

nicht berücksichtigt hatte, wie sehr ihre Minderheitenpolitik auch Polen und Ungarn sowie die Slowaken und Kapatho-Ukrainer gegen die Tschechoslowakei aufgebracht hat.
Kofier bringt (a.a.O. S. 52) die nachstehende Bemerkung aus einer Rede des britischen Konservativen Abgeordneten Raikes im Unterhaus vom Oktober 1938:

„Wir sollten nicht vergessen, daß die Tschechen die deutschen Gebiete noch vor dem Vertrag von Versailles annektiert haben."

Auch die damalige gewalttätige Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und Volksteile gehört mit zu den Ursachen der politischen Entwicklungen, die sich durch einen Teil ihrer Folgen Entwicklungen bedingen half, die schließlich zum Zweiten Weltkrieg führten.
Auf Seite 50 verweist Kofier auf die folgende lehrreiche Feststellung des schottischen Geistlichen und Zeitgeschichtlers Peter H. ***Nicoll*** (s. Lit.-verz.):

„Es dürfte aufschlußreich sein, Hitlers großzügige Politik von 1939 mit der Art zu vergleichen, wie die Tschechen handelten, als sie ihr Land nach der Niederlage Hitlers wieder in die Hand bekamen. Ihr barbarisches Vorgehen gegen die Deutschen war schlimmer als das der russischen Eroberer."

Literaturverzeichnis

(1) ***Benesch,*** Eduard, »Die österreichische und die tschechische Frage. Eine Studie über den politischen Kampf der slawischen Völker in Österreich". („La problème autrichien et la question tcheque, Etude sur les luttes politiques des nationalités slaves en Autriche"). Paris 1912

(2) Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen. (Sogenanntes Sudetendeutsches Weißbuch). Eingel. und bearbeitet von Dr. Wilhelm ***Tumwald,*** München 1951. Neuauflage 1968

(3) ***Brügel,*** J. W., „Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschecho-Slowakei (Versuch einer Darstellung der Vorgeschichte)". 8. Jahrg. der „Viertesjahreshefte für Zeitgeschichte". München

(4) ***Voigt,*** F. A., (1938—1947 Herausgeber der Londoner Zeitschrift „Nineteenth Century and After"), „Pax Britannica". London 1949

(5) ***Coston,*** Henry, „Les originals sécrètes de la guerre 1939—1946". Paris 1957

(6) ***Urban,*** Rudolf, (Mitarbeiter des Marburger Herder-Instituts) „Demokratenpresse im Lichte der Prager Geheimakten". Marburg 1963

(7)Lebrê, Henry, „Les originals sécrètes de la guerre 1939—1946". Paris 1957

(8) ***Graf Szembek,*** Jan, „Journal 1933—1939". Paris 1952

(9) ***Champeaux,*** S., „La croisade des démocraties (Der Kreuzzug der Demokratien)". Paris 1941

(10) ***Glaser,*** Kurt, Prof. Dr., „Czechoslovaquie — a critical history". Caldwell/Idaho 1961. Deutsch: „Die Tschecho-Slowakei". Frankfurt 1964

(11)Jakscb, Wenzel, „Europas Weg nach Potsdam". Stuttgart 1958

(12) ***Borin,*** V. L., »The secret funds of Benes' Intelligence Service". Aufsatz in der in London erscheinenden antikommunistischen Zeitschrift „Pravda", Juni 1951, nachgedruckt November 1951 in „Slovak Newsletter" Middleton/Penn.

(13) ***Tumwald,*** W. K., Dr., „Renascence or decline of Central Europe", München 1954

(14) ***Wiskemann,*** E., Prof. Dr., „Germany's Eastern Neighbours". **London**-New York-Toronto 1951

(15) ***v. Ribbentrop,*** Annelies, „Deutsch-englische Geheimverbindungen. Britische Dokumente der Jahre 1938 und 1939 im Lichte der Kriegsschuldfrage". Tübingen 1967

(16) ***Miksdie,*** F. O., „Danubian Federation (A study of past mistakes and future possibilities in an vital region of Europe)". Camberley/Engl. 1953

(17) s. Lit. S. 64 (4)

(18) ***Hof er,*** Walther, „.Entfesselung* oder .Ausbruch' des Zweiten Weltkrieges? Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Buch von A. J. P. Taylor über die Ursprünge des Zweiten Weltkriegs". Nachgedruckt in „Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs — Legende und Wirklichkeit". Zürich 1963, bzw. Wheeler-Benett, John. W. „Munich — Prologue of Tragedy". London 1948

(19) ***Shean,*** Vincent, „Not Peace — but a Sword". New York 1939

(20) ***Reichenberger,*** E. J., „Wider Willkür und Machtrausch". Graz 195-5

(21) ***Reichenberger,*** E. J., „Ostdeutsche Passion". Düsseldorf 1948

(22) ***Härtle,*** Heinrich. „Die Kriegsschuld der Sieger. Roosevelts, Churchills und Stalins Verbrechen gegen den Weltfrieden". Göttingen 1966 und „Amerikas Krieg gegen Deutschland. Wilson gegen Wilhelm II. — Roosevelt gegen Hitler". Göttingen 1968

(23) s. Lit. S. 125 (11)

(24) ***Glasebock,*** W., „War Deutschland am Zweiten Weltkrieg allein schuld? (Von Versailles bis Danzig)". 1964

(25) „Anklage des slowakischen Befreiungsrats gegen die Vergewaltigung der Slowakischen Republik im Jahre 1945 und die derzeitige Fremd- und Gewaltherrschaft in der Slowakei". München-Toronto-New York-Rom-Madrid-Buenos Aires-Sidney 1965 (in deutsch, englisch, italienisch, spanisch)

(26) „Ottuv Slovnik Naucny", Bd. 2, Teil 2, Seite 1217. Prag 1925

(27) ***Kirschbaum,*** J. M., „Slovakia: Nation at the crossroads of Central Europe". New York 1960

(28) ***Krai,*** Vaclav (Herausgeber), „Das Abkommen von München 1938 (Tschechoslowakische Dokumente 1937—1939)", zusammengestellt, mit einem Vorwort versehen von V. Kral. Prag 1968. Akademie-Verlag der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Dieses Buch wurde teils entschieden kritisch, teils anerkennend besprochen von Herbert ***Marxian*** (Göttinger Arbeitskreis) in „Ostdeutscher Literatur-Anzeiger", 15. Jahrg., Heft 1, (S. 21—23). Würzburg 1969

(29) ***Paul***, Ernst, „Was nicht in den Geschichtsbüchern steht — Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, Teil 2: Schicksalhafte Jahre 1938". 1959

(30) ***Durica,*** Milan St., Prof. Dr., „Die slowakische Politik 1938—1939" in „Slowakei", 5. Jahrg., Nr. 1—2. München 1967

(31) ***Durczansky,*** F., Prof. Dr., „Die Slowakei und der Panslawismus", in Sammelband Collegium Carolinum, „Die Slowakei als mitteleuropäisches Problem in Geschichte und Gegenwart". München 1965

(32) ***Beck,*** Josef, „Dernier Rapport. Politique Polonaise 1926—1939". Neudiatel 1949

(33) ***Thompson,*** Lawrence, „The greatest Treason. The untold story of Munich". New York 1968

(34) s. Lit. S. 66 (33)

(35) ***Gamelin,*** Maurice, „Servir". Paris 1946

(36) ***Benesch,*** Eduard, „Memoirs of Dr. Eduard Benes — From Munich to New War and New Victory". London 1954

(37) ***de Huszar,*** George, B., „Soviet Power and Policy", New York 1955

(38) ***Chudoba,*** B., Prof. Dr., in Vorträgen der wissenschaftlichen Tagungen des „Collegium Carolinum" in Nürnberg und Salzburg 1964. München 1967

Benoist-Mechin, J., „Am Rande des Krieges 1938 (Die Sudetenkrise und ihre Hintergründe)". Oldenburg 1967

Berber, Friedrich, Prof. Dr., (Herausgeber) „Europäische Politik 1933—1938 im Spiegel der Prager Akten". Essen 1942

Bodenstedt, Heinrich, »Zur »Spiegelung' der nach-Münchner tschechoslowakischen Politik in der zeitgenössischen tschechischen Publizistik" in „Zeitschrift für Ostforschung" 16. Jahrg. Heft 1 S. 79—101. Marburg 1967

Boss, Otto, „Die Zweite Tschecho-Slowakische Republik im Spiegel zeitgenössischer Pressestimmen" in „Bohemia" Jahrbuch des Collegium Carolinum Bd. 3, S. 402 bis 425. München 1962

Collegium Carolinum (Herausgeber) „Die Sudetenfrage in europäischer Sicht". Tagungsbericht, darin u. a. die Vorträge von Wenzel ***Jaksch*** „Die Sudetenfrage im europäischen Geschichtsbild", Prof. Dr. Rudolf ***Wierer*** (tschechischer Historiker) „Der tschochoslowakische Staat und die Sudetenfrage", Prof. Dr. Ferdinand ***Durczansky*** (einstiger slowakischer Außenminister) „Die Stellung der Slowaken und nichtdeutschen Minderheiten im tschechoslowakischen Staat" und Prof. Dr. Hermann ***Raschbofer*** »Das Münchner Abkommen und die sowjetische Note vom 10. Januar 1950." München 1959

Collegium Carolinum „Die Slowakei als mitteleuropäisches Problem in Geschichte und Gegenwart" Bd. 15 der Buchreihe mit Beiträgen von Prof. Dr. K. ***Bosl,*** L. ***v. Gogolak,*** Prof. Dr. F. ***Durczansky,*** Prof. Dr. M. St. ***Durica,*** Dr. C. ***Pokorny*** und H. ***Wessely.*** München 1965

Corbel, Joseph, Prof. (vor dem Krieg tschechischer Botschafter in Belgrad), „The Communist Subversion of Czechoslovakia 1939—1948. The failure of coexistence", Princeton, N. J. 1959

Fogger, Josef, „Das Glatzer Land und Volk in der Geschichte". Veröffentlicht im „Grafschafter Boten" in Fortsetzungen. Darin die Kapitel „Ein Halbjahrhundert mitteleuropäischer Geschichte: Der Weg der Sudetendeutschen von 1918 bis zur Austreibung 1945" und „Vom Versailler Diktat bis zur Diktatur des Panrussismus". Lüdenscheid 1966/1967

Franzel, Emil, Dr., „Sudetendeutsche Geschichte". München 1964

Grebert, Arved, „Idee der slowakischen Selbständigkeit in der Vergangenheit" in „Slowakei" — Zeitschrift des exil-slowakischen Mattus-Cernak-Instituts, 6. Jahrg., Nr. 1—2. Köln 1968

Habel, F. P., „Dokumente zur Sudetenfrage". München 1964

Habel, Fritz Peter, M. A., Dr. phil., „Sudeten-German parties and politics 1918 bis 1938" in „Central Europe Journal" Bd. 17, Nr. 2, 1969

Historicus (Schriftstellername) Dr. Edvard Benes a Sovetsky Svaz" (Dr. E. Benesch und die Sowjetunion) in Nr. 1—2, 7. Jahrg., der in Rotterdam durch Dr. Jan ***Beran*** herausgegebenen tschechischen Zeitschrift „Modrä Revue" (S. 11—24)

Hoenscb, Jörg K., Dr., »Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918—1965". Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966

Hoensch, Jörg, K., Dr., »Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik", Köln-Graz 1965, dazu Besprechung in »Zeitschrift für Ostforschung", 16. Jahrg., Heft 3, S. ***572—575.*** München 1967

Kaindl, Raimund, Friedrich, Prof. Dr., (Univers. Graz) „Der Völkerkampf und Sprachenstreit in Böhmen im Spiegel der zeitgenössischen Quellen". Wien-Leipzig 1927

Kimmenid), O., Prof. Dr., „Die völkerrechtliche Beurteilung des Münchner Abkommens", Sonderdruck der Schriftenreihe des »Arbeitskreises Sudetendeutscher Studenten". Würzburg 1961

Kirschbaum, Josef, Prof. Dr., „Die internationale Anerkennung der Slowakischen Republik" in „Slowakei", Zeitschrift des exilslowakischen Mattus-Cernak-Instituts in Köln, Jahrg. 2, Nr. 2. München 1964

Komar, Hans, (Herausgeber) „Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert", Bd. 19 der Buchreihe des „Collegium Carolinum", München 1967

Lemberg, Eugen, Prof. Dr., und ***Rhode,*** Gotthold, Prof. Dr. (Herausgeber) »Das deutsch-tschechische Verhältnis seit 1918". Mit Beiträgen deutscher und tschechischer Verfasser. Köln 1968

Maschlanka-Gabriel, Olga, Dr., „Der böhmisch-mährische Raum im Wandel der Zeiten". Fellbach 1949

Michaelis, Herbert, Prof. Dr., (Herausgeber und Bearbeiter) zusammen mit ***Schraepler,*** Ernst, Prof. Dr., unter Mitwirkung von ***Scheel,*** Gunter, Dr., „Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart (Eine Urkunden- und Dokumentensammlung)" Bd. 12 „Das Dritte Reich: Das sudetendeutsche Problem, das Abkommen von München und die Haltung der Großmächte". Berlin o. J.

Michaelis u. a. (s. oben) „Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch ... Bd. 13 „Das Dritte Reich: Auf dem Wege zum Zweiten Weltkrieg. Von der Besetzung Prags bis zum Angriff auf Polen". Berlin o. J.

Mikoletzky, Hans Leo, Prof. Dr., „österreichische Zeitgeschichte (Vom Ende der Monarchie bis zum Abschluß des Staatsvertrages 1955)". Wien 1964

Nebesky, Dr., Presseattache an der Botschaft der CSR. in Polen, zuerst abgedruckt bei Berber (a. a. O. S. 24) wiederholt bei Michaelis u. a. (a. a. O. Bd. 10 S. 100) amtlicher Bericht, der den polnischen Schuldanteil aufzeigt.

Nittner, Ernst, Dr., „Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916—1967", herausgeg. von der Ackermann-Gemeinde. München 1968

d'Orcival, François, „La Danube était noir: La cause de la Slovaquie indépendante", Paris 1969

Pekar, Jan, Prof. Dr., »Der Sinn der tschechischen Geschichte". Deutsche Ausgabe mit Beifügung von Prof. Dr. G. Stadtmüllers Tatsachenbericht „Josef Pekar und die tschechische Geschichtsschreibung". Heft 16 der Schriftenreihe der kath. sudetendeutschen Ackermanngemeinde. München 1961

Perman, D., „The shaping of the Czechoslovak State. Diplomatie history of the boundaries of Czechoslovakia 1914—1920". Leiden/Holl. 1962

Pustejevsky, Otfried, „Die zwiespältige Umdeutung der tschechischen Geschichte" in „Saeculum", 11. Jahrg., S. 247—265. 1968

Rabl, Kurt, Dr. Dr., „Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht" in „Das östliche Deutschland", Sammelband mit Beiträgen zahlreicher Fachleute, hefausgeg. vom „Göttinger Arbeitskreis", S. 885—930. Würzburg 1959

Rabl, Kurt, Dr. Dr., „Die Tschecho-Slowakei und das Selbstbestimmungsrecht der Völker" in „Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr.", Heft 18. Würzburg 1968

Raschhof er, Hermann, Prof. Dr., „Die Sudetenfrage. Ihre völkerrechtliche Entwicklung vom ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart". Mündien 1953

Reitzner, Almar, „Die Sudetendeutsche Frage in der europäischen Politik". 2. Auflage. München 1968

Rönnefarth, Helmuth, „Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Entstehung, Verlauf, Auswirkung". 2 Bde. Wiesbaden 1961

Roucek, J. A., Prof. Dr., (früher Prag, dann Univers. Bridgeport/USA). „The Pan-Slavic ideal — a historical sketdi" in „East and Central European Federalist" Bd. 3, Heft 1. New York 1956

Simon, Karl (Herausgeber), „Festschrift zum 75. Geburtstag des Sprechers der Sudetendeutschen Rudolf ***Lodgman von Auen.*** München 1953

Slapnicka, Helmut, Dr., „Deutsche und Tschechen" in „Sudetendeutsches Geschichtsbild in Vergangenheit und Gegenwart" mit Beiträgen von Pater Dr. Paulus Sladek, Prof. Dr. Eugen Lemberg, Ministerialdirigent Dr. Erich von Hoffmann und Kurt Georg Kiesinger, herausgegeben von der „Ackermann-Gemeinde". München 1954

Sudetendeutsche Jugend „Dokumentensammlung zur Sudetenfrage". München 1961

Svoboda, Milos, „Einer der ersten Kämpfer für ein freies, föderiertes Europa: General a. D. Lev Prchala". München 1953

„Schiffbruch einer Legende" (Weitere unliebsame Enthüllungen über Benesch)". In „Slowakei" — Zeitschrift des exilslowakischen Matus-Cernak-Instituts in Köln. 5. Jahrg., Nr. 1—2. 1967

Stanislawska, Wanda, Prof. Dr., „Polska i Monachium" (= Polen und das Münchner Abkommen). Warschau 1967

Tiso, Josef, Staatspräsident Dr. theol., „Die Wahrheit über die Slowakei" (Deutsche Ubersetzung der Verteidigungsrede vor dem kommunistischen „Nationalen Gericht" in Preßburg-Bratislava am 17.—18. 3. 1947, herausgegeben von der exilslowakischen Tiso-Gesellschaft (Tisovo Tovaristvo) 1948

Übelacker, H. R., Dr., »Zur Problematik des Münchner Abkommens in der Gegenwart". Seeheim 1967

„Unrecht zeugt immer Unrecht (Beiträge zum tschechischen Schuldanteil)" in „West und Ost (Informationen und Kommentare für Deutschland)". Herausgeg. vom „Sudetendeutschen Rat", Jahrg. 1968, Nr. 14. München 6. 9. 1968

Ustaschkow, Alexander, Doz. Dr., „Das Münchner Abkommen in den Beziehungen zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei" in „Europa-Archiv", Jahrg. 1968, Heft 14

Vnuk, Frantisek, „Dr. Josef Tiso — President of the Slovak Republik". Sidney 1967

Hintergründe des deutsch-sowjetischen Krieges

Erst durch den Beginn des deutsch-sowjetischen Kriegs am 22. 6. 1941 und des Krieges zwischen Japan und USA sowie Deutschland und USA wurde der Kampf zwischen Deutschland und anderen Staaten zu einem wirklichen Zweiten Weltkrieg.

Ein leichtfertig übervereinfachter Erklärversuch der Ursachen des Zusammenstoßes zwischen Deutschland und der Sowjetunion verweist auf Hitlers Landeroberungsgedanken zu Lasten Rußlands in seinem Buch „Mein Kampf" aus der Zeit, wo er noch keinerlei Verantwortung als Staatsmann trug, und auf einige spätere Äußerungen, die zu diesen Gedanken passen. Warum es im Jahre 1941 zum Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR kam, läßt sich aber nur auf Grund einer hinreichenden Berücksichtigung dafür wesentlicher Quellen klar erkennen. Je umfassender die Quellenkenntnisse des Prüfenden auf Grund von Veröffentlichungen und sonstigen Unterlagen in allen in Betracht kommenden Sprachen sind, um so besser.

Es sei an dieser Stelle verwiesen auf Hans ***Kohn*** (1) (s. a. unten Fußnote*), der die Wurzeln des Panslavismus bloßlegte und womit, durch Quellen belegt, der russische und polnische Imperialismus auch als Ursache des Zweiten Weltkriegs aufzuzeigen ist. Dort lesen wir über den polnischen Dichter Sygmund Graf ***Krasinski*** (1812) und den Vater der tschechischen Geschichtsschreibung Jan ***Palacky*** (1795—1876). Krasinski betonte z. B. (n. H. Kohn a. a. O. S. 56):

„Rußland ist die Revolution in Permanenz, wohlorganisiert, diszipliniert, mit Millionen Bajonetten bewaffnet, die an die Pforten der Welt klopft. Wenn wir nicht wachsam sind, wenn wir sie nicht rechtzeitig eindämmen, wird sie früher oder später ihre Ziele erreichen. Diese Revolution verheißt das Nahen einer neuen Gesellschaft. Für sie ist die Religion nur der Sklave der herrschenden Gewalt. Sie will die Zerstörung jeder Aristokratie, die Auslöschung des einzelnen aus dem Buch des Lebens, die absolute Gleichheit zugunsten der fluchwürdigsten aller Tyranneien,"

Der bereits erwähnte französische Historiker Jules ***Michelet*** (1798-1874) wird bei Kohn (S. 185) ebenfalls angeführt:

*) Hoggan (2) stellt dazu fest:

„Im Gegensatz zu Werner Maser gibt es absolut keinen Zusammenhang zwischen Hitlers Spekulationen der zwanziger Jahre über eine deutsche Osteuropa-Politik im Stil von Brest-Litowsk für den Fall eines baldigen Zusammenbruchs der Sowjets und den Entschlüssen, die Hitler fassen zu müssen glaubte, nachdem sich die Briten, dank amerikanischer Militärhilfe kriegsbereit, als unversöhnlich und in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 für einen entscheidenden militärischen Druck deutscherseits als unempfänglich erwiesen hatten. Hätte Hitler unabhängig von der britischen Position konsequent Schritte gegen die Sowjetunion geplant, die geplante Verminderung der deutschen Armee nach dem Frankreichfeldzug wäre undenkbar gewesen."

„Diese auflösende Kraft, dieses kalte Gift, das allmählich umzulaufen beginnt, das den Lebensnerv zerstört und künftige Opfer demoralisiert und sie ohne Verteidigung läßt, ist von unendlicher Mannigfaligkeit. Gestern sagte uns die russische Propaganda: Ich bin das Christentum, morgen wird sie uns sagen: Ich bin der Sozialismus."

Die seherischen Worte von Krasinski und Michelet beleuchten u. a. auch den sowjetischen Schuldanteil am Entstehen des 2. Weltkriegs und des deutsch-sowjetischen Krieges sowie die weltpolitische Lage nach der Besetzung der Tschecho-Slowakei durch Streitkräfte der Sowjetunion und der ihr engstens verbündeten Regierungen in Warschau, Sofia, Budapest und Ost-Berlin.

Hier sei auch auf die kenntnisreichen Ausführungen des australischen Fachmannes C. H. ***Ellis*** im 4. Beiheft der deutschen Zeitschrift „Die Orientierung" (Pfaffenhofen) hingewiesen, die unter dem Titel „Die Expansion Rußlands" erschienen sind und gerade auf den vorkommunistischen Imperialismus und dessen Übernahme durch die sowjetische Politik hinweist.

Der bloße Hinweis auf die schon von Lenin herausgestellte Planung, daß für das Durchsetzen einer kommunistischen Weltrevolution eine zu erzwingende Machtergreifung des Kommunismus in Deutschland besonders wichtig ist, und die im internationalen Fachschrifttum bewiesene Tatsache, daß die sowjetische Führung auch zur Zeit der Gültigkeit des für beide Seiten vorteilhaften Rapallo-Vertrages von 1922 zwischen Deutschland und der Sowjetunion hinter den Kulissen an der revolutionären kommunistischen Machtergreifung in Deutschland arbeitete — wie u. a. das Buch mit den Lebenserinnerungen des einstigen deutschen Reichswehrministers Dr. ***Groener*** unwiderlegbar beweist —, genügt ebenso wenig, um die Hintergründe des deutsch-sowjetischen Krieges von 1941—1945 zu durchschauen. (3)

Lehrreiche Angaben zum innersowjetischen Meinungsstreit über das Abkommen zwischen Hitler und Stalin vom August 1939 sind bei dem exilrussischen US-Professor Wladimir ***Petrow*** (4) nachzulesen. Darin finden sich entsprechende kritische und sonstige Hinweise, so z. B. auch auf das Buch (5) des 1967 aus der KPdSU, ausgeschlossenen sowjetischen Hochschulprofessors für Geschichte der Diplomatie A. N. ***Nekritsch,*** in dem Stalin stark kritisiert, noch nicht aber dessen bewußte Kriegstreiberpolitik erkannt wird.

Von kommunistischer Seite wurde die Friedensfeindlichkeit der sowjetischen Politik unter Stalin zur Zeit von Stalins Zusammengehen mit Hitler vor dem Angriff Hitlers und Stalins gegen Polen auf einer kommunistischen, internationalen Historikertagung erstmalig 1967 in Belgrad herausgestellt. Hierüber berichtete näher das Heft 4 des Jahrganges 1967 der geschichtskundlichen, vom Warschauer „Institut für Parteigeschichte" herausgegebenen polnischen Vierteljahresschrift „Z pola walki" (= „Aus dem Felde des Kampfes") sowie, gekürzt und mit lehrreicher eigener Stellungnahme zu dem Bericht in „Z pola walki", die freie Londoner polnische Tageszeitung

„Dziennik Polski" am 1. 1. 1968. Unter Bezugnahme auf die Wiedergabe in „Z pola walki" erwähnt der „Dziennik Polski" dabei u. a. eine Äußerung des führenden bulgarischen Kommunisten und Komintern-Politikers jener Zeit ***Dimitrow.*** Er bezeichnete in dieser den Kampf der Westmächte mit Deutschland als einen ungerechten, imperialistischen Krieg um die Herrschaft in der Welt, eine Ansicht, die auch von den Verfassern der sowjetrussischen damaligen Ausgabe des „Abrisses der Geschichte der KPdSU („Kratkij Kurs ...") vertreten wurde.

Auch eine Mitverantwortung der Sowjetunion an der zum Münchner Abkommen führenden Politik der Westmächte von 1938 wurde auf der Belgrader kommunistischen Historiker-Tagung von 1967 aufgezeigt.

Eine erste, wissenschaftlich mit vielen Quellen deutscher und außerdeutscher, einschließlich sowjetischer, Herkunft arbeitende, Klärung ergab die Arbeit ***Seraphims*),*** die bereits an anderer Stelle dieses Buches zitiert und erwähnt wurde (s. Teil I S. 24). Bei ihm heißt es (S. 48 f.):

„Wie sehr Hitlers Ansicht über die wahren Absichten Rußlands den Tatsachen entsprach, scheint die amtliche sowjetische Veröffentlichung .Geschichtsfälscher' (6) zu zeigen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß diese Schrift vielleicht mehr von dem Bestreben bestimmt ist, die sowjetischen Anstrengungen gegen das nationalsozialistische Deutschland ins rechte Licht zu setzen, als der historischen Wahrheit zu dienen, ihr also aus diesem Grund nur bedingter Quellenwert zukommt. Aber als Bestätigung von Feststellungen, die sich aus anderen Quellen ergeben, darf man sie getrost benutzen. So darf man ihr wohl glauben, daß die sowjetische Politik im Grunde niemals deutschfreundlich gewesen ist, man vielmehr im Kreml entschlossen war, im geeigneten Augenblick gegen Deutschland zu gehen. Es gibt aber noch einen Zeugen, der aus bester eigener Kenntnis der Dinge Hitlers Auffassung rechtfertigt, obschon er selbst einer der erbittertsten Feinde des deutschen Führers und Reichskanzlers war: Dr. Eduard ***Benesch.*** Er spricht in seinen in Prag erschienenen Erinnerungen (7), (worüber auch Näheres im Kapitel über den tschechischen Schuldanteil nachzulesen ist. D. Verf.), ganz selbstverständlich davon, daß die Sowjetunion den Nichtangriffspakt mit Deutschland 1939 nur abgeschlossen habe, um Zeit zu gewinnen und um erst später, wenn die kämpfenden Parteien geschwächt seien, in den

*) Sie erschien — mit einem Anhing von *20* wörtlich wiedergegebenen, einschlägigen Dokumenten — erstmals bereits 1949 und kann noch heute bezogen werden (Schriftenreihe »Göttinger Beiträge für Gegenwartsfragen: Völkerrecht, Geschichte, Internationale Politik", der Zeitgeschichtlichen Abteilung *des* Völkerrechtlichen Institutes der Universität Göttingen, Heft 1, mit einem Vorwort des inzwischen verstorbenen international anerkannten Völkerrechtlers und Präsidenten des Göttinger Arbeitskreises Prof. Dr. H. Kraus). Seraphim ist auch einer der international bekanntesten deutschen Gerichtsgutachter in Angelegenheiten der Prozesse gegen einstige deutsche Judenverfolger und daher über den Vorwurf erhaben, sich für deutsche Verbrecher einsetzen und nidit nur um ein rein wissenschaftliches Finden der Wahrheit bemüht sein zu wollen. Seraphims Darstellung fand übrigens schon vor dem Druck im Beisein des Verfassers der vorliegenden Veröffentlichung in Nürnberg 1948, wo damals Seraphim und Richthofen als Wissenschaftler tätig waren, eine volle Anerkennung des sonst manchmal gegenüber dem Kommunismus nicht genügend kritischen französischen Historikers der Sorbonne, Prof. Dr. G. Castellan, durch dessen Worte „Sans doute, je suis absolument d'aceordl" (Ohne Zweifel, ich bin vollkommen einverstanden!). Zu den Seraphim bekannten Dokumenten gehört auch die übersetzte Wiedergabe einer eidesstattlichen Erklärung, die B. v. Richthofen als Dolmetscheroffizier 1941 von dem damaligen Chef des Stabes einer sowjetischen Elite-Einheit (sogen. NKWD-Division) und Dozenten der Militärwissenschaftlichen Akademie in Moskau,

Krieg einzutreten, um dann die Weltrevolution weiter auszubreiten. Und die .Contemporary Review' (London) vom Januar 1948 schreibt unter Bezugnahme auf die Ausführungen Beneschs: 'Es war tatsächlich eine der Absonderlichkeiten dieses verwirrten Krieges von 1939— 1945, daß es Hitler war, der unfehlbar das russische Spiel durchschaute'. Wenn dem aber wirklich so war — und es besteht kein Anlaß, das Urteil des tschechischen Staatsmannes für falsch zu halten — dann könnte man hier wohl Hitlers Entschluß und seine Begründung am besten mit dem Bilde klarstellen, das Präsident Roosevelt in seiner Rundfunkrede vom 11. 9. 1941 brauchte, als er — noch mehrere Monate vor Beginn des Krieges zwischen Deutschland und den USA. — den bekannten Schießbefehl gegen deutsche Streitkräfte erließ: »Wenn man eine Klapperschlange sieht, die sich aufrichtet, dann wartet man nicht bis sie auf einen zuschnellt, sondern zerschmettert sie vorher."

So weit das sehr gut geeignete Roosevelt-Zitat von Seraphim. Freilich paßte es für die Beziehungen zwischen USA und Deutschland im Gegensatz zu Roosevelt keineswegs, da — wie wir in anderen Teilen dieser Abhandlung belegen — Hitler alles tat, um einen Zusammenstoß mit den USA zu vermeiden und auch für später keinen plante.

Im internationalen Schrifttum finden sich so viele Bestätigungen der Ergebnisse Seraphims, daß man leicht ein ganzes Buch schreiben könnte, um sie vorzuführen und zu besprechen. Der Kürze halber können davon hier nur noch einzelne genannt werden.

Zu den auch außerhalb Deutschlands besonders anerkannten Ostkundlern gehört — man vergleiche als Beleg für diese Anerkennung die Besprechungen seiner wissenschaftlichen Werke im internationalen Schrifttum — der jetzige Kölner und vorher Kieler, aus Rußland stammende, Völkerrechtler und Osthistoriker Prof. Dr. Boris ***Meissner.*** Noch während der Zeit seiner Tätigkeit als deutscher Botschaftsrat in Moskau erarbeitete er sein 1956 in Köln erschienenes, hervorragendes Werk (8), eine für die sowjetische Außenpolitik und

Oberst ». G. Kisseljow erhielt. Der Versuch eines zur Hitlerzeit aus Deutschland ausgewanderten Juristen, Amtsrichter a. D. Heilbrunner, 1948 während der bekannten Nürnberger Prozesse dem Zeugen Richthofen in einem öffentlichen Kreuzverhör die Brauchbarkeit seiner^ Erfahrungsunterlagen zum Beweis der sowjetischen Schuld am Entstehen des deutsch-sowjetischen Krieges zu erschüttern, scheiterte völlig. Am Schluß sagte der leitende amerikanische Richter^ einer Gepflogenheit der Nürnberger Siegerjustiz gemäß, zu dem als Staatsanwalt der amerikanischen Anklagebehörde wirkenden genannten Juristen auf englisch: »Sie haben noch das Recht auf zwei abschließende Fragen an diesen Zeugen!* Hierauf erwiderte der durdi die Zeugenaussage schachmatt gesetzte Staatsanwalt: „Idi verzichte aus meiner inneren Bescheidenheit heraus.* Vor auch bereits über 10 Jahren hatte Richthofen später durch eine Veranstaltung des Münchener Amerikahauses Gelegenheit zu einer Diskussion mit zwei bekannten Osthistorikern aus USA, dem in Prag geborenen New Yorker Prof. Dr. Hans Kohn und dem in Kiew geborenen, damals an der Notre Dame-Universität in South Bend, Indiana, tätigen Prof. Dr. Waldemar Gurian. Beide vertraten die seinerzeit noch fast allgemein für richtig gehaltene Fehlthese, Deutschland habe 1941 die Sowjetunion unprovoziert Überfall«!. Das Buch von Seraphim war ihnen noch nicht bekannt. Auf seinen Inhalt und andere wesentliche ihnen fremde Quellen hingewiesen, änderten sie in rühmenswerter Sachlichkeit ihre Haltung. H. Koha erklärte sofort, daß er seine alte Ansicht aufgab und Gurian, daß die Diskussion neu eröffnet werden müsse. Die Antwort, daß es sich für Kenner von genug sicheren Quellen bereits um eine res iudicata, also im Sinne Seraphims und Richthofens, bereits endgültig geklärte Angelegenheit handelte, nahm Gurian mit kollegialer Sachlichkeit auf. Er prüfte danach diese Suellen selbst näher und schloß sich, wie Ridithofen durch ihn erfuhr, hierauf dem richtigen Srteil an.

Propaganda äußerst peinliche Tatsachen einwandfrei beweisende, gründliche Untersuchung. Wir entnehmen dem Werk hier die folgenden Zeilen (S. 112 f., 115):

„Die bisherigen Dokumentenveröffentlichungen geben keine Anhaltspunkte dafür, daß bereits im Sommer 1940 die Entscheidung Hitlers zum Angriff auf die Sowjetunion gefallen sei. Es scheint vielmehr, daß erst das sowjetische Übergreifen in die deutsche Interessensphäre in Südosteuropa und die Art des sowjetischen Vorgehens im Baltikum das Mißtrauen Hitlers gegenüber den Absichten Stalins geweckt hat. Die sowjetischen Expansionsbestrebungen veranlaßten Hitler, am 18. 12. 1940 den ersten wirklichen Befehl in Richtung eines Ostfeldzuges, die Weisung ‚Fall Barbarossa' zu erteilen. Der Befehl enthielt den ausdrücklichen Hinweis, daß die angeordneten Maßnahmen als Vorsichtsmaßnahmen anzusehen seien für den Fall, daß Rußland seine bisherige Haltung gegenüber Deutschland ändern sollte... An diesem Vorbehalt hat Hitler auch nach der Erteilung des Aufmarschbefehls, am 3. 2. 1941, festgehalten. Der Vorbehalt ist erst nach dem Belgrader Militärputsch vom 27. 3. 1941 und dem Abschluß des jugoslawisch-sowjetischen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrages vom 5. 4. 1941 fallengelassen worden. Den Ausschlag bei der Entscheidung, die Sowjetunion anzugreifen, gaben die starken sowjetischen Truppenkonzentrationen entlang der deutschen, finnischen und rumänischen Grenze, insbesondere auch im Baltikum, die aggressive Absichten der Sowjets befürchten ließen."

Hier und da trifft man im Schrifttum, sogar auch bei einem sonst so kritischen Verfasser wie dem Kieler, früher Marburger, Osthistoriker, Prof. Dr. ***von Rauch*** in seinem inhaltsreichen Werk (9) die irrige Ansicht, das Zuschlagen Hitlers zu einem Zeitpunkt, da die sowjetischen Angriffsvorbereitungen noch ganz und gar nicht fertig waren, wäre der Sowjetunion völlig überraschend gekommen. Der Kürze halber sei aus der sehr großen Zahl von Gegenbeweisen hier zunächst nur wiederholt, was ***Klimow*** in seinem hochbedeutsamen, 1952 erschienenen Buch (10) über die sowjetischen Kriegsvorbereitungen berichtet (S. 57 ff.), und zwar als bestens unterrichteter, ehemaliger sowjetischer Generalstabsoffizier.

„Die offene Vorbereitung auf den Krieg war schon im September 1939 klar ersichtlich. Unklar war nur eins — gegen wen dieser Krieg geführt werden sollte. Viele waren geneigt anzunehmen, daß der Kreml gesonnen sei, gemeinsam mit Deutschland die Welt unter sich zu teilen. Die Ereignisse in Finnland, dem Baltikum und Bessarabien, die kurz darauf erfolgten, schienen diese Annahme zu bestätigen. Auf jeden Fall aber hatte der Kreml bereits zu jener Zeit beschlossen, daß die Stunde für die aktive Lösung der außenpolitischen Aufgaben gekommen sei. Damals schon wurde die gesamte Kriegsmaschinerie des Kremls kampfbereit gemacht und lief auf vollen Touren. Die Freundschaft mit Deutschland wurde dem gleichen Zweck dienstbar gemacht... Zu einem gewissen Zeitpunkt dieser .Freundschafts'-Periode — das genaue Datum mögen die Historiker feststellen — erfolgte in den Beziehungen der ‚Hohen Vertragsschließenden Seiten' eine unerwartete Wendung. Der Appetit beider Partner war ins Unermeßliche gewachsen. Anscheinend war Hitler, berauscht von seinen Erfolgen, überzeugt, daß er durchaus imstande sei, die fetten Bissen auch ohne Mithilfe seines schnurrbärtigen Freundes zu verspeisen. Jeder sowjetische

Generalstabsoffizier wird laut lachen, wenn jemand behauptet, der Oberfall Deutschlands auf die Sowjetunion sei für den Kreml überraschend gekommen. Dies mit umso größerer Berechtigung in Anbetracht der Tatsache, daß keine andere Regierung in der Welt so gut über die Zustände in ihren Nachbarländern informiert ist wie der Kreml.

Den Mythos vom .unerwarteten, hinterlistigen Uberfall' brauchte man, um die Mesalliance des Kreml nach außen hin zu rechtfertigen. Mehrere Wochen vor der Eröffnung der Kampfhandlungen an der sowjetisch-deutschen Front hörten viele Menschen im englischen Rundfunk Meldungen über den Aufmarsch von 170 deutschen Divisionen an der Ostgrenze des Reichs. Und die unschuldigen Knäblein im Kreml sollten Watte in den Ohren gehabt haben?

Der Kreml kannte die Kräfteverhältnisse ganz genau; weit besser als das deutsche Oberkommando. Trotz der ungeheuren Kriegsvorbereitungen wußte er Sich dabei im Nachteil. Die einzige Chance zur Vermeidung einer Katastrophe bestand in der Zermürbung des Gegners durch einen langandauernden Krieg, in der Ausnutzung der unermeßlichen Weiten des Landes und der materiellen und menschlichen Reserven Rußlands — in der Anwendung der alten Kutusow-Strategie also, abgestimmt auf die Erfordernisse des modernen Kriegs. Zu jener Zeit wurde im Kreml die Politik der »anfänglichen Mißerfolge' beschlossen. Diese Art der Verteidigungsstrategie kam dem Lande teuer zu stehen. Sie machte ungeheuerliche Opfer seitens des Volkes unvermeidlich, sie stand im schroffsten Gegensatz zu der Vorkriegspropaganda des Kreml, in der immer wieder von einem ".unblutigen Krieg auf fremder Erde' die Rede war. Natürlich durften diese Pläne nicht ruchbar werden. Sie waren das größte Geheimnis des Kremls seit Bestehen des Politbüros. Bereits zu jener Zeit wurden die vorgesehenen Rückzugslinien in großen Zügen festgelegt, die mutmaßlichen Opfer und die vorhandenen Reserven abgewogen; als äußersten Rückzugspunkt kennzeichnete man schon damals Stalingrad. Kaltblütig operierte man auf dem Papier mit Dutzenden von Millionen Menschenleben, mit den Ergebnissen von Arbeit, Schweiß und Blut einer ganzen Generation des Riesenreiches. Die Mitglieder des Politbüros glaubten, das Hanfseil um ihren Hals zu fühlen. Es galt die eigene Haut zu retten. Der Preis — Ha! Wir halten uns an die materialistische Theorie! Damals schon wurde der Krieg in Phasen eingeteilt. Damals schon wurde genau berechnet, was für die .dritte Phase' in Reserve gehalten werden mußte. Alles übrige, alles, was für die .dritte Phase' entbehrlich schien, wurde dazu verurteilt, in der .zweiten Phase geopfert zu werden'."

Am 5, Mai 1941 hat Stalin vor sowjetischen Offizieren und Absolventen der sowjetischen Militärakademie eine Rede gehalten, über die Alexander *Werth*)* (11) eine hochinteressante Darstellung gibt:

„Es war ziemlich klar, daß er in diesen vierzig Minuten mehr gesagt haben mußte, als in der »Prawda* stand. Nach Ausbruch des Krieges erhielt ich ziemlich detaillierte Berichte über diesen Empfang, dem man seinerzeit in Moskau erhebliche Bedeutung

*) Alexander W e r t h wurde 1901 in St. Petersburg geboren und war Berichterstatter der en^l. „Sunday Times" und des Londoner Rundfunks bis zum Juli 1965. Seine Muttersprache ist russisch. Er lernte 19*1/42 zahlreiche führende Männer des sowjetischen öffentlichen Lebens, darunter Molotow und mehrere Marschälle kennen.

beigemessen hatte. Ich erfuhr, daß die Hauptpunkte der Rede Stalins am 5. 5. 1941 folgende waren:

1) Die Situation ist äußerst ernst. Mit einem deutschen Angriff muß man rechnen. Deshalb: Bereit sein, jeder möglichen Überraschung zu begegnen.
2) Die Rote Armee ist noch nicht stark genug, die Deutschen ohne weiteres schlagen zu können. Ihre Ausrüstung ist alles andere als zufriedenstellend; es besteht noch ein ernster Mangel an modernen Panzern, modernen Flugzeugen und vielem anderen. Die Ausbildung großer Massen von Soldaten ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Verteidigungsanlagen in den neuen Grenzgebieten sind unzulänglich.
3) Die Sowjetregierung will mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland zumindest bis zum Herbst hinauszuzögern, weil es um diese Jahreszeit für einen deutschen Angriff zu spät sein werde. Dieser Versuch kann gelingen, kann aber auch fehlschlagen.
4) Wenn es gelingt, wird der Krieg mit Deutschland fast unvermeidlich im Jahre 1942 stattfinden, und zwar unter viel günstigeren Bedingungen, da die Rote Armee dann besser ausgebildet und besser ausgerüstet sein wird. Je nach der internationalen Situation wird die Rote Armee einen deutschen Angriff abwarten oder aber selbst die Initiative ergreifen, da eine dauernde Vorherrschaft Nazi-Deutschlands in Europa nicht normal ist.
5) . . .
6) . . .

Diese Darstellung beruht auf mündlichen russischen Quellen, alle meine Informanten stimmten in den Grundzügen und den wichtigsten Punkten der Stalinrede in der Uberzeugung überein, daß der Krieg fast unvermeidlich im Jahre 1942 ausgetragen werde, wobei gegebenenfalls die Sowjets die Initiative ergreifen müßten.

Auf diese Veröffentlichung und die Haltung der Sowjetunion im letzten Zeitabschnitt vor Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges hat in dankenswerter Weise „Der Spiegel" in seiner Ausgabe Nr. 26 vom 23. 6. 1965 hingewiesen. Dort heißt es noch:

„Gewissermaßen hinter der Szene hatte Ende März der Vizepräsident der Komintern, ***Manuilski,*** erklärt, daß seiner Meinung nach ‚ein Krieg mit Nazi-Deutschland kaum noch vermieden werden kann.'"

Ferner kann als sowjetischer Zeuge für die Kriegsentschlossenheit der Sowjetunion gegen Deutschland längst vor dem Angriff der 1955 in den Ruhestand getretene Admiral Nikolai ***Gerasimowic*** durch die Veröffentlichung seiner Erinnerungen in der Moskauer Zeitschrift „Oktjabr" 1964 Nr. 11, 1965 Nr. 8, 9 und 11 sowie die Angaben im Moskauer „Wojenno-Istoritscheskij Journal" 1962, Nr. 3, 1963 Nr. 3 und 1965 Nr. 69 genannt werden.*)

*) Die zuletzt gebrachten Hinweise stellte auf Grund seiner einschlägigen Studien ein bewährter Historiker der mittleren Generation, Staatsarchivar Dr. Benninghoven, Göttingen, dem Verfasser der vorliegenden Arbeit während ihres Druckes freundlichst zum Auswerten zur Verfügung. Hierfür sei ihm auch an diesir Stelle wärmstens gedankt.

Wesentliches über Stalins, den unbedingten Kriegswillen der Sowjetunion gegenüber Deutschland enthüllenden, Rede vom 5. 5.1941 enthält auch Prof. Dr. Andreas ***Hillgrubers*** ausführliche Besprechung eines Buches des sowjetischen Verfassers Lew ***Besymenskt,*** „Sonderakte Barbarossa" im Heft 1 des Jahrg. 1969 der „Militärgeschichtlichen Mitteilungen", die das Militärwissenschaftliche Institut in Freiburg herausgibt.

Wären von amtlicher deutscher Seite die sowjetischen Angriffspläne nicht rechtzeitig erkannt und nach großen, für Stalin unerwartet schnellen Siegen im Westen, mit einem entsprechenden Gegenaufmarsch, aus dem heraus der deutsche Angriff erfolgte, beantwortet worden, dann wäre all das für sie, was Klimow berichtet, nicht erforderlich gewesen. Wie zeitig die sowjetische Führung schon nur an Deutschland als einen anzugreifenden Gegner dachte, ergeben z. B. die von H. G. Seraphim und Udo ***Walendy*)*** in ihren einschlägigen Veröffentlichungen benutzten Quellen. Der Verfasser der vorliegenden Übersicht wußte es als leitender Dolmetscheroffizier im Stabe der deutschen 16. Armee bereits 1941 durch das Ergebnis der Befragung von Kriegsgefangenen einschließlich solcher hoher Dienstgrade und erbeutete andere Unterlagen. Diese zeigten u. a. schon im Jahre 1939 erarbeitete dienstliche sowjetische Karten mit eingetragenen Standorten sowjetischer Einheiten auf deutschem Boden und Schießscheiben sowjetischer Truppenschießstände, die z. T. bereits 1939 und 1940 als zu beschießende Gestalten Bilder deutscher Soldaten darstellten.

Aus dem auch äußerst lesenswerte Tatsachen darstellenden Buch eines der Chef Verteidiger der Nürnberger Prozesse, Dr. Hans ***Laternser*** (12), seien hier die folgenden Zeilen der Verteidigung von Feldmarschall ***von Leeb*** entnommen:

»Ende März 1941 berief Hitler die Oberbefehlshaber, unter ihnen Feldmarschall von Leeb, in die Reichskanzlei und gab ihnen in einer Ansprache seine Auffassung über die Lage bekannt. Der Sinn seiner Ausführungen war: Rußland wird uns bestimmt angreifen. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung, diesem Angriff zuvorzukommen. Damit war das Problem des Präventivkrieges gegeben. Wir haben eine authentische Interpretation der damit zusammenhängenden Fragen in der Erklärung, die der amerikanische Staatssekretär ***Kellogg**)*** vor Unterzeichnung des nach

*) Von den Werken U. Walendys, in denen sorgfältig auch einschlägige Quellen außerdeutscher, einschließlich solcher sowjetischer Herkunft mitbenutzt sind, seien hier zur Frage der sowjetischen Schuld am deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Jahre 1941 sein »Wahrheit für Deutschland. Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1964 sowie sein „Europa in Flammen 1939—1945", Bd. 2, Vlotho 1967 genannt, mit den beiden einschlägigen Abschnitten „Der Hitler-Stalin-Pakt" (S. 226—231) und „Die Vorgeschichte des Rußlandfeldzuges" (S. 232 bis 268), in dem u. a« die Feststellungen des sowjetischen Generals a. D. Markow eine besondere Rolle spielen. In dem ersten dieser beiden Abschnitte findet sich bei Walendy u. a. der Nachweis, was in Dr. Ph. Fabrys Buch „Der Hitler-Stalin-Pakt 1939" besonders wertvoll und was ebendort als zweifellos irrig zu berichtigen ist. Die Berücksichtigung der Arbeiten H. G. Seraphims, G. Klimows und Laternsers fehlt bei Walendy. Zur Ergängzung kann ferner z.B. B. v. Richthofens Aufsatz „Die grundsätzliche Deutschlandfeindlichkeit der sowjetischen Außenpolitik" genannt werden. Er erschien in der Nr. 52 des 74. Jahrganges des St. Josephs-Blattes (Nationale katholische Wochenzeitung), am 29. 12. 1961 in St. Benedict im Staate Oregon, USA.

**) S. Stichworte.

ihm benannten Paktes von Paris in einer Note vom 25. 6. 1928 den neun beteiligten Staaten gegenüber abgab:

‚Das Recht der Verteidigung... gehört zum Wesen der Souveränität und ist bei jedem Vertrag vorausgesetzt. Jeder Staat... ist ganz allein dazu berufen, zu entscheiden, ob die Verhältnisse so liegen, daß er aus Gründen der Verteidigung zum Kriege schreiten muß.'

Feldmarschall von Leeb — und das gleiche gilt auch für einige der übrigen Angeklagten — hatte keinen Anlaß anzunehmen, daß das Staatsoberhaupt und ihr Oberbefehlshaber sie anlog. Die politische und militärische Situation sprach, wie schon dargelegt, für die Richtigkeit der These vom Präventivkrieg."

Eine Reihe die Sowjetregierung belastender dokumentarischer Belege zu den Fragen der Entstehung des Zweiten Weltkrieges und den Hintergründen des deutsch-sowjetischen Krieges brachte auch die von einem der deutschen Hauptverteidiger in den Nürnberger Prozessen, Rechtsanwalt Dr. Alfred ***Seidl,*** München, veröffentlichte Tatsachendarstellung (13).

Als die deutschen Abwehrmaßnahmen gegen das geplante sowjetische Eingreifen in den Krieg als Gegner Deutschlands einsetzten, erfuhr der sowjetische Geheimdienst alle wesentlichen Entwicklungsabschnitte, auch über Hitlers Entschlüsse, durch deutsche Vertreter der Spionage für die Sowjetunion, so durch die unter dem Namen „Rote Kapelle" (14) bekannt gewordene Gruppe. Uber die „Rote Kapelle" und deren Leiter, Oberleutnant Harry ***Schulze-Boysen,*** brachte auch der Spiegel in der Nr. 26 vom 24. 6. 1968 durch seinen Redakteur Heinz ***Höhne*** („ptx ruft Moskau" — Die Geschichte des Spionageringes ‚Rote Kapelle') weitere recht aufschlußreiche Erörterungen. „Wie die Zeit reif ist, werden die Russen zuschlagen und als Sieger hervorgehen", sagte Schulze-Boysen. Und Höhne kennzeichnet den Meisterspion wie folgt: „Mit der Sorglosigkeit, die ihn Regierungslisten einer kommenden deutschen Räte-Republik anfertigen ließ — Schulze-Boysen selbst figurierte darauf als Kriegsminister —, hatte er seit langem einen deutsch-sowjetischen Krieg eingeplant."

Vom 1. bis 5. 7. 1967 brachte die bolschewistische Hauptzeitung „Prawda" (Wahrheit) voller Anerkennung eine „Dokumentarische Reportage" über deren Tätigkeit. Verantwortlich für den Inhalt des Tatsachenberichtes ist ein Hauptmann im sowjetischen geheimen Nachrichtendienst namens ***Kudrjawtzew.*)***

Von irgendeiner Überraschung Stalins durch den deutschen Angriff sollte nirgendwo mehr die Rede sein! Da außerdem das deutsche Vorgehen durch die, der damaligen deutschen Führung unwiderlegbar bekannten, sowjetischen

*) Am 10. 8. 1967 erschien ein ins Deutsche übersetzter Auszug in Bonn, und zwar in der Zeitschrift »Der aktuelle Osten (Kommentare und Nachrichten aus Politik, Wirtschaft und Technik der UdSSR und der übrigen Länder der RGW. (Comecon)" — Nr. 26/67, 13. Jahrgang. Der Inhalt bestätigt auch schon aus anderen Quellen, so durdi Warnungen britischer und amerikanischer Herkunft und die Berichte über den prosowjetisdien deutschen kommunistischen Meisterspion Sorge, bekannte Tatsachen.

Absichten verschuldet wurde, nämlich sich zu einem der Moskauer Regierung genehmen Zeitpunkt, den gegen Deutschland Krieg führenden Mächten anzuschließen, kann folgendes gesagt werden: Die sowjetische Propaganda mit den Schlagworten, der deutsche Angriff sei ein unerwarteter Überfall und bösartiger Treubruch, war nur ein taktisch-politisches Propaganda-Theater zum innen- und außenpolitischen Gebrauch.*)

Der sowjetische Angriffsplan gegen Deutschland von vor dem deutschen Präventivangriff entspricht überdies ganz einer alten Linie der Politik Stalins und ***Lenins.*** Der schwedische Historiker Dr. Oskar ***Angelus*** (Lund) schrieb 1965 „Zur Schuldfrage am Ausbruch der beiden Weltkriege" (15):

„Am 19. 1. 1925 sagte Stalin in einer Rede vor dem Zentralkomitee der KPdSU.: ‚Die Frage unserer Armee, ihrer Macht und Bereitschaft erhebt sich unbedingt als eine brennende Frage bei den Verwicklungen in den uns umgebenden Ländern. Das bedeutet nicht, daß wir bei einer solchen Lage unbedingt gegen irgend jemand auftreten müssen... Aber wenn der Krieg beginnt, werden wir nicht die Hände in den Schoß legen — wir werden antreten müssen ..., aber als letzte. Und wir werden antreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, das Gewicht, das überwiegen könnte.'

Hier haben wir es mit einem Kernsatz der sowjetischen Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg zu tun. Der Vater der Kriegstheorie des Kreml ist aber nicht Stalin sondern Lenin, der Ende 1920 vor Moskauer Kommunisten erklärte:
.Kommt es nicht von selbst zum Krieg, so muß dieser angestiftet werden. Wenn wir gezwungen sind, solche Lumpen wie die kapitalistischen Diebe zu dulden, von denen jeder das Messer gegen uns wetzt, so ist unsere direkte Pflicht, diese Messer gegeneinander zu richten.' (16)

Deutschland wurde von den Sowjets für eine militärische Auseinandersetzung mit dem Westen stark gemacht, um es dann mit den .imperialistischen Mächten' zusammen in den Abgrund stürzen zu können. Die deutschen .Revanchisten', von denen der Kreml so viel und so oft zu reden liebt, sind soweit vorhanden, zuerst von Moskau gestützt und ermuntert worden und haben ihre Tätigkeit erst dank der freundlichen Mithilfe der Sowjets beginnen können."

Aus einer Veröffentlichung, die ohne Nennung eines Verfassernamens in Bonn erschienen ist, mag noch das folgende angeführt werden:

„Auf keinen Fall ist anzunehmen, daß Stalins Pläne, auf lange Sicht gesehen, friedlicher Natur waren. Ihm ein ethisches Friedensmotiv zu unterstellen, hieße den Charakter und die Zielsetzungen des Bolschewismus und seiner verbrecherischen Repräsentanten verkennen. Andererseits scheint sicher, daß Stalin den Krieg mit Deutschland zu den ihm von Hitler aufgezwungenen Standpunkt noch nicht gewollt

) Mehnert (a.a.O. S. 286) meine ganz abwegig: „Die seither in der Sowjetunion oft gegen die Deutschen erhobenen Vorwürfe dej Treuebruchs (werolomstwo) sind — in Anbetracht des knapp zwei Jahre zuvor geschlossenen Nichtangrifsspaktes zwischen Hitler und Stalin — voll berechtigt. — Selbst wer den sehr bedauerlichen, schwerwiegenden Irrtum Mehnerts in dieser Frage noch immer nicht als solchen erkennt, sollte sich überdies mindestens gegen den Gebrauch der Bezeichnung „die Deutschen" wenden, ebenso wie wir nicht die Russen, d. h. alle Russen, für die Entscheide der Sowjetregierung verantwortlich machen dürfen.

hat. Wie General ***Wlassow*** bestätigte, lief die Absicht Stalins darauf hinaus, das Ergebnis der deutsch-englischen Auseinandersetzung abzuwarten und sich in der Zwischenzeit auf dem Balkan in den Besitz strategischer Schlüsselpositionen zu bringen. Seine am 25. 11. 1940 an die Reichsregierung übermittelten Zusatzforderungen zu dem Viermächtepakt-Entwurf ***Ribbentrops*** deuten unmißverständlich auf diese Zielesetzungen hin." (s. hierzu oben S. 27 den Verfassernachweis)

In seinem Aufsatz „Die Ursachen für die Kriegsausweitung 1941" (17) stützt sich Prof. ***Hoggan*** mit Recht im Beurteilen der deutschen und der sowjetischen Politik aus der Zeit von 1940 bis zum Beginn des deutsch-sowjetischen Kriegs u. a. auf Feststellungen der Seiten 27, 90 und 148 von Doz. Dr. A. ***Hillgrubers*** Buch (18) sowie auf Lord ***Avon.*** Hoggan unterstreicht dabei u. a. folgendes:

„Lord Avon hat in seinem Werk ‚Die Erinnerungen Anthony ***Edens,*** Earl of Avon* (19) bestätigt, daß von Juni 1940 bis Juni 1941 die sowjetischen Führer einem baldigen Ende des europäischen Krieges feindlich gegenüber standen und an einer Fortsetzung des Krieges bis zu Deutschlands endgültiger Vernichtung und Zerstörung interessiert waren."

In Zagreb (Agram) erschien 1966 ein Lehrbuch für Hochschulstudenten sowie kommunistische Partei- und Verbandsfunktionäre.⁵'") Es behandelte das Verhältnis zwischen internationalen Beziehungen und dem Völkerrecht unter der Uberschrift „Medunarodni odnossi i medunarodno pravo". Der Verfasser gehört der Jugoslawischen Kommunistischen Partei an. Es ist der kroatische Dozent Dr. Stanisa N. ***Kostic.*** Seine genannte Veröffentlichung mußte auf Verlangen der Sowjetregierung durch einen Befehl der für solche Fälle zuständigen jugoslawisch-kommunistischen Behörde aus dem Verkehr gezogen werden. In ihrem Heft 9 brachte 1967 die sowjetamtliche Moskauer, geschichtskundliche Fragen behandelnde Fachzeitschrift „Woprossy istorii" eine leidenschaftliche, sich zu unrecht als sachliche Kritik aufspielende Hetze des sowjetischen Wissenschaftlers Prof. Dr. N. K. ***Jakovlew,*** der als Hochschullehrer die Fächer Internationale Beziehungen und Zeitgeschichte vertritt, gegen das genannte Lehrbuch von Kostic.

Jakovlew betonte gegen Kostic z. B. was folgt:

„Man hat den Eindruck, daß der Verfasser ein bestimmtes Ziel verfolgt, nämlich die Verantwortung für den Ausbruch des 2. Weltkrieges der Sowjetunion anzulasten. Erstens bemüht sich Kostic, die Tatsache zu umgehen, daß die Kette der Kapitulationen des Westens durch den Wunsch Londons und von Paris ausgelöst war, die Hitler-Aggression gerade nach Osten, gegen die UdSSR zu lenken und daß München direkt zum 2. Weltkrieg führte."

„Zweitens stellte der Verfasser die dreißiger Jahre verzerrt dar und formuliert, nachdem er über den sowjetisch-deutschen Nachtangriffspakt gesprochen hat, die folgende unmittelbare Schlußfolgerung:

j Uber dieses und die Polemik unterrichtete die verdiente Bonner Zeitschrift .Ost-Probleme in Heft 5 des Jahrganges 1968 vom 8. 3. Das Verbot der Veröffentlichung von Kostic behandelte mit übersetzten Zitaten daraus auch Red. G. G. Ströhm am 22. 12. 1967 in »Christ und Weh"

„Allem Anschein nach ist die Unterzeichnung des Paktes mit Hitler die Frucht der gleichen politischen und strategischen Fehler, die auch von Frankreich und England in Bezug auf Hitler in den Fragen Spaniens, Äthiopiens, der Tschecho-Slowakei, des Saargebietes und der Rheinlande begangen wurden. Diese Folgerung drängt sich unter dem Gewicht der Tatsachen auf.'"

Hiergegen läßt sich zwar einiges sagen, aber die Mitschuld der Sowjetunion am Ausbruch des 2. Weltkrieges wird dadurch nicht berührt.

Jakovlew gibt jedoch an einer anderen Stelle seiner Kritik sogar selbst einen begrüßenswerten Beitrag zum Nachweis der kriegerischen Absichten der Sowjetunion vor dem Beginn des 2. Weltkrieges und zwar durch folgende Zeilen:

„Ferner muß bemerkt werden, daß der Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes die Entstehung des in Geheimverhandlungen vorgesehenen imperialistischen Blocks England-Deutschland vereitelte. Im Januar bis März 1941 wurde auf mehreren anglo-amerikanischen Stabskonferenzen die grundlegende Strategie der westlichen Verbündeten im Krieg (der ‚Plan ABZ - 1') festgelegt: Deutschland ist der Feind Nr. 1, weshalb vor allem ihm eine Niederlage bereitet werden muß und die Hauptkräfte auf dem europäischen Kriegsschauplatz zum Einsatz kommen müssen. Die Sowjetunion (die sich Sorgen um die nationale Sicherheit machte) gelangte aus anderen Gründen zu analogen Schlußfolgerungen in bezug auf die Priorität im Koalitionskrieg gegen die .Achsen'-Mächte. Wie eindrucksvoll Japans Streitmacht auch gewesen sein mag, die Gefahr von Seiten Japans blieb zweitrangig. Um die Kräfte gegen den potentiellen Hauptfeind — das faschistische Deutschland — konzentrieren zu können, ging die Sowjetunion auf das Neutralitätsabkommen mit Japan vom 13. April 1941 ein."

In seinen verschiedenen außerwissenschaftlichen Entgleisungen gegen Kostic bezeichnet Jakovlew eine Ansicht, der sich dieser anschloß, als »einfach blasphemisch'! Als ob das Ablehnen kommunistischer Propagandathesen eine Gotteslästerung wäre! Es handelt sich dabei um die Kritik des Stehenbleibens der sowjetischen Streitkräfte im Vorfeld von Warschau, als die dortigen Aufständischen verzweifelt mit deutschen Einheiten und der diese beim Eindringen in das Ghetto unterstützenden polnischen Polizei kämpften. Kostic kritisiert auch die Balkanpolitik Stalins und Churchills als imperialistisch und zwar mit guten Gründen. Jakovlew aber empört sich darüber, daß eine solche Kritik in einem sozialistischen', d. h. kommunistisch regierten Lande erscheinen konnte.

Ein amerikanischer Schüler von Prof. ***Rothfels***, Dr. Gerh. L. ***Weinberg***, versuchte in einer sich sehr selbstsicher gebenden und stark überheblich klingenden Art gegen Arbeitsergebnisse von H. G. Seraphim*) zu polemisieren, und

*) Weinberg macht es sidi sehr leicht, indem er die Besprechung Hitlers mit seinen militärischen Beratern im Juli 1940 in seinem Sinne auswertet und daraus schließt: „Daß die bisher am meisten behandelten Fragen — die Bedeutung der so früh schon aufgestellten Lebensraumtheorie Hitlers, des Molotow-Besudies in Berlin im November 1940 oder der Streit um russische Gegenmaßnahmen oder russische Überraschung völlig unerörtert bleiben, erscheint angesichts der weitgehend neuen Aufschlüsse über die Entscheidung von Ende Juli und ihre Motive mehr als beberechtigt." — Es sollte überall da, wo Hitlers alte Lebensraumtheorie erwähnt wird, audi in sachlicher Weise die Grundanschauung Lenins genannt werden, daß der Weg zur Weltrevolution über die zu erzwingende kommunistische Machtergreifung in Deutschland führen muß.

zwar zuerst 1953 und dann im gleichen Stil in seinem 1954 in Leiden (Holland) englisch erschienenen Buch (20). Im Jahre 1953 schrieb er in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte" einen Aufsatz mit dem Titel „Der deutsche Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion", den Prof. Rothfels als Herausgeber dieser Zeitschrift mit einer besonders anerkennenden Vorbemerkung herausstellte. Selbst Weinberg gibt dort (im Jahrgang 1953 auf Seite 303) das folgende zu:

„Soweit der Befehl vom 22. Juni in Frage kommt, läßt sich nicht sagen, daß die darin angegebenen Motive notwendigerweise zu diesem Zeitpunkt unzutreffend waren."

Dennoch versucht Weinberg in gewandter Dialektik, Stalin — ohne ihn dabei zu nennen — gegenüber Hitler zu entlasten. Dabei geht Weinberg mit keinem Wort auf einen wesentlichen Teil der von Seraphim vorgeführten Quellen sowjetischer und sonstiger Herkunft ein, welche die Entschlossenheit der Sowjetregierung beweisen, unabhängig vom Verlauf der deutschen Politik, auf alle Fälle Deutschland zu einem ihr genehmen Zeitpunkt während des 2. Weltkriegs anzugreifen."*)

Auf diesen Aufsatz Weinbergs erschien begrüßenswerterweise noch im gleichen Jahr 1953 eine Entgegnung, die Seraphim und Andreas ***Hillgruber*** verfaßt hatten (21). Darin heißt es treffend wie folgt:

„In seinem Aufsatz stellt Weinberg die These auf, Hitlers Entscheidung habe bereits am 31. Juli 1940 festgestanden, im Frühjahr 1941 Rußland anzugreifen. Von diesem Entschluß seien die weitere deutsche Kriegführung und auch die deutsche Außenpolitik weitgehend bestimmt gewesen. Die Quellen lassen keinen Zweifel darüber, daß die Frage .England-Rußland' Hitler im Hochsommer 1940 beschäftigt hat. Glaubte er doch, in Rußland die letzte Hoffnung Englands sehen zu müssen. Und so ist die zweite Hälfte des Jahres 1940 erfüllt von Hitlers Bemühung, mit dieser Problematik fertig zu werden. Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß Hitler im Zuge dieser Überlegungen sich schon im Juli 1940 sehr ernsthaft mit dem Gedanken an einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion beschäftigt hat. Dagegen scheint die These, Hitler habe sich bereits Ende Juli 1940 endgültig zum militärischen Angriff entschlossen, nicht haltbar und von Weinberg nicht bewiesen.
Vielmehr muß man, um die Bedeutung der Eintragungen im Halder-Tagebuch (22), auf die sich Weinberg vorwiegend stützt, die Frage stellen, ob denn Hitlers Politik nach dem 31. Juli 1940 zielbewußt und ausschließlich auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen die Sowjetunion als einzigen möglichen Ausweg aus der politischen Situation abgestellt gewesen ist. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Vielmehr hat Hitler versucht, die kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland durch eine Regelung der Beziehungen auf politischem Wege zu vermeiden."

Sehr richtig werten Seraphim und Hillgruber u. a. auch die Aussage General

*) Auch hier wählte Rothfels als Herausgeber das für wissenschaftliches Schrifttum ungewöhnliche Verfahren einer besonderen Zusatzbemerkung, um für seinen Schüler Weinberg einzutreten. Sie sucht zugleich den Eindruck zu erwecken, als habe Seraphim durch die Art der (nachfolgenden) Entgegnung seine eigene, an anderer Stelle dieser Schrift ausführlich erwähnte berechtigte These aufgegeben.

Warlimonts im sogenannten OKW-Prozeß vom 23.6.1948:

„Weiterhin sprach er von dem immer bedrohlicheren russischen Aufmarsch an der neuen deutsch-russischen Demarkationslinie im ehemaligen Polen. Dieser Aufmarsch verdichtet sich ganz besonders im Süden Rumänien gegenüber und bedeutet immer mehr eine unmittelbare Gefährdung des ölgebietes."

Als sehr befremdend und für die Einseitigkeit Weinbergs kennzeichnend heben Seraphim und Hillgruber hervor, daß Weinberg z. B. eine wesentliche Eintragung in Halders Tagebuch ganz unberücksichtigt läßt:

„Die wirkliche Stimmung in Rußland kommt aber bei anderen Gelegenheiten (Gespräch ***Kalinins*** mit dem jugoslavischen Gesandten) zum Ausdruck. Hier wird zum Kampf gegen Deutschland aufgefordert: ‚In einem Block zusammengeschlossen!'"

Ähnlich wie bei dem erstgenannten Zitat Weinbergs, wo wir ihm eine allzu leichte und die Ergebnisse der Forschung übergehende Betrachtungsweise nachweisen mußten, schließt er auch den Artikel sehr selbstbewußt:

„Auf diesem Weg wird man der geschichtlichen Wahrheit kaum näher kommen." *) **)

Gleichgültig, wer von den bisher in der Kriegsursachenfrage so unbefriedigend arbeitenden Geschichtsdarstellern das je einsehen wird, noch heute sind die folgenden Feststellungen Prof. Dr. Friedrich ***Berbers*** aus dem Jahr 1941 (25) richtig:

„1938 steifte die Sowjetunion der Tschechoslowakei den Rücken in der Sudetenkrise. Seit Frühjahr 1939 bemühten sich englische Unterhändler, Moskau für den Einkreisungsring gegen Deutschland zu gewinnen. Es war eine überlegene diplomatische Tat, die Sowjetunion durch den Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 zu neutralisieren, um die deutscherseits gewünschte Lokalisierung des drohenden Krieges um so leichter erreichen zu können. Obwohl der Pakt den grundsätzlichen weltanschaulichen Gegensatz zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der bolschewistischen Sowjetunion nicht aufheben konnte noch wollte, war er doch von deutscher Seite als eine Regelung von langer Dauer gemeint, die die beiderseitigen Interessensphären ohne Überschneidungen klar abgrenzen sollte. Aber Sowjetrußland hielt sich nicht daran. Nach der Beset-

"•) Solche Worte (allen als Bumerang auf den Schreiber selbst zurück, da seine Einseitigkeit in der Auswahl und im Behandeln von Quellen feststeht. Sie erinnern — wie viele Behauptungen der Vertreter gegen Deutschland gerichteter Alleinschuldthesen — an das Ende zahlreicher abwegiger Beweisversuche in der mittelalterlichen Scholastik durch die lateinischen Worte .Quod erat demonstrantum (Was zu beweisen war)l

**) Kennzeichnend ist, in welcher Weise sich ein linientreuer kommunistischer Vertreter der Geschichtskunde (in Leipzig), der aus Ostgalizien stammende Prof. Dr. Leo Stern — er kam mit den sowjetischen Streitkräften nach Mitteldeutschland — sich in einem an Geschichtsverzerrungen überreichen Propagandabuch (23) mit Seraphim befaßt. Statt zu versuchen, sich ernsthaft mit Seraphim und dessen Darstellung auseinanderzusetzten, antwortet Stern nur mit einer sich selbstsicher gebenden persönlichen und politischen Schimpfkanonade gegen Seraphim und alle anderen, deren Feststellungen der wirklichkeitsfernen kommunistischen Propaganda nicht passen. Das gilt z. B. auch für den italienischen Zeitgeschichtler Rossi (24). Ebenso schroff zieht Stern z. B. noch gegen den Hitler-Stalin-Pakt betreffende Feststellungen von Walther Hofer, Heinz Holldack, H. Krausnick, Otto Meissner, Otto Dietrich, Erich Kordt, Walter Görlitz vom Leder. Für ihn sind sie alle Vertreter einer reaktionären Pseudowissenschaft. Der kommunistische Karrierist Stern mit dem Lebensstil eines reichen Kapitalisten ist schwerlich so töricht, selbst an die Richtigkeit seiner Entgleisungen aus Linientreue glauben zu können.

zung der weiten ihm zugestandenen Gebiete Ostpolens wandte es sich gegen Finnland und raubte diesem nach einem mehrmonatigen, blutigen Krieg die östlichen Provinzen. Es wandte sich gegen das Baltikum und verleibte sich die bisher selbständigen Staaten Estland, Lettland und Litauen ein. Es nahm Rumänien unter Kriegsdrohung Bessarabien und die Bukowina fort. Aber damit war es noch keineswegs befriedigt. Es stellte neue Forderungen in bezug auf Finnland, auf Rumänien, auf Bulgarien und die türkischen Meerengen. Es erklärte seine Mißbilligung der bulgarischen und ungarischen Freundschaftspolitik mit Deutschland. Es schloß am 5. April, einen Tag vor dem deutschen Einmarsch, einen Freundschaftspakt mit der jugoslawischen Putschistenregierung. Es intensivierte seine Zersetzungsarbeit in Deutschland selbst wie in den mit Deutschland verbündeten oder befreundeten Staaten Europas. Es ließ seine hochgerüsteten Armeen auf der langen Front vcn der Ostsee bis zum Schwarzen Meer aufmarschieren, um Deutschland im gegebenen Augenblick in den Rücken zu fallen. Unter dem Druck dieser bedrohlichen Gesamtlage entschloß sich die deutsche Führung, am 22. Juni, dem drohenden Angriff durch einen Gegenstoß zuvorzukommen."

Im Sommer 1973 veröffentlichte das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen „Das Ostpreußenblatt" (Hamburg) eine ausgezeichnete Aufsatzfolge eines nicht genannten Sachkenners „Ein Pakt zerbricht" über die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges. 1971 brachte die Zeitschrift „Politische Welt" (Bonn) einen militar-wissenschaftlichen Aufsatz von Oberst a.D. Erich ***Helmdach*** „Überfall oder Präventivkrieg (Vor 25 Jahren begann der Krieg mit der Sowjetunion)?" Außer internationalen Quellen benutzt Helmdach darin auch eigene Erfahrungen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs:

„In historischen und politischen Betrachtungen wird vielfach von dem ***Überfall*** auf die Sowjetunion gesprochen. Dieses Urteil hat in der so allgemein ausgesprochenen Form zwar den scheinbaren Vorteil, allen äußeren Geschehnissen entgegenzukommen und im Politischen recht praktisch zu sein, indem damit die ***alleinige Verantwortung der Deutschen*** sogleich auch für die Entwicklung nach dem Krieg festgelegt ist. Hätten die Deutschen denn nicht, wie es in solchen Urteilen heißt, den friedlichen kommunistischen Nachbarn am 22. Juni 1941 überfallen? Habe es sich nicht gezeigt, daß die Sowjets von dem deutschen Angriff völlig ***überrascht*** gewesen sind? So seien denn auch die Deutschen an allem, was später in ihrem Lande geschah, an den Annexionen, den Vertreibungen und allen anderen Gewalttaten, schließlich auch an der Teilung ihres eigenen Landes und ihrer Hauptstadt selbst schuld. Eine solche Sicht der Dinge, die sich leider viele zu eigen machen, hat für Deutschland schon katastrophale Auswirkungen gezeigt. Im folgenden soll gezeigt werden, daß sie ***falsch*** ist."

Oberst a. D. Helmdach erweist sich mit Recht als ein scharfer Gegner sowohl der Ostvölkerbehandlung durch das NS-Regime wie von Hitlers fol-

genschwerer Unterschätzung der militärischen Stärke der Sowjetunion in der Zeit vor dem deutsch-sowjetischen Krieg. Um so beachtenswerter ist seine auf von ihm genannten einwandfrei feststehenden Tatsachen beruhende Schlußfolgerung. Nach seiner Prüfung aller ihm zugänglichen Quellen und eigenen Beobachtungen im Felde hält es Helmdach für möglich, daß Stalin den von ihm nachgewiesenerweise schon lange vor dem deutschen Angriff fest geplanten Angriff auf Deutschland bereits im Jahre 1941 beginnen wollte. Der Aufsatz ist mittlerweile als Buch erschienen (s. Lit.-Verz.) und setzt daher jeden in die Lage, die Arbeit zu lesen und sich mit ihr auseinanderzusetzen.

Der italienische Verfasser Roberto ***Battaglia,*** („La seconda guerra mondiale. Problemi e nodi cruciali" = Der Zweite Weltkrieg. Fragen und entscheidende Kernpunkte), steht politisch, wie sein Buch zeigt, auf der antideutschen Linie, manchmal bis zu grotesken Fehlformulierungen unhaltbarer Ansichten. Erst recht beachtenswert erscheint aber, daß sogar auch er in seinem Abschnitt über die Zeit unmittelbar vor dem deutsch-sowjetischen Krieg (Seite 115 ff.) zugibt:

„Die Lage im Osten Deutschlands war für Deutschland zu gefährlich geworden, als daß Hitler hätte weiter abwarten können."

Nicht durchschaut hat Battaglia jedoch z. B., daß Stalins Bezeichnung westlicher Warnungen vor deutschen Angriffsabsichten als Provokationen offensichtlich reine politische Propagandataktik im Gegensatz zu Stalins wirklichem Wissen und seinen eigenen Angriffsplänen war.

Am 12. 9.1969 berichtete ein aus Riga stammender Zeuge namens Ludwig ***Zimmer*** brieflich dem Verfasser der vorliegenden Untersuchung u. a. folgendes:

„Wie seinerzeit durch lettisches Eisenbahnpersonal bekannt wurde, gingen im Winter 1940/41, und zwar immer nur während der Nacht, ständig russische Militärtransporte zur deutschen Grenze."

Zu dem schon genannten Sammelwerk von Prof. Dr. Andreas ***Hillgruber*** steuerte Prof. Dr. John ***Erickson*** aus Schweden auf den Seiten 75-100 die Abhandlung „Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion 1940/1941" bei.

In manchem leider ein Opfer der unzutreffenden Propaganda sowjetischer Herkunft betont Erickson auf Seite 75:

„Zwanzig Jahre hatte sich die Sowjetunion auf den Krieg vorbereitet und ununterbrochen die Bevölkerung zu Wachsamkeit und Bereltschaft aufgefordert, um die lang erwartete kapitalistische Intervention zu vereiteln."

Er hat also nicht durchschaut, daß solche Parolen von Seiten der sowjetischen Regierung eine Propagandataktik waren, um die eigenen aggressiven Ziele zu verschleiern und die für diese bestimmte Aufrüstung zu erleichtern.

Andererseits sieht Erickson **jedoch in manchen** Fragen **durchaus richtig, so z.** B., **wenn** er **auf** Seite **80 hervorhebt:**

„Trotzdem trugen die Deutschen von Mitte März 1941 an Ereignissen Rechnung, die eine Vorbereitung von Mobilmachungen an der Ostseeküste und eine Teilmobilmachung an der Westgrenze zu sein schienen (Vgl. ‚Die wichtigsten Operationen des Großen Vaterländischen Krieges 1941-45', herausgegeben von Oberst P.A. Sdiiltn, Ost-Berlin 1958 =s Übersetzung von ‚Vazhneishie operatii velikoi otetsdiestvennoi voiny 1941-45*, S. 81-82)."

Der genannte Sammelbandbeitrag von Erickson ist eine Übersetzung aus seinem 1962 in London erschienenen Buch „The Soviet High Cömmand. A military-political history: 1938-1941".

Das bereits erwähnte Ost-Berliner amtliche, an Geschichtsfälschungen reiche, Propagandabuch „Entstehung, Charakter und Periodisierung des Zweiten Weltkrieges" erklärt auf Seite 53 u. a.:

„Auch die Behauptung der westdeutschen Historiker ***Mau*** und ***Krausnick,*** der Vertrag .(gemeint ist der deutsch-sowjetische vom August 1939, B. v. Ri.)' habe für beide Seiten eine völlige Umkehr von ihrer bisherigen Politik gebracht, widerspricht den Tatsachen."

Was Hitler betrifft, haben Mau und Krausnick recht, wie das einschlägige internationale Schrifttum beweist, freilich nicht mit Bezug auf Stalin. Es ist ein lehrreiches Eingeständnis, daß dies selbst die Ost-Berliner in ihren sonst so wirklichkeitsfernen Darstellungen nicht bestreiten.

Besonders beachtenswert erscheint im Zusammenhang mit den Erörterungen über die sowjetischen Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland vor und nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages vom August 1939 das folgende Eingeständnis in einer sonst verantwortungslos unkritisch und ausgesprochen stalinfreundlichen Abhandlung:

„Für sie (= die sowjetische Staatsführung, B. v. Ri.) ging es darum, Zeit zu gewinnen. Es galt die Aufrüstung zu forcieren und eine Schwächung Deutschlands abzuwarten."

Sie entstammt einem sonst äußerst oberflächlichen und vielfach besonders unsachlichen Aufsatz des seinerzeitigen westdeutschen Bundeskanzlers Willy Brandt „Der 2. Weltkrieg: Eine kurze Übersicht", Stockholm 1945.

Sven ***Hedin*** erklärte auf Seite 212 seines Buches (s. Lit.Verz.) zum Verhalten der Sowjetunion in dem Zeitabschnitt vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges:

„Mit eisenhartem Willen und Entschlossenheit sowie mit überlegenem diplomatischen Geschick bereitete Rußland diesen Krieg vor, der mit Amerikas Hilfe den Ausgang des Zweiten Weltkrieges entscheiden sollte."

Selbst der Hitler-Gegner General ***Halder*** sah sich am 7. April 1941 veranlaßt, in seinem Tagebuch zu vermerken, die .russischen Dispositionen' stimmten nachdenklich und verleiteten zu dem ,— damals von Halder irrig noch als eigentlich recht abwegig bezeichneten —' Gedanken, die Sowjettruppen seien so aufmarschiert, daß sie kurzfristig zur Offensive übergehen könnten. Wie der britische Kriegsgeschichtler Captain Liddel ***Hart*** in seinem Buch „The other side of the hill" (Germany's generals, their rise and fall, with their own account of military events 1939-1945), überarbeitete 2. Auflage London 1951, S. 255) mitteilte, erfuhr er von Halder, daß dieser doch nach dem deutschen Einrücken in den rückwärtigen sowjetischen Gebieten der sowjetischen grenznah stehenden Truppen einige als Offensivvorbereitungen erklärbare Tatsachen feststellte.

Die amtliche, besonders zur Ausrichtung von Parteifunktionären, Offizieren und Beamten benutzte amtliche sowjetische Zeitschrift „Kommunist" brachte 1958 z. B. die nachstehende Feststellung:

„Der Nichtangriffspakt mit Deutschland war darauf berechnet, Zeit zu gewinnen und unsere Macht zu stärken. Nicht England und Frankreich waren die wahren Kämpfer. Die Sowjets haben sich im Mai/Juni zur Kriegführung und Vernichtung des Faschismus entschlossen."

Stalin sagte hohen Sowjetführern am 5. Mai, wie mehrfach in neueren Veröffentlichungen zur Kriegsursachenfrage belegt wird, u. a.:

„Im Laufe von zwei Monaten können wir den Krieg beginnen."

Eine besonders wertvolle Bestätigung und quellenmäßige Ergänzung der Angaben der vorliegenden Untersuchung bringt in Bezug auf die Ursachen des deutsch-sowjetischen Krieges das 11. Kapitel von Gerhard ***Brenneckes*** Werk (s. Litz.-verz.). Zum gleichen Thema veröffentlichte Dr. S. Th. ***Helm*** unter der Uberschrift „Der Krieg begann anders" 1973 im 11. Jahrgang der vom Ost-Institut in Lüneburg herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Studien" die folgenden beiden Zitate:

Der sowjetische Armeegeneral ***Schtschemenko*** veröffentlichte in Moskau sein Buch „Im Generalstab", von dem 1971 in Ost-Berlin eine deutsche Übersetzung der dritten Auflage erschien. Schtschemenko gibt nach den Seiten 27 bzw. 31 zur militärischen Lage vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges u. a. folgendes an:

„Zweifellos verfügte unser Land über die potentiellen Möglichkeiten, mit einem starken Gegner Krieg zu führen."

„Unmittelbar vor Kriegsbeginn wurden unter strengster Geheimhaltung zusätzliche Truppen aus dem Innern des Landes in die Grenzbezirke herangezogen."

Helm benutzte auch das Buch des sowjetischen Marschalls ***Bagramjan*** „So begann der Krieg" mit folgenden Feststellungen:

„So ist es bei Bagramjan und Schtschemenko bemerkenswert, daß offenbar in Abwehr innersowjetischer Vorhalte von beiden Autoren faktisch die Legende verabschiedet wird, wonach der deutsche Angriff gegen die UdSSR diese in einer friedvollen Aufbauphase überrascht habe. Jetzt wird ganz eindeutig gesagt und auch belegt, daß das Gegenteil der Fall war. Man sei sich stets der .kapitalistischen Einkreisung' bewußt gewesen und habe sich auch nicht etwa durch den deutsch-sowjetischen Vertrag von 1939 dazu veranlaßt gesehen, militärische Anstrengungen zu reduzieren oder gar zu unterlassen. Man sei durchaus für den Krieg gerüstet gewesen."

Helm bringt dann aus Büchern von sowjetischen Marschällen und Generälen (Vgl. ihre russischen Bücher „Erinnerungen und Gedanken" von Marschall Schukow, „Anfang des Weges" von Marschall Tschuikow, „Soldatenpflicht" von General Rokossowski, „In der Südwestrichtung" von Marschall Moskalenko, Moskau 1973 und „Aufzeichnungen eines Frontoberbefehlshabers" von Marschall Konjew (Moskau 1973) nähere Daten über den sowjetischen Aufrüstungsstand von 1939 bzw. 1941 vor Kriegsbeginn. Treffend zieht Helm daraus den Schluß:

„Was die Sowjetunion hier an personeller Aufrüstung betrieb, rechtfertigt, von einer Teilmobilisierung zu sprechen."

„Auch die stets von sowjetischer Seite behauptete Rüstungsüberlegenheit der Deutschen relativiert sich aufgrund der konkreten Angaben bei Schtschemenko und Bagramjan erheblich — ohne daß beide einen realen Kräftevergleich anstellten oder auch nur anstrebten."

Helms Darstellung und die von ihm benutzten Unterlagen lassen eindeutig erkennen, daß zwischen dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem Anfang des deutsch-sowjetischen Krieges die Führungskreise der sowjetischen Streitkräfte von den Vorbereitungen eines Krieges gegen Deutschland überzeugt gewesen sein müssen.

Beachtenswert sind im Zusammenhang mit der Erörterung der Hintergründe des deutsch-sowjetischen Krieges auch einige Angaben aus Alexander ***Werths*** Buch (a.a.O. S. 168 Fußnote). In manchen Einzelfragen der Kriegsgeschichte ist Werth wirklich sachlich, so in Bezug auf die Beschreibung von Kriegsabsichten der Sowjetunion gegen Deutschland vor dem deutsch-sowjetischen Krieg (s. Werth S. 105-106).

Zu den zitierten Äußerungen Stalins bemerkt Brennecke, daß schon die deutsche Verteidigung während der Nürnberger Prozesse die Tatsache einwandfrei durch Dokumente und zuverlässige Zeugenaussagen bewies, daß der deutsche Angriff auf die Sowjetunion einen völkerrechtlich statthaften Präventivkrieg gegen einen Staat darstellte, von dem sicher feststand, er bereitete seinerseits einen Angriff auf Deutschland vor. Diese Beweisführung glückte völlig, obwohl rechtswidrig einige der entsprechenden Dokumente vom interalliierten Nürnberger Gerichtshof nicht angenommen wurden.

Literaturverzeichnis

(1)s. Lit. S. 91 (11)

(2) s. Lit. S. 66 (31)

(3) ***Groener,*** Wilhelm, „Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg." Göttingen 1957

(4) ***Petrow,*** Wladimir (Exilruss. US-Prof. a. d. George-Washington-Universität in Washington D.C.) „The Nazi-Soviet Pact: A missing page in Soviet Historiography" in „Problems of Communism" Bd. 17, Heft 1. Washington D.C. 1968

(5) ***Nekritscb,*** A. M. „1941,22 ijunia" Moskau 1968

(6) „Sowjetische Geschichtsfälscher. Stalins Beteiligung am Krieg gegen Polen — geleugnet und beschönigt" in „Der aktuelle Osten" Sonderveröffentlichung Bonn 1968. Darin Besprechung von „Geschichtsfälscher. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs" Berlin-Ost 1955

(7) s. Lit. S. 157 (36)

(8) s. Lit. S. 104 (14)

(9) s. Lit. S. 65 (7)

(10) ***Klimow,*** Grigorij P. „Berlinskij Kreml" — Berliner Kreml, russ. u. deu. Frankfurt 1953

(11) ***Werth,*** Alexander, „Rußland im Krieg 1941—1945", dt. Ausgabe München-Zürich 1965 (engl. Ausgabe London 1964)

(12) ***Laternser,*** Hans, Dr. „Verteidigung deutscher Soldaten. Plädoyers vor Alliierten Gerichten". Bonn 1950

(13) ***Seidl,*** Alfred, Dr. „Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939—1941 — Dokumente des Auswärtigen Amtes". Tübingen 1949

(14) ***Flicke,*** W. F. „Rote Kapelle — Sowjetische Spionageorganisation in Westeuropa" Wels/Oö. 1957

(15) ***Angelus,*** Oskar, Prof. Dr. „Zur Schuldfrage am Ausbruch der beiden Weltkriege" Lund 1965

(16) ***Lenin,*** W. I. „Ausgewählte Werke". Wien 1932

(17) ***Hoggan,*** David L., Prof. Dr. „Die Ursachen der Kriegsausweitung 1941" Tübingen

(18) s. Lit. S. 68 Hillgruber

(19) Lord ***Avon,*** „Die Erinnerungen Anthony Edens" (The Memoirs of the Rt. Hon. Sir Anthony Eden" London 1960) 2 Bde. Köln 1960

(20) ***Weinberg,*** Gerh. L., Dr. „Der deutsche Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion" in „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" Stuttgart 1953

(21) ***Hillgruber-Seraphim*** in „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" Stuttgart 1953

(22) ***Halder,*** Franz „Kriegstagebuch" Stuttgart 1962

(23) ***Stern,*** Leo, Prof. Dr. (Herausgeb.) „Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Referate und Diskussionen zum Thema: Die wichtigsten Richtungen der reaktionären Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg". Berlin-Ost 1958

(24) ***Rossi*** A. (d. i. Angelo Tasca) „Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis" Köln 1954

(25) s. Lit. S. 158

Bagramjan, Marschall, „So begann der Krieg".

Helm, Dr. S. Th., „Der Krieg begann anders". Lüneburg 1973 (in der Zeitschrift des Ost-Instituts „Deutsche Studien").

Helmdach, Erich, „Uberfall? Der sowjetisch-deutsche Aufmarsch 1941". 127 S. kart. Neckargemünd 1975.

Konjew, Marschall, Aufzeichnungen eines Frontoberbefehlshabers, Moskau 1973.

„Kriegsschuld und Presse (Gemeinschaftsarbeit deutscher Zeitungswissenschaftler)".

Moskalenko, Marschall, „In der Südwestrichtung". Moskau 1973.

Rokossowski, General, „Soldatenpflidit".

Schtschemenko, Armeegeneral, „Im Generalstab" Moskau, dt. Ausgabe Ost-Berlin 1971.

Schukow, Marschall, „Erinnerungen und Gedanken".

Tschuikow, Marschall, „Anfang des Weges".

Die Fülle der Beweismittel für den USA-Schuldanteil geht u. a. aus den entsprechenden Veröffentlichungen hervor, die bereits in der Einleitung der vorliegenden Übersicht genannt wurden.*) Darüber hinaus muß an erster Stelle der amerikanische Historiker Prof. Charles C. ***Tansill*** (1) erwähnt werden, ferner Prof. Dr. George N.***Crocker*** (2). Gegenüber einer Unterschätzung des wissenschaftlichen Gewichtes der Veröffentlichungen der amerikanischen Entzerrer des Geschichtsbildes, wie wir sie z. B. leider bei Prof. ***Hof er*** finden, sei auch auf einen weiteren Beitrag von Prof. ***Barnes*** (3) hingewiesen. In dem Sammelband verweist er in seinem einleitenden Beitrag auf den sogenannten Revisionismus, der im Gegensatz zur orthodox genannten Geschichtsauffassung, wie wir bereits an anderer Stelle dieser Schrift dargelegt haben, die Wahrheitsfindung auf eine breitere und nicht den Propagandathesen des Krieges verhaftete Grundlage gestellt hat. Der Chef der Pacific Section des United States Army Office of Military History, Dr. Louis ***Morton,*** wird darin zitiert:

„Mit der Veröffentlichung seines (Charles A. ***Beards)*** „President Roosevelt and the Coming of war" im Jahre 1948 erwarb der Revisionismus den Rang einer reifen historischen Interpretation des Geschehens, die niemand übersehen kann, der sich ernsthaft mit der Vorkriegszeit beschäftigt."

Und ebenso wird Prof. Dr. D. F. ***Fleming*** von der Vanderbilt Universität angeführt:

„Das Anliegen der Revisionisten verdient gehört zu werden... Sie können uns helfen, dem ‚einen Krieg mehr' zu entgehen, nach dem nichts übrig sein wird, das der Erörterung wert wäre."

Tansills nachdrücklich herauszustellendes Werk, das viele unwiderlegbare Quellen enthält bzw. nachweist, ist wohl von entscheidender Bedeutung für den Nachweis des US-Schuldanteils. Er hat Roosevelts Politik als eine bewußte Kriegsherbeiführpolitik aufgezeigt. Bei Roosevelt war das Eingreifen der USA von vorne herein geplant und die Provozierung Japans der gewählte taktische Umweg, um die USA in den von Roosevelt mitvorbereiteten Krieg gegen Deutschland hineinzuziehen.' Nach seinen Forschungen kommt Tansill zu folgendem Ergebnis (S. 657 f.):

„Deutschland suchte verzweifelt einem Krieg mit den Vereinigten Staaten auszuweichen."

) Weitere benutzt und beurteile unwiderlegbar richtig z. B. Prof. Dr. H. £. Barnes in seinem Aufsatz .Revisionism: A Key to peace" in »Rampart Journal of Induvidualist thought Bd. 2, Nr. 1, Larkspur, Col. 1966.

Und bei Glaser heißt es:

„Da das Hitler-Regime Zusammenstöße mit den Vereinigten Staaten sorgfältig vermied, wählte Präsident Roosevelt die .Hintertür* der Provokation Japans. Wie er Tokio zu dem waghalsigen Angriff auf Pearl Harbor aufreizte, bildet den Gegenstand der Geschichtsdarstellung von Tansill, Beard, Morgenstern und Chamberlin, deren Hauptthema allgemeine, wenn auch zum großen Teil stillschweigende Annahme gefunden hat. Vier Tage nach Pearl Harbor erfüllte das Hitler-Regime Roosevelts Wunsch mit einer Kriegserklärung gegen die Vereinigten Staaten."

Bei Tansill heißt es dann weiter:

„Die Haltung Amerikas wurde am 11. November von Sumner Welles (4) in Arlington mit aller Klarheit dargelegt:

Jenseits des Atlantik hat ein finsterer und erbarmungsloser Eroberer mehr als halb Europa zu kriecherischer Leibeigenschaft herabgewürdigt. Er prahlte damit, daß sein System sogar auf der ganzen Erde vorherrschen werde... Das amerikanische Volk hat nach erschöpfender Debatte... über seine Politik entschieden. Es ist verpflichtet, ... keine Mühe und kein Opfer zu scheuen, um die endgültige Niederlage des Hitlerismus und alles dessen, was dieser böse Begriff einschließt, zuwege zu bringen ... Wir können nicht wissen, wir können jetzt nicht voraussehen, wie lang und wie steinig der Weg sein mag, der zu dem neuen Tag führt, dasein zweiter Waffenstillstand unterzeichnet wird.'

Welles und anderen der Gruppe um Roosevelt war es innerlich klar, daß sich Amerika in Wirklichkeit im Kriege befand. Das amerikanische Volk aber vergegenwärtigte sich diese folgenschwere Tatsache nicht, auch wußte es nicht, daß es verpflichtet sei, ‚keine Mühe und kein Opfer zu scheuen, um die endgültige Niederlage des Hitlerismus herbeizuführen'. Für Mr. Welles war es leicht, ohne Stocken von Opfern zu reden. Er war seit langem im Genuß von Reichtum und hoher gesellschaftlicher Stellung. Das Wort Opfer hatte in seinem Wörterbuch nie gestanden. Als Sprecher des Präsidenten eröffnete er plötzlich dem amerikanischen Volk, daß es in einen Krieg hineingezogen war, den zu vermeiden es glühend gewünscht hatte. Die Kriegslustigen von 1941 sind niemals müde geworden, über die Mehrheit der Amerikaner als blinde Isolationisten zu hohnlächeln, die versucht hätten, die Vereinigten Staaten mit einer Chinesischen Mauer zu umgeben und sie von jeder Berührung mit dem Ausland abzuschneiden. Sie wußten, daß sie logen. Amerika war niemals von den sozialen, wirtschaftlichen, religiösen und kulturellen Kräften isoliert, die die moderne Welt geformt haben. Dank seiner geographischen Lage war es der immer wiederkehrenden Flut von Konflikten entgangen, die die Mauern der alten Zivilisation zerbröckelte und das Erbe wegspülte, das unerschrockener Mut und hohes Streben gesammelt hatten. Die Amerikaner waren Isolationisten gewesen nur gegen den Krieg und seine offenbaren Übel und so ist ihr Land zu einer Blüte gediehen, die sich die Pilgerväter nicht im entferntesten erträumt hatten. Allein, im Jahre 1915 begann Präsident Wilson den Gedanken zu nähren, die Ideale und den Reichtum Amerikas mit der übrigen Welt zu teilen, und führte uns zwei Jahre später in einen fremden Krieg, von dem er hoffte, daß er die Welt sicher für die Demokratie machen würde. Aber dieses Leitmotiv klang amerikanischen Ohren mißtönig, als es zu der großen Parade von 1917 führte, die für viele Männer auf einem der großen Friedhöfe Frankreichs endete. Es wurde wieder volkstümlich nach 1933, und mit Roosevelt

als maestro begannen die alten makabren Rhythmen in jedes Heim zu dringen. Im Jahre 1941 wartete ein Todesorchester mit gespanntem Eifer auf das Zeichen, mit der neuen Symphonie anzuheben. Er hatte gehofft, daß Deutschland ihm das Motiv liefern werde, aber Hitler hatte sich geweigert, ihn mit ein paar einleitenden kriegerischen Takten zu helfen. Vielleicht würden sich ein paar japanische Staatsmänner als gefälliger erweisen? Jedenfalls horchte er, nachdem der ,Reuben-James'-Zwischenfall .flachgefallen' war, nach dem Orient hinüber und suchte neue Eingebungen von dem unergründlichen Fernen Osten. Er fand sie in Pearl Harbor, als japanische Bomber die ersten schrecklichen Klänge einer Kriegssymphonie erdröhnen ließen, die noch heute durch eine veränderte und keineswegs befriedete Welt nachhallt."

Mit einem anderen Amerikaner, der fast unbekannt geblieben ist, macht uns ***Leher*** (5) bekannt, mit Albert Jay ***Nocks***, der einige Zeit zum diplomatischen Dienst seines Landes in Belgien gehörte. Schon 1942 kam Nocks auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen zu folgender Feststellung:

„Und was den gegenwärtigen Konflikt betrifft, so hätten das Fürstentum Monaco, das Großherzogtum Luxemburg zu den Waffen gegriffen, wenn ihnen vom State Department eine derartige Note zugegangen wäre, wie sie die japanische Regierung am Vorabend von Pearl Harbor erhielt."

Neben diesen genannten Zeugen einer um der Wahrheit willen unorthodoxen Betrachtungsweise ist noch an erster Stelle der amerikanische Admiral ***Theobald*** zu nennen, der mit seinem Buch (6) letzte Zweifel an dem Schuldanteil Roosevelts und seines engeren Kreises beseitigt hat. Bei Leher steht darüber zu lesen:

„Admiral Theobalds Beweisführung ist besonders interessant, weil ihr die Vorworte von Admiral Husband E. ***Kimmel,*** dem Oberbefehlshaber der in Pearl Harbor stationierten Pazifischen Flotte, und von Admiral William ***F. Halsey,*** einem der drei Senior-Kommandanten unmittelbar unter Kimmel zusätzliches Gewicht verleihen. Als direkt Betroffene am Schauplatz der Weltkriegsinszenierung von 1941 ist den Admiralen verständlicherweise daran gelegen, der geschichtlichen Wahrheit die Ehre zu geben."

Bei Theobald lesen wir über die Vorgeschichte des amerikanischen Kriegseintritts:

„Deutschlands schweigende Hinnahme der amerikanischen Neutralitätsverletzungen zwischen Juni und Dezember 1941 war eine der überraschenden Erscheinungen des europäischen Krieges. Es wurde dadurch klar, daß Deutschland sich nicht zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten verführen lassen wollte. Das militärische Eingreifen Amerikas im Ersten Weltkrieg hatte sich als entscheidend erwiesen und Hitler vermied offensichtlich eine Wiederholung im Zweiten Weltkrieg."

Um dann sein Buch mit den Worten zu schließen:

„Und so, durch die einladende Darbietung einer geschwächten Pazifik-Flotte für einen japanischen Überraschungsangriff bei gleichzeitiger planmäßiger Nichtinformierung des dortigen Flottenkommandeurs, um es ihm möglich zu machen, den Angriff zu vermeiden, führte Präsident Roosevelt am 7. Dezember 1941 die Ver-

einigten Staaten in den Krieg. Er hatte damit eine aufgeputschte Nation hinter sich, weil kein Mensch vermuten konnte, daß der japanische Angriff dem Rooseveltschen Plan entsprach. So vernichtend Pearl Harbor auch vom militärischen Standpunkt aus für Amerika war, so stellte es doch die diplomatische Voraussetzung zur völligen Niederlage der Achsenmächte dar. Da jeder Leser sich sein Urteil hinsichtlich der übrigen Fragen selber bilden muß, die durch Präsident Roosevelts Verhalten aufgeworfen werden, so erscheint eine ethische Beurteilung seiner Handlungsweise hier unnötig."

Welche Beurteilung Theobalds Buch auch in den Vereinigten Staaten gefunden hat, vermittelt eine Besprechung in der altangesehenen deutsch-amerikanisdien Wochenzeitung „Cincinnatier Freie Presse" 1954, (die wir ebenfalls dem genannten Buch von Leher entnehmen):

„Als im August 1914 der Weltkrieg Nr. 1 ausbrach, da frohlockte der Botschafter des Zarenreichs in Paris, Fürst ***Iswohky:*** ‚Das ist mein Krieg!' — Iswolsky hatte eine gewisse Berechtigung zu diesem grauenvollen Selbstlob, für das ihn das Schicksal mit der Vernichtung des Zarenreichs bestrafte. Eine ungleich größere Berechtigung aber kann Präsident Roosevelt für sich in Anspruch nehmen, den amerikanisch-japanischen Krieg als .seinen Krieg' zu bezeichnen, wenn er dies auch in demokratischer Bescheidenheit zu verbergen wußte.

Das gerade sei aus dem Buch Theobalds zu entnehmen, fährt die Zeitschrift fort. Der Leser dieses Buches werde nicht nur

„geschüttelt von dem Entsetzen über die diabolische Idee, deren Vaterschaft auf Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill weist, und über die marionettenhafte Unverantwortlichkeit der Werkzeuge, vor allenv General ***Marshalls*** und Admiral ***Starks,*** — denen gegenüber die ***Brauchitsch*** und ***Jodel*** wahre Waisenknaben sind — sondern er wird vor allem erschüttert durch den dadurch hervorgerufenen Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Geschichte, der hier allzu deutlich das Wort eines zynischen Philosophen zu bestätigen scheint — daß ‚die Geschichte nichts anderes ist als ein Sammelsurium menschlicher Dummheit' — es sei denn, daß eben doch die ausgleichende Gerechtigkeit mit diesen Verbrechen Schritt hält und dadurch das moralische Gleichgewicht wieder herstellt — ein Gedanke, der dann allerdings für Amerikaner von heute wie die Posaune des Gerichts klingen muß!
Admiral Theobald führt in seinem Buch den Nachweis, daß Präsident Roosevelt die Tragödie von Pearl Harbor beabsichtigt, planmäßig herbeigeführt, zielbewußt verschleiert und als raffinierte Initialzündung für den Kriegseintritt Amerikas gegen Deutschland ausgenutzt hat."

„Die Schlacht um Amerika — die Umstimmung der amerikanischen Öffentlichkeit zugunsten eines Kriegseintritts — war Roosevelts größte Stunde," schreibt ***Schrenck-Notzing*** (a. a. O. S. 41).

Wir erwähnten bereits Beard und sein Buch (7), dazu muß noch der amerikanische Journalist ***Morgenstern*** (8) angeführt werden. Über Beard äußerte sich der verstorbene Altmeister der amerikanischen Völkerrechtswissenschaft und Professor an der New Yorker Columbia-Universität, Dr. Basset ***Moore*** (9), es müßten diese in der amerikanischen Geschichtskunde als für immer

feststehenden Tatsachen berücksichtigt werden, wenn nicht noch von regierungsamtlicher Seite irgendwelche überzeugenden Gegendokumente veröffentlicht werden könnten. Solche Gegenveröffentlichungen hat es nie gegeben. Sie herausbringen zu wollen, ergäbe angesichts der inzwischen durch weitere dokumentarische Veröffentlichungen unwiderlegbar bestätigten Tatsachen einen sinnlosen Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Diejenigen deutschen Wissenschaftler, Vertreter von Massenmedien und sonstigen Deutschen, die in der Kriegsursachenfrage immer noch nur eine deutsche Schuld sehen wollen und mit dieser wirklichkeitsfernen Einstellung Politik treiben, sollten allein schon auf Grund der eben genannten Tatsachen gründlich umlernen.

Bei Flynn (10) ist (in der Ubersetzung Lehers) nachzulesen, wie bereits am 15. August 1941 der entscheidende Schritt Amerikas zum Kriege von Roosevelt beschritten wurde, nämlich dem Treffen mit Churchill auf einem Kriegsschiff unweit der Küste von Neufundland, bei welchem die sogenannte „Atlantik-Charta"*) **) beschlossen und veröffentlicht wurde.

Im Jahrgang 1960 der „Viertel jahreshefte für Zeitgeschichte" veröffentlichte auf Seite 384 Dr. Lothar ***Gruchmann*** eine Abhandlung (11), in deren wissenschaftlichem Teil dieser politisch unkritische Bejaher der Politik Roosevelts begrüßenswerterweise doch auch zu Ergebnissen kommt, die oben bereits genannte Tatsachen bestätigen, so abwegig auch die politische Einleitung und der politische Schluß bei ihm sind:

*) s. Stidiworte

**) »Was War aus der .Atlantik-Charta' geworden? Am 20. 12. 1943 fragte man den Präsidenten bei einer Pressekonferenz nach der Deklaration, die er und Churdiill doch unterzeichnet hatte. Roosevelts Antwort warf die Regierung fast um. Er sagte, daß es eine komplette, von ihm und Churchill unterzeichnete Atlantik-Charta nicht gebe und nie gegeben habe. Nun wollten die Reporter wissen, wo denn der Schrifttext sei. Roosevelt antwortete ihnen: .Soweit idi unterrichtet bin, gab es keinerlei Text der Atlantik-Charta*. Es war bloß ein von ihm, Churchill, Sumner Welles und Sir Alexander Cadogan bekritzeltes Stück Papier gewesen, das einfach dem Schiffsfunker zur Nachrichtenausgabe für die Presse überreicht worden war. Stephan Early, Roosevelts Sekretär, hatte, wie zusätzliches Nachforschen ergab, das Stüde Papier mit der Unterschrift von Roosevelt und Churchill versehen und auf eigene Faust weitergereicht. Im Nationalmuseum zu Washington hing dann die ganze Zeit, schön eingerahmt und beleuchtet, wie ein ehrwürdiges Dokument von der Erlauchtneit der Magna-Charta oder der Unabhängigkeitserklärung, die Atlantik-Charta, mit der Unterschrift von Roosevelt und Churchill versehen. Die täglichen Besucher standen davor wie vor einem Markstein der Weltgeschichte. John O'Donnel von der New Yorker ‚Daily News" fragte den Kurator, wo er das Sdiaustück her habe. Antwort: ‚Vom Office of War Information" (Amt für Kriegs-Information, abgekürzt OWI). Dieses hatte das kostbare Dokument dem Nationalmuseum .geliehen'. O'Donnel erkundigte sich nun beim OWI — jener reichflutenden Quelle von Falschmeldungen — und erfuhr, daß man dort die Sache, mit Roosevelts und Churchills Namen ausgestattet, aufgezogen habe. 240 000 Druckexemplare derselben Aufmachung seien zur Verteilung gelangt. Mit dieser Auskunft kehrte O'Donnel zum Museum zurück. Und siehe da, die große Charta war verschwunden! Ein Museumswärter sagte, sie wäre vor zirka 20 Minuten von der Wand wegbeordert worden. So endete die Geschichte dieses erbärmlichen Betruges. Das .Dokument", nie unterzeichnet, ohne Datum und nichts anderes als ein Publizitätstridc zur Verheimlichung des wirklichen Zweckes der Atlantik-Zusammenkunft, war von seinem Hauptpaten umgebracht worden. Und natürlich schepperten all die darin enthaltenen hochklingenden Phrasen nach Teheran nur mehr wie Messingblech oder Zimbelgeklimper." (Flynn a. a. O.)

„Daß Roosevelts Bemühungen, den bedrohten Demokratien Westeuropas nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs jede mögliche Hilfe ‚short of war' (bis hart an den Krieg heran) zukommen zu lassen" (als ob Roosevelt wirklich keine Kriegsherbeiführpolitik getrieben hätte! B.v.R.) „sowohl vom nationalamerikanischen Standpunkt aus wie im Hinblick auf die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Lebensordnung in der Welt politisch wohlbegründet waren, bedarf keiner Diskussion". (Wie viele Amerikaner einschließlich angesehener Wissenschaftler solche falschen Ubervereinfachungen im Darstellen der weltpolitischen Lage jener Jahre ablehnten und noch ablehnen, ergibt u. a. das oben berücksichtigte amerikanische Schrifttum. B.v.R.) „Schwieriger ist ihre Beurteilung im Lichte des damals geltenden Völkerrechts. Die amerikanische Seite hat ihre Haltung mit dem Recht auf Selbstverteidigung (self-defence, self-preservation) und mit dem Kelloggpakt völkerrechtlich zu fundieren versucht. Ob diese Auffassung zu halten ist, ist freilich zweifelhaft und soll im folgenden untersucht werden. Wenn die Frage verneint werden muß, stellt sich allerdings sogleich ein weiteres Problem. Ist nicht eine partielle Verletzung des positiven Völkerrechts moralisch vertretbar, wenn einer intensiven Bedrohung des gesamten Völkerrechts unter Berücksichtigung aller gegebenen Umstände dadurch am wirkungsvollsten begegnet werden kann?"

Heutzutage nach den Forschungsergebnissen und Feststellungen der genannten u. s. amerikanischen Gelehrten Roosevelts Verhaltungsweise ausgerechnet moralisch rechtfertigen zu wollen, ist eine wirklichkeitsferne Groteske, auch im Hinblick auf die Bedrohung der echten Anwendung des Völkerrechts und der Menschenrechte durch die kommunistischen Weltrevolutionäre. Sodann lesen wir noch bei Gruchmann:

„Eines der von amerikanischer Seite vorgebrachten Argumente stützt sich auf das Recht der Selbstverteidigung. Es wirft das Problem der Bedrohung der USA durch das nationalsozialistische Deutschland in der Zeit von 1939 bis 1941 auf. Für eine militärische Bedrohung des amerikanischen Kontinents in dieser Zeit haben weder die Nürnberger Prozesse noch die erbeuteten politischen und militärischen Dokumente der Achsenmächte Beweise ergeben.*)

Im Gegenteil hatte Hitler Interesse daran, die USA aus dem europäischen Krieg herauszuhalten. Er gab strikte Anweisung, Zwischenfälle zur See mit den USA zu vermeiden, und beharrte deshalb — trotz der zunehmenden Zusammenarbeit der amerikanischen mit der britischen Flotte — gegen den Wunsch der deutschen Seekriegsleitung im Handelskrieg — auf beschränkenden Maßnahmen, auch in der Zeit nach der ‚shoot-on-sight-order'. Die Abwehr unter Canaris wurde — noch im Juni 1941 — angewiesen, die Ausübung von Sabotageakten in den USA zu unterlassen. Die Presse bekam Richtlinien, bei der Kritik an den USA größte Reserve zu üben und wurde erst 1940/41 in den ideologischen Kampf gegen Roosevelt und dessen Anhänger eingesetzt, nachdem dessen unabänderlicher Wille, England zu helfen, offensichtlich geworden war. Ziel war jedoch auch hier nicht, einen Konflikt mit den USA herbeizuführen, sondern den Isolationisten in den USA Hilfsstellung zu geben. Hätte Hitler den Krieg mit den USA gewollt, so hätte er in den amerikanischen

»} Einige nicht ernst zu nehmende Augenblicksäußerungen finden sich bei Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler; Henry Picker, Hitlers Tischgespräche; Goring *vor* Vertretern der Flugzeugindustrie. (nach Gruchmann, gekürzt)

Maßnahmen, besonders nachdem sie zu Zusammenstößen auf See geführt hatten, leicht einen Anlaß dazu finden können."

So weit, so gut, dann aber geht die einseitig außerwissenschaftliche politische Betrachtungsweise mit Gruchmann wieder durch:

„Betrachtet man die neutralitätswidrigen Handlungen der USA gegenüber den kriegführenden Achsenmächten im Hinblick auf die Tatsache, daß der Nationalsozialismus die bestehende Völkerreditsordnung als Gesamtordnung umstürzen und sie durch eine dem nationalsozialistischen Imperialismus adäquate .Redits'-Ordnung ersetzen wollte, so muß man sie von einer höheren Warte aus für gerechtfertigt ansehen."

Gruchmann übersieht also geflissentlich u. a., daß man in diesen Äußerungen statt Nationalsozialismus Kommunismus und statt nationalsozialistischen Imperialismus kommunistischen sagen könnte, um dann gerechtfertigt durch ungerechtfertigt ersetzen zu müssen. Daß der kommunistische, weltrevolutionäre Imperialismus mit den zugehörigen Massenverbrechen weniger weit ginge als Hitlers Imperialismus und da, wo er dank der amerikanischen militärischen und politischen Hilfe seine Macht zur Herrschaft bringen konnte, die Geltung des Völkerrechts und der Menschenrechte nicht weitgehend durch ein rechtsfernes Willkürregime ersetzte, kann natürlich auch Gruchmann nie beweisen und schwerlich im Ernst auch nur fälschlich behaupten wollen. Weiter sollte er u. a. daran denken, welche Möglichkeiten eine amerikanische unkriegerische Politik gehabt hätte, mit hitlergegnerischen Kreisen in Deutschland sie stützend und mit Erfolgsaussichten auf längere Sicht zusammenzuarbeiten, statt Seite an Seite mit dem Bolschewismus Krieg zu führen und seinem rechtsfeindlichem Imperialismus und Kolonialismus weite Teile Europas einschließlich Ost- und Mitteldeutschlands zu überlassen und seine Ausgangsstellungen für noch viel weitergehende Ziele des Bolschewismus zu stärken. Sie bedrohen den gesamten, bisher nicht von rechtsfeindlichen kommunistischen Diktaturen beherrschten Teil der Welt und wollen ihn schrittweise unter das Joch des Kommunismus beugen.

Doch folgen wir noch einmal Gruchmann:

„Bei dieser Argumentation muß man sich nur darüber klar sein, daß man mit ihr den Boden des positiven Völkerrechts verläßt und sich auf ausschließlich politisch-soziologisdies Gebiet begibt, auf dem nur der politische Standort eine ausschlaggebende Rolle spielt."

Dies ist ein außerwissenschaftlicher, totalitärer Standpunkt, der in seiner Wesensart genau Hitlers Losung ‚Recht ist, was dem Volke dient' oder dem kommunistischen ‚Recht ist, was der Partei dient' entspricht. Für die staatspolitischen Beziehungen öffnet er einer rücksichtslosen „Dschungel-Moral" Tür und Tor. Mit dieser kann man jede rechtswidrige Maßnahme reiner Machtpolitik scheinrechtfertigen. Das zeigt u. a. Dr. ***Marhefkas*** schon genanntes Buch mit zahlreichen Belegen. Das Gleiche gilt für die ebenso wertvollen

Darstellungen zweier bedeutender Londoner Völkerrechtler, der Professoren Dr. Georg ***Schwarzenberger*** und Dr. H. A. ***Smith.*** (12, 13)

Dr. Gruchmann schließt in seiner unlogischen Art, über Politik zu schreiben: „Die freiheitliche Demokratie hatte den Nationalsozialismus innenpolitisch ‚legal' zur Macht kommen lassen, weil sie über die Zwirnsfäden positivistischen Rechtsdenkens stolperte, die gegen die Bestimmungen des Völkerrechts verstoßenden amerikanischen Aktionen der Jahre 1939 bis 1941 verhinderten den Zusammenbruch Englands und damit die Welt-Machtergreifung des Nationalsozialismus, die schließlich auch das Ende des Völkerrechts überhaupt bedeutet hatte."

Der Gedanke an eine Welt-Machtergreifung des Nationalsozialismus bei einer besseren Politik der USA unter Roosevelt ist ein Schreckgespenst der Wirklichkeitsferne, dem kein Wissenschaftler huldigen sollte.
Mit gescheiterten politischen Moralisierungsversuchen der Art, wie sie Gruchmann vertritt, befaßt sich auch ***Härtle*** (14), der darauf hinweist, daß beim tschecho-slowakischen Staat, den der Engländer ***Feiling*** noch 1946 in seinem Chamberlain-Buch (15) eine „Schöpfung von List und Gewalt" genannt hatte, schließlich recht undemokratisch eine Minderheit die Mehrheit des Staates diktatorisch beherrschen wollte. Oder daß die Demokratie in Deutschland mit Hilfe der Sowjetdiktatur, deren Despotie millionenfache Opfer gefordert hatte, gerettet werden sollte.

„Die ideologischen und moralistischen Kriegsvorwände sind also noch weniger überzeugend als die politischen Gründe. Auch die angeblichen und tatsächlichen Kriegsverbrechen auf deutscher Seite eignen sich kaum dazu, die alliierte Kriegspolitik zu entschuldigen. Hier werden Ursachen und Wirkungen betrügerisch vertauscht, wie ich in meinem Buch ‚Freispruch für Deutschland' (16) ausführlich nachzuweisen versucht habe."

Bei Emrys ***Hughes*** (17) finden wir die Geschichte des Dechiffrierbeamten Tyler ***Kent*** an der amerikanischen Botschaft in London. Dieser
„wurde von der Art und Weise alarmiert, in der Churchill und Roosevelt insgeheim die USA in den Krieg hineinmanövrierten, und machte Kopien von ihrem Schriftwechsel, um diese in die USA zu schicken, wo sie Staatsmännern von Nutzen sein konnten, die sich den Interventionsplänen Roosevelts widersetzten. Kent wurde ertappt und mußte für sein Vergehen fünf Jahre in einem englischen Gefängnis sitzen. Der amerikanische Botschafter Kennedy verzichtete auf Roosevelts Drängen hin, Kents Immunität als Mitglied des Diplomatischen Korps zu wahren; man mußte sicher sein, daß dieser Mann während des Krieges schwieg. Dann wurde ein Gesetz angenommen, das es Kent verbot, den Inhalt dieser geheimen Botschaften nach Kriegsende zu enthüllen."

Man fragt sich aber: Was enthält dieser Schriftwechsel, daß er auch fast 23 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkriegs noch nicht veröffentlicht ist?

Hätte Gruchmann mit seinen verkrampften und weltfremden politischen Vorstellungen Recht, würde es damals keine amerikanischen Staatsmänner der von Hughes positiv herausgestellten, gegen Roosevelt gerichteten, Hal-

tung gegeben haben, und Machenschaften wie diejenigen, durch welche Tyler Kent jahrelang bitter zu leiden hatte, wären selbst Roosevelt und seinen Anhängern unnötig erschienen!

Erwähnt werden muß an dieser Stelle auch ***Rassinier*** (18), dessen letztes schon mehrfach erwähntes Buch eine äußerst scharfe Kritik an Präsident Roosevelt übt. Er stützt sich dabei auch auf den jüdischen Historiker Dr. Saul ***Friedländer*** aus den USA (19).

Wie Rassinier weiterhin betont, gab Roosevelt schon in seiner an den damaligen französischen Ministerpräsidenten ***Barthou*** gerichteten Note vom 17. 4. 1934 eine klare Unterstützung einer auf Krieg gegen Deutschland hinarbeitenden Politik. Und daß Roosevelt in seiner kriegerisch eingestellten Politik gegen Deutschland schon früh die Ansicht vertrat, die Grenzen der Vereinigten Staaten von Nordamerika lägen am Rhein, beweist er durch ein Zitat nach der Seite 32 der französischen Ausgabe des englischen Buches von Roosevelts Freund Robert E. ***Sherwood*** (20). Rassinier schildert auch (S. 249) quellenbelegt die zum Krieg treibende Politik Roosevelts und dessen in seinem Auftrag und aus eigener Leidenschaft die gleiche Linie vertretenden USA-Botschafters in Frankreich William ***Bullit.*** Wörtlich sagt Rassinier in diesem Zusammenhang:

„Uber seine Rührigkeit während dieses Zeitabschnittes haben wir die Meinung von Joseph Kennedy" (damals USA-Botschafter in London), „die uns der einstige USA-Verteidigungsminister James Forrestal (21) überlieferte:

.Niemals würden Frankreich und England aus Polen ohne die ständigen Nadelstiche Washingtons einen Kriegsgrund gemacht haben.'"

Mit vollem Recht weist Udo ***Walendy*** (22) nachdrücklich auch auf die besondere Bedeutung einer einwandfreien Quelle polnischer Herkunft zum Nachweis von Roosevelts Kriegsschuldanteil hin:

„Die Hintergründe für diese Haltung hat der polnische Botschafter in Washington, Jerzy ***Potocki,*** weitgehend richtig erkannt, wenn ihm auch die Fäden, die Roosevelt persönlich zur Münchener Konferenz gewoben hatte, verborgen geblieben waren. Potocki schrieb am 12. 1. 1939 an den polnischen Außenminister:

,... kann ich nur sagen, daß der Präsident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innenpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach. Man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen (totalitären) Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsident Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarimus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole

auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also gar keine Wahl und mußten einen schändlichen Frieden schließen.," (23) *)

Von ihm ist bei Champeau ein Gespräch übermittelt, das Potodri im Jahre 1938 mit dem amerikanischen Botschafter Bullit geführt hat. Bullit äußerte sich darin sehr offen:

„Uber Deutschland und den Kanzler Hitler sprach er sehr heftig und haßerfüllt. Er sagt, daß allein die Gewalt, und zwar die am Schluße eines Krieges angewandte Gewalt, der tollen Ausbreitung Deutschlands ein Ende bereiten könne . . . Die demokratischen Staaten brauchen unbedingt noch zwei Jahre, bevor sie ihre Rüstungen vollendet haben .In der Zwischenzeit wird Deutschland wahrscheinlich Fortschritte in seiner Ausdehnung nach Osten machen. Es ist der Wunsch der demokratischen Staaten, daß ein bewaffneter Konflikt im Osten zwischen dem Deutschen Reich und Rußland ausgelöst wird. Da man bis jetzt noch nicht das Potential der Kräfte der Sowjetunion kennt, kann es sein, daß Deutschland sich zu weit von seiner Basis entfernt und sich zu einem langen Krieg verurteilt sieht, der es schwächen würde. Erst dann werden die demokratischen Staaten Deutschland angreifen und es zur Kapitulation zwingen. Als ich Bullit fragte, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, antwortete er:

‚Ohne jeden Zweifel, aber erst, nachdem England und Frankreich sich zuerst gerührt haben.'"

Auch Sven ***Hedin*** (24) hat sich mit dem Schuldanteil der USA beschäftigt. Er benutzt die von Wissenschaftlern gerne geübte Methode, als Beweismittel zahlreiche Zitate anzuführen. Davon seien einige wenige nachstehend aufgeführt:

The Most Rev. John ***Mc Nicbolas,*** Erzbischof von Cincinnati, im Januar 1941: .Zehn Prozent unseres Volkes zwingen die Vereinigten Staaten klug und geschickt in den Weltkonflikt, während die Mehrheit von neunzig Prozent, die für den Frieden ist, schweigend und hilflos daneben steht.'

Kardinal William ***O'Connel*** am 4. April 1941: ‚Ich weiß, das Volk will draußen bleiben, aber die Regierung scheint seine Wünsche zu mißachten, während sie immer noch von Demokratie spricht. Gewisse geheime Manöver bringen uns ständig dem Kriege näher. Ein jeder möchte wissen, wo wir jetzt stehen. Es ist nicht fair von einer Regierung, die sich demokratisch nennt, so zu handeln.'

American Federation of Labor „Chronicle" am 19. Januar 1941: .Monat für Monat kommen wir dem Krieg näher, nicht weil die kriegführenden Staaten uns näher kommen, sondern durch die Handlungen unserer eigenen Regierung.'

*) Diese Dokumente, ebenso wie alle übrigen der anderen deutschen Weißbücher zur Vorgeschichte des Krieges sind von der historischen Forschung niemals widerlegt, sondern vielmehr z. B. sogar auch von polnischen Diplomaten nach dem Kriege bestätigt worden (vgl. auch die Anmerkung auf S. 814 bei Hoggan, wonach das Pilsudski-Institut in New York dem Verfasser gegenüber die Echtheit bestätigte). Der polnische Botschafter in London schrieb in seinen Memoiren („In allied London", S. 51): ‚20. Juni 1940 — Die Deutschen veröffentlichten im April 1940 ein Weißbuch, du Dokumente aus den Archiven unseres Außenministers enthielt, die sich aus Berichten von Potocki aus Washington, Lukasiewicz aus Paris und meinen Berichten zusammensetzen. Ich weiß nicht, wo sie sie gefunden haben, da man uns erzählt hat, daß man die Archive zerstört habe. Die Dokumente sind mit Sicherheit echt (are certainly genuine), und die Faksimiles zeigen, daß die Deutschen zum größten Teil Originale und nicht nur Kopien gefunden haben.'

.Chicago Daily Tribüne', 3. Juni 1941: ‚Das volksweite Anti-Kriegskomitee der Pfarrer versandte 95 000 Appelle an Geistliche von 36 Bekenntnissen mit dem Ersuchen um sofortiges Einschreiten gegen das Zusteuern des Landes auf den Krieg. Die Briefe besagen, daß es unvorstellbar ist, daß unsere Regierung uns in den Krieg führt, wenn 83 Prozent der Bevölkerung dagegen sind, und es wird eine Volksabstimmung verlangt.'

Senator ***Lodge*** im Mai 1941: ‚Das Leih- und Pachtgesetz würde eine innere Diktatur errichten und die nationale Verteidigungskraft schwächen. Die Vorlage vergrößert nicht nur die Gefahr fremder Kriege, sondern sie ermöglicht dem Präsidenten, nach seinem Ermessen in solche Bündnisse mit solchen Staaten einzutreten, die ihm gefallen. Unser Land ist einem Propagandafeldzug ausgesetzt gewesen, der seinesgleichen in der Geschichte nicht hat und dazu bestimmt ist, es in den Krieg zu verwickeln.

Senator Gerald P. ***Nye*** äußerte am 17. April 1941: ‚Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg zum Narren gehalten haben. Wir werden durch Täuschung zu dem Glauben gebracht, daß wir in dem Chaos Europa Ordnung schaffen können. Unser Volk muß jetzt oder später zahlen und teuer zahlen für die Hilfe, die wir England geben, und für unsere eigene Verteidigung. Washington weiß, daß wir einmal zu zahlen haben werden, und es muß einen echten Krieg schaffen, um alle diese Ausgaben zu rechtfertigen. Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den künftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden: „der Krieg des Präsidenten", weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede in Chicago auf den Krieg hinlenkte.'

Am 2. 12. 1938 erklärte der USA-Botschafter in Warschau ***Biddle*** dem Danziger Hochkommissar des Völkerbundes, Schweizer Diplomaten und Historiker Prof. Dr. ***Burckbardt*** (25):

„Im April wird die neue Krise ausbrechen. Niemals seit der Torpedierung der Lusitania (1915) bestand in Amerika solch religiöser Haß wie heute! Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg."

Auf solche Weise bemühten sich Roosevelt ergebene amerikanische Diplomaten in Polen, England und anderwärts die Kriegsparteiler zu stützen, um auch auf diese Weise an der Herbeiführung des Zweiten Weltkrieges mitzuwirken.

Es ist lehrreich zu wissen, daß bereits 1958 eine beachtlich große Anzahl von Veröffentlichungen von Verfassern, darunter namhaften Historikern, Juristen und Offizieren, vorlagen, die mit den einschlägigen Fragen vertraut, zuverlässige Unterlagen über den USA-Schuldanteil am Entstehen des Zweiten Weltkrieges und die amerikanisch verursachte Beteiligung der USA mitteilten. Eine Liste entsprechender Beispiele enthält die in Oxnard/Cal. 1958 beim „Oxnard Press Courier" ohne Erkennungsjahr herausgekommene Übersicht „Select bibliography of revisionist books (Dealing with the two world wars and their aftermath: With brief comments)". Die einzel-

nen angeführten Veröffentlichungen werden begrüßenswerterweise mit einer kurzen Inhaltsangabe erwähnt.

Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg auf Bestreben insbesondere von Präsident Franclin D. ***Roosevelt*** und einigen Hintergrundgruppen, die Druck auf ihn ausübten, darunter auch in die USA-Verwaltung eingeschleuster Kommunisten, wie z. B. Alger Hiss, wird in 26 Büchern des Oxnarder Berichtes von 23 altamerikanischen, einem exillettischen und einem japanischen Verfasser nachgewiesen. Ergänzende Hinweise und Abhandlungen bringen laufend die einschlägigen USA-Zeitschriften, darunter besonders das schon erwähnte „Rampart Journal" (S. 41) und „American Mercury". Bücher der gleichen sachlichen Einstellung zu Kriegsursachenfragen von nordamerikanischen Fachleuten werden laufend in der „The Revisionist Press", New York angeboten.

Der deutschen, 1944 in Nürnberg erschienenen, Zusammenstellung „Kriegsschuld und Presse (Gemeinschaftsarbeit deutscher Zeitungswissenschaftler)" seien hier die folgenden Belege entnommen (S. 162-163):

„Auch der Abgeordnete John G. Alexander aus Minnesota kritisiert in einer Rede am 18. Dezember 1940 die deutschfeindliche Agitation der USA-Presse und nennt diese .einen der schlimmsten Feldzüge in der Geschichte, um dem amerikanischen Volk ein Minderwertigkeitsgefühl zu geben und es dem Willen einer kleinen Gruppe fremder Führer unterzuordnen, die darauf ausgehen, uns in den Krieg zu führen.' Mit ähnlichen Gedanken wendet sich auch Lindbergh damals gegen die Kriegstreiber (S. Sven Hedin (a.a.O. S. (14))."

„Anfang 1941 beginnt die dritte Amtsperiode Roosevelts und damit politisch und publizistisch der Endspurt." ... „Das zugkräftigste Schlagwort für die Englandhilfe war schon lange gewesen, daß bei einem Zusammenbruch Englands der amerikanische Kontinent unmittelbar durch eine deutsche Invasion bedroht sei. In diesem Sinne treibt die Regierung nun offen zum Kriege, und einige Zeitungen geben das auch ohne weiteres zu, so z. B. die „New York Sun" am 7. und 19. März 1941, „Saturday Evening Post" am 20. März 1941, „New York World Telegram" am 9. Juni 1941 und „Chicago Daily Tribüne" am 10. Juli 1941."

„Mehr und mehr Verbände und Organisationen werden von Isolationisten zu Interventionisten. Die Stimmen, daß Amerika bereits im Kriege sei, mehren sich (z.B. New York Times" 30. April 1941; „Associated Press" 10. Mai 1941; „New Republic" 1. Juninummer 1941; „New York World Telegram" 23. Juni 1941; „Look" 30. Mai 1941; „United States News" 18. August 1941. ‚Es gibt kein zurück mehr', sagt Knox*) am 25. April 1941 vor der Vereinigung amerikanischer Zeitungsverleger. Einige Zeitungen fordern die Regierung auf, Schießbefehl zu geben und in den Krieg einzutreten (so „New York Times" 8. Juni 1941).

Konstantin ***Hierl*** führt in seinem Buch (s. Lit.-Verz.) auf den Seiten 31-32

*) Knox K. S. H. Marine-Staatssekretär.

die folgende Feststellung des nordamerikanischen Erzbischofs von Cincinnati John J. ***McNicolas*** vom Januar 1941 an:

„10% unseres Volkes zwingen die Vereinigten Staaten klug und geschickt in den Weltkonflikt, während die Mehrheit von 90%, die für den Frieden ist, schweigend und hilflos daneben steht."

Daß es noch 1973 Historiker in Deutschland gibt, die sich hartnäckig weigern, solche sachlichen Feststellungen zur Kriegsursachenfrage ihnen überlegener außerdeutscher Kollegen anzuerkennen, gehört zu den kennzeichnenden leidigen Erscheinungen unserer Zeit und der fachfremden entsprechenden politischen Einflüsse auf manche Wissenschaftler.
Der größte nordamerikanische Zusammenschluß von Gewerkschaften, die „American Federation of Labor" erklärte am 19.1. 1941 in der Zeitschrift „Chronicle":

„Monat um Monat kommen wir dem Krieg näher; nicht weil die kriegführenden Staaten uns näher kommen, sondern durch die Verhandlungen unserer eigenen Regierung."

Doch der Interalliierte Siegergerichtshof in Nürnberg lehnte rechtswidrig sämtliche Dokumente der Verteidigung zum Nachweis des Kriegswillens der USA-Regierung Roosevelt vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg ab. Näheres darüber berichtet an Hand der Dokumente der Deutschen Verteidingung Gerhard Brennecke (s. Lit.-Verz.).
Eine japanische, ursprünglich geheim gehaltene, Dokumentation über die Provokation Japans durch die Regierung Roosevelt, damit eine Verwicklung der USA in den Zweiten Weltkrieg erreicht werde, und über den Fall Pearl Harbor gab in Tokyo 1963 Masso ***Inaba*** heraus „Taiheiye — sensou he no michi".
Der Historiker und Direktor der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte Prof. Dr. Jürgen ***Rohwer*** steuerte in dem 1967 in Köln und Berlin erschienenen, von Prof. Dr. Andreas ***Hillgruber*** herausgegebenen, Sammelband „Probleme des Zweiten Weltkrieges" eine kenntnisreiche Abhandlung auf den Seiten 119-134 bei: „Die Pearl Harbor-Frage in der historischen Forschung". Aus ihr sind die wichtigsten damals vorliegenden Veröffentlichungen über den behandelten Stoff unter Mitnachweis von Roosevelts Schuld zu ersehen.
Die sowjetische Historikerin A. A. ***Strakowa*** zitiert in ihrem bereits erwähnten Buch (s. Lit.-Verz.) auf Seite 33 die zynische, auch sonst im einschlägigen internationalen Schrifttum hier und da zu findende, von Roosevelts Linie abweichende Äußerung des späteren USA-Präsidenten Truman aus der Zeit kurz vor der Beteiligung der USA am Kriege:

„Wenn wir sehen, daß Deutschland siegt, müssen wir Rußland helfen und wenn Rußland gewinnt, Deutschland, und sie um so mehr töten."

Auch die von William ***Jovanovich*** eingeleiteten 1038 Drudeseiten umfassenden Tagebuchaufzeichnungen des weltbekannten Oberst a.D. Charles A. ***Lindbergh*** enthalten wertvolle Beweisbelege für den nordamerikanisdien Schuldanteil für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und während seines Verlaufes vor dem Eintritt der USA, obwohl Lindbergh unter der überwältigenden Wucht der einseitigen Siegerpropaganda am 18. Mai 1945 anläßlich seines Besuches von Hitlers einstigem Besitz auf dem Obersalzberg einseitig nur Hitler als Veranlasser des Zweiten Weltkrieges bezeichnete.
Dagegen findet man in den vorherigen Tagebucheintragungen die folgenden Zeilen:

1. Vom 11. 1. 1939 aus London:
„Die Morgenzeitung enthält einen Bericht, was durch die Botschafter Kennedy und Bullit auf einer ‚geheimen' Sitzung der ‚Ausschüsse für militärische Angelegenheiten' des Unter- und Oberhauses gesagt worden war. ‚Kennedy und Bullit vertraten düstere Ansichten über Europas Zukunft', eine Überschrift, die als Zusammenfassung des Inhaltes bezeichnet werden kann. Es scheint eine Art von Komplott zu bestehen, daß 1. Roosevelt die gewünschten Aufrüstungsmittel erhält und 2. man Deutschland den Eindruck gibt, die Vereinigten Staaten werden in einen europäischen Krieg eintreten, falls einer beginnt. Während der Krisis sagten Kennedy und Bullit England und Frankreich vertraulich, die Vereinigten Staaten würden nicht in den europäischen Krieg eintreten, während Botschafter Wilson Deutschland, auch vertraulich mitteilte, daß die USA wahrscheinlich in einen solchen eintreten würden. Diese Politik hat einen Vorteil, wenn sie wirkt, aber wenn sie es nicht tut, können wir uns selbst in einer neuen Abessynien-Lage befinden."

2. Vom 20. März 1939 aus London:
„Wie kann Demokratie ihren Kopf hoch halten, wenn es für diejenigen keine Freiheit gibt, welche einst das Interesse ihres Publikums und der Presse auf sich zogen. Zwölf Jahre lang habe ich wenig Freiheit in dem Lande gefunden, von dem man annimmt, daß es Freiheit veranschauliche. Was ich fand, mußte ich mit dem Verstand erfassen, und ich traf keine wirkliche Freiheit an, bis ich nach Europa kam. Eine seltsame Sache ist, daß ich am meisten persönliche Freiheit in Deutschland fand, mit England als nächstes und danach Frankreich. Aber im Vergleich mit Amerika bewegen wir uns hier drüben in jedem Land frei."

3. Vom 30. Juni 1939 aus Washington, D. C. (Gespräch mit Senator Harry Byrd (Seite 218):
„Wir sind beide besorgt darum, daß dieses Land durch britische und jüdische Propaganda in einen europäischen Krieg hineingestoßen wird und wie dies zu vermeiden sei, da es von denen schon zu viele gibt. Ich kann die Gefühle von beiden, Briten und Juden, verstehen, aber es steht viel zu viel auf dem Spiel für uns, in einen europäischen Krieg zu stürmen, ohne die sorgfältigste und kühle Überlegung. Wir haben 3000 Meilen entfernt eine falsche und unreife Vorstellung von den meisten europäischen Fragen."
4. Vom 21. September 1939 über ein Gespräch mit Altpräsident Edgar Hoover (Seite 260):

„Er ist entschieden gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in diesen Krieg. Er fühlt, daß Roosevelt endgültig entschlossen ist, uns in diesen Zwist zu bringen."

4. Aus New York vom 7. Oktober 1939 (Seite 272):
„Hoover und viele andere Leute, die ich kenne, denken, Roosevelt wünscht endgültig, daß dieses Land in den Krieg geht."

5. Vom 10. Oktober 1940 aus Bridgeport, USA:
„Ich fühlte, daß unsere westliche Zivilisation ein starkes Deutschland als Puffer zu Asien braucht, genau so wie ein starkes Britisches Empire. Ich fühlte, daß Frieden in Europa und der Welt aus diesem Grund nur durch eine Zusammenarbeit zwischen England und Deutschland aufrecht erhalten werden könne. Angesichts meiner ‚Beweisführung' dachte ich bis in die letzten Tage, daß 1939 ohne einen großen europäischen Krieg vorübergehen könne, und hier war mein Urteil wahrscheinlich mit durch meine Hoffnung bedingt."

„Wird Amerika in den Krieg eintreten? Es scheint mir, daß logische Erwägungen sagen, es sollte nicht. Unser Eingreifen wird Europa nicht gut tun. Wenn wir zu kämpfen beabsichtigten, hätten wir es fünf Jahre eher tun sollen..."

„Dies und andere Gründe zeigen, daß es nicht ratsam ist, in diesen Krieg einzutreten. ... Wird unsere Eitelkeit, unsere Blindheit und unser leichtfertiger Idealismus auch uns, ohne auf die Zukunft zu achten, in diesen Krieg werfen?"

6. Vom 26. Dezember 1940 aus New York (Seite 434):
„Die Gegen-den-Krieg-Kräfte beginnen sich wieder zu vereinigen. Das Land — oder sind es die Zeitungen — schnaufen heiß und kalt über den Krieg. Die Leute verstehen weder die Fragen noch die jetzt bestehenden Verhältnisse."

7. Vom 25. April 1941 aus New York (Seite 478):
„Knox sagt, daß der Krieg .unser Kampf ist'."

8. Vom 24. Juni 1941 aus New York:
„Roosevelt verspricht Rußland Hilfe".

All diese auf Erleben beruhenden Angaben von Oberst Lindbergh bestätigen, daß die USA ohne vernünftige Begründung dafür sorgten, in den Zweiten Weltkrieg und die Rettung der für ihre Geschichte bisher gefährlichsten Großmacht, der Sowjetunion stalinistischen, die Weltherrschaft erstrebenden Stils, hineingezogen zu werden.

In dem erwähnten neuen Buch von Annelies von Ribbentrop (a.a.O. S. 209) geht noch das folgende aus den alliierten Geheimpapieren hervor.

Der damalige amerikanische Botschafter in Rom, William Phillips, schreibt über Roosevelts Einmischung in Europa:

„Es ist schlechteste Politik, daß wir uns öffentlich mit einem Block gegen den anderen in Europa verbünden. Es ist unamerikanisch und nicht unsere Angelegenheit, so zu handeln. Ich fürchte, daß Bill Bullitt, der so enge Verbindung zum Präsidenten hat und von Natur aus so bombastisch und unverantwortlich ist, die Schuld daran hat, den Präsidenten zu dieser profranzösischen und antideutsch-italienischen Politik gedrängt zu haben. Während der letzten drei Monate ging er im Weißen Haus ein und aus und unter seinem Einfluß verurteilte der Präsident öffentlich die totalitären Staaten." (William Phillips Tagebücher, Houghton Library, Harvard University). Etwa Ende 1938 Anfang 1939.

Literaturverzeichnis

(1) ***Tansill,*** Charles Callen, Prof. Dr. „Die Hintertür zum Kriege" (Back door to war Chicago 1952) Düsseldorf 1957

(2) ***Crocker,*** George N., Prof. Dr., „Schrittmacher der Sowjets (Roosevelts road to Russia)." Tübingen 1969

(3) s. Lit. S. 65 (13)

(4) ***Welles,*** Sumner, „Peace and war", S. 784.

(5) s. Lit. S. 125 (16)

(6) ***Theobald,*** Robert A., „The final secret of Pearl Harbor. The Washington contribution to the Japanese Attack" New York 1954 (dt. Berlin 1963)

(7) s. Lit. S. 64 (2,1)

(8) ***Morgenstern,*** George, „Pearl Harbor: „The history of a secret war" New York 1947

(9) ***Moore,*** Basset, Prof. Dr., in „American Journal of International Law" Jahrg. 1948/49 (Bespr. von Beard, „President Roosevelt and the coming war")

(10) ***Flynn,*** John T., »The Roosevelt Myth.". New York 1948.

(11) ***Grttchmann,*** Lothar, „Völkerrecht und Moral" in „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte". Jahrgang 1960, S. 384.

(12) ***Schwarzenberger,*** Georg, Prof. Dr., „Power politics (An introduction to the study of international relations and post-war planning)" London, Toronto 1941 dt. „Machtpolitik (Eine Studie über die internationale Gesellschaft)" Tübingen 1955

(13) ***Smith,*** H. A., Prof. Dr., „Great Britain and the law of nations" London 1932 und „The crisis of the law of nations" London 1945

(14) s. S. 157 (22)

(15) ***Feiling,*** Keith, „The Life of Neville Chamberlain". London 1947.

(16) ***Härtle,*** Heinrich, „Freispruch für Deutschland". Göttingen 1967.

(17) s. Lit. S. 125 (8)

(18) s. Lit. S. 66 (33)

(19) ***Friedländer,*** Saul, Prof. Dr. „Auftakt zum Untergang (Hitler et les Etats Unis 1939—1941)" Stuttgart 1965

(20) ***Sherwood,*** Robert E., „Roosevelt and Hopkins. An intimate history" New York 1948 dt. „Roosevelt und Hopkins" Hamburg 1948

(21) ***Forrestal,*** James, „The Forrestal Diaries". London 1952.

(22) s. Lit. S. 125 (11)

(23) Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 6 — Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

(24) s. Lit. S. 91 (14)

(25) ***Burckhardt,*** Carl, Prof. Dr., „Meine Danziger Mission 1937—1939" München 1960

Hierl, Konstantin, „Schuld und Schicksal" (Studie über die Entstehung und Ausgang des Zweiten Weltkriegs). Heidelberg 1954.

Inaba, Masso, „Taiheiye — serisov he no michi". Tokyo 1963.

Schlüsseldokumente. In den Verfahren des Interalliierten Militärgerichtshofs in Nürnberg (International Military Tribunal, abgekürzt IMT), der die Einseitigkeit des rechtsfernen Richterspielens von nur Siegermächten in eigener Sache zu verbergen suchte, hat sich für einige Schriftstücke der Name „Schlüsseldokumente" in einem Teil des einschlägigen internationalen Schrifttums eingebürgert. Nach der Darstellung und Entscheiden von Vertretern der Siegermächte bei den Nürnberger Prozessen sollen sie angeblich für den Nachweis der nie vorhanden gewesenen deutschen Alleinschuld am Zustandekommen des Zweiten Weltkriegs von ganz besonderer Bedeutung sein. Es sind:

1. Das sogenannte Hoßbach-Protokoll über Hitlers Ansprache vor den Oberbefehlshabern der deutschen Wehrmacht am 5.11.1937; ferner Berichte über
2. **Hitlers Ansprache** vor Vertretern der deutschen Presse am 10. 11. 1938;
3. **Hitlers Ansprache** vor höheren Offizieren der Wehrmacht am 23. 5. 1939;
4. **Hitlers Ansprache** vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 22. 8. 1939;
5. **Hitlers Anspradie** vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 23. 11. 1939;
6. der Überfall auf den **Gleiwitzer Rundfunksender** am 31. 8. 1939.

Eine klare zusammenfassende Kritik von einseitigen und verkehrten Ausdeutungen der in Betracht kommenden Unterlagen bietet Udo ***Walendy*** (s. Lit.-Verzeichnis Seite 125 (11)). Auch der Fall Gleiwitzer Sender wurde durch Walendy behutsam kritisch behandelt, so auf den Seiten 66 bis 82 seines Werkes „Europa in Flammen 1939—1945", Band 2 (Vlotho 1967). Irgendwelche Versuche von Gegnern Walendys, sich mit dessen Feststellungen sachlich auseinanderzusetzen, sind dem Verfasser der vorliegenden Schrift im internationalen Schrifttum bisher nicht begegnet. Dagegen hörte er gelegentlich in Diskussionen mit deutschen Studenten, die von einzelnen von ihnen geglaubte Ansicht, Walendy sei grundsätzlich nicht ernst zu nehmen. Dieser außerwissenschaftliche Irrtum beruhte, wie der weitere Verlauf der Aussprachen ergab, auf unsachlichen Ex-Cathedra-Urteilen gewisser Professoren. Walendys Feststellungen sind ihnen nämlich äußerst unbequem, weil sie nicht zu ihren vorgefaßten, politisch bedingten irrigen Ansichten passen. Für die betreffenden Unterlagen zu 1. bis 6. kam er gut quellenbelegt zu folgendem Urteil:
„Bei allen ‚Schlüsseldokumenten' des IMT über Hitlers interne Ansprachen sind Herkunft, Echtheit, Inhalt, Datum derart umstritten, daß jeder objektive Gutachter diese »Dokumente' von vorne herein — sofort nach ‚Auffinden' im Jahre 1945 — als Fälschung oder Verfälschung hätte zurückweisen müssen, was z. T. in diplomatisch vorsichtiger Form bereits vor dem Nürnberger Tribunal geschehen ist."
„Es finden sich — in auffallendem Gleichklang — sowohl im ‚Hoßbach-Protokoll' als auch in anderen ‚Schlüsseldokumenten' Zusammenhänge, die zur Zeit der betr. Konferenz noch gar nicht vorlagen, sondern sich erst später ergeben haben: Wenn hier im .Hoßbach-Protokoll' z. B. unterstellt wird, Hitler habe davon gesprochen, daß sich eine französische Offensive voraussichtlich an unseren Westbefestigungen festlaufen werde, so hätte Hitler so etwas erst nach der Fertigstellung des Westwalls sagen können. Der Bau dieses Westwalls war zwar schon 1936 eingeleitet und 1937 mit einer Laufzeit von 12 Jahren begonnen worden, sollte jedoch erst auf Grund der tschechischen Mobilmachung im Mai 1938 beschleunigt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte von einem Schutzwall noch keine Rede sein (B. ***Müller-Hillebrand,*** „Das Heer 1933—1945" Bd. I S. 39).

Walter ***Reitenbart*** betonte in seiner Broschüre auf den Seiten 13 ff u.a. folgendes:
„Zu dem Schriftstück, das bis heute die Grundlage für die Behauptung von Hitlers Kriegswillen bildet, stellt Frau von ***Ribbentrop*** (in A. von Ribbentrop .Verschwörung gegen den Frieden', Leoni 1962) lakonisch fest (S. 46):"
‚Bei der in Nürnberg vorgelegten »Urkunde' handelt es sich um nichts anderes als

um eine in Washington ‚beglaubigte Photokopie‛ einer unauthentischen Abschrift eines verschollenen Originals.'

.Aber selbst dieses höchst seltsame .Dokument* ist noch durch Einschübe und Zusätze rätselhafter Herkunft verfälscht."

Rassinier (s. Lii. Einl. Nr. (33) stützt sich u. a. auf die folgende vernichtende Kritik der irrigen Verwendung dieser Niederschrift durch den belgischen Historiker Prof. Dr. M. J. ***de Launay*** in dessen 1964 in Lausanne erschienenem Werk „Les grandes controverses de l'histoire contemporaine" über die großen Gegensätze in zeitgeschichtlichen Veröffentlichungen:

»Nur die Richter von Nürnberg haben es ernstgenommen."

Rassinier unterstreicht dieses Urteil noch: »Diese These von M. J. de Launay ist heute diejenige aller ernsthaften sachlichen Historiker, jedoch nicht die in der öffentlichen Meinung vorherrschende. Wie es ernsthafte, sachliche Historiker gibt, so auch anders ausgerichtete. Sie sind zahlreicher und haben das Ohr der Macht und der Presse in allen Ländern der Welt..." »Daß die Versager in akademischen Berufen, die zugunsten des Sieges der Verbündeten in die Presse eingedrungen sind, die Zeugnisse aller derjenigen Personen, die nach dem Schicksalsschlag Verteidigungen pro domo schrieben, als bare Münze nahmen, mag noch hingehen. Es handelt sich dabei um jene Bedürftigen, die nach allem für diejenigen schreiben, die sie bezahlen. Aber daß Geschichtsprofessoren sie nicht dem Sieb der Geschichte überlassen, übersteigt die Verstehmöglichkeit." Was den auch besonders häufig als sogen, schlüssigen Beweis für die Größe deutscher Sdiuld in der Kriegsursachenfrage genannte Fall Sender Gleiwitz betrifft, kommt Walendy, im Gegensatz zu oberflächlichen Betrachtungen mancher anderen Verfasser, gut quellenbelegt, u. a. zu folgenden Ergebnissen :

»Eine annähernd genaue, d. h. technisch mögliche und logisch einleuchtende Einzeldarstellung über den Ablauf des Geschehens liegt bis heute — 21 Jahre nach Kriegsende — nicht vor. Diese aber erst wäre die Voraussetzung, von der aus man prüfen könnte, ob eine Schuld der Reichsregierung vorliegt oder ob ein örtlicher Befehlshaber verrückt gespielt hat — oder ob es sich um eine böswillige oder leichtfertige Unterstellung ohne historischen Wahrheitsgehalt handelt.
Folgerung: die Affäre .Gleiwitzer Sender' am 31. 8. 1939, 20 Uhr, ist anders abgelaufen, als sie seit 1945 vom IMT und den nachgeordneten historischen Literaten dargestellt wurde. Es waren weder KZ-Häftlinge eingesetzt noch polnische Uniformen durch Deutsche getragen worden. Es gibt keinen dokumentarischen Nachweis für eine Inszenierung durch die Reichsregierung.

Daß während des Nürnberger Prozesses von der amerikanischen Anklagebehörde, die das sog. Hoßbach-Protokoll vorlegte, auch mit Fälschungen gearbeitet wurde, beweist aufgrund eigener Beobachtungen und auch eidesstattlich niedergelegten Feststellungen anderer Zeugen sowie weiteren nicht widerlegbaren Beweismitteln u. a. der Verfasser der vorliegenden Schrift in seiner von der Allgemeinen Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes in Bonn empfohlenen wissenschaftlichen Untersuchung von 1949 „So war Nürnberg (Die Haupteinwände der deutschen Verteidigung, dargelegt an ausgewählten Beispielen)."

Reitenhart verweist ferner npch auf folgende Tatsachen:

„Und von derselben Fragwürdigkeit, ja Unglaubwürdigkeit sind die anderen ‚Schlüsseldokumente', wie das sogen. Schmundt-Protokoll über eine Ansprache Hitlers vor höheren Offizieren der Wehrmacht am 23. 5. 1939; Hitlers Ansprache vor der deutschen Presse (angeblich z. T. festgehalten auf einer Schallplatte) und zwei Niederschriften über eine Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 22. 8. 1939."

Die 14 Punkte Wilsons. Der amerikanische Präsident Woodrow ***Wilson,*** der sich in echt amerikanischer Missionsgläubigkeit zum Friedensfreund und Frledensschließer erheben wollte, und der die Absichten

seiner alliierten Partner nicht kannte und nicht verstand, wenigstens noch in der Zeit vor dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, verkündete in einer Kongreßbotschaft am 8. Januar 1918 die sogenannten, später berühmt-berüchtigt gewordenen 14 Punkte. Sie sollten die Grundlage für einen Frieden in Europa bilden. Wilson, der sicherlich zunächst an diese 14 Punkte geglaubt hatte, verstand es, sie in langwierigen Verhandlungen im Herbst 1918 zur Grundlage des Waffenstillstands zu machen. Und die deutsche Regierung vertraute auf die damit gegebenen Versprechungen. Sie lauten — in einer Zusammenfassung, die wir einem im Herbst 1967 erschienenen Buch (s. Lit. S. 125 (3)) entnehmen:

1. öffentliche Verträge, Abschaffung von Geheimverträgen und der Geheimdiplomatie ;
2. Absolute Freiheit der Schiffahrt auf hoher See sowohl im Frieden wie im Krieg;
3. Aufhebung möglichst sämtlicher wirtschaftlicher Schranken, Festsetzung gleichmäßiger Handelsbedingungen zwischen den Nationen;
4. Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf den niedrigsten, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarenden Stand;
s. Freimütige, weitherzige und völlig unparteiische Regelung der Kolonialansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der betreffenden Bevölkerungen;
6. Räumung des gesamten russischen Gebietes und Gewährleistung eigener innenpolitischer Entwicklung in Rußland;
7. Räumung und Wiederherstellung Belgiens;
8. Räumung des französischen Gebietes und Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;
y. Berichtigung der Grenzen Italiens entsprechend den Nationalitätsverhältnissen;
10. Autonomie für die Völker Österreich-Ungarns;
11. Räumung und Wiederherstellung der Gebiete Rumäniens, Serbiens und Montenegros; Schaffung eines freien Zugangs zum Meer für Serbien;
12. Gesicherte Souveränität für die türkischen Teile des Ottomanischen Reiches, Autonomie für die übrigen Völkerschaften; freie Durchfahrt durch die Dardanellen unter internationaler Garantie;
13. Errichtung eines polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer;
14. Gründung eines Völkerbundes.

Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von 1934 war für beide Vertragspartner, die Polen sowie die Deutschen, ein Erfolg, der die damalige Welt in Erstaunen setzte. Polen, das mit Hilfe Frankreichs das Dritte Reich hatte überfallen wollen, wählte einen neuen Weg, von dem ***Pilsudski*** glaubte, er werde die deutsch-polnische Abrechnung nur hinauszögern, und Adolf Hitler benutzte diesen Pakt, um einerseits im Inneren die sehr zurückhaltenden Kräfte der Wehrmacht und des Auswärtigen Amtes zu überspielen und nach außen hin den immer enger sich um Deutschland spannenden Ring an einer nicht erwarteten Stelle zu durchbrechen. Der Pakt zog eine Reihe von Abkommen, wie über den Grenzverkehr, Rundfunksendungen, Tätigkeit von Journalisten, Devisenaustausch betr. nach sich. Er hat das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, wie nachträglich festgestellt werden muß, nicht zu verbessern vermocht.

(Daß z. B. von polnischer Seite gegen die Vertragsbestimmungen verstoßen wurde, betont das im Auftrag der UNESCO herausgegebene Buch des holländischen Historikers de Jong).

Deutsdienverfolgungen in Polen. (Nach Otto ***Heike,*** „Das Deutschtum in Polen 1918—1939", Bonn 1952, im Auszug): „Inzwischen entlud sich die durch deutschfeindliche Kundgebungen und Aufrufe geschürte und wie eine Lawine anschwellende Haßpsychose gegen das Deutschtum

in immer neuen Überfällen. Ein keineswegs vollständiger Ausschnitt aus der Reihe von Gewalttaten im Jahre 1939, die noch heute durch Zeugen im Bundesgebiet belegt werden können, sei nachstehend aus dem Bereich der Posener Evangelischen Kirche angeführt":

Heike bespricht kurz 19 durch nichts entschuldbare Terroristenanschläge polnischer Verhetzter gegen Geistliche, Pfarrhäuser und Kirchen aus der Zeit vom März 1939 bis zum 6. Juni 1939. Dann weiter:

„Am 12. 3. wurde Pfarrer ***Diestelkamp*** in Wissek von 15 bis 20 jungen Burschen überfallen, vom Motorrad gestoßen und schwer mißhandelt. Die anwesende polnische Polizei blieb untätig."

„Am 15. 4. wurde Vikar ***Ortlieb*** in Neubarkoschin auf der Straße schwer mißhandelt und mit Stiefelabsätzen ins Gesicht getreten."

„Am 19. 4. wurde Pfarrer ***Schenk*** in Hallkirch durch Steinwürfe verletzt."

„Am 28. 4. wurden auf dem Friedhof in Neulaube bei Lissa Grabmäler zerstört. Am gleichen Tage wurde das Pfarrhaus in Zirke überfallen."

„Am 2. 5. wurde der Kindergottesdiensthelfer ***Lenz*** zwischen Schubin und Klein Salsdorf vom Rad gestoßen und schwer mißhandelt. Rad und Büchertasche wurden ihm gestohlen."

„Am 5. und 6. 6. wurde das Pfarrhaus in Hohensalza überfallen und Superintendent ***Diestelkamp*** durch Steinwürfe am Kopf verletzt."

„In den folgenden 3 Monaten bis zum Kriegsausbruch steigerten sich die Ausschreitungen im Posener Gebiet noch bedeutend. Sollte man diese Aufstellung auch für diese Zeit fortsetzen, wäre wohl kaum ein Pfarrhaus oder eine evangelische Kirche zu nennen, die nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde. Selbstverständlich richtete sich der polnische Terror auch gegen die deutsche Zivilbevölkerung und insbesondere gegen die deutschen Bauern. Die Schaufenster zahlreicher deutscher Geschäfte wurden demoliert oder mit Teer beschmiert. In Posen wurden nach einer Kundgebung der polnischen Parteien am 4. 5. die Fensterscheiben in zahlreichen deutschen Häusern eingeschlagen."

„In den anderen Gebieten Polens kam es nicht anders. In Schöntal, Kreis Graudenz, drangen bereits im April Terroristen in das Gehöft des Bauern ***Volter*** ein, verwüsteten das Gebäude und mißhandelten die Bewohner, die aus Angst in den Wald flüchteten... In mehreren Dörfern des Kreises Graudenz wurde die Lage für die deutsche Bevölkerung so unerträglich, daß sie zum großen Teil über die nahe gelegene Grenze nach Ostpreußen flüchtete. Im Mai fanden auch in Dirschau deutschfeindliche Ausschreitungen statt. Nach einem Bericht des deutschen Generalkonsulats in Thorn wurden in Pommerellen allein in der Zeit vom 5. bis 20. Juli fast 200 Fälle von Ausschreitungen gegen Deutsche verzeichnet."
„In Ostoberschlesien hatten vor allem die deutschen Arbeiter und Angestellten unter den Verfolgungen zu leiden, die jetzt in noch größerer Zahl entlassen wurden als bisher. Bereits im April 1939 waren von 19 000 Mitgliedern der Gewerkschaft deutscher Arbeiter 7300 arbeitslos. Blutige Überfälle auf einzelne Deutsche waren in Oberschlesien besonders zahlreich. Für die hier in großer Zahl lebenden deutschen Katholiken konnten deutsche Gottesdienste nicht mehr abgehalten werden. Am Pfingstsonntag wurde der deutsche Gottesdienst in der Kathedralkirche und am Sonntag darauf in der Marienkirche in Kattowitz gesprengt."

Die deutschen Vorschläge an Polen vom 21. März 1939 — weitgehend in Übereinstimmung mit den deutschen Vorschlägen vom 24. Oktober 1938 —

1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.
2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, wie der Korridor ihn für Polen besitzt.

Dafür ist Deutschland bereit:

1. sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen,

2. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Größe und einen vollständig freien Zugang sicherzustellen,
3. die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig als gegeben hinzunehmen und zu akzeptieren,
4. einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen,
5. die Unabhängigkeit der Slowakei durch Deutschland, Polen und Ungarn gemeinsam sicherzustellen, was den praktischen Verzicht auf jede einseitige Vormachtstellung in diesem Gebiet bedeuten würde.

Diese Vorschläge wurden am 30. August 1939 dem britischen Botschafter in Berlin vorgetragen mit der einzigen Modifizierung, daß im Korridor unter internationaler Kontrolle eine Volksabstimmung innerhalb von 12 Monaten durchzuführen sei. Nach Abschluß sollte ein Bevölkerungsaustausch vorgenommen werden. Außerdem sollte ein beiderseitiges Minderheitenabkommen angeschlossen werden. Im übrigen blieb es bei den oben angeführten Vorschlägen.

Pariser Vorortverträge. Die „Friedensverträge", die den Ersten Weltkrieg abschlossen, wurden für die verschiedenen Kriegsgegner der Allierten in verschiedenen Orten, die rings um Paris liegen, abgeschlossen. In Versailles (28. 6 .1919) mit dem Deutschen Reich, in St. Germain (10. 9. 1919) mit Österreich, in Trianon (1920) mit Ungarn, in Neuilly (1919) mit Bulgarien, inSevres (1920) mit der Türkei.

„Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", herausgegeben von Prof. Hans Rothfels, Organ des Instituts für Zeitgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus in München, das in der modernen Zeitgeschichtsforschung einen bedeutenden, nicht aber einen klar umrissenen Platz einnimmt. Die Veröffentlichungen dieses Instituts können vielfach, wie sich auch aus dieser Arbeit ergibt, an der wahrheitsgemäßen Darstellung des Geschehenen nicht vorbeigehen, versuchen aber z. T. immer wieder aus einem nicht überwundenen Ressentiment gegenüber der jüngsten Vergangenheit in Deutschland, die wissenschaftlichen Erkenntnisse diesen Ressentiments zu unterwerfen, so daß man dieses Institut häufig als ein Propagandawerkzeug zur Aufnötigung gewisser gewünschter Meinungen und deren Durchsetzung ansehen muß.

Rapallo. Ital. Seebad bei Genua mit (1966) 22 000 E. Bekannt geworden durch den sogenannten Rapallovertrag, der Ostern 1922 zwischen den Außenministern des Deutschen Reichs und der Sowjetunion, ***Rathenau*** und ***Tscbitscherin,*** abgeschlossen wurde. Er zerriß mit einem Schlag das fein gesponnene Netz der Außenpolitik der Westmächte, die nach dem Ersten Weltkrieg weder das Deutsche Reich noch die Sowjetunion teilnehmen lassen wollten am Geschehen der Nachkriegszeit. Dies geschah hinter deren Rücken zu deren größten Überraschung als eine Weltsensation. Mit Rapallo verbunden ist damit die Emanzipation sowohl des geschlagenen Deutschen Reiches wie auch der Sowjetunion, unter Rapallo versteht man aber auch den (heutigen) Alptraum der Westmächte, Deutschland könne sich mit der Sowjetunion einigen, ein nichtkommunistisches Land wäre bereit, mit der kommunistischen Zentrale zu koalieren. Der Schock von 1922 wirkt heute noch nach.

Atlantik-Charta, gemeinsame Erklärung des am. Präsidenten Roosevelt und des brit. Premierministers Churchill. Am 14. 8. 1941 an Bord eines am. Kriegsschiffs im Atlantik veröffentlichtes Programm für die künftige Friedensordnung (u. a. Verzicht auf Annexionen, freie Bestimmung jedes Volkes über seine Herrschaftsform, freier und gleicher Zugang zu den Rohstoffen der Erde). Kein Völkerrecht!. Vertrag, nur Verkündung gemeins. außenpol. Ziele. Grundlage der Vereinten Nationen (UNO). Gegen Deutschland gerichtet.

Kellogg-Pakt, auch Briand-Kellogg-Pakt zur Ächtung des Krieges, bis 1929 von 54 Nationen unterzeichnet, nach Frank Billings ***Kellogg*** 1856—1937, am. Staatssekretär des Auswärtigen 1925—1929.

Personen- und Sachregister

I

J

K

S

Sch

Aus unserem zeitgeschichtlichen Programm



B. FRHR. V. RICHTHOFEN
ALS ZEUGE IN NÜRNBERG
256 Seiten – Pb. –
Sonderausgabe nur DM 19,80
Als Zeuge zum Nürnberger Prozeß befohlen, wurde der Autor dort aus eigenem Antrieb als Hilfsverteidiger tätig und bekam so einen tiefen Einblick in die Methoden der alliierten „Rechtsprechung".



HANNA REITSCH
FLIEGEN MEIN LEBEN
Testpilotin im Dritten Reich
364 S. – viele s/w. Abb. – geb. im Großformat – DM 39,80
Die Fliegerin schildert ihre Jugend, ihre Ausbildung und ihre Rekorde bis 1945. Unvergessen bleiben ihre Flüge im April 1945 in das eingeschlossene Breslau und in die Reichshauptstadt Berlin.



DER TOD SPRACH POLNISCH
Dokumente polnischer Grausamkeiten an Deutschen 1919–1949
320 S. – Abb. – geb. – DM 58,–
Polnische Übergriffe seit 1919 in Posen, Westpreußen und Oberschlesien, „Bromberger Blutsonntag", Vertreibung ... Belegt mit bisher unveröffentlichten Dokumentarfotos.



SVEN HEDIN: **OHNE AUFTRAG IN BERLIN**
Begegnungen mit Mächtigen des 3. Reiches
288 Seiten – Pb. –
Sonderausgabe nur DM 19,80
Eines der aufregendsten Bücher über das Dritte Reich. Der Verfasser traf 1935 – 1943 als Privatmann in Berlin mit der Elite des damaligen Reiches zusammen.



HEINZ SCHÖN: **HITLERS TRAUMSCHIFFE**
Die „Kraft durch Freude"-Flotte 1934–1939
160 S. – viele, meist farb. Abb. – geb. im Atlas-Großformat – DM 39,80
Die KdF-Schiffe machten erstmals in der Geschichte Seereisen für Arbeiter möglich. Das Standardwerk!



MANFRED WEINHOLD
DEUTSCHLANDS GEBIETSVERLUSTE 1919–1945
Handbuch und Atlas
120 S. – 18 Karten – geb. im Atlas-Großformat – DM 32,–
Kurze, präzise Schilderung des Hergangs und wichtige Daten über alle Gebietsverluste. Bis ins Detail sachkundige Karten!

ARNDT-Verlag, Postfach 3603, D-24035 Kiel



Der Autor mit seiner Tochter Dagmar im Jahre 1946

Prof. Dr. Bolko Frhr. von Richthofen wurde 1899 in Mertschütz/Schlesien geboren. 1924 promovierte er und wurde 1932 ordentlicher Professor der Ur- und Frühgeschichte an der Albertus-Universität in Königsberg/Pr. Neben seinem ursprünglichen Fachgebiet machte er sich einen international geachteten Namen mit Veröffentlichungen über Völker- und Volkskunde, Geschichte, Politologie, Auslandspressekunde, Völkerrecht, Literaturgeschichte und vergleichende Literaturwissenschaft. Dabei kam ihm zugute, daß er fast alle europäischen Sprachen beherrschte.
Als Zeuge zum Nürnberger Prozeß befohlen, wurde er aus eigenem Antrieb dort als Hilfsverteidiger tätig und bekam so einen tiefen Einblick in die Methoden der dortigen „Rechtsprechung". Später hat sich Prof. von Richthofen unermüdlich für die historische Wahrheit und die Achtung des Völkerrechtes eingesetzt. Er starb 1983 unter mysteriösen Umständen fern seiner schlesischen Heimat.
Von Prof. von Richthofen erschienen im ARNDT-Verlag bereits der Band „Als Zeuge in Nürnberg", sowie – zusammen mit Reinhold R. Oheim – das große dreibändige Werk „Deutschland und Polen: Wirklichkeit und Mythos".

Das Standardwerk von Prof. Bolko Frhr. von Richthofen geht der Frage nach, welchen Anteil die damaligen Hauptmächte am Entstehen des 2. Weltkrieges hatten. Diese Jubiläumsausgabe, die 25 Jahre nach dem erstmaligen Erscheinen vorgelegt wird, ist durch eine Einleitung des Verlages aktualisiert, in der der neueste Forschungsstand zum Kriegsausbruch 1939 und zur Präventivschlagfrage 1941 zusammengefaßt wird. In dieser hochaktuellen Studie werden fast 40 Bücher zum Thema Kriegsschuld, die seit 1975 im In- und Ausland neu erschienen sind, systematisch ausgewertet. Damit ist der „Richthofen" wieder auf aktuellstem Stand.

- Trägt Deutschland die Alleinschuld am Entstehen des Zweiten Weltkriegs?
- Der polnische Schuldanteil
- Der sowjetische Schuldanteil
- Der britische Schuldanteil
- Der französische Schuldanteil
- Der tschechische Schuldanteil
- Der USA-Schuldanteil

ARNDT